Donnerstag, 24. Oktober 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 248 - 43.W.- Preis 1,20 DM - 1-H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Terrorismus: Präsident Reagan will dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow in Genf ein gemeinsames Vorgehen gegen den Terrorismus vorschlagen. Unter Anspielung auf die Entführung von Sowjet-Diplomaten in Beirut sagte Reagan, er hoffe, daß Moskau erkannt habe, daß der Terrorismus keine Grenzen kenne.

Flucht: Von einem Lastwagen aus ist einer vierköpfigen Familie aus der „DDR" mit einem Sprung über den Grenzzaun die Flucht nach Bayern geglückt. Der Vater war mit einem Lkw in unmittelbarer Nähe der Grenze für landwirtschaftliche Arbeiten eingesetzt worden und hatte heimlich Frau und Kinder mitgenommen.

Entführung: Die Freilassung der von Guerrilleros verschleppten Tochter des salvadorianischen Präsidenten Duarte stehe unmittelbar bevor, sagte gestern der SPD-Politiker Wischnewski, der als Vermittler in den Fall eingeschaltet worden war.

Nach Prag: Bundestagspräsident Jenninger hat angekündigt, er werde möglichst bald einer Einladung zu einem Besuch der Tschechoslowakei nachkommen. Sie war von dem Vizepräsidenten des CSSR-Parlaments, Kucera, überbracht worden.

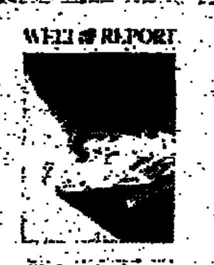
Waffenverkauf: In einem Gesetzentwurf forderten 73 der 100 US-Senatoren ein Verbot für amerikanische Waffenverkäufe an Jordanien, solange Israel und Jordanien nicht Friedensverhandlungen aufgenommen haben. Auch die Mehrheit im Repräsentantenhaus ist gegen Pläne der Reagan-Administration, Waffen im Wert von 1,9 Milliarden Dollar an Jordanien zu liefern. (S. 6)

Rüstung: Moskau dementierte gestern Angaben von US-Verteidigungsminister Weinberger, wonach die UdSSR mobile Fernraketen vom Typ SS 25 aufgestellt und damit das Salt-2-Abkommen zur Begrenzung der strategischen Rüstung verletzt habe. (S. 10)

Wahlen: Die französische Regierung hat als Termin für die nächsten Wahlen zur Nationalversammlung den 16. März 1986 bestimmt. Gewählt wird erstmals nach dem neuen Verhältniswahlrecht. An diesem Tag werden auch die Regionalparlamente gewählt.

Atomtest: Frankreich zündet heute auf dem Mururoa-Atoll im Südpazifik erneut einen Atomsprengsatz. Neben Verteidigungsminister Paul Quilès wird auch Ministerpräsident Laurent Fabius den Test beobachten.

WELT-Report Reisen 85/86



Der Trend zum Zweiturlaub im Winter verstärkt sich. Die Reiseunternehmer haben reagiert. Neue Schnee- und Palmenziele im Winter wurden in die Programme aufgenommen. Auch die Palette für Kreuzfahrten unter südlicher Sonne ist umfassender denn je. In den Wochen der Urlaubsvorbereitungen will der 64 Seiten starke farbige Report Anregungen und Tips geben.

WIRTSCHAFT

Polenkredite: Bonn ist wieder bereit, unter bestimmten Bedingungen Exportkredite für das lange zahlungsunfähige Ostblockland abzusichern. Zuvor soll ein zweites Umschuldungsabkommen unterzeichnet werden. (S. 11)

Konjunktur: Fast einhellig beurteilen Industrie, Bauwirtschaft, Groß- und Einzelhandel ihre Geschäftsaussichten für die kommenden sechs Monate als günstig, zeigt ein Konjunkturtest des Münchner Ifo-Instituts. (S. 11)

Verschuldung: Südafrika bemüht sich, die Verschuldungsprobleme wie versprochen bis Ende des Jahres zu lösen. Sorgen bereiten, wie eine Gläubiger-Konferenz in London zeigte, vor allem die kurzfristigen Kredite in Höhe von 14 Milliarden Dollar. (S. 12)

Börse: Nach einer kurzen Konsolidierungsphase führten massive Auslandskäufe zu sprunghaft steigenden Kursen an den Aktienmärkten. Der Rentenmarkt gab weiter nach. WELT-Aktienindex 241,90 (237,71). BHF-Rentenindex 104,298 (104,381). Performance Index 107,517 (107,571). Dollarmittelkurs 2,6372 (2,6410). Goldpreis 325,90 (327,75) Dollar.

KULTUR

Malerei: Das Erdbeben in Mexico City hat auch viele der im Ausland meist bewunderten Mauermalereien an öffentlichen Gebäuden beschädigt oder zerstört. Einer, der deswegen keine Traurigkeit verspürt, ist Luis Cuevas, einer der angesehensten Künstler Mexikos. In einem WELT-Interview nennt er die Gründe. (S. 21)

Starterfolg: Eine sensationell hohe Einschaltquote von 61 Prozent erzielte die erste Folge der ZDF-Serie „Schwarzwaldklinik". Mit mehr als 24,5 Millionen Zuschauern lag die Pilotsendung nahe an dem bisherigen ZDF-Rekordergebnis von 25,1 Millionen Zuschauern bei einer Folge von „Traumschiff". (S. 20)

SPORT

Tennis: Boris Becker hat in Tokio auch im Doppel die zweite Runde erreicht. Zusammen mit dem Jugoslawen Slobodan Zivojinovic besiegte er die Amerikaner Kohlberg/van't Hoff 7:6, 6:3.

Radsport: Das erste Sechstagerennen der Saison 1985/86 endete in Berlin mit einem Sieg der australisch-dänischen Kombination Clark/Oerstedt. Deutsche Fahrer spielten keine Rolle. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Parkplatz-Mörder? Der in Italien tot aufgefundene und des Mordes an seiner Frau und seinen beiden Söhnen verdächtigte Polizeibeamte Norbert Pöhlke ist aller Wahrscheinlichkeit nach auch der „Parkplatz-Mörder", der im Raum Heilbronn drei Menschen erschossen hat. (S. 22)

Finsternis: In Europa ist am Montag eine totale Mondfinsternis, begleitet von einem farbenprächtigen Himmelsschauspiel, zu beobachten. Sie beginnt um 18.20 und endet um 19.05 Uhr. (S. 22)

Wetter: Sonnig und trocken. 9 bis 13 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Ostblock bringt jetzt auch die konventionellen Waffen ins Spiel

Scharfe Angriffe auf USA erneuert / Was wird aus dem Moratorium?

DW. Sofia

Die Staats- und Parteichefs der sieben Mitgliedsländer des Warschauer Paktes haben gestern zum Abschluß ihrer zweitägigen Beratungen in Sofia ein Modernisierungsverbot konventioneller Waffen und ihr zahlenmäßiges Einfrieren in den Arsenalen der USA und der Sowjetunion auf den Stand vom 1. Januar 1986 gefordert. Dieses Angebot soll „auch die Waffen außerhalb der nationalen Grenzen" einschließen.

Der stellvertretende bulgarische Außenminister Iwan Ganew gab einen Überblick über die Inhalte einer „politischen Erklärung" der Konferenz, die später veröffentlicht werden sollte. Sie enthält, abgesehen von dem Abschnitt über konventionelle Waffen, zum Teil schon bekannte Abrüstungsvorschläge des Warschauer Paktes:

- Einstellung der Erprobung, Produktion und Stationierung von „offensiven" Weltraumwaffen.
- Ein Moratorium für die Erprobung von Kernwaffen.
- Einstellung der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa noch vor Ergebnissen der Genfer Gespräche über Weltraumrüstung.
- Verbot der Entwicklung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen.
- Errichtung von kernwaffenfreien Zonen in Nord- und Zentraleuropa sowie auf dem Balkan.

Die Abrüstungsvorschläge des Warschauer Pakts sollen nach Ganews Worten „zur Beseitigung der nuklearen Gefahr" und zu einem „Umschwung in der internationalen Lage" beitragen. Die Welt habe sich

SEITE 2:
Ein X entfällt

inzwischen „der Grenze genähert, von der ab die Ereignisse außer Kontrolle geraten können", begründete Ganew die Initiative der sozialistischen Länder.

Nach seiner Darstellung wird in der „politischen Erklärung" den USA vorgeworfen, sie wollten „eine symbolische Überlegenheit erzielen". Um den Rüstungswettlauf zu beenden, seien jetzt jedoch „gegenseitige Zurückhaltung und Sofortmaßnahmen" erforderlich. Die USA seien aufgefordert, „ähnlich wie die Sowjetunion konkrete Schritte" zu Abrüstungsmaßnahmen vorzulegen. Die USA beschäftigten sich nicht ernsthaft mit den Vorschlägen der sozialistischen Staaten, weil sie ihre eigenen Waffenentwicklungen nicht abbrechen wollten. Bisher habe Washington keine ernsthaften Vorschläge gemacht und auch Schritte des guten Willens seitens der Staaten des Warschauer Paktes „unterschätzt".

Die Teilnehmerstaaten sprachen sich für eine Einstellung der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa aus und schlugen auch vor, Nuklearmittel in Ländern ohne Atomwaffen nicht zu lagern. Die bestehenden Atomwaffen sollten nicht weiter modernisiert und ihre Anzahl nicht erhöht werden. Offen blieb, ob damit auch die Moskauer Haltung zu dem einseitig verkündeten Aufstellungsmoratorium für SS-20-Raketen beschrieben wurde. Es läuft am 1. November aus.

Bereits am Dienstag hatte die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija" den Stellenwert der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes hervorgehoben – des nominell höchsten Gremiums der Militärorganisation. Das Blatt schrieb, die Mitgliedsstaaten mäßen der Koordinierung ihrer Außenpolitik große Bedeutung bei.

DER KOMMENTAR

Ein anderer Kurs

MANFRED SCHELL

Es ist ein Unglück für unser Land, daß jetzt auch in der Deutschlandpolitik der Konsens zwischen den großen, staatstragenden Parteien zerbrochen ist. Aber ist die spontane Entrüstung darüber, die jetzt zu hören ist, nicht auch ein wenig gekünstelt? Der Weg der SPD war doch vorgezeichnet. Es waren doch Brandt und Apel, die erklärten, die deutsche Frage sei nicht mehr offen, oder war es nicht Schmude, der sich in öffentlichen Erklärungen bemühte, die „Respektierung" einer Staatsbürgerschaft der „DDR" in Einklang zu bringen?

Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, daß es die über Jahrzehnte hindurch prägende Grundhaltung der Parteien, die das Selbstbestimmungsrecht, die Einheit des Volkes in Freiheit zum Mittelpunkt, zur wichtigsten Aufgabe deutscher Politik machte, nicht mehr gibt. Die Sozialdemokraten steuern einen anderen Kurs. Tastend, das Risiko kalkulierend. Sie lassen Luftballons steigen, registrieren das Echo und reagieren, wenn es entschieden negativ ausfällt, mit Interpretationen.

Es drängt sich der Verdacht auf, daß die SPD die verbindlichen Antworten, die das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag gegeben hat, durch ihre Politik konterkarieren möchte. In dem Urteil ist die Wiedervereinigung Deutschlands, also die friedliche Beseitigung der das Vaterland teilenden Grenze, erneut zur Verpflichtung gemacht worden. Dieses Ziel aber wird beiseite geschoben, wenn die SPD jetzt erklärt, es gehe nicht darum, „Grenzen zu verschieben", sondern nur noch darum, ihr den trennenden Charakter zu nehmen. Die Dynamik, das fordernde Element in der Deutschlandpolitik wird damit aufgegeben.

Diese Aufgabe fällt jetzt um so mehr der Union zu, die sich in letzter Minute besonnen und ein Kompromißpapier mit der SPD verworfen hat. Helmut Kohl lag richtig, als er anregte, das Ziel der Wiedervereinigung mit Blick auf 1987 zu einem herausragenden Diskussionsthema zu gestalten.

Genf ist für USA kein „Raketengipfel"

Zwischen Bonn und Washington ein hohes Maß an Übereinstimmung / Kohl traf Peres

wth./D. G., New York

Die Vereinten Nationen, hilflos oft gegenüber Krisen, demonstrieren zur Stunde in New York ihre Fähigkeit zum Feiern. Ihr 40. Jubiläumstag ist für die nächsten drei Tage der größte politische und diplomatische Jahrmarkt der Nachkriegszeit. Sechzig Könige, Präsidenten und Regierungschefs sind in der überfüllten Stadt.

Der Osten ist deutlich unterrepräsentiert. Der meistgefragte Mann ist Ronald Reagan. Er wird bis zum Samstag vertrauliche Gespräche mit neun Regierungschefs führen und außerdem am Donnerstag eine einstündige Rede halten, von der man erwartet, daß sie in Ton und Inhalt den Rahmen absteckt für das bevorstehende Gipfeltreffen mit Generalsekretär Gorbatschow in Genf. Sie soll, wie aus dem Weißen Haus zu erfahren ist, kein Propaganda- oder Publicitystück sein, sondern die Ernsthaftigkeit unterstreichen, mit der der Präsident konstruktive Ergebnisse anstrebt.

Reagan und Außenminister Shultz werden zu diesem Zweck in den nächsten Tagen in New York Gespräche mit Außenminister Schewardnadse führen, in denen die Tagesordnung für Genf vereinbart werden soll. Reagan wird klarmachen, daß er Genf nicht zu einem „Raketengipfel" machen lassen will, sondern auch hinreichenden Raum für internationale Probleme wie den Nahen Osten und Afghanistan so wie Menschenrechtsfragen beansprucht.

Bundeskanzler Kohl wird dreimal mit Reagan zusammentreffen. Von amerikanischer Seite sieht man in diesen Treffen keinerlei Konfliktstoffe. Die Klärung der amerikanischen Position in der Auslegung des ABM-Vertrages hat nicht nur deutsche Besorgnisse ausgeräumt, sondern zugleich auch die gegenwärtig laufende Diskussion um ein Regierungsrahmenabkommen über die deutsche Teilnahme am SDI-Forschungsprogramm erleichtert.

Die Bitburg-Diskussion, die die jüngste Begegnung überschattete, hat auf beiden Seiten keine sichtbaren Spuren hinterlassen. Die jüngsten Spionage- und Sicherheitsprobleme in Bonn werden kein Thema sein. Man rechnet auf amerikanischer Seite mit einem hohen Maß an Übereinstimmung, zum Beispiel beim Problem des Protektionismus.

Der Bundeskanzler begann seine bilateralen Begegnungen gestern morgen in New York in jeweils einstündigen Gesprächen mit dem israelischen Premierminister Peres, dem chinesischen Ministerpräsidenten Tsao Tsiang und Indiens Premierminister Gandhi.

Der neue US-Botschafter in der Bundesrepublik, Richard Burt, hat gestern Berichte der „Washington Post" dementiert, Kohl habe sich praktisch selbst bei Reagan zu Konsultationen und Abstimmungen vor dessen bevorstehendem Treffen mit Gorbatschow eingeladen. „Dieser Bericht ist absolut falsch", sagte Burt in Hamburg. Er bezog sein Dementi auch auf die Mutmaßungen des Blattes, Kohl habe außer der Runde zwischen Reagan und den westlichen Regierungschefs auch auf einem Vier-Augen-Gespräch mit dem Präsidenten bestanden.

Seite 6: Vom Erfolg nicht verwöhnt

Weizsäcker: Europa bietet einmalige Chance

DW. Straßburg

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält es im Interesse des Weltfriedens für notwendig, daß sich aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine politische Union entwickelt. In einer Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, dem er gestern auf Einladung von Präsident Pierre Pflimlin einen Besuch abstattete, vertrat er die Ansicht, falls Europa die einmalige von der Geschichte gebotene Gelegenheit zu einem Zusammenschluß verfehle, werde sie nicht wiederkehren. Von der Gemeinschaft könnte eine friedensstiftende Kraft ausgehen, die in der Weltgeschichte ihresgleichen suche. Der Bundespräsident, der sich als „alten Parlamentarier und überzeugten Europäer" bezeichnete, bedauerte den unzureichenden Einfluß des Europäischen Parlaments und betonte, daß der europäische Fortschritt langfristig nicht mit einem Verlust an parlamentarischer Substanz verbunden sein dürfe.

Seite 10: Ungeteiltes Europa

Franke: „Stille Reserve" nicht mitrechnen

UR. Bonn

Als arbeitslos kann nach Angaben der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit nur gezählt werden, wer sich auch beim Arbeitsamt hat registrieren lassen. Zu der in der Arbeitslosenstatistik ausgewiesenen Zahl von Arbeitslosen dürfe eine sogenannte „stille Reserve" nicht hinzuaddiert werden, erklärte die Bundesanstalt gegenüber der WELT.

Die Nürnberger Anstalt hat damit die Darstellung eines Interviews ihres Präsidenten Franke durch die Frauenzeitschrift „Bella" zurückgewiesen, nach der er behauptet haben soll, in Wahrheit seien 3,5 Millionen Menschen arbeitslos. Franke habe lediglich davon gesprochen, so die Bundesanstalt, daß Ende September 2,15 Millionen Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet waren. Darüber hinaus gebe es allerdings eine „stille Reserve", deren Zahl sich nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung auf mehr als eine Millionen Personen belaufe.

Deutsche Frage: Keine Gemeinsamkeit

Koalition erinnert an Entschließung von 1984 / SPD mit „einseitiger Interpretation"

GÜNTHER BADING, Bonn

In der Deutschlandpolitik gibt es offenbar keine Gemeinsamkeit der SPD-Opposition mehr mit den Regierungsparteien CDU/CSU und FDP. Das hat die Aktuelle Stunde des Bundestages deutlich gemacht. Während alle Redner der Koalition die Bereitschaft ihrer Fraktionen bekundeten, die noch am 9. Februar 1984 zusammen mit der SPD einstimmig verabschiedete Entschließung in einer erneuten Bundestagsabstimmung zu bekräftigen, verlangten die Sozialdemokraten durchweg eine Änderung dieses Textes. Der SPD-Abgeordnete Büchler verwies darauf, daß der Textentwurf den Wortlaut einer Reihe von Erklärungen des Kanzlers enthalte, die Union dies aber jetzt zurückziehen wolle. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Horst Ehmke, warf der Union vor, sie falle „hinter die gemeinsame Entschließung von 1984 zurück". Dem widersprach der stellvertretende Fraktionschef der CDU/CSU, Volker Rühe, energisch mit dem Hinweis, daß beide Regierungsfraktionen am Vortag die Bekräftigung eben dieser Resolution beschlossen hätten.

Rühe stellte die entscheidenden Fragen an die SPD: „Was paßt Ihnen nicht an der Entschließung vom 9. Februar 1984? Wozu stehen Sie nicht mehr? Was wollen Sie geändert wissen?" Der CSU-Abgeordnete Lintner, der den inzwischen von seiner Fraktion abgelehnten Text einer neuen gemeinsam Entschließung zur Deutschlandpolitik mit der SPD abgestimmt hatte, warf seinem Gesprächspartner, dem Abgeordneten Heimann (SPD), vor, er habe dem gemeinsamen Text in einem Funk-Interview eine „einseitige Interpretation" gegeben, die den ausdrücklichen Vorbehalt für die Regelung der deutschen Frage erst in einem Friedensvertrag „ins Zwielicht" gerückt habe. Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, der schon zuvor in der Bundestagsfragestunde heftige Angriffe der Sozialdemokraten abgewehrt hatte, erinnerte daran, daß der SPD-Vorsitzende Willy Brandt mit seiner Erklärung vom November 1984, die Deutsche Frage sei nicht mehr offen, die Gemeinsamkeit verlassen habe.

Für die FDP fragte Uwe Ronneburger, warum die SPD darauf bestehe, daß es statt „offene" Deutsche Frage „ungelöst" heißen solle. Der CDU-Abgeordnete Reddemann gab später die Antwort darauf, offenbar wolle die Opposition mit „unklaren Vokabeln" erreichen, einen gemeinsamen Text ins Gegenteil seines Sinngehalts umzudeuten.

Einen scharfen Zug brachte Ehmke in die Debatte, als er der Koalition vorwarf, sie sei „auf dem Weg zurück in eine Geisteshaltung, an der die Weimarer Republik vor einem halben Jahrhundert schließlich zerbrochen ist."

Energiekrise jetzt auch in Bulgarien

DW. Sofia

Bulgarien, das derzeit mit einer beunruhigenden Energiekrise zu kämpfen hat, versucht die Lage unter Kontrolle zu bringen, um nicht in den gleichen Teufelskreis zu geraten wie Rumänien, wo der Armee die Aufsicht über die Elektrizitätswerke übertragen wurde.

Die Mängel in der Stromversorgung, die sich durch Stromabschaltungen äußern, hatten Staats- und Parteichef Todor Schiwkow veranlaßt, den Vize-Premierminister und Vorsitzenden des staatlichen Planungskomitees, Stanisch Bonew, seiner Ämter zu entheben.

Seite 2: Minus Elektrifizierung

Hessen: Klima verschlechtert

DW. Bonn

Die rot-grüne Koalition in Hessen „öffnet einer völlig unrealistischen und irrationalen Wirtschaftspolitik Tür und Tor" und verschlechtert das politische Klima für die Industrie in einem Maße, „das im günstigsten Falle zu Attentismus, im schlechtesten zu Desinvestitionen führt." Das erklärt der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), Hans Joachim Langmann, in einem Beitrag für die WELT. Auf diese Bedrohung hinzuweisen sei für einen Unternehmer kein „Regelverstoß", sondern im Interesse sicherer Arbeitsplätze eine Verpflichtung.

Seite 2: Verhängnisvolles Bündnis

Die Deutschen finden Gefallen an Chips

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Das Volk der Dichter und Denker hält „Chips" nicht länger für Knuspergebäck: Die Westdeutschen, wiewohl in Europa immer noch Computer-Schlußlicht, freunden sich mit dem Computer an. Eine erst im September vorgenommene IBM-Untersuchung, die seit 1976 in jährlichem Abstand bei einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung (2000 Befragte) das Ansehen von Hochtechnologie und Computern abfragt, bestätigte frühere Ergebnisse aus Allensbach. Die Trendumkehr erfolgte jedoch erst in diesem Jahr.

Die Resultate:

- 1983 äußerten sich noch 40 Prozent der Befragten zum Computer negativ und nur ein Drittel positiv. In diesem Jahr hat sich die Relation umgekehrt: 44 Prozent stehen dem Computer positiv gegenüber, nur noch 29 Prozent lehnen ihn ab.
- Zwei Drittel der Jugendlichen – hier in erster Linie die Altersgruppe 14 bis 19 – steht dem Computer positiv gegenüber; 64 Prozent der Jungen und 50 Prozent der Mädchen.
- „Für die Zukunft und den Fortschritt wichtig" halten den Computer 66 Prozent der erwachsenen Deutschen. Bei Jugendlichen sind es 74 Prozent. Die Jungen stehen dabei mit 78 Prozent an der Spitze.
- Zwei Drittel der Deutschen gehen allerdings davon aus, daß Computer in den kommenden Jahren „viele Arbeitsplätze ersetzen."
- „Zuviel Macht und Kontrolle durch den Staat" fürchten immerhin 60 Prozent der Bevölkerung und 55 Prozent der Jugend, falls der Computer seinen Siegeszug fortsetzt.
- Nur ein Drittel der Befragten meinte, Computer machten die Arbeit „interessanter". Bei den Jugendlichen erreichte diese Frage schon einen Zustimmungsgrad von 46 Prozent.
- Lediglich 30 Prozent der Erwachsenen möchte gerne mit einem Computer zu tun haben; bei den Jungen von 14 bis 19 sind es 61 Prozent. Die Zustimmung der Mädchen fällt hier mit 43 Prozent merklich geringer aus.
- Arbeitserleichterung wiederum räumen 69 Prozent der Deutschen dem Computer ein. Bei den Jugendlichen liegt der Wert mit einer Punktzahl von 83 wesentlich höher.
- Praktische Erfahrungen mit Computern hat inzwischen jeder fünfte Deutsche gesammelt. Bei den Jugendlichen kletterte die Quote auf 48 Prozent. Im Vorteil sind hier vor allem Oberschüler und Studenten.

Den positiven Trendwandel begründete IBM-Generalbevollmächtigter Lutz Grüttke vor allem mit dem „Vormarsch der Personal-Computer am eigenen Arbeitsplatz". Verglichen mit den Einführungspreisen, kosteten solche Geräte heute nur noch ein Drittel.

Soll Abul Abbas bald freigepreßt werden?

Attentate angedroht / Staatsanwälte bleiben zurückhaltend

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

„Abul Abbas war unser Chef". Das soll, in Rom kursierenden Indiskretionen zufolge, einer der vier palästinensischen „Achille Lauro"-Entführer bei der Vernehmung durch die Genueser Ermittlungsorgane erklärte haben. Kurz bevor die Terroristen auf der sizilianischen NATO-Basis Sigonella der italienischen Justiz übergeben wurden, habe ihnen der Führer der „Palästinensischen Befreiungsfront" (PLF) in der von den Amerikanern abgefangenen ägyptischen Boeing versichert: „Seid unbesorgt, ich werde Attentate und Entführungen organisieren, um euch überall freizupressen".

Diese Indiskretionen, die angeblich aus Kreisen der Genueser Staatsanwaltschaft kommen, wurden bisher von den zuständigen Stellen weder bestätigt noch dementiert.

In Rom wurde allerdings aufmerksam vermerkt, wie der Fall Abul Abbas, der die jüngste italienische Regierungskrise ausgelöst hatte, vom Pressebüro des Palazzo Chigi, dem Amtssitz Ministerpräsident Craxis, in einer Mitteilung über den Verlauf des Konsultationsgesprächs zwischen dem wieder mit der Kabinettsbildung beauftragten Craxi und dem republikanischen Verteidigungsminister Spadolini dargestellt wurde. Es heißt in dieser Mitteilung:

„Was Abul Abbas anbelangt, so hat der Ministerpräsident erklärt, er verfüge über keinerlei Beweiselemente – weder für dessen Nichtverwicklung, noch für dessen Verwicklung in das Terrorunternehmen („Achille Lauro"-Entführung). Die Ermittlungen der Justiz sind im Gange, und es ist sicher, daß die Justizbehörden, falls sich schuldhafte Verantwortlichkeiten ergeben sollten, entsprechend handeln werden. In der faktischen Situation konnte die Regierung nicht anders handeln."

Von den Amerikanern war auf Grund der Tonbandaufzeichnungen und den abgehörten Gesprächen zwischen Abul Abbas und den Entführern auf dem Schiff von Anfang an die These vertreten worden, daß der PLF-Chef das ganze Unternehmen geleitet habe.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ein X entfällt

Von Enno v. Loewenstern

Jetzt hat die Konferenz des Warschauer Paktes den bisherigen Moratorien den Gedanken hinzugefügt, auch die konventionellen Waffen sowohl in der Zahl als auch im Modernisierungsstand einzufrieren. Fast zur selben Zeit berichtete der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger, daß die Sowjets die erste Interkontinentalrakete eines neuen Typs aufgestellt haben, der beweglich ist und nur einen Sprengkopf hat.

Damit, so erklärte Weinberger, verstoßen die Sowjets gegen den SALT-Vertrag von 1979. Der Minister bezeichnete die Waffe als SS 25, eine demonstrative Änderung insofern, als die Amerikaner vor kurzem noch ein „X" (für „experimental") mit der Typenbezeichnung verbanden. Nach seiner Darstellung ist die Rakete aus dem Experimentalstadium heraus; sie wird in Einrichtungen untergebracht, die bisher Mittelstreckenraketen vorbehalten waren.

Inzwischen hat der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums „kategorisch" den weiteren amerikanischen Vorwurf zurückgewiesen, daß die UdSSR entgegen ihrer einseitigen Moratoriums-Erklärung für Mittelstreckenwaffen weitere Raketen vom Typ SS 20 aufgestellt habe. Was die SS 25 betrifft, so beteuern die Sowjets, das sei nicht eine neue Waffe, sondern nur eine Weiterentwicklung der Interkontinentalrakete SS 13. (Den Sowjets ist gemäß SALT nur eine Waffe neuen Typs gestattet; sie haben bereits die größere SSX 24 angekündigt.)

Soviel zum Thema Weiterentwicklung. Und zum Moratorienhagel schlechthin. Solange es keine Inspektion am Ort gibt, ist jedes „Moratorium" und jede sonstige Abrüstungsmaßnahme von geringem Wert. Zwar können die USA wenigstens bei Raketen, anders als bei chemischen Waffen, die krassen Verstöße durch elektronische und Weltraum-Beobachtung erkennen. Aber das nützt wenig, solange die UdSSR diese Verstöße schlicht bestreitet oder umdeutet und solange in bestimmten Kreisen der westlichen Öffentlichkeit die Tendenz vorherrscht, im Zweifel die Sowjets für glaubwürdig und die Amerikaner für Panikmacher zu halten. Immerhin läßt sich auch aus dem aufgeregten Schlußkatalog der Sofioter Sitzung eine nützliche Folgerung ziehen, nämlich: Was SDI doch für eine beflügelnde Wirkung auf die UdSSR ausübt.

München schenkt aus

Von Heinz Heck

Der Personalreferent der heimlichen Hauptstadt, Hans-Joachim Frieling, hat einen Orden verdient. Aber Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter wird ihm keinen geben. Frieling ist zu verdanken, daß die Öffentlichkeit peinlich genau über die Ungereimtheiten der Münchner Personalpolitik zu einem Zeitpunkt informiert wird, da sich Schlimmeres vielleicht noch vermeiden läßt.

Kronawitters Personalpolitik, wie er sie jetzt nach Jahren der Zurückhaltung unter seinem Vorgänger Erich Kiesl (CSU) startet, erinnert auf fatale Weise an die Bonner Verhältnisse zu Zeiten der SPD/FDP-Koalition: Er will langfristige Verpflichtungen durch Schaffung von tausend neuen Planstellen eingehen. Dabei weiß kein Mensch, ob München die Folgekosten verkraften kann.

Kronawitter selbst räumt ein: „Sollte das Gewerbesteueraufkommen auf diesem sehr hohen Niveau auch nur stagnieren, fehlen uns jährlich 80 bis 100 Millionen Mark, die fest eingeplant sind."

Hinzu kommt, daß dies Vorhaben offenbar nicht von Personalmangelzwang bestimmt ist, sondern Züge eines – kleinen – Beschäftigungsprogramms trägt. Da sollen bei schwindenden Schülerzahlen 280 neue Lehrer eingestellt werden; sicher deshalb, weil es so viele gibt. Ähnlich ist die Situation in den Altenheimen, für die 350 neue Pfleger eingestellt werden, bei schrumpfenden Belegungszahlen.

Kronawitters Einfall trifft mit Stoltenbergs Mahnung an die Kommunen zusammen, im gesamtstaatlichen Interesse mehr zu investieren; der Bundesfinanzminister, der eine Verbesserung der kommunalen Finanzen vermerkte (einem Defizit von insgesamt zehn Milliarden 1981 stand 1984 ein Gesamtüberschuß von 1,47 Milliarden DM gegenüber), empfahl eine kontinuierliche Steigerungsrate bei den Investitionen von vier bis fünf Prozent. Hat Kronawitter ihn also antizipiert? Gewiß nicht. Stoltenberg sprach von Umgehungsstraßen, Kanälen, Gewerbegebieten; von produktiven Investitionen also, die übrigens auch der notleidenden Bauwirtschaft zugute kämen. Nach einer Aufblähung des Personalapparats rief er nicht.

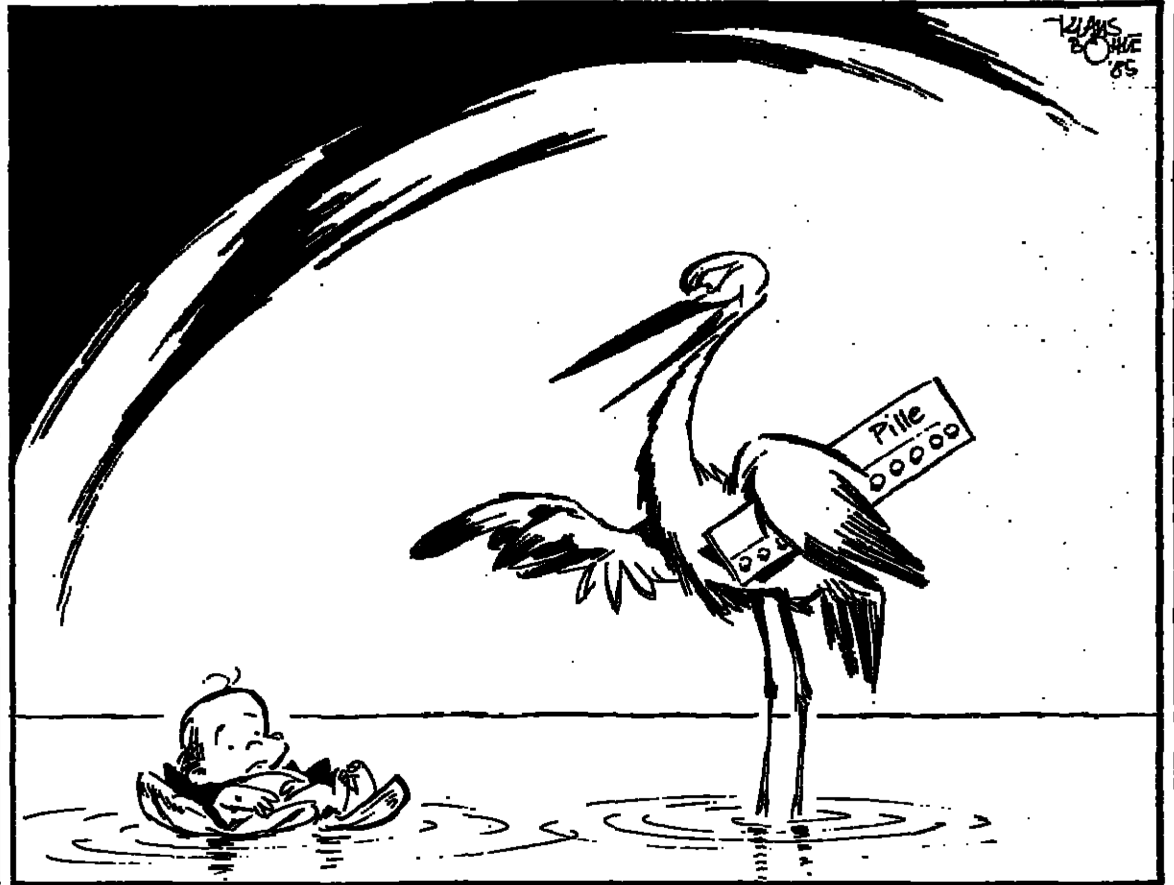
Minus Elektrifizierung

Von Carl Gustaf Ströhm

Von Lenin selbst stammt die Deutung: „Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes". In Bulgarien wie in Rumänien herrscht die Sowjetmacht (wenn auch in letzterem Land in national-rumänischer Ausprägung) seit nunmehr etwa vier Jahrzehnten, aber mit dem elektrischen Strom sieht es schlimmer aus als je zuvor. Als Folge ihrer jeweiligen Energiekrisen hat Bulgariens Partei- und Staatschef Schiwkow seinen Vizepremier und Vorsitzenden des Staatlichen Planungskomitees, Stanisch Bonew, entlassen; in Rumänien feuerte Ceausescu den Minister für elektrische Energie, Nicolae Busui, und mit ihm mehrere stellvertretende Minister und hohe Funktionäre.

Die Suche nach Sündenböcken kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß weder die Minister noch die anderen gefeuerten Funktionäre die eigentlichen Urheber der Kalamitäten sind. In Bulgarien wird auf das Alter der Elektrizitätswerke und deren schlechte Wartung verwiesen. Die Rumänen wiederum haben einen furchtbaren Winter hinter sich, bei dem die Temperaturen in den Wohnhäusern und Büros oft unter 15 Grad Celsius lagen. Jetzt hat der neue Winter noch nicht einmal begonnen, und schon ist das Energienetz praktisch zusammengebrochen. Wann ist die Grenze der Leidensfähigkeit erreicht?

In Bukarest erlebt der westliche Besucher das Drama mit, wenn er sich durch die nächtlichen Straßen tastet, die finster sind wie in den Zeiten der Verdunklung des Zweiten Weltkrieges. Dies Land aber war einst durch seinen Erdöl- und Rohstoffreichtum, jedoch auch durch die Fruchtbarkeit seiner Böden einer der großen Energie- und Lebensmittellieferanten Europas. Heute ist durch verfehlte Agrarpolitik die Landwirtschaft weitgehend ruiniert, und durch falsche Industriepolitik ist die Energieversorgung fast zum Erliegen gekommen. In Bulgarien ist es entsprechend – und nicht nur dort. Das Problem kam bei der Konferenz des Warschauer Paktes zur Sprache. Da sind nicht nur zwei kleine „Bruderländer" in Not. Der Verfall der sozialistischen Wirtschaft wird am Verfall ihrer Anlagen offenkundig; woher die Mittel zum Aufbau des Sozialismus nehmen, wenn die Mittel zur Reparatur fehlen?



„Ich mach' jetzt Urlaub auf Krankenschein!" KLAUS BÖHLE

Familie oder Randwähler?

Von Günter Zehm

Die ersten politischen Gehversuche der neuen Bonner Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Rita Süssmuth, standen nicht gerade unter einem günstigen Stern. Die etwas zu deutlich hervortretende Redelust der frischgebackenen Kabinettsdame, die kalte Soziologie-Sprache, mit der sie heikelste Familienprobleme anging, ihr Bekenntnis zur prinzipiellen Wünschbarkeit der „Pille auf Krankenschein" und ihre öffentlich bekundete Verehrung für die Revoluzzerin und Super-Emanze Simone de Beauvoir haben Kopfschütteln und Verdrossenheit hervorgerufen. Spaßvögel in Bonn gehen bereits mit dem Spruch hausieren, das Familienministerium werde demnächst umgetauft in „Ministerium für Feminismus und Beziehungskisten".

Bundeskanzler Kohl hat sein Schicksal ostentativ mit dem von Frau Süssmuth verbunden, indem er sie über die Köpfe der CDU-„Frauenriege" hinweg berief. Er muß nun aufpassen, daß sie für ihn nicht zur Belastung wird in seinem Verhältnis zur Stamm- und Kernwählerschaft der CDU/CSU. Das Familienministerium mag im Vergleich zum Außen- oder Innenressort ein „kleines Ministerium" sein, das selten ins Fernsehen kommt; Tatsache ist aber auch, daß die in diesem Ministerium erstellten Enquêten und Gesetzentwürfe fast in jedem Fall ein erstrangiges Politikum darstellen, starke Emotionen, ideologische Debatten und scharfe Polarisierungen auslösen.

Dreh- und Angelpunkt ist und bleibt dabei die Familie. Sie wurde in der sozialliberalen Ära oft genug desavouiert. Berufstätige Frauen wurden eindeutig privilegiert gegenüber den „Nur-Müttern". Minister und Staatssekretäre polterten wider das angebliche Klischee von der „heilen familiären Innenwelt" und definierten die Familie ihrerseits als ein „Konfliktfeld", auf dem es darauf ankomme, die „schwachen, unterlegenen Kräfte" von Staats wegen zu stärken. Katastrophale Bevölkerungsstatistiken und ein wachsender Verwahrlosungsgrad bei Jugendlichen waren die Folge.

Wenn irgendwo eine Wende notwendig war, dann hier. Zumindest die politische Rhetorik hätte man schnell ändern müssen, ein behutsamerer, familienfreundlicherer und weniger auf „Konflikte" und „soziologische Strukturen" erpichter Ton wäre fällig gewesen. Daß Heiner Geißler diesen Ton nicht schaffte, mochte in den Augen der Öffentlichkeit noch hingehen; der Mann hatte zu viele andere Dinge um die Ohren. Doch Frau Süssmuth ist jetzt in dieser Angelegenheit von der Stammwählerschaft eindeutig gefordert.

Will sie dieser Forderung aber überhaupt entsprechen, kann sie es denn? Ihre bisherigen öffentlichen Äußerungen stimmen skeptisch. Sie wirken mitunter, als wären sie aus den Verlautbarungen des Antje-Huber-Ministeriums unseligen Angedenkens ausgeschnitten. Da ist davon die Rede, daß bei uns jede berufstätige Mutter als „schlechte Mutter" hingestellt werde (wo hat Frau Süssmuth das her?), da werden Zwangsquoten zugunsten von Karrierefrauen ins Spiel gebracht (Frau Süssmuth nennt sie „Richtwerte"), und da wird angekündigt, das Ministerium werde demnächst eine Kampagne „gegen das Gerede von den Doppelverdienern" starten. Kein einziges aufmunterndes Wort bisher jedoch für die „Nur-Mütter", kein kritisches Wort über den grassierenden Indikations- und Abtreibungswahnsinn.

Wenn man Frau Süssmuth zuhört, dann könnte man glauben, das Bonner Familienministerium sei lediglich zur Förderung allein lebender „Yuppies" und ehrgeiziger Karrierefrauen geschaffen worden. Auf die Feststellung ihres Kabinettskollegen Blüm, auch Mütterarbeit diene der Selbstverwirklichung der Frau, und Mütterarbeit sei sogar mehr als bloße Erwerbsarbeit, antwortet die Ministerin recht naßforsch: „Es geht nicht an, daß wir die unbezahlte Arbeit" (sie meint die Mütterarbeit) „verbal hochstilisieren und die Erwerbsarbeit abqualifizieren – aber faktisch ist sie in unserer Gesellschaft doch die höherwertige. Davon müssen wir weg. Jedes Mitglied der Gesellschaft hat ein Recht und eine Verpflichtung, in beiden Bereichen tätig zu sein."



Fragwürdiges über Nur-Mütter: Rita Süssmuth FOTO: JUPP DARCHINGER

Sie will also nicht weg von der Desavouierung der Mütterarbeit, sondern die Frauen haben in ihren Augen die Pflicht zur Erwerbsarbeit, selbst wenn zu Hause Kinder versorgt sein wollen! Das sind in der Tat merkwürdige Töne. Nun, vorläufig gilt wohl noch, daß es verboten ist, den Menschen Arbeit zwangsweise aufzuerlegen; jeder Arbeitslose profitiert ja von dieser Bestimmung, wenn er sich weigert, sich einen Job vermitteln zu lassen, den er als unzumutbar empfindet.

Aber hier zeigt sich der Pferdefuß der nur noch auf Freiheit und Erwerb abgestellten Permissiv-Gesellschaft: Was auf den ersten Blick wie pure Emanzipation und hedonistische Selbstverwirklichung aussehen mag, das kann sich – sind die psychologischen Schranken zum Schutz der Familie erst einmal gefallen – über Nacht in ein häßliches Zwangssystem verwandeln, wo dann von Selbstverwirklichung mit keinem Wort mehr die Rede ist. Die auf die Spitze getriebene Freiheit, wußte schon Hegel, ist die „Furie des Verschwindens", der Zwang.

Die Strategen der CDU/CSU sollten's bedenken, wenn sie im nächsten Wahlkampf wieder in Permissivität und Augenzwinkern machen, um „liberale Randwähler" zu gewinnen. Es könnte ihnen passieren, daß es dann unterm Strich trotz gewonnener Randwähler doch nicht zur Mehrheit reicht, weil die Kernwählerschaft weggesackt ist. Was aber das Familienministerium betrifft, so sollte es ohnehin für bloßen Wahlkampf zu schade sein.

IM GESPRÄCH Bernhard Jagoda

Erst schaffen, dann zahlen

Von Gernot Facius

In der Hierarchie der Fraktionen gibt es feine Abstufungen. Wer als Obmann in einem Parlamentsausschuß sitzt, gilt etwas bei den Fachleuten seines Beritts und hat den Nimbus des Experten. Er steht aber im Schatten des „Sprechers", der das jeweilige Arbeitsgebiet medienwirksam vertreten kann. Bernhard Jagoda, der neue sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU, vertrat bislang seine Fraktion als Obmann im Ausschuß für Arbeit und Soziales; die Politik formulierte Haimo George. Künftig gibt Jagoda die Richtung an. Ob es aber analog zu George einmal ein schlagzeilenträchtiges „Jagoda-Papier" geben wird, von dem sich die Fraktionsoberen dann distanzieren, darf bezweifelt werden.



Wirtschafts- ebenso wie Ostfragen: George-Nachfolger Jagoda FOTO: AP

Jagoda versteht sich weniger als programmatischer Vordenker, eher als parlamentarischer Kärrner. Er ist ein Mann der leisen Töne im politischen Alltagsgeschäft. Was nicht heißt, daß Jagoda nicht kämpfen könnte. Seine Wähler im nordhessischen Schwalm-Eder-Kreis, für die CDU traditionsgemäß politische Diaspora, kennen ihn als einen Mann, der komplizierte Bonner Vorgänge sehr plastisch zu beschreiben weiß. Aber sein Lebensweg empfiehlt den 1940 in Kirchwalde, Kreis Rosenberg (Oberschlesien), geborenen Jagoda auch als „Mann der kleinen Fälle". Im hessischen Landtag engagierte er sich als sozialpolitischer Sprecher (bis 1980) für Heizölbeihilfen an Rentner ebenso wie für Dinge aus der „großen" Sozialpolitik.

Der Obersekretär a. D. knüpfte im Bundestag dort an, wo er im Wiesbadener Landtag aufgehört hatte. Mehr noch: im Petitionsausschuß, dem „Kummerkasten der Nation", bearbeitete er an die achthundert Fälle; seine Kenntnisse im Verwaltungsrecht kamen ihm dabei zugute. Im Petitionsausschuß will er auch als George-Nachfolger bleiben, um den Kontakt mit der praktischen Sozialpolitik nicht zu verlieren.

Auf Jagoda kommt jetzt in seiner neuen Funktion die Aufgabe zu, nach der einigermaßen gut verlaufenen Sanierung in der Sozialpolitik die „vielen Baustellen im Sozialbereich zu schließen", wie es in der CDU/CSU formuliert wird. Jagoda hat dabei die Finanzierbarkeit des Sozialsystems im Auge; er möchte ändern, aber nicht verändern, er ist kein „Linker", gehört auch nicht zu Norbert Blüms Sozialausschüssen. Weil er keiner Gruppierung fest zuzuordnen ist, wird man von ihm manches kräftige Wort hören, auch an die Adresse von Parteifreunden, die an den Erfolgen der Regierung Kohl herumnörgeln.

Für ihn gilt: erst durchdrücken, was zur Stabilisierung notwendig ist, dann kann man sich wieder über neue soziale Wohltaten unterhalten. Die Probleme der Renten- und Krankenversicherung werden seine ganze Arbeitskraft in Anspruch nehmen.

Hart gearbeitet hat Bernhard Jagoda immer, ob als CDU-Fraktionsvorsitzender im Kreistag des Schwalm-Eder-Kreises, als MdL in Wiesbaden oder jetzt als Sozialpolitiker im Bundestag. Der Vater zweier Kinder ist auch hessischer Landesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier. In der Deutschland- und Ostpolitik hat er einen sehr klaren Standpunkt. Gemeinsame Entschließungen, die die Gegensätze der Fraktion in der Deutschlandfrage verwischen könnten, wären mit ihm nicht zu machen. Auch hier steht er in einer Kontinuität. Zwei Vorgänger auf dem Platz des sozialpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion waren zugleich prominente Vertriebenen-Politiker: Josef Stingl und Hermann Götz. Beide haben die heutige Vereinigung der Ost- und Mitteldeutschen in der CDU/CSU, zu der auch Jagoda gehört, entscheidend geprägt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die geplante rot-grüne Koalition in Hessen stand gestern im Mittelpunkt der Kommentare:

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Die von Börner beschworene „dritte Integrationsphase dieses jungen Staates" kann doch unmöglich so aussehen, daß die Sozialdemokraten um des Erhalts der politischen Macht willen eine Politik betreiben, mit der weder die innere Sicherheit der Bundesrepublik noch deren wirtschaftliche Weiterentwicklung zu garantieren ist.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Politische Meinungsäußerungen von Interessengruppen sind in einer Demokratie erlaubt, und sie müßten von jedem, der die Demokratie hochhalten möchte, auch erwünscht sein. Wer die Sorgen der Unternehmer nicht versteht, der sollte mal einen Blick in das Wirtschaftsprogramm der Grünen werfen. Da fordern sie „den Abbau lebensfeindlicher Wirtschaftszweige, zuallererst der Atom- und der Rüstungsindustrie", sie wollen „die Abkehr von der Großindustrie", Grund, Boden, Naturschätze, Produktionsmittel und Banken sollen „in neue gesellschaftliche Formen des Eigentums überführt" werden. Diese Aufzählung reicht eigentlich schon, um Überlegungen der hessischen Unternehmer zu rechtfertigen.

Schwarzwälder Bote

Hessens Ministerpräsident Börner erweist sich wiederum als Meister politischen Taktierens. Mit seiner Aufforderung an die Opposition, einen Mißtrauensantrag zu stellen, hat er zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Er nimmt dem entsprechenden Schritt von CDU und FDP viel von seiner demonstrativen Wirkung, und er zwingt die Abgeordneten der Grünen in eine Koalitionsdisziplin, noch ehe die Landesversammlung der Umweltpartei endgültig über eine Regierungsbeteiligung entschieden hat. **(Oberndorf)**

Darmstädter Echo

Zu offensichtlich ist der Wortbruch, den die Sozialdemokraten und ihr Landesvorsitzender („Keine Koalition mit den Grünen") begangen haben, als daß die Wähler ihn so schnell vergessen dürften ... Börner, scheinbar ein standfester Koloß, ist zum deutschen Meister im Umfallen geworden.

Umgang mit dem anderen: Ist Weimar vergessen?

Politik ist kein Freistilringen / Gastkommentar von Ulrich Lohmar

Die *Parteien der Bundesrepublik* sind schon durch ihre Finanzierungspraxis bei mehr und mehr Bürgern ins Zwielicht geraten, weil sie sich in einer allzu großzügigen Weise aus Steuermitteln bedienen. Die sogenannte Wahlkampfkostenerstattung, die in Grenzen durchaus ihren Sinn hat, schwemmt ihnen mit jeder Wahl Millionen in die Kassen. Dabei kassieren sie nicht nur ihre „Kopfprämie" von den Wählern, die sich an der Wahl beteiligt haben, sondern auch von denen, die gar nicht wählen wollten: durch den trickreichen Schlüssel, der die auf die Parteien entfallenden Prozente für die Geldzuweisung zugrunde legt. Auch die Grünen beteiligen sich frohen Gemüts an dieser Praxis.

Dies alles mag ja noch hingehen oder doch wenigstens verständlich sein. Aber der Stil, mit dem Regierung und Opposition ihre jeweiligen politischen Führer herabsetzen, ist geradezu unerträglich geworden. Da ergötzt sich die SPD daran, wenn Bernhard Worms darum bittet, sich nicht länger über Bundeskanzler Kohl lustig zu machen – gerade so, als ob das deutsche Volk etwas von einem Kanzler hätte, über den man Witze reißt. Und umgekehrt: Dieter Pützhofen, der Herausforderer von Worms um die Führung der rheinischen CDU, fordert seine nordrhein-westfälischen Parteifreunde zu einer „Frühbekämpfung von Rau" auf – als ob es sich um ein militärisches Stoßtruppunternehmen gegen einen Feind handele.

Die Bürger fassen sich an den Kopf und fragen sich, ob denn unsere Politiker von allen guten Geistern verlassen worden sind. Die Opposition wie die Regierung sollten sich doch darüber freuen können, wenn ihnen auf der politischen Gegenseite fähige Männer oder Frauen gegenüberstehen. Sie sollen um den besten politischen Weg für unser Land wetteifern und nach einer guten Politik suchen. Wenn Schadenfreude in der Politik zur reinsten Freude wird, dann verkennt sie ihre Aufgabe in einer demokratischen Gesellschaft. Sich nur an der Macht zu halten oder sie erringen zu wollen, ist nicht die Aufgabe demokratischer Parteien. Macht ist ein Mittel zur Gestaltung des Staates und der Gesellschaft, kein Selbstzweck. Der Wettbewerb der Parteien muß um den besseren Weg geführt werden, nicht darum, sich selber in den Himmel zu heben und alle anderen zu verteufeln.

Man kann den Wettstreit um die Inhalte der Politik nicht von dem Stil trennen, in dem er ausgetragen wird. Es ist einfach unerwachsen, sich wechselseitig in herabsetzender Weise anzurempeln. Politik ist kein Freistilringen, sondern sie hat etwas mit menschlichem Anstand und mit gutem Stil zu tun, wenn sie die Bürger für eine nachdenkliche Mitwirkung am Gemeinwesen gewinnen will. Und daran mangelt es in Bonn seit langem. Unsere Parteien haben sich zu sehr daran gewöhnt, daß die äußere Kulisse ihrer täglichen Arbeit in Ordnung ist. Sie vergessen dabei, daß ihr Humusboden im Vertrauen der Bevölkerung begründet liegt.

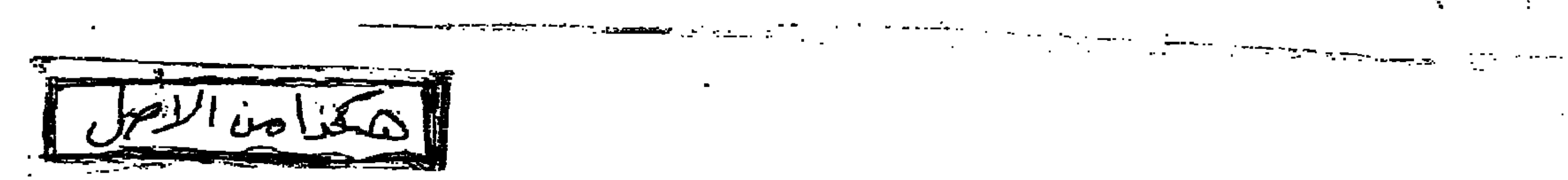
Wenn dieser Boden austrocknet, wenn das Vertrauen schwindet, dann nützt auch eine glänzende Staatsfassade nichts mehr und keine noch so eindringliche Rede unseres Bundespräsidenten. Wir sollten nicht vergessen, daß die Weimarer Republik, dieser erste Versuch zu einer freiheitlichen Lebensgestaltung in Deutschland, auch an dem erbitterten Gezänk der Parteien zugrunde gegangen ist. Hätten wenigstens alle demokratischen Kräfte in dieser Zeit ihr gemeinsames Fundament klargemacht und überzeugend vertreten – ein Ungeheuer wie Hitler hätte es dann wohl kaum vermocht, so viele Deutsche für sich einzunehmen und das Land in das größte Unglück seiner Geschichte zu führen.

Noch ist es Zeit, aus dieser bitteren Erfahrung zu lernen. Die Politiker verlangen von den Bürgern, geduldig ihre Steuerlast zu tragen, gediegene Arbeit zu leisten, sich für ihre Mitbürger zu engagieren und sogar die Straßenverkehrsregeln genau zu beachten. Wer das alles von uns erwartet, muß selber ein Beispiel geben.

Es geht hier nicht um eine Polemik gegen die Parteien und ihre Bedeutung in unserem Staat. Politische Parteien sind notwendig, um Millionen von Menschen eine Chance zu vermitteln, auf ihre Weise an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Doch Parteien sind, wie ihr Name sagt, Teile des Ganzen und damit des Volkes. Sie dürfen sich kein Eigenleben leisten, in dem sie von den Lebensformen der Bevölkerung abheben und ihren seltsamen Kampfritualen frönen.

Allzu gerne sprechen die Politiker von „ihren" Wählern. Das ist ein verräterischer Sprachgebrauch: Parteien besitzen keine Wähler, nicht einen einzigen, sondern Wähler entscheiden sich für diese oder jene Partei, je nach Überzeugung und nach Einschätzung der politischen Führer und ihrer Programme. Die Wähler dürfen sich die Butter dieser ihrer Souveränität nicht vom Brot nehmen lassen, denn die Mächtigen sind nun einmal gefräßig. Wir müssen sie davor bewahren, sich und uns durch ihre Selbstüberschätzung und ihren rüden Umgang den Magen zu verderben.

Professor Ulrich Lohmar, SPD-MdB von 1957 bis 1976, wirkt heute als freier Wissenschaftler in Bonn



Kampf dem König – in Moskau steigt das Schachfieber

Was die Offiziellen in Moskau befürchten, was die Mehrheit der Schachfreunde zu hoffen scheint – es rückt näher: Garri Kasparow, nicht nur im Spiel der Außenseiter, könnte den Schachkönig Karpow entthronen. Die Spannung war bei der 18. Partie spürbar – und die Nervosität des Titelverteidigers.

Von R.-M. BORNGÄSSER

Das Duell geht in die Endphase. Im ganzen Land ist das Wettfieber ausgebrochen. 18. Partie zwischen dem Schachgroßmeister Anatoli Karpow und dem jungen Herausforderer Garri Kasparow. An diesem Dienstagnachmittag drängen sich – wie bei den vorhergehenden Partien – die Menschen auf dem Majakowski-Platz. Schulter an Schulter stehen sie, scheinen nicht den eisigen Wind zu verspüren. Sie warten geduldig auf die Ankunft der beiden Stars.

Zehn Minuten vor Beginn der Partie saust ein vollbesetztes Milizauto mit Blaulicht vor, dicht dahinter ein schwarzer Sil, dem der 22jährige Kasparow entsteigt. Beifall brandet auf. Kasparow lacht und betritt die Kampfstätte, den Tschaikowsky-Konzertsaal. Fünf Minuten später das gleiche Ritual. Der 34jährige Karpow, Hätschelkind der Kreml-Funktionäre, trifft ein. Auch er in vielköpfiger Miliz-Begleitung. Wie immer wirkt er – korrekt im grauen Anzug, mit glattgekämmten Haaren – wie ein perfekter, linientreuer Schachbeamter.

Der Beifall, der aus der Menge dringt, ist dünner. Man hat den Eklat, den spektakulären Abbruch des ersten Titelkampfes im Februar, nicht vergessen. Denn nur mit Hilfe des eigenen Moskauer Schachverbandes und des philippinischen Weltschachbund-Präsidenten Florencio Campomanes konnte durch den vorzeitigen Abbruch die drohende Niederlage des Weltmeisters Karpow, der kurz vor einem körperlichen Zusammenbruch stand, abgewendet werden.

Die Genossen setzten auf Karpow, den Russen aus proletarischen Verhältnissen, den aktiven Kommunisten, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit im Fernsehen auftritt, um gegen die amerikanischen SDI-Pläne zu wettern. Der draufgängerische Garri Kasparow aus dem fernen Baku ist dagegen zu einer neuen Symbolfigur des nicht-russischen Intellektuellen herangewachsen. Im gewaltigen Sowjetreich mit seinen vielen Nationalitäten ist Kasparow ein Mann, mit dem sich mancher gern identifiziert.

Weiß-gold strotzt der Tschaikowsky-Saal im Lüsterglanz. Das Interesse an diesem Wettkampf ist gewaltig. Die Karten sind seit Monaten ausverkauft. Nicht einmal auf dem Schwarzmarkt ist noch eine zu ergattern. Schach ist in der Sowjetunion bei jung und alt mindestens so populär wie im Westen das Fußballspiel. Auf der gewaltigen Bühne, wo sonst ein ganzes Orchester Platz hat, steht der winzige Tisch mit dem Schachbrett. Rechts und links erheben sich überdimensionale Schachbretter, auf denen das Publikum jeden Zug verfolgen kann. Etwas abseits der Tisch der Schiedsrichter.

Ein elektrisches Klingelzeichen, der graue Vorhang teilt sich. Nacheinander kommen beide Spieler auf die Bühne. Locker, selbstsicher, setzt sich Kasparow an den Tisch, lächelt entschlossen ins Publikum. Minuten später betritt Karpow die Szene. Er wirkt angespannt, auch etwas nervös, obwohl er mit den weißen Steinen eröffnen kann. Kurz reichen sich beide die Hände. Doch es bleibt bei einem angedeuteten Händedruck. Sie verziehen keine Miene.

Die nackte Abneigung, die beide füreinander hegen, ist bis hinauf in die Ränge des Konzertsaales spürbar. Die da oben auf der Bühne befinden sich wahrlich nicht im Schachhimmel. Hier sind zwei harte Gegner aufeinandergestoßen. Beinahe scheint sogar das Wort Feinde eher angemessen. Der eine, der für seine Partei kämpfen will und muß – und der andere, der junge, der an sich, an seine Zukunft denkt, der eines Tages einmal nach Amerika reisen möchte, wie er ungeniert verkündet.

Der Kampf beginnt. Junge Männer in Trainingsanzügen schieben mit langen Stöcken die Figuren auf der Schautafel nach. Karpow ist der Zögernde, überlegt länger, sitzt fast unbeweglich am Tisch. Fünf Minuten, acht, neun, zehn, ja fünfzehn Minuten, die dahinschleichen. Es sind Minuten, die kaum zu vergehen scheinen. Der Weltmeister verzichtet diesmal sogar auf den Imbiß. Während Karpow grübelt, verschwindet Kasparow hinter dem Vorhang, bis sein Gegner seinen Zug gemacht hat.

Immer wenn der Twen aus Baku spielt, scheinen mehr Zuschauer die Ferngläser zu heben. Es ist, als wollten sie ihm Mut machen. In dem gewaltigen Saal ist es totenstill. Ein Drama des Schweigens, man hört das Kratzen beim Bewegen der Figuren auf dem Holzbrett bis in den obersten Rang hinauf. Die Spannung steigt – und sinkt.

Das Spiel spiegelt sich wider in der Körperhaltung: Kasparow wirkt geschmeidiger, scheint das Risiko weniger zu scheuen, obwohl auch er an diesem Tag lange überlegt. Karpow ist grübelnd über das Brett gebeugt, wirkt krampfhaft bemüht, einen Fehler zu vermeiden, der ihn ständig zu bedrohen scheint. Nach jedem Zug hört man das Aufatmen im Saal.

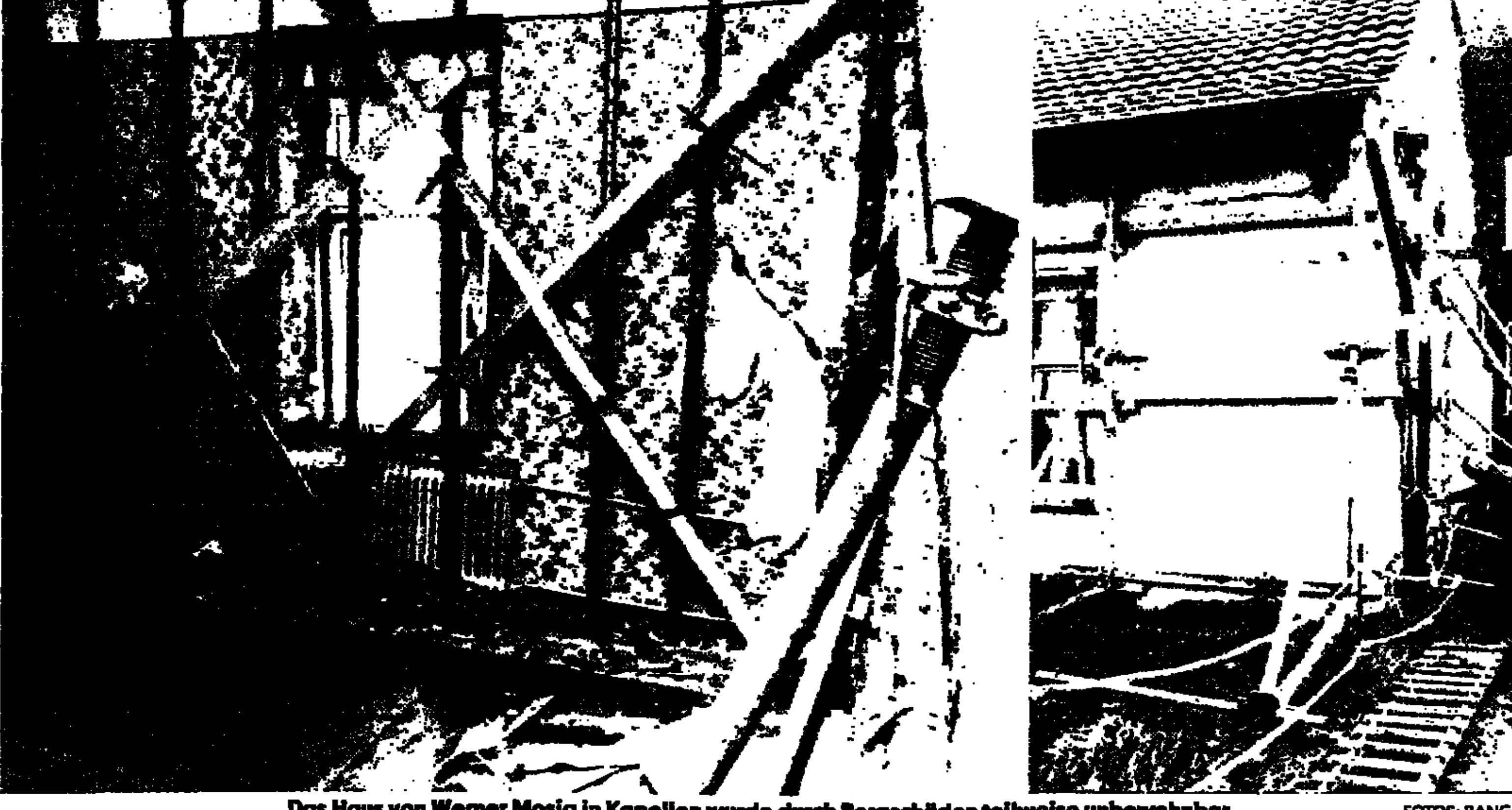
Die Schiedsrichter brauchen nicht einzugreifen. Sie sitzen da wie Denkmäler. Kein Räuspern, kein Nicken, kein Flüstern untereinander – nichts. Die Stunden fließen zäh. Dann, nach dem 23. Zug, kommt, für die meisten Zuschauer überraschend, das Ende. Karpow bietet dem Herausforderer Remis an, obwohl der Weltmeister einen leichten Stellungsvorteil zu haben scheint. Kasparow nimmt an.

Ein knapper Händedruck – die Gegner gehen auseinander. Nach dieser 18. Partie führt Kasparow 9,5:8,5. Wird dieser unkonventionelle junge Mann es schaffen? Noch stehen sechs Partien aus. Enden alle wie an diesem Dienstag remis, ist die Sensation da. Ein Gleichstand nach 24 Spielen reicht dem Herausforderer nicht, Karpow würde den Titel behalten.

Im Gegensatz zum ersten Titelkampf dieser beiden halten sich die sowjetischen Medien sehr zurück, um den Eindruck der Parteilichkeit zu vermeiden. Die „Prawda" entdeckte sogar Sympathien für die offensive Spielweise Kasparows. Es scheint, daß man sich im Kreml mit dem Gedanken vertraut macht, daß der neue Weltmeister einen anderen Namen tragen könnte als der alte.



Ein Spiel mit politischer Fracht: Titelverteidiger Anatoli Karpow, Herausforderer Garri Kasparow
FOTO: CAMERA PRESS



Das Haus von Werner Mosig in Kapellen wurde durch Bergschäden teilweise unbewohnbar
FOTOS: BANGERT

Aus der Tiefe droht neuer Ärger

In Moers-Kapellen schwindet gelegentlich der Boden unter den Füßen: Der Kohleabbau unter dem Ortskern hat zu erheblichen Schäden geführt, die freilich prompt ersetzt werden. Die Betroffenen wollen nun vom Bundesverwaltungsgericht in Berlin wissen, ob sie auch künftig mit diesem Schicksal leben müssen.

Von WALTER H. RUEB

Bruchkanten ziehen sich durch Vorgärten, Kartoffelfelder und Weiden. Auf dem Friedhof stehen Grabsteine schief, Risse „zieren" an vielen Häusern Putz und Mauerwerk. Da stehen Fenster schräg, dort klemmen Türen und Tore. Bergschäden sind die Ursache. Am schlimmsten hat es das Haus von Werner Mosig an der Lauersforter Straße getroffen. Es ist innen und außen mit Holzbalken und Stahlträgern abgestützt. „Man hat das Haus als Abrißschaden eingestuft", sagt der 81jährige Bauer. „Die Entschädigung betrug 70 000 Mark. Das geht in Ordnung. Doch in meinem Alter will ich nicht noch mal umziehen. Die dauernden Bergschäden müssen endlich aufhören."

Seit über zehn Jahren muß Kapellen mit Bergschäden leben. 1974 begann die Bergbau AG Niederrhein (BAN) 220 Meter unter der Ortsmitte mit dem Kohleabbau, fünf Jahre später wurde in einer Tiefe von 260 Metern auf Flöz Girondelle 4, 1980 zwei Etagen tiefer auf Flöz Finefrau Kohle abgebaut. „Da gab's schwerste Bergschäden – das war eine regelrechte Heimsuchung", klagt Heidi Heller, die Geschäftsführerin der Gemeinschaft bergbaugeschädigter Kapellener. „Wie sehr vor allem ältere Bürger darunter leiden, wenn ihr Häuschen, für das sie oft ein Leben lang gearbeitet haben, zur Ruine wird, kann sich jeder vorstellen."

Obwohl die größten Schäden schon Jahre zurückliegen, sind in dem kleinen Ortsteil von Moers weder die Erinnerungen daran verblaßt noch die Wunden vernarbt. „Straßen und Autobahn waren von Bodenwellen, Erdtreppen und Bruchkanten durchzogen, Strom- und Wasserleitungen an vielen Stellen beschädigt, die Kanalisation gestört", berichtet Heidi Heller. „Dorfschule und apostolische Kirche mußten abgerissen, die evangelische Kirche aus Sicherheitsgründen vorübergehend geschlossen, der Gottesdienst im Jugendheim abgehalten werden. Handbreite Spalten und Risse durchzogen ganze Häuserzeilen, Verwerfungen und Verschiebungen des Bodens ließen Mauern umstürzen und erlaubten an überraschenden Stellen Blicke ins Innere der Häuser ... Insgesamt 19 Häuser mußten abgerissen, 92 Großschäden von der BAN reguliert werden. Und jetzt droht eine neue Katastrophe – vielleicht noch eine schlimmere."

In diesen Wochen wird unter Kapellens Ortsmitte erneut mit dem Abbau von Kohle begonnen. Geitling 2 heißt das Flöz; Ende der 80er Jahre folgt eine Etage tiefer der Abbau auf Flöz Geitling 1, in den 90er Jahren dann auf Flöz Mausegatt. „Schwere Bergschäden sind wieder zu erwarten", schrieb die Gemeinschaft bergbaugeschädigter Kapellener deshalb vor ein paar Monaten an die Bürger und Mitglieder ihres Vereins.

Der Verein hat annähernd 300 Mitglieder. Sie sind Schicksalsgefährten: Alle beklagen schwere Bergschäden an Haus und/oder Grund. Zwar wurden ihre Schäden von der BAN mit 150 Millionen auf Mark und Pfennig ersetzt, für die Beeinträchtigung der Lebensqualität und jahrelangen Ärger aber zahlte die Zeche nichts. „Das veranlaßte schließlich mehrere Familien, von Kapellen wegzuziehen", sagt Heidi Heller. „Meist reicht die Entschädigung jedoch nicht zu einem Neubau, sondern nur zum Erwerb eines schon einige Jahre alten Hauses."

Als in Kapellen bekannt wurde, daß das Dorf bei der Kohleausbeutung noch dreimal „unterwandert" wird, gingen die Geschädigten zum Angriff über: Sie forderten das Bergamt Moers auf, dafür zu sorgen, daß die BAN wenigstens ein anderes Abbauverfahren anwendet. Die lokale Bergbehörde aber winkte ab, beim Oberbergamt Dortmund verwies man die Kapellener schließlich auf den Rechtsweg. Sieben Bürger klagten darauf im Namen aller anderen beim Verwaltungsgericht Düsseldorf. Mit einem ersten Erfolg: Das Bergbauunternehmen wurde angewiesen, Maßnahmen zu ergreifen, damit in Kapellen Schäden wie in der Vergangenheit nicht mehr vorkommen.

Gegen dieses Urteil legte die Bergbau AG Niederrhein beim Oberverwaltungsgericht Münster Widerspruch ein – und bekam recht. Wo Bergbau betrieben werde, müßten sich die Bürger mit Bergschäden abfinden, befanden die Richter und nahmen den Bergbaugeschädigten von Kapellen mit der Entscheidung, gegen das Urteil werde keine Revision zugelassen, vorübergehend sogar die Hoffnung, sie könnten endlich leben wie andere Bürger – nämlich ohne auseinanderklaffende Mauern, terrassenförmige Felder, kaputte Wasserleitungen und einsturzgefährdete Schulen und Kirchen.

Dagegen legten die Kapellener Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin ein. Dieses entschied im Sommer unter dem Aktenzeichen 4 B 37/85 so: „Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen ... wird aufgehoben. Die Revision wird zugelassen."

Die Rechtssache habe grundsätzliche Bedeutung, begründete das Gericht seine Entscheidung. „Ein Revisionsverfahren bietet Gelegenheit, die Weiterentwicklung des Rechts besonders durch eine Auslegung der Paragraphen 55, 56 und 71 des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 ... und eine Klärung des Verhältnisses dieser Vorschriften zur verfassungsrechtlichen Garantie des Eigentums zu fördern." Das Urteil von Berlin bedeutet, daß jetzt gerichtlich darüber entschieden wird, ob der bisherige Grundsatz, wonach Bewohner von Bergbaugebieten Bergschäden hinnehmen müssen, weiter Bestand hat.

In Kapellen aber gesellt sich in diesen Tagen zur Hoffnung auch Bitterkeit: Man weiß sehr genau, daß der Prozeß gegen die BAN noch Jahre dauern kann, daß Kohleabbau und damit einhergehende neue Bergschäden jedoch schon in Kürze neu beginnen. „Eine Ironie des Schicksals", sagt Heidi Heller. „Dem Kampf von David gegen Goliath gleich ringen wir mit dem gesamten Bergbau, zwingen ihn vielleicht gar zur Änderung seiner Abbauverfahren – nur wir selbst haben davon keinen Nutzen. Bis die Gerichte gesprochen haben, sind bei uns möglicherweise das halbe Dorf baufällig und Straßen und Gehwege, Wasserleitungen und Kanalisation kaputt."

Pessimismus ist angebracht: Aus technischen Gründen ist die Anwendung eines anderen Abbauverfahrens unter Kapellen nicht möglich. Bergassessor Hermann Wirges von der BAN erläutert die Gründe: „Die Flözmächtigkeit von nur einem Meter unter Kapellen läßt einen Bergversatz der ausgeraubten Flöze nicht zu. Deshalb muß die Kohle weiterhin im Bruchbau abgebaut werden."

Beim sogenannten Bergversatz werden die durch den Kohleabbau entstandenen Hohlräume im Erdinnern durch anderes Material aufgefüllt und damit ein Bruch des Gebirges verhindert. Beim Bruchbau wird die Kohle vollmechanisch abgebaut und aus dem Flöz befördert, die Hohlräume werden aber nicht aufgefüllt. Hinter der Abbaufront geht deshalb das ausgehöhlte Gebirge im Handumdrehen zu Bruch.

„Der Bruchbau wird die darüber lagernden und bei früheren Kohleabbaumaßnahmen vorzerstörten Gebirgs- und Deckschichten wieder in Bewegung bringen, was zu den bekannten Auswirkungen an der Erdoberfläche führt", heißt es in einem Gutachten, das noch auf etwas anderes aufmerksam macht. „Die beschriebenen Absenkungen haben den Ortskern Kapellen so weit in das Grundwasser abgesenkt, daß drei Pumpstationen gebaut werden mußten, mit denen auf alle Zeiten der Grundwasserspiegel im Zaum gehalten werden muß, will man nicht auch noch das Risiko eingehen, Kapellen ‚Land unter' zu setzen."

So weit werde es schließlich kommen, prophezeien Pessimisten in Kapellen und weisen auf angebliche Untätigkeit und Gleichgültigkeit von Rat und Verwaltung der Stadt hin. Die Bürger seien in ihrem Kampf bisher alleingelassen worden.

Im Rathaus von Moers, wo BAN-Direktor Heiermann im Sommer noch den Uralt-Grundsatz „Dulde und liquidiere" für Bergbaugeschädigte pries und bekanntgab, daß Kapellen bis ins Jahr 2005 mit Bergschäden leben müsse, veteidigte der Leitende Baudirektor Hanskarl Lutz die Haltung der Stadt: „Die BAN repariert Schäden an öffentlichen Einrichtungen stets sofort. Und für die Grundschule, die wegen des starken Bevölkerungsrückgangs nicht unbedingt gebraucht wurde, bezahlte sie Entschädigung. Für die Stadt gab und gibt es keinen Grund, gegen das Bergbauunternehmen vorzugehen."

Willner will auch Schulden abtragen

STEFAN HEYDECK, Bonn

In der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung wird inzwischen trotz aller Betroffenheit und Empörung über den „DDR"-Spion Herbert Willner gelacht. Willner, der als superkorrekt und beamtenhaft eingeschätzt worden war, hat sich auf seine Flucht nach Ost-Berlin zusammen mit seiner Frau Herta-Astrid, die Sekretärin im Bundeskanzleramt gewesen war, offensichtlich sorgfältig vorbereitet. Denn in seinem Büro wurde eine Broschüre des *Bundesministeriums* für innerdeutsche Beziehungen mit dem Titel „77 praktische Tips für Besuche

in der DDR und aus der DDR und für andere Kontakte hier und dort" gefunden.

Auch seine „fast formgerechte Kündigung", so einer seiner früheren Kollegen „entbehrt nicht einer gewissen Komik". Handschriftlich auf drei Seiten hatte Willner dem Geschäftsführer der Stiftung, Fritz Fliszar, im besten Behördenstil mitgeteilt, „mit Bedauern sehe" er sich „veranlaßt, mein Dienstverhältnis bei der Friedrich-Naumann-Stiftung mit sofortiger Wirkung zu kündigen". Weiter betonte er in dem mit 6,30 Mark frankierten, in West-Berlin am 16. September um 22 Uhr zusammen mit einem Anschreiben des Ostberliner Anwalts Joachim Noack abgestempelten Einschreiben, er wolle „einen Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung meiner Interessen, auch meiner Verpflichtungen" beauftragen.

Denn, so Willner, „insbesondere" sei „auch mein Kredit bei der Stiftung abzutragen. Das wird geschehen, wobei das eine oder andere gegeneinander verrechnet werden kann". Der 55jährige hatte Mitte vergangenen Jahres ein Darlehen von 10 000 Mark erhalten. Von dieser Summe steht noch ein Betrag von mehr als 7 000 Mark aus. Allerdings hieß es gestern in der Stiftung, der gesamte Fall gelte als abgeschlossen.

Das hatte Fliszar bereits am 30. September zum Ausdruck gebracht. In einem Drei-Zeilen-Brief an Noack hatte er bestätigt, daß die Stiftung „die fristlose Kündigung von Herrn Herbert Willner zum 16.9.1985 angenommen hat". Denn, so meinte Fliszar jetzt ironisch, und nicht ernst gemeint, daß Willner im Fall seiner höchst unwahrscheinlichen Rückkehr „wieder seine Beschäftigung bei uns fordern könnte".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

SPD-Fraktion verteilte auch kräftige Denkzettel

PETER PHILIPPS, Bonn

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hatte sich noch einmal zu Wort gemeldet, denn der erste Wahlgang für die Positionen der 26 Beisitzer im Fraktionsvorstand war am Dienstagabend *nicht zu seiner Zufriedenheit* ausgefallen: „Denkt daran, Genossen ich habe es wiederholt gesagt", für die Gleichberechtigung der Frauen müsse der Gesamtpartei ein Zeichen gesetzt werden.

Zwar murrten einige mit Hinweis auf Tucholsky, daß zur Zeit Frauen in der SPD nur „in ihrer Eigenschaft als Frau Favoritin" für alle Ämter seien, „und keiner guckt mehr hin, was sie bringen" – aber die Männerschar folgte ihrem Vorsitzenden: Liesel Hartenstein, Margitta Terborg und Gudrun Weyel, alle drei mit Vogels *Nachdrücken auf die Kandidatenliste* gelangt, schafften den Sprung in den Vorstand.

Am Ende der turnusmäßig rund 18 Monate vor der nächsten Bundestagswahl anstehenden Stimmabgabe der bis zu 175 anwesenden SPD-Bundestagsabgeordneten war weder der von *manchen Außenstehenden befürchtete* „Linksruck", noch ein Denkzettel für den Fraktionsführer zu registrieren. Vielmehr hatte die kräftige Mitte/Rechts-Mehrheit in der Fraktion „stramm durchgewählt", wie sich gebeutelte Linke anschließend beschwerten. Vergeltung für den *nächsten Bundesparteitag wurde* sogleich in Aussicht gestellt, denn dort sind seit Jahren die Mehrheitsverhältnisse gerade umgekehrt. Aber auch dies ist nicht der Kern der Erklärung.

Arbeit gewürdigt

Die Fraktion hat offensichtlich „gerecht" abgestimmt, bei den meisten deren tatsächliche Arbeit gewürdigt. Und zusätzlich prägte die landsmannschaftliche Komponente, die auch in der Partei vielfach die alten Flügel ersetzt hat, die Entscheidungen. *Die Baden-Württemberger,* bei den beiden letzten Wahlen noch „gestraft" wegen einer manchmal überheblich wirkenden Theorie-Beladenheit, die in keinem Verhältnis zu einem Erfolg im Ländle steht, kamen erstaunlich gut über die Hürden.

Der Vorsitzende Vogel erhielt ein paar mehr Gegenstimmen (9) als bei der letzten Wahl. Sie sind von ihm selbst als „normal", also dem üblichen Verschleiß der Legislaturperiode entsprechend dargestellt worden. Und sie sind Ausdruck persönlicher Animositäten und Kritik eher lebenslustiger Parlamentarier gegenüber seinem Führungsstil, der von Fleiß, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und manchmal Pedanterie gekennzeichnet ist. Im wesentlichen kann sich Vogel aber – auch nach Einschätzung führender Abgeordneter – bestätigt sehen. Die Abgeordneten haben zugleich „seine große menschliche Leistung" gewürdigt, wie es einer ausdrückte, „ohne in der Arbeit nachzulassen, vom Kanzlerkandidaten in die Rolle Wehners hineinzugehen".

Sehr viel stärker war Kritik an der tatsächlichen Arbeit bei zwei der acht Vogel-Stellvertreter zu verzeichnen: Bei Alfred Emmerlich drückte sie sich noch zurückhaltend in Enthaltungen aus, während Herta Däubler-Gmelin mit nur 88 Ja-Stimmen völlig aus dem Rahmen fiel. Es war die Quittung für etwas, was Vogel *manchmal angekreidet wird, von ihr* allerdings perfektioniert wurde: Sie arbeite „wie ein Dezernent für den eigenen Zuständigkeitsbereich", heißt es in der Fraktion, nimmt an der „Gesamtarbeit nur verhalten" teil und „verbreitet mit Fleiß Sprödigkeit". Fuchs, Penner, Apel, Ehmke, Emmerlich, *Hauff* und *Roth lagen* jedenfalls trotz des einen oder anderen Denkzettels alle noch bei deutlich mehr als 100 Ja-Stimmen.

Zweimal Comeback

Daß der Vorsitzende der Partei-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), Rudolf Dreßler ebenso wie etwa der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Rudi Walther (der an diesem Tag Geburtstag feierte), und der erfahrene Sozialpolitiker und alte Wehner-Vertraute Eugen Glombig gleich im ersten Wahlgang in die Riege der 26 Vorstands-Beisitzer gewählt wurden, war zu erwarten. Erstaunlicher war es schon, daß der rechte Verteidigungspolitiker Erwin Horn dies ebenfalls schaffte, während Karsten Voigt einen zweiten Anlauf benötigte. Auch Karl Liedtke, immerhin Vorsitzender des Parteirates, des euphemistisch so genannten „höchsten Gremiums zwischen den Parteitagen", mußte in die zweite Runde.

Zwei zeitweilig in der politischen Versenkung verschwundene frühere Nachwuchs-Hoffnungen der Partei hingegen signalisierten deutlich ihr „Comeback": Hans-Ulrich Klose und Dietrich Stobbe, der eine als Hamburger, der andere als Berliner Bürgermeister zurückgetreten, waren bereits nach dem ersten Wahlgang im Vorstand. Geduld und Fleiß waren die Grundlagen für den Beginn ihres Wiederaufstiegs.

Saar-FDP: Kein Mißtrauensantrag

UR. Bonn

Die saarländische FDP will nach außen nicht „von vornherein auf absoluten Konfrontationskurs" zur Landesregierung gehen und hat deshalb erklärt, nicht mehr auf dem Mißtrauensantrag gegen Umweltminister Jo Leinen „zu bestehen". FDP-Fraktionschef Horst Rehberger begründete gegenüber der WELT den Rückzug mit „dem ersten Schritt, den Leinen getan hat, um sich von dem Brief seines Referenten an den Marxistischen Studentenbund (MSB) zu distanzieren". Leinen hatte erklärt: Die Saar-SPD habe sich immer eindeutig zu den Positionen der DKP und ihrer Organisationen verhalten – „und an dieser Praxis hat sich nichts geändert". Diese „pauschal gehaltene Distanzierung" (Rehberger) reicht der FDP jedoch nicht aus. In der nächsten Landtagsdebatte soll Leinen deshalb Auskunft darüber geben, warum er die Referentenäußerung 14 Tage lang „bagatellisiert" habe. Außerdem müsse geklärt werden, wieso Leinen überhaupt zu einem MSB-Kongreß gebeten werden konnte. „Üblicherweise werden nur politisch Nahestehende eingeladen", sagte Rehberger.

FDP will sich für Bauern einsetzen

hey, Bonn

Die Freien Demokraten wollen sich mit Blick auf die Bundestagswahl 1987 stärker als bisher für die Landwirte einsetzen. Anfang November werden Parteiführung und Bundestagsfraktion „Orientierungslinien" und „Alternativen" zur Agrarpolitik beraten. Grundsätzlich will die FDP die Existenz leistungfähiger bäuerlicher Familienbetriebe gewährleisten. Allerdings sollen die öffentlichen Gelder effektiver eingesetzt werden.

Um die Produktion von Überschüssen zu senken, sollen beispielsweise bisher landwirtschaftlich genutzte Gebiete für den Natur- und Gewässerschutz gekauft oder gepachtet werden können. Landwirte sollen vom 55. Lebensjahr an eine „Flächenrente" erhalten, wenn sie auf ihren Äckern nicht mehr anbauen. Dadurch könne das „dringend erforderliche Verbundnetz" an Biotopen für gefährdete Pflanzen und Tierarten geschaffen werden. Daneben soll der Anreiz zur Aufforstung von bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen verbunden mit einem Abbau bürokratischer Hemmnisse wesentlich verbessert werden.

Eklat um Grußwort für Bundeswehr-Verband

Oberstleutnant Rolf Wenzel ist Nachfolger von Heinz Volland

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der Bundeswehr-Verband hat gestern auf seiner 12. Hauptversammlung, die in dieser Woche in Bonn tagt, den *Heeres-Oberstleutnant Rolf* Wenzel zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er ist Nachfolger von Oberst a.D. Heinz Volland, der nach 18jähriger Amtszeit nicht mehr für dieses Amt kandidierte. Der Deutsche Bundeswehr-Verband, mit rund 300 000 Mitgliedern die größte berufliche Interessenvertretung von Soldaten im westlichen Europa, hat sich in seiner nunmehr fast dreißigjährigen Geschichte als eine gewerkschaftsähnliche Organisation etabliert. Den rund 400 Delegierten liegen mehr als 450 Anträge zur Be*schlußfassung vor. In keinem* wird mehr in Frage gestellt, daß der Verband sich als Gewerkschaft versteht und seine Forderungen nötigenfalls mit dem entsprechenden Nachdruck vertreten würde.

Die Tagung, auf der heute Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner sowie die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU, Alfred Dregger, und SPD, Hans-Jochen Vogel, und der FDP-Abgeordnete Uwe Ronneburger sprechen werden, hatte mit einem Eklat begonnen. Zu ihrem Auftakt war die Verbandszeitschrift mit Grußworten von führenden Politikern erschienen.

An der Stelle, die für die Fraktion der Grünen reserviert war, blieb ein freier Platz. In einem Hinweis erläuterte die Redaktion, ihrem Selbstverständnis entspreche es, Beleidigungen und Diffamierungen nicht zu publizieren. Der Sprecher des Bundesvorstandes der Grünen, Rainer Trampert, hatte in seinem „Grußwort", das von dessen Bundesgeschäftsstelle veröffentlicht worden war, unter anderem geschrieben:

„Wenn wir daran denken, daß in militärischen Plänen Menschen wie Material behandelt werden und daß militärische Aufträge auf Schlachtfeldern zu enden pflegen, fällt uns die Geschichte von dem Kalb ein, das auf dem Viehtransport zu seinem Nachbarn sagt: ‚Komm, wir gründen eine Interessenorganisation aller Kälber. Wir müssen was gegen unseren Verwendungsstau unternehmen und für die Beseitigung aller Einschränkungen unserer Rechte eintreten, die sich nicht zwingend aus dem Auftrag des Schlächters ergeben.' Deshalb wünschen wir Ihnen ... einen recht langen Verwendungsstau und daß Sie sich eines Tages diesen Tagesbefehl geben: ‚Kompanie – aufgelöst! Zerbrecht das Gewehr! Die Augen auf! Rührt Euch!'"

Ein rettender Strohhalm für den grünen Parteitag

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Im Streit zwischen Sozialdemokraten und Wirtschaft über die Folgen einer rot-grünen Koalition in Hessen und die angedrohte Abwanderung von Firmen und Investitionen in andere Bundesländer gibt es einen lachenden Dritten: die hessischen Grünen. Sie hatten sich noch vor wenigen Tagen auf dem Tiefpunkt ihrer Popularität und ihres Einflusses gesehen. Eine Koalition mit Börners SPD war ihnen wie ein letzter rettender Strohhalm zur Erhaltung ihrer parlamentarischen Existenz erschienen.

Diese Hoffnung war durch die ersten Reaktionen auf die rot-grüne Koalitionsvereinbarung sogar noch erheblich gedämpft worden. In ersten Kommentaren hatte es nämlich übereinstimmend geheißen, die rot-grüne Koalition sei „überwiegend zu Bedingungen der SPD" (so zum Beispiel *ein Bericht der Deutschen Presse*agentur) verabredet worden. Die SPD habe mit dem Druckmittel „Neuwahlen" gepokert und die Grünen auf ein Minimum ihrer Forderungen heruntergehandelt.

Damit standen die Chancen für die koalitionsbereite Gruppierung der „Realpolitiker bei den Grünen miserabel. Die Koalitionsvereinbarung mit der SPD, auf der für kommenden Sonntag angesetzten Landesmitgliederversammlung der Grünen in Neu-Isenburg bei Frankfurt als echten Verhandlungserfolg verkaufen zu können. Die Landtagsabgeordneten der Partei, bis auf den „Fundamentalisten" Jan Kuhnert, Vorkämpfer und Einfädler der Koalitionsvereinbarung, mußten fürchten, daß sie von der eigenen Basis beschimpft und ausgepfiffen werden würden.

Kuhnert hatte bereits den Teufel an die Wand gemalt: Das Verhandlungsergebnis sei ein „endgültiger Verzicht auf zentrale grüne Forderungen", die „Industrieinteressen" würden davon „nicht berührt" und so müsse „die Mehrheit der Landtagsgruppe" der Grünen zur Kenntnis nehmen, daß ihr für diesen Verrat an Basis und Wählern" die Mehrheit in der Landesmitgliederversammlung „noch lange nicht sicher" sei.

Die Wellen, die die Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen inzwischen jedoch geschlagen hat, haben diese Drohung entkräftet. Daß *„Industrieinteressen" sehr wohl „be*rührt sind", wenn ein Grüner in Wiesbaden Energie- und Umweltminister wird, das haben selbst Gewerkschaftsvertreter wie DGB-Chef Breit und IG-Chemie-Chef Rappe nicht mehr rundweg ausgeschlossen. Unternehmenssprecher haben sogar ausdrücklich gedroht, Investitionen und Teile der Produktion in Nachbarländer zu verlagern, unionsregierte Länder haben ihnen dafür „Asyl" angeboten.

Das gewaltige Aufsehen, das dadurch entstanden ist, hat die *Existenzängste* der Grünen in Hessen wie einen Spuk hinweggefegt. Die unselige Verstrickung der Partei in die Frankfurter Krawalle nach dem Tod von Günter Sare ist vergessen. In den Schlagzeilen der Medien erschien die kleine grüne Partei, deren Minister und Staatssekretäre nach Börners *Vorstellung in die Kabinettsdis*ziplin „eingebunden" sein sollen, wie eine Macht, die den alten Schlachtruf der Arbeiterbewegung umsetzen könnte: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will."

Chris Boppel, grüner Landtagsabgeordneter, rief gestern in der Plenardebatte denn auch triumphierend: „Die Reaktion der Großindustrie und der CDU in der hysterischen Form, in der sie vorgetragen worden ist, ermutigt selbst mich, der ich einer der Zweifler war, daß dies der richtige Schritt sein muß und auch ist."

Boppel hatte noch in der letzten Mitgliederversammlung der Grünen in Niedernhausen unübersteigbare Hürden für die Koalition aufbauen wollen und dafür breite Zustimmung bei der grünen Basis erhalten. Jetzt sieht er sogar in der Drohung der Büdinger Accumulatorenfabrik „Sonnenschein", Hessen zu verlassen, eine zusätzliche Motivation für den rot-grünen Regierungspakt: „Ich weine der Bleischleuder von Schwarz-Schilling keine Träne hinterher, ihr Weggang wird für die Umweltpolitik dieses Landes eine große Entlastung sein." Der Verlust von Arbeitsplätzen sei „leicht zu kompensieren". Ein Vorgeschmack von dem, was Hessen erwartet, und eine wichtige Weichenstellung für die Abstimmung der grünen Basis am Sonntag in Neu-Isenburg.

„Die Gewerkschaft wird diese Kröte schlucken"

Arbed auf Sanierungskurs / Personalabbau bleibt Problem

ULRICH REITZ, Bonn

Lange Zeit kam Arbed Saarstahl aus den Schlagzeilen nicht heraus. Noch vor kurzem befürchtete der FDP-Fraktionschef Horst Rehberger, Ministerpräsident Oskar Lafontaine könne eher bereit sein, das Montanunternehmen in Konkurs gehen zu lassen, als Druck auf die Gewerkschaften auszuüben, im Interesse der endgültigen Sanierung notwendige Massenentlassungen hinzunehmen.

Die Landesregierung redet neuerdings nicht mehr von einem Konkurs. Mit der Gründung einer Beschäftigungsgesellschaft will Wirtschaftsminister Hajo Hoffmann die Zustimmung der IG Metall zur Reduzierung der Belegschaft von knapp 14 000 auf weniger als 10 000 Beschäftigte nach 1988 erreichen. Doch die Gewerkschaft ist skeptisch. Der Gesamtbetriebsrat hat sich bereits geweigert, einen Vertrag mit dem Unternehmen aus dem Jahr 1978 zu kündigen, der festlegt, daß die durch die Stahlkrise notwendig gewordene Restrukturierung von Arbed ohne Massenentlassungen ablaufen wird. Erst durch diese Kündigung wäre aber der Weg für eine Beschäftigungsgesellschaft frei.

Nach Hoffmanns Modell soll die Gesellschaft „Vollerwerbstätigen, nicht qualifizierten Arbed-Beschäftigten, deren Stellen wegrationalisiert werden sollen", ein Angebot unterbreiten, für zwei Jahre in anderen Betrieben für höher qualifizierte Tätigkeiten weitergebildet zu werden. Damit sollen ihre Vermittlungschancen erhöht werden. Von der Bundesanstalt für Arbeit soll den Umschülern 73 Prozent ihres bisherigen Lohnes weitergezahlt werden.

Die Beschäftigungsgesellschaft war vom Wirtschaftsminister als Alternative zu Entlassungen dargestellt worden. Der Vorsitzende der saarländischen Stahlfraktion, Rainer Wicklmayr (CDU), weist jedoch darauf hin, daß die Nürnberger Bundesanstalt nur Arbeitlose fördern kann. Für Wicklmayr ist das Projekt der SPD – „nur ein loses organisatorisches Netz" – deshalb lediglich ein „Versuch, Massenentlassungen zu kaschieren". Problematisch ist auch, daß ein struktureller Anpassungsprozeß verhindert wird. Denn die Zahl der Arbeitsplätze im Saarland wird – vorerst jedenfalls nicht – um die entsprechende Zahl von Umschülern zunehmen: Arbed-Arbeitslose, die in anderen Firmen eine Anstellung finden, besetzen Arbeitsplätze, die für Arbeitnehmer gleicher Qualifikation bereits gezählt werden.

Personalabbau kommt Produktivität zugute

Die Regierung könne ihr Versprechen, die Fortsetzung der Restruktu*rierung ohne Massenkündigungen zu* bewerkstelligen, nicht einlösen. Noch Anfang Oktober hatte sich Lafontaine mit dem IG-Metall-Vorsitzenden Hans Mayr und dem Geschäftsführenden Vorstandsmitglied Rudolf Judith verständigt, daß es bei Personalveränderungen nicht zu Massenentlassungen kommen dürfe. Wicklmayr nannte es gegenüber der WELT „unredlich", gegenüber der IG Metall den Eindruck zu erwecken, Entlassungen könnten durch eine Beschäftigungsgesellschaft aufgefangen werden.

Lange Zeit versuchte die Landesregierung, die Diskussion um die langfristige Sanierung Arbeds auf die Entschuldungsfrage zu verlagern, um von einer für eine SPD-Regierung schwierigen Diskussion über Entlassungen abzulenken. Zugeständnisse der Arbeitnehmerseite dürften nur „unter größten Schwierigkeiten zu erreichen sein", heißt es denn auch in einer Arbed-Analyse des Saar-Wirtschaftsministeriums.

Doch jetzt ist die Landesregierung offenbar bereit, auf die IG Metall einzuwirken: „Allerdings dürfte die Erhaltung des Unternehmens auch mit 8000 bis 9000 Beschäftigten für die Arbeitnehmerseite immer noch günstiger sein als der Konkurs", so die Untersuchung. Sie bestätigt die Einschätzung Wicklmayrs, Regierung und Opposition *seien* sich einig, daß bei Arbed Personal im Interesse der Produktivität abgebaut werden müsse. Trotz modernster Ausstattung sei die Produktivität bei Arbed mit 228 Tonnen produziertem Stahl pro Mann und Jahr vergleichsweise gering. 400 Tonnen seien bei einem günstigeren Verhältnis von Mann und Maschine möglich.

Die IG Metall setzt jedoch bei ihren Sanierungsvorstellungen andere Prioritäten. In einem Papier der Saarbrücker IG Metall ist von der Bereitschaft, den Vertrag von 1978 zu kündigen und damit Entlassungen hinzunehmen, nicht die Rede. Im Gegenteil werden Bundes- und Landesregierung „aufgefordert, darauf zu achten, daß bestehende Gesetze, Tarifvertragsbestimmungen und sonstige Verträge zum Schutze der Arbeitnehmer nicht gebrochen werden". Außerdem soll *sichergestellt* werden, daß bei „weiteren Anpassungsbemühungen Entlassungen ausgeschlossen werden".

Eine Brücke für die IG Metall

Wicklmayr ist jedoch optimistisch, daß das Schlüsselproblem der Reduzierung der Beschäftigtenzahl gelöst wird. „Die IG Metall ist mit der Regierung so verquickt, daß sie diese Kröte schlucken wird". Zudem hat das Unternehmen der IG Metall inzwischen eine Brücke gebaut: Nach einem Vorschlag des Arbed-Arbeitsdirektors Esser soll das Abkommen von 1978 nicht mehr gekündigt, sondern „modifiziert" werden. Nur dem, der eine „zumutbare" Qualifizierungsmaßnahme (Umschulung oder Fortbildung) – diese Formel ist *offenbar* auf die Beschäftigungsgesellschaft gemünzt – verweigert, soll gekündigt werden können.

In der Frage der Sicherung der kurzfristigen Liquidität „kommt die Landesregierung nicht daran vorbei, die von Bund und Land in Brüssel beantragten Betriebsbeihilfen in Höhe von 350 Millionen Mark selbst zu zahlen", meint Wicklmayr. Lafontaine hatte vor einigen Wochen erklärt, das Saarland werde die Subventionen nur zahlen, wenn Bonn den Landesanteil an der Entschuldung Arbeds mit übernehme. Obwohl auch in der Analyse der Saar-Wirtschaftsministeriums dieser Vorschlag noch in der Rubrik „erforderliche Aktionen" der Landesregierung in Richtung Bonn verzeichnet wird, heißt es dort zuvor: „Entsprechende Anforderung kommen allein auf das *Land zu* ..."

Bei der Entschuldung hält Wicklmayr entgegen der bisherigen Verlautbarungen von Seiten der Bundesregierung ein „Entgegenkommen" Bonns für möglich. Mit einer Entschuldung und der Steigerung der Produktivität durch Verkleinerung der Belegschaft seien jedoch die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich für Arbed ein potenter deutscher Partner findet. Denn gerade in Krisenzeiten am Ende der siebziger Jahre habe der „Austausch von Hilfen" zwischen den fusionierten Unternehmen nicht funktioniert, „die Ehe mit dem Luxemburger Unternehmen Arbed S.A. ist gescheitert".

Die Restrukturierung wird von einer florierenden Stahlkonjunktur begünstigt. Wenn sie anhält, wird Arbed 1987 wieder schwarze Zahlen schreiben, kündigte der Vorsitzende der Geschäftsführung des Konzerns, Karl Kühn, an. Ein Auslaufen des Brüsseler Subventionskodexes und eine Liberalisierung des Stahlmarktes, wie er momentan verhandelt wird, brauchen die Völklinger Stahlkocher, so Wicklmayr, mithin nicht zu fürchten.



Normalbürger dürfen vom Traumschiff nur träumen

DIETER DOSE, Berlin

Umweltschutz ist in der „DDR" Sache der staatlichen Organe und der Betriebe. „Wir brauchen keine ökologischen Proteste von der Straße", weist die vom Kulturbund herausgegebene Wochenzeitung „Sonntag" die bestehenden, meist kirchlichen Protestgruppen in die Schranken. „Demokratische Mitgestaltung der Umwelt braucht sich bei uns nicht als apartes Interesse zu artikulieren, sie ist eine normale Lebensäußerung der Bürger."

„Traumschiff Astor", den „DDR"-Bürgern aus der ARD-Fernsehserie wohlvertraut, ist erstmals unter „DDR"-Flagge auf Ostsee-Kreuzfahrt. Ein in den Zeitungen gebührend gefeiertes Ereignis. „M. S. Arkona" heißt es jetzt. Auf dem Umweg über Südafrika, wohin es eine Reederei aus der Bundesrepublik verkaufte, gelangte die ehemalige „Astor" in den Besitz der „DDR".

Aus der Presse von drüben

Zwar fehlt der Hinweis in den Veröffentlichungen über die Herkunft, aber z. B. die Leser des „Neuen Deutschland" können schon der Überschrift entnehmen, daß die „Arkona" nicht immer „volkseigen" kreuzte: „Das Traumschiff mit Arbeitern auf Kreuzfahrt".

„In der Bordliste stehen vor allem die Namen von Arbeitern, die im Wettbewerb zum XI. SED-Parteitag der SED herausragende Leistungen vollbracht haben", betont die Ost-„Berliner Zeitung", daß die Kreuzfahrer von Betrieben oder Gewerkschaftsleitungen dafür vorgeschlagen wurden.

„Dieses Prinzip der Vergabe behält auch bei künftigen Fahrten der „Arkona" sowohl in der Ostsee als auch über den Atlantik nach Kuba für jährlich insgesamt 9300 FDGB-Urlauber seine Gültigkeit", dämpft das Blatt eventuelle Hoffnungen der Normalbürger, demnächst ins nächste Reisebüro gehen und eine Kreuzfahrt buchen zu können.

Das „Traumschiff" aus dem West-Fernsehen bleibt auch in Ost-Diensten ein Traumschiff.

„Sei freundlicher, Genosse" – Aufforderung in der Funktionärszeitschrift „Neuer Weg" an die SED-Funktionäre. Grundlage dazu ist ein Beschluß des Zentralkomitees der Staatspartei. „Ein aufmerksames und korrektes Verhalten zu den Vorschlägen der Bürger, insbesondere bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen", verlangt die Parteiführung. Sicher nicht ohne Grund.

Die örtlichen Volksvertretungen sollen dafür sorgen, „daß die Bürgeranliegen durch die Räte, die unterstellten Kombinate, Betriebe und Einrichtungen sowie durch die Genossenschaften verständnisvoll, sachkundig und fristgemäß bearbeitet, auf der Grundlage der Rechtsvorschriften entschieden und überzeugend beantwortet werden".

Nicht immer freundlich waren allerdings die rund 16 000 Mitglieder des Ostberliner Bezirkskomitees „Arbeiter- und Bauern-Inspektion" (ABI), die kürzlich ausschwärmten, um in 400 Betrieben eine „Massenkontrolle" vorzunehmen.

Dabei festgestellte Mißstände wurden in der „Wochenpost" an den Pranger gestellt: „Um ernste, nicht mehr zu duldende Mängel beseitigen zu helfen und gesetzlichen Forderungen zu entsprechen, mußten 336 Auflagen erteilt werden", wird der Chef des ABI-Bezirkskomitees zitiert.

Einige gravierende Beispiele beklagt die Zeitschrift: „Wie soll man es verstehen, wenn 60 Mitarbeiter auf dem Kohleentladebahnhof Kausldorf ohne Toilette und Waschgelegenheit auskommen müssen, wenn sich ein Teil der Kolleginnen im VEB Bekleidung in den Produktionsräumen umziehen muß, weil entsprechende Räume fehlen, oder wenn im Kombinat Holzhandel die Damentoilette als Archiv dient."

„Lasterhaftes" deckte die satirische Wochenzeitung „Eulenspiegel" im schönen Thüringen auf. Aufs Korn genommen wurden die Fahrer von Lastwagen, in der „DDR" Nutzkraftwagen genannt und Nkw abgekürzt. Ursache der Schelte: Zweckentfremdung der „Brummis" für Privatfahrten.

„Interessant, wohin so manches Fahrzeug nach Feierabend gelenkt wird", entdeckten die „Eulenspiegel"-Späher. „Nicht immer trudelt es nämlich auf dem Betriebshof ein. In der Stadt Jena waren am Kontrolltag nach 18 Uhr 94 Nkw von 29 Betrieben und im Kreis Saalfeld 27 von 16 Betrieben ohne sichtbare Genehmigung auf öffentlichen Straßen abgestellt."

Israelin: Habe hier Freunde gefunden

ISE STORSBERG, Bonn

„Das Leben hier gleicht fast einem Traum, ich hatte es mir eher wie einen Alptraum vorgestellt", sagte die Israelin Yael Gouri (29), über ihre ersten Eindrücke in der Bundesrepublik Deutschland. Sie sei überrascht gewesen, „wie friedlich das Leben hier verläuft – wie die Ruhe vor dem Sturm, aber dieser Sturm ist ausgeblieben."

Ursprünglich hatte Yael Gouri deutschen Boden nie betreten wollen, und sie konnte auch nicht verstehen, wie Juden in Deutschland leben könnten und sich sogar als Deutsche fühlten. Diese Auffassung war der Grund für die spontane Einladung des Bundespräsidenten von Weizsäcker, mit ihm nach Deutschland zu fliegen. Nach langem Zögern habe sie angenommen.

Ihr Besuch in der Bundesrepublik führte sie von Bonn aus nach Frankfurt, wo sie die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an Teddy Kollek, dem Bürgermeister von Jerusalem, miterlebte. Anschließend fuhr sie nach Hannover und besichtigte das ehemalige Konzentrationslager Bergen-Belsen. Die nächste Station ihrer Reise war Berlin. Dort besuchte sie unter anderem die jüdische Gemeinde. Dieser Besuch, so Frau Gouri, habe ihr sehr geholfen, die Situation der in Deutschland lebenden Juden besser zu verstehen. Fünf Tage verbrachte sie danach in Heidelberg, wo sie mit Sybille Hansen, der Tochter des bisherigen deutschen Botschafters in Israel, Niels Hansen, zusammen in einer Wohngemeinschaft lebte. In dieser Zeit abseits der Öffentlichkeit habe sie Freunde gefunden, mit denen sie Kontakt halten wolle. Sie sei deshalb auch sicher, noch einmal in die Bundesrepublik Deutschland zurückzukehren – auch wenn das einige Zeit dauern werde. Sie brauche Zeit, um ihre Eindrücke zu verarbeiten.

Als Fazit ihrer Reise unterstrich Frau Gouri, daß ihre Probleme mit der deutschen Vergangenheit zwar nicht gelöst seien; sie habe aber gelernt, diesen Konflikt auch mit anderen Augen zu sehen. Sie habe die Bemühungen vieler deutscher Jugendlicher erlebt, die Vergangenheit nicht totzuschweigen, sondern sie gemeinsam mit Israel zu bewältigen. „Mein Leben ist nach dieser Reise bereichert, aber auch schwieriger geworden", sagte Frau Gouri und fügte hinzu: „Das Leben in Israel ist sowieso nicht leicht."

Kurz vor Druck Kritik am Kanzler abgemildert

Biedenkopf stellte sein neues Buch in Düsseldorf vor

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der westfälisch-lippische CDU-Vorsitzende Professor Kurt Biedenkopf hat gestern bei der Vorstellung seines Buches „Die neue Sicht der Dinge" in Düsseldorf seine Motivation erklärt: „Der Staat muß aus seiner herrschenden Stellung weggeschoben werden in die dienende Funktion. Und zweitens: Jeder Teil der Gesellschaft ist als Teil des Ganzen zu sehen." Dieses Postulat habe er von Ludwig Erhard übernommen. Sein Buch wertete er „nicht als Versuch, allgemeine Strömungen nachzuvollziehen, sondern es ist ein ganz persönliches Wort".

Kritikern, die in dem Werk deutliche Vorwürfe gegen die Bonner Bundesregierung unter der Kanzlerschaft von Helmut Kohl herauslesen, hielt er entgegen, auch er sei der Auffassung, daß die Wende noch nicht geschafft sei. Sie könne noch in einem viel umfassenderen geistig-moralischen Sinn *vollzogen* werden. Aber niemand, auch die jetzige Bundesregierung, sei in der Lage, in zwei Jahren Regentschaft 20 Jahre der sozialliberalen Koalition ungeschehen zu lassen.

Für ihn sei entscheidend, daß sich die Einstellung der Bürger gegenüber der Gesellschaft geändert habe. Er müsse es dahingestellt sein lassen, ob dies nun die Bundesregierung ausgelöst habe oder ob die Bundestagswahl im März 1983 und der Sieg der Union Ausdruck einer veränderten Haltung der Bürger sei: „Politik kann Entwicklungen nicht einfach bestimmen, sie muß aber bestehende Entwicklungen aufgreifen und verstärken. In diesem Verstärkereffekt liegt die Aufgabe des Regierungshandelns."

Mahnung an Bonn

So wie diese Mahnung an Bonn in verpackende Worte verhüllt ist, so vorsichtig geht Biedenkopf auch in seinem Buch vor. Er gesteht zwar freimütig: „Hübschen Formulierungen ist schwer zu widerstehen." Aber er nahm sich – ganz im Gegensatz zu seiner früheren Art – selbst in Zucht. Denn kurz vor Drucklegung tauschte er einige harsche Sätze vor allem gegen Helmut Kohl aus. So hieß es in der ersten Fassung der Einleitung: „Vielen bin ich aus diesen Diskussionen für Kritik, Beiträge und Ermunterungen zu Dank verpflichtet, auch jenen, die, wie Helmut Kohl, oft die ganze Diskussion selbst für überflüssig hielten – und auch darauf hinwirkten, sie zu unterbinden." In der jetzt vorliegenden Fassung ist der Name des Bundeskanzlers getilgt, und es heißt an der betreffenden Stelle: „Dies gilt auch für jene, die oft die ganze Diskussion selbst für überflüssig hielten und sie zu verhindern suchten."

Die Begründung liefert Biedenkopf in den folgenden Sätzen selbst: „Man braucht nicht nur als junger Mensch Widerstand, wenn sich etwas entwickeln soll, sondern das ganze Leben lang. An Widerständen hat es auch in den zurückliegenden Jahren nicht gefehlt. Aber ebensowenig an politischer Erfahrung und Ermutigung."

Aus Erfahrungen gelernt

Offensichtlich will Biedenkopf damit auch das Auf und Ab seiner politischen Karriere beschreiben und festlegen, daß er aus diesen Erfahrungen gelernt hat. Wenn er es wohl auch mit Max Weber hält („*Politik ist das Bohren dicker Bretter*"), so kündigte er – auch anders als früher – an, er sei kein Vordenker, sondern er wolle „werben für die Bereitschaft, meine Thesen und Impulse *nachzuvollziehen* – nicht durch Übernahme, sondern durch Diskussion".

Die Erfahrung der letzten Jahre bewog ihn wohl auch, in den Druckfahnen noch einmal kräftig Hand anzulegen. Dort hieß es: „Es geht nicht darum, daß das Schiff unserer Gesellschaft, hart am Wind segelnd, durch ein Wendemanöver dem ursprünglich gesteckten Ziel ein Stück näherkommt. Mit schlechter Segelausrüstung, unzureichender Trimmung und verbrauchter Takelage kann das Schiff so ständig hin- und herlaufen, ohne voranzukommen. In solchen Fällen ist nicht der Kurs falsch, sondern das Rigg schlecht. Heute geht es nicht um die Wende, sondern um die Qualität der Beseglung. Schon gar nicht handelt es sich aus der neuen Sicht der Dinge beim Regierungswechsel um eine Wende; allenfalls um einen Besatzungswechsel mit anschließender leichter Kurskorrektur im breiten Strom des weiter gültigen Wachstumsdenkens. Die wirkliche Wende fordert von uns, daß wir bestehende Organisationen, Besitzstände und Einrichtungen von Staat und Gesellschaft aus Einsicht in die Notwendigkeiten kraft freier Entscheidung ändern."

Diese Passage, die ihm als geharnischte Kritik an Bonn ausgelegt werden könnte, strich Biedenkopf in neuer Einsicht ersatzlos.



Konrad Henkel wird morgen 70 Jahre alt
FOTO: JUPP DARCHINGER

Ein Unternehmer, der im Herzen Wissenschaftler ist

Von JOACHIM GEHLHOFF

Eigentlich wollte er nie etwas anderes als Chemiker sein. Auch als ihn der frühe Tod des Bruders 1961 an die Führungsspitze der Familienfirma trieb, als dann der Chef des damals schon viertgrößten deutschen Chemiekonzerns 1972/73 Verbandspräsident der deutschen Chemieindustrie war, hat Dr. Ing., Dr. rer. nat. h. c. Konrad Henkel zumal mit seinen oft liebenswert täppischen Auftritten in der Öffentlichkeit nie verleugnet, daß das Herz dieses mit dem „goldenen Löffel im Mund" geborenen Miterben eines industriellen Großvermögens an Wissenschaft und Forschung hing.

Morgen wird er 70 Jahre alt. Typisch auch bei solchem Anlaß für den inzwischen mit Ehrungen überhäuften Unternehmer wider Willen, daß ihn kaum etwas so freute wie unlängst die Verleihung der Norman-Medaille der Deutschen Gesellschaft für Fettwissenschaft. Sie wurde ihm zugedacht, weil der Konzern der Henkel KGaA, Düsseldorf, unter seiner Führung in der Herstellung natürlichen Fettalkohols (pflanzlicher oder tierischer Herkunft) zum weltgrößten und auch hier forschungsintensivsten „Fettchemie"-Produzenten aufstieg.

Das enthüllt viel vom Geheimnis eines für alte Familienunternehmen nicht alltäglichen Henkel-Erfolges. Auf die Symbiose von forschungsfreudiger Produktinnovation und tatkräftiger Markterschließung kommt es auch da vor allem an. Aber hinzutreten muß Führungskraft auch gegenüber den familiären Miteigentümern, um nach dem Motto „Firma vor Familie" Dividenden-Bescheidenheit zum Wohle der Selbstfinanzierungskraft zu erzeugen.

Diesen Drahtseilakt hat Konrad Henkel, bis 1980 im Vorsitz der Geschäftsführung und seitdem des Aufsichtsrates, mit Bravour absolviert. Großvaters Waschmittelfirma entwickelte sich insbesondere in des Enkels zwei Chef-Jahrzehnten zu einem „weltweiten Spezialisten für angewandte Chemie", der mit der Hälfte seiner 32 000 Beschäftigten in gut 40 Ländern des nahen und fernen Auslands produziert. Und der es bei aller Expansion schaffte, eine stets gute Ertragslage mit herausragend günstigen Bilanzrelationen zu kombinieren.

Unerwartet große Anerkennung solchen Erfolgs erntete die Familienfirma dieser Tage beim Entschluß, im 110. Lebensjahr zwecks Kapitalbeschaffung erstmals auch Aktien an der Börse zu emittieren. Der schon stattliche Emissionspreis der jungen Aktien wurde im Börsenhandel gleich um 40 Prozent überboten.

Der Jubilar, unbestrittener Präses im Kreis der 66 Henkel-Familienaktionäre, darf diesen Bilderbuchstart eines Börsenneulings als Krönung seiner Unternehmerdienste für die Familienfirma werten. Vorbereitet hatte er das schon 1975 mit Rechtsform-Umwandlung des Stammhauses. Und begründete es mit mutmaßlichen (Kapital-)Bedürfnissen für Expansionen des nächsten Vierteljahrhunderts. Das nennt man Weitblick.

Diskret und erfolgreich: Logistische Kooperation

Seit 28 Jahren deutscher „Bevollmächtigter" in Frankreich

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die diskreteste und kleinste Garnison der Deutschen Bundeswehr liegt nicht auf deutschem Boden. Sie umfaßt in Friedenszeiten nur 55 Offiziere und Soldaten, verdreifacht aber ihre Stärke im Mob-Fall.

Als gerngesehene Gäste leben die Männer mit ihren Familien nicht wie andere Alliierte im einem Getto, sondern mitten in der Bevölkerung des Gastlandes. Im Kriege fällt ihnen eine verantwortungsvolle, vielleicht kriegsentscheidende Aufgabe zu. Ihre Dienststelle versteckt sich unter der etwas schwerfälligen Bezeichnung „deutscher logistischer Bevollmächtigter in Frankreich" (DLBV).

Das zweite Adjektiv läßt die Zweckbestimmung raten. Es geht um Logistik, um Nachschub. Moderne Kriege fressen ungeheure Mengen von Material, das unentwegt nachgeschoben werden muß. Das freie Deutschland ist schmal geworden und verfügt über wenig Hinterland.

„Der Gegner steht zwei Tagesetappen der Tour de France von hier", sagte General de Gaulle einmal seinen Offizieren an der elsässischen Grenze. Man braucht kein Moltke zu sein, um die Gefahren einer solchen räumlichen Enge zu erkennen. Fronten nähren sich aus der Tiefe, und Tiefe gibt es für die Bundesrepublik Deutschland und ihre Armee nur im benachbarten Frankreich.

Weil Frankreich auch im eigenen Interesse Verständnis für die logistischen Erfordernisse des deutschen Verbündeten aufbrachte, stellte es schon sehr früh seinen Boden für die Errichtung deutscher Bundeswehrdepots zur Verfügung. Im März 1957, die Bundeswehr war nicht einmal zwei Jahre alt, richtete sich im Schloß von Fontainebleau, südlich von Paris, ein „logistischer Bevollmächtigter" ein. Damals residierte dort der Befehlshaber des NATO-Bereichs Europa-Mitte; die kleine Dienststelle war ihm unterstellt.

Gleichzeitig sicherten bilaterale deutsch-französische Abkommen, daß auch die französische Regierung die Dienststelle duldete. Seit Frankreichs Austritt aus der militärischen Integration der NATO im Jahre 1966 führte diese zwar nicht im Schloß Königs Franz I., aber im „Deutschen Haus" im Vorort Avon als kleine deutsche militärische Insel in Frankreich ein privilegiertes Dasein. Die Grundlage dafür boten die damals geschlossenen Abkommen.

Depot-Betreuung war nur der Anfang

Von Anfang an wurde der Rahmen der Aktivitäten über die reine Depotbetreuung hinaus erweitert. Nachdem die von der NATO geforderten Nachschubmengen für einen 30-Tage-Krieg gesichert sind, macht diese heute nur noch ein Minimum der Aktivitäten aus.

Darüber hinaus werden Übungen deutscher Soldaten auf französischem Boden und militärische Zusammenarbeit ganz allgemein exerziert. Übten in den sechziger Jahren noch ganze deutsche Brigaden in Mourmelon oder La Courtine, so ist die Präsenz deutscher „Landser" im Nachbarland heute nur noch auf Teilstreitkräfte und Spezialisten beschränkt.

Die Marine schießt mit ihren Flugkörpern südlich von Bordeaux an der Atlantikküste, Hubschrauberpiloten trainieren in den Pyrenäen, Jagdbomber werfen ihre Bomben bei Suippes auf den Boden der Champagne. Das alles können sie in der engen Bundesrepublik nicht mehr tun, und man ist Frankreich dankbar für die Hilfestellung.

Vier Lazarette werden gebaut

Gleichzeitig werden neue Abkommen durchgeführt oder vorbereitet. So ist man dabei, vier Reservekriegslazarette für je 1000 Verwundete in Nordostfrankreich einzurichten. Schon im Frieden wird dort medizinisches Gerät eingelagert. Deutsche Ärzte und französische Krankenschwestern werden die Verwundeten, sollten sie jemals dort ankommen, betreuen. Wichtiger noch, weil Hinweis auf die Bereitschaft Frankreichs, im Ernstfall dem deutschen Verbündeten zu Hilfe zu eilen, ist ein Brücken-Abkommen von 1982/83, welches den Bau von elf Kriegsbrücken über den Rhein im Falle der Zerstörung fester Übergänge vorsieht.

Frankreich hat seit 1981 die Dislozierung seiner Truppen geändert und neben dem zweiten Corps in der Bundesrepublik zwei weitere Corps an der lothringischen und belgischen Grenze massiert. Es würde anders handeln, wäre es nicht entschlossen, in der ersten Phase eines Krieges in die Feindseligkeiten einzugreifen.

„Das Wort der französischen Regierung, daß man erst im Kriegsfall eine Entscheidung treffen werde, ob man eingreift oder nicht, ist für uns Soldaten obsolet", sagt zuversichtlich ein deutscher Offizier in Fontainebleau. Hinweise für die französische Entschlossenheit liefern auch die großen deutsch-französischen Manöver im Corps-Rahmen, die 1986 zum ersten Mal Truppen beider Staaten bis zu 150 000 Mann auf deutschem Boden in Bewegung bringen werden. Ist der Paukenschlag der „FAR" (der schnellen Eingreiftruppe, deren Aufstellung soeben abgeschlossen wurde) im Manöver „Turenne-Grün" in Süddeutschland. „Bei unseren Corpsstäben liegen seit langem Unterschriften hochrangiger französischer Offiziere vor, die alle Fragen der Zusammenarbeit im Ernstfall schon heute regeln", sagt der Gesprächspartner im Deutschen Haus in Avon.

Der Wendepunkt in den Beziehungen der beiden Länder, so wörtlich, liege in den Reden, welche die beiden Verteidigungsminister Hernu und Wörner im Frühjahr auf dem Truppenübungsplatz Münsingen zum Abschluß eines Manövers der beiden Streitkräfte gehalten haben. Damals hatte Hernu vor deutschen Offizieren von der „Schicksalsgemeinschaft der Deutschen und Franzosen" gesprochen, welche eine Verteidigungsgemeinschaft einschließe.

Auch der neue französische Verteidigungsminister Paul Quilès sagte der WELT, daß diese Politik „nicht die eines Ministers, sondern die der französischen Regierung" sei. An ihr ändere sich nichts.

Vom Erfolg wurde die UNO nicht verwöhnt

Von GITTA BAUER

Die Vereinten Nationen seien in ihr 40. Lebensjahr „gehinkt". Der das schrieb, sollte es wissen: Prinz Sadruddin Aga Khan. Dabei ist die Organisation, die er lange Jahre leitete, die Hohe Kommission für Flüchtlinge, noch eine der Stützen der Weltorganisation. Dies trifft auch für die Weltgesundheitsbehörde (WHO) zu, die die Pockenplage zum Erlöschen gebracht hat, und das Kinderhilfswerk, das etwa im hungernden Kambodscha Wundertaten vollbrachte.

Wären die Sonderorganisationen nicht, blieben nur die Reden der Vollversammlungen, die jährlich eine Milliarde Seiten Papier füllen, und die Unentschlossenheit des Sicherheitsrates, der als oberstes Entscheidungsorgan „den Frieden und die Sicherheit in der Welt bewahren" soll. Meistens aber kann er sich nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen, oder er wird durch ein Veto blockiert.

Ob Prinz Sadruddins Vorschlag Gehör findet, sich mehr auf die Mittelstaaten zu stützen, während die Supermächte und die kleinen Mitgliedstaaten etwas zurückstecken, ist ebenso fraglich wie ein Erfolg der letzten fünf Vollversammlungspräsidenten, die ganz pragmatisch vorschlugen, sich beim jährlichen Treffen nur auf zwei, drei große Themen zu konzentrieren, statt jeden Evergreen erneut in die Diskussion einzubringen. Bundesaußenminister Genscher hat seine Bitte um Bestallung eines Hochkommissars für Menschenrechte schon vor Jahren vorgebracht; Gehör hat sie nicht gefunden.

Es gibt in diesem Jahr viel Nostalgie um die Stunde Null, als alles noch neu war, die Allianz der 51 im Krieg gegen die Achsenmächte verbündeten Staaten, als man noch in der Bronx im Hunter College tagte. Abe Rosenthal, Chefredakteur der „New York Times", erinnert sich an seine Zeit als junger Reporter, an die „Begeisterung", die aus der Neuheit wuchs, der Gemeinsamkeit eines Abenteuers, das vielleicht irgendwie, irgendwann funktionieren würde.



„Wie Sie sehen, scheuen wir weder Spesen noch Mühe!"
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Freilich erinnert er auch daran, daß ein wesentlicher Pfeiler des Konzepts der Vereinten Nationen schon damals zusammenbrach: Die Vorstellung von den großen Fünf, die für immer groß und verbündet sein würden. Unvorstellbar heute, daß etwa sowjetische und amerikanische Diplomaten in der gleichen Pizzeria in Little Italy essen. Die gegenseitigen Einladungen sind heute steif und formell, sie sind jedoch auch in den Jahren ohne Gipfeltreffen die letzten hochrangigen Kontakte geblieben, wie überhaupt die UNO als Staffage für Treffen wie Israel–Polen, Israel–Ungarn dient, die anderenorts unmöglich wären.

Unvorstellbar, daß noch eine Handvoll US-Marines zum Schutz der UNO ausreichte. Heute ist mehr als die Hälfte der Männer des Secret Service beschäftigt, dazu zehn Prozent von New Yorks Polizisten über die Sicherheit der zum 40jährigen Jubiläum angereisten 80 Staats- und Regierungschefs zu wachen.

Unvorstellbar schließlich, daß die New Yorker einmal stolz darauf waren, Gastgeber so vieler Nationen zu sein. Wenngleich eine gute Einnahmequelle, ist die Weltorganisation, deren Mitglieder sich seit ihrer Gründung mehr als verdreifacht haben, in ihrer Popularität gesunken. Die USA sind nicht nur größter Beitragszahler der Organisation, sondern bilateral größter Geldgeber für die Staaten, die konstant gegen die USA stimmen. Sie haben weitgehend das Interesse an der Völkerorganisation verloren.

Es ist jedoch nicht so einfach, wie der sowjetische Chefdelegierte Oleg Trojanowski es darstellt: „Wir waren auch nicht glücklich, als die UNO ein Instrument in den Händen des Westens und der USA war. Wir taten, was wir konnten, um die Situation zu verbessern." Die „Verbesserung der Situation" bestand darin, daß die Sowjetunion in den ersten Jahrzehnten 104 Vetos einlegte und schließlich sogar – ein oft bereuter Fehler – aus dem Sicherheitsrat auszog und so den USA die Bildung einer UNO-Truppe für Korea überließ.

An dem Einzug der jungen Staaten der Dritten Welt in die UNO hat die Sowjetunion keinen Anteil, wohl aber hat sie verstanden, eine Zeitlang ihre Zielrichtung mitzubestimmen. Ihre Offerte jedoch, daß die „sozialistischen Staaten die natürlichen Verbündeten der blockfreien Nationen seien", wurde nicht angenommen. Jahr für Jahr stimmt eine große Mehrheit für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, der Vietnamesen aus Kambodscha. Der Erfolg entspricht allerdings keineswegs den Wünschen der Mehrheit. Die Frage ist, ob beim 50. Geburtstag diese Bilanz in dieser Hinsicht immer noch negativ sein wird.

Hussein setzt auf die Annäherung an Syrien

Riad vermittelt / PLO-Hauptquartier nach Bagdad?

PETER M. RANKE, Kairo

Jordanien hat einseitige Verhandlungen mit Israel abgelehnt und damit die Friedensinitiative des israelischen Ministerpräsidenten Peres vor der UNO blockiert. Die Absage durch einen Regierungssprecher erfolgte aber nicht aus Rücksicht auf die Arafat-PLO, deren Teilnahme an Gesprächen Israel weiterhin ablehnt, sondern aus Rücksicht auf Syrien und Saudi-Arabien, betonen diplomatische Kreise.

König Hussein verfolgt weiter den Plan von Friedensverhandlungen unter dem „Schirm" einer internationalen Konferenz, an der dann die PLO und alle fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, also auch die Sowjetunion, teilnehmen sollen. Hingegen scheint er das Abkommen mit PLO-Chef Arafat vom 11. Februar, das die Bildung einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation vorsah, verwerfen zu wollen. Er ist mit dem PLO-Chef seit der Entführungsaffäre „Achille Lauro" auch nicht mehr zusammengetroffen.

König Hussein hat es auch abgelehnt, daß das PLO-Hauptquartier nach Amman verlegt wird, weil er die Tätigkeit der Arafat-PLO weiter begrenzt sehen und überwachen will und israelische Vergeltungsschläge wie in Tunis befürchtet. Arafat will Tunis aufgeben, da er sich dort nicht mehr sicher fühlt. Außerdem drängt Präsident Bourguiba auf den Abzug der PLO-Terroristen, zumal der stellvertretende US-Außenminister Whitehead verstärkte Hilfe zusicherte, nachdem er am Dienstag in Tunis den israelischen Luftangriff formell verurteilt hatte. Offenbar haben die Amerikaner Bourguiba geraten, die PLO hinauszukomplimentieren, um keine weiteren Angriffe zu riskieren.

Während Arafat sein Hauptquartier nun in Bagdad einrichten will, da Kairo wegen des Friedensvertrages mit Israel nicht in Frage kommt, erklären jordanische Regierungskreise, für König Hussein habe jetzt nicht das Verhältnis zur Arafat-PLO Vorrang, sondern die Verbesserung der Beziehungen mit Syrien. Über diese Verbesserung wird seit Sonntag im saudischen Riad unter der Vermittlung von Kronprinz Abdallah zwischen dem jordanischen Ministerpräsidenten Rifai und seinem syrischen Amtskollegen Abdel Rauf el Kassem verhandelt.

Die syrische und jordanische Delegation waren schon einmal Mitte September in Dschidda zusammengetroffen. Die neue Runde in Riad macht jetzt Fortschritte im Sinne einer regionalen politischen Aussöhnung. Man spricht schon davon, daß der irakische Vizepremier und Außenminister Tarik Aziz hinzugezogen werden könnte. Jedenfalls zielen die intensiven Vermittlungsbemühungen von Kronprinz Abdallah, der als Freund von Damaskus geschätzt wird, auch auf eine erste Verständigung zwischen Syrien und Irak im Golfkrieg. Wenn es in Jordanien auch als Erfolg der besseren Beziehungen zu Syrien gewertet wird, daß die gegenseitige Haß-Propaganda verstummt ist, daß wieder Güterzüge zwischen Damaskus und Amman verkehren und daß ein syrischer Minister zu einem Staatsbegräbnis in Amman erschien, so bleibt der Golfkrieg weiterhin das trennende Element im arabischen Lager. Jordanien steht bisher an der Seite Iraks und liefert Material; Syrien unterstützt Iran mit sowjetischen Waffen und hält die irakische Pipeline zum Mittelmeer weiterhin gesperrt.

Westliche Diplomaten betrachten eine fortschreitende Aussöhnung zwischen Amman und Damaskus nur als Teil der größer angelegten saudischen Bemühungen, Syrien aus dem Golfkrieg in das gesamtarabische Lager zurückzuführen und die unheilige Allianz von Damaskus mit dem Ayatollah-Regime zu beenden. Aber ob sich der syrische Präsident Assad darauf einläßt, ist sehr zweifelhaft, auch wenn er wegen der Verwicklung in Libanon eine Entlastung an der jordanischen Flanke gut gebrauchen kann.

Daß König Hussein keinen Alleingang mit Israel unternimmt oder auch nur anzusteuern wagt, kommt jedenfalls dem syrischen Regime zugute. Und indirekt erhält Damaskus sogar die Garantie, daß die großen amerikanischen Waffenlieferungen, die Washington für König Hussein im Wert von 1,9 Milliarden Dollar angekurbelt hat, sich nicht gegen Syrien richten, sondern gegen Israel. (SAD)

„Heimat der Entspannungspolitik"

Wie Gorbatschow Europa sieht / Alte Standardformeln, aber bessere Werbung

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

KP-Chef *Michail Gorbatschow* nennt Europa neuerdings „die Heimat der Schlußakte von Helsinki und der Entspannungspolitik". Keine Rede vergeht, in der er nicht Europa erwähnt. Sei es nun „das Europa der reaktionären NATO-Kreise" oder das „Europa, das zum Schießplatz zur Erprobung der Pentagon-Doktrin des begrenzten Atomkriegs umgewandelt wird".

Für die Sowjetbürger jedenfalls scheint unter Gorbatschow Europa wieder in greifbare Nähe gerückt zu sein. Seit er das Regiment führt, tauchen auch wieder regelmäßig im Kreml europäische Besucher auf: so der italienische Ministerpräsident Craxi, die jugoslawische Regierungschefin Planinc, der finnische Ministerpräsident Sorsa, die bundesdeutschen Sozialdemokraten Willy Brandt und Johannes Rau, aber auch der westdeutsche Bankier Christians wurde von Gorbatschow empfangen, und er selbst reist mit viel publizistischem Pomp in westeuropäische Hauptstädte.

Der Kremlchef unterstützt einerseits intensiv die westeuropäische Wirtschaft – zum Beispiel erhielten die Italiener wieder den Zuschlag zu einem Mammutprojekt – und lockt sie mit großen Lieferungsversprechen aufgrund des anstehenden Fünfjahresplanes 1986–1990. Gleichzeitig setzt er auf gesprächsbereite Politiker wie Brandt, die gegen die amerikanischen SDI-Pläne votieren, und sich für eine chemie- und kernwaffenfreie Zone in Europa engagieren.

Als Brandt im Mai in Moskau weilte, konnte man in der „Prawda" lesen, daß sich die Verbindungen der KPdSU und der SPD – ungeachtet ideologischer Differenzen – in jüngster Zeit kontinuierlich entwickelt hätten und mit „neuem konkreten Inhalt" angereichert werden sollten.

In seinem neuen taktischen Bemühen, mit politischen, wirtschaftlichen und propagandistischen Mitteln und nicht wie bisher mit militärischen Drohungen Europa auf seine Seite zu ziehen, bot Gorbatschow sogar an, daß der Comecon mit der von Moskau bisher ignorierten Europäischen Gemeinschaft wirtschaftliche Beziehungen aufnehmen sollte.

Dennoch: Trotz allem Europa-Engagement, an den Europa-Standardformeln Moskaus hat sich in der Substanz bisher nichts geändert, nur die die Art der Werbung ist neu.

Smog in Polen: Kinder evakuiert

DW. Warschau

Die katastrophale Umweltsituation im schlesischen Industrierevier und Krakau hat die polnische Regierung bewogen, dort die Land-verschickung polnischer Kinder während der Schulzeit einzuleiten. Regierungssprecher Urban bestätigte auf Anfrage, die regionalen Behörden seien derzeit mit der Prüfung von Details dieses Vorhabens befaßt, ohne weitere Einzelheiten zu nennen. Die Auslagerung des Schulunterrichts in die polnischen Mittelgebirge soll Gesundheitsschäden vorbeugen.

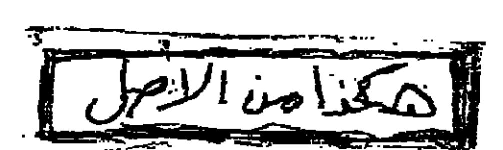
Regierungsunabhängigen Quellen zufolge soll Krakau die Stadt mit der derzeit höchsten Kindersterblichkeit Polens sein. Offizielle Zahlen werden für diese Region bereits nicht mehr veröffentlicht.

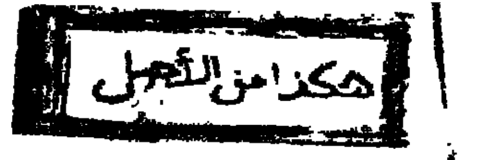
Neue Ostblock-Kontakte Israels

dpa, Jerusalem

Israel erwägt, Direktflüge in die UdSSR für den Transport einer möglichen neuen Welle jüdischer Auswanderer nach Israel einzurichten, verlautet inoffiziell aus Regierungskreisen in Jerusalem. Einwanderungsminister Jakow Tzur allerdings warnte im Rundfunk, bislang liege weder eine sowjetische Zusage noch ein Zeitplan vor.

Polen und Israel haben unterdessen die Einrichtung von Visa-Büros in der polnischen PKO-Bank in Tel Aviv und in der niederländischen Botschaft in Warschau vereinbart. Als abwegig freilich bezeichnete Regierungssprecher Urban Interpretationen, dieser Schritt werde zur Wiederaufnahme der 1967 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen führen.





Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ozonkonzentration

„Vor lauter Bäumen sehen sie den Wald nicht mehr"; WELT vom 15. Oktober und „Zerstörung am Berghang – Erholung im Tal"; WELT vom 10. Oktober

Die beiden Berichte stellen einen wesentlichen Beitrag zur Klärung der Waldschadensproblematik dar.

Die im Artikel „Zerstörung am Berghang . . ." beschriebenen Fakten lassen sich meines Erachtens nur mit der „Ozon"-These befriedigend deuten. Die Ozonkonzentration ist in den Hochlagen bedeutend höher als in den Niederungen (Maximum zwischen 500 und 1500 Meter) und würde die größere Schadensanfälligkeit in den Höhen des Bergwaldes erkären. Es mag hinzukommen, daß das Ausmaß der Schwächung der Baumbestände durch Frosteinbrüche ebenfalls stark von der Höhenlage abhängt.

Auch die schon früher gemachte Feststellung, daß Hanglagen mit starker Nebelbildung besonders stark betroffen sind, steht mit der „Ozon"-These im Einklang, denn die im Feuchtigkeitsfilm auf Nadeln und Blättern gelösten Schadstoffe – Ozon (zehnmal wasserlöslicher als Sauerstoff) und Folgeprodukte (Peroxide) und andere Fotooxidantien – entfalten in gelöster Form eine verstärkte Wirkung, besonders, wenn ihre Konzentration durch Verdunsten des Wasserfilms zunimmt.

Auch die großen Waldschäden in den zentralkalifornischen Naturschutzparks der USA sind mit der „Ozon"-These zu deuten. Ozon und andere Fotooxidantien entstehen vor allem im Sommer bei Inversionswetterlagen durch die starke Sonneneinstrahlung unter Beteiligung von Stickoxiden. Es ist nicht auszuschließen, daß generell die steigende Belastung der Atmosphäre mit Stickoxiden infolge des starken Anwachsens der Zahl der Kraftfahrzeuge hierzulande mit der Zunahme der Ozonkonzentration in der Luft im Zusammenhang steht.

Die Rolle von Schwefeldioxid für die Waldschadensproblematik wird möglicherweise von Herrn Thiele überschätzt. Es ist zwar unbestritten, daß die Versauerung der Seen in Skandinavien und bei uns in den Hochlagen der Mittelgebirge auf die Einwirkung von Schwefeldioxid zurückzuführen ist. Über eine Erholung geschädigter Waldbestände trotz des „sauren Regens" wird auch von anderer Seite berichtet. Das spricht gegen den „sauren Regen" als wesentlichen Schadensfaktor. Die Einwirkung von Ozon und anderen Fotooxidantien auf Nadeln und Blätter führt letzten Endes zum fotochemischen, oxidativen Abbau des Blattgrüns (Chlorophyll).

Die Tatsache, daß vorwiegend alte Baumbestände von Waldschäden betroffen sind, könnte vielleicht damit zusammenhängen, daß bei ihnen die Geschwindigkeit des Blattgrünabbaus nicht mehr ausreichend durch die Geschwindigkeit seiner Neubildung kompensiert wird.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. G. Büttner,
Rösrath 3

Frieden gegen Freiheit?

„Geht es wirklich um die Wiedervereinigung?"; WELT vom 15. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

„geht es wirklich um die Wiedervereinigung?" – für die SPD eine bloßstellende Infragestellung. Nein, für Herrn Schmude und die SPD geht es eben nicht darum. Nur bemerken soll das niemand. Darum dieser Beschwichtigungsartikel des Herrn Schmude. Er sorgt sich darum, daß die Union auf den Einfall kommen könnte, den Wählern klarzumachen, daß die SPD die staatliche Wiedervereinigung nicht mehr will, die deutsche Frage für sie nicht offen ist, daß die SPD nicht mehr auf dem Boden der Verfassung steht, da sie das 1973er Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Wiedervereinigung nicht akzeptiert, bzw. für nicht „weise" hält. Schmude meint, er könne darob doch nicht des Landesverrats beschuldigt werden.

Man kann nur betroffen antworten: Was gibt es eigentlich wichtigeres in unserem staatlichen Bereich, was verraten werden könnte, als die Zentralfrage um die staatliche Existenz unseres geteilten Landes. Die Spionagefälle der letzten Monate sind doch läppische Banalitäten gegenüber diesem Verrat ohne Anführungszeichen. Die SPD mag das „betonte Gerede von der Wiedervereinigung" nicht. Aus der früher von allen Parteien getragenen Politik der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ist die Wiedervereinigung gestrichen worden. Noch bleibt das Ziel – Frieden und Freiheit für beide deutschen Staaten.

Jedoch – die SPD beginnt bereits den Frieden gegen die Freiheit auszuspielen. Ganz klar, wenn die Sowjetunion partout die DDR ohne Krieg oder nur „Spannung" nicht herausgeben oder ihr Freiheit geben will, dann wird diesem „Frieden" eben auch die Freiheit geopfert – zunächst die der DDR und etwas später die der Bundesrepublik Deutschland. Denn es fügt sich gerade so zufällig, daß unsere Verteidigungspolitik für die SPD ja auch bereits zur Dispositon steht als „alternative Verteidigung" auf lächerlichem Niveau. Man sieht den roten Faden.

Es mag auch in der Union einige geben, die mit der Freiheit auch in der DDR die deutsche Frage als gelöst ansehen. Sie begreifen offenbar nicht, daß Freiheit erstritten werden muß, weil sie ohne Macht in Zentraleuropa nicht möglich ist. Freiheit ohne Fundament gibt es nicht. Freiheit ist kein Billigprodukt, Mitteleuropa keine machtpolitische Nische. Die NATO kann aus sich heraus das deutsche Problem nicht lösen. Freiheit in ganz Deutschland, sollte es sie jemals geben, setzt ein geeintes, demokratisches, selbstbewußtes Staatswesen voraus, welches auf Bündnisse gestützt zur Verteidigung seiner Freiheit materiell in der Lage ist.

Deswegen ist die Aufgabe der staatlichen Einheit – der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit – ein Aufgeben auch der Freiheit und letztlich auch des Friedens. Wie ein Kartenhaus stürzt alles ein, wenn man aus diesem wohldurchdachten Konzept die staatliche Einheit glaubt streichen zu können.

Rolf Krumpen,
Dahlem

Bruder Johannes

„Kohl und Rau"; WELT vom 17. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit einer Herzlichkeit, für die Geld offenbar nicht zählt, will Johannes Rau als Kanzler alle Kürzungen im Sozialbereich rückgängig machen. Viele, die Bruder Johannes mögen, halten solch großzügige Tat auch für möglich. Einige aber haben weiter gedacht als der SPD-Kanzlerkandidat, Parteigenossen inbegriffen.

Von der CDU kam eine Gegenrechnung, nach der Rau allein 100 Milliarden Mark für die Rücknahme von Sozialkürzungen der SPD aufbringen müßte, nicht eingerechnet die vielen Milliarden, die an Zinsen für Schulden aus der Zeit Willy Brandts und Helmut Schmidts draufgehen. Nachdem die Alarmglocken geläutet haben, sieht Johannes Rau die Sache differenzierter, aber er wundert sich weiterhin über die „Aufregung", die seine Ankündigungen ausgelöst haben. Rau will den „Kurswechsel total", wie Heinz Heck – auch unter Hinweis auf den von Helmut Schmidt initiierten NATO-Doppelbeschluß – schreibt. Das verdient, aufmerksam registriert zu werden.

Was die vertrackten Finanzen angeht, sollte der bibeltreue Ministerpräsident nach Gesprächen mit Diether Posser, Hans Matthöfer und Helmut Schmidt vielleicht einmal im Lukas-Evangelium nachlesen: „Will einer von euch einen Turm bauen, setzt er sich dann nicht zuvor hin und berechnet die Kosten, um zu prüfen, ob er die Mittel zur Ausführung des Baues habe?" Fehlplanungen könnten Spott auslösen, meint Lukas, und dabei dachte er nicht einmal an hochgestapelte Türme.

Mit freundlichen Grüßen
Josef Wille,
St. Augustin 2

Wort des Tages

„Wir sind in diese Welt gekommen, nicht nur um sie zu kennen, sondern auch daß wir sie bejahen."

Rabindranath Tagore, indischer Philosoph (1861–1941)

Unangebracht

„Gedenkminute für Benjamin Moloise"; WELT vom 28. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Christ ist man immer betroffen, wenn man hört, daß als ultima ratio legis die Todesstrafe verhängt und vollstreckt wurde, und man wird im Gebet den Toten und seine Angehörigen der Gnade Gottes befehlen.

Eine Gedenkminute im Bundestag für Benjamin Moloise scheint mir aber unangebracht zu sein. Im vorliegenden Falle trägt sie den Charakter einer politischen Meinungsäußerung.

Wenn man meinte, eine Gedenkminute für jemanden einrichten zu müssen, der nach eigenem Geständnis in den Mord an einem schwarzen Polizisten verwickelt war, sollten mit größerem Recht Gedenkminuten auch für die zahlreichen Schwarzen gehalten werden, die in Südafrika von ihren eigenen Landsleuten getötet wurden und werden, wobei man vor Verbrennungen lebender Menschen nicht zurückschreckt.

Auch viele unschuldig Hingerichtete in Äthiopien oder in Iran, wo ich vor allem an die um ihres Glaubens willen hingerichteten Baha'i denke, hätten Anspruch auf Gedenkminuten im Bundestag.

Mit freundlichem Gruß
Professor Ernst Dammann,
Pinneberg

ARD

Sehr geehrte Damen und Herren,

die in der ARD zusammengeschlossenen Rundfunkanstalten sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Sie sind damit an Recht und Gesetz gebunden. Hierzu gehört auch das in der Präambel des Grundgesetzes festgeschriebene Wiedervereinigungsgebot. Wie das Bundesverfassungsgericht und andere oberste Gerichte wiederholt festgestellt haben, ist dabei bis zum Abschluß eines Friedensvertrages von Deutschland in den Grenzen von 1937 auszugehen.

In dem neuen Kartenausschnitt, den die ARD nunmehr beim Wetterbericht ausstrahlt, liegt meines Erachtens ein beabsichtigter Verstoß gegen dieses Verfassungsgebot. Es werden zwar u. a. weite Teile Frankreichs oder Englands gezeigt. Nach Osten hin findet sich die Begrenzung jedoch kurz hinter der Oder und der neu eingezeichneten Neiße.

So werden gegenüber der bisherigen Praxis weite Gebiete von Pommern und Schlesien nicht mehr ausgewiesen. In der Beschneidung kann nach meiner Meinung nur die verfassungswidrige Feststellung der ARD zum Audruck kommen, daß die Ostgebiete nicht mehr zu Deutschland gehören sollen.

Mit freundlichen Grüßen
Johannes Pastor,
Köln 1

Personalien

AUSWÄRTIGES AMT

Das Auswärtige Amt schickt **Hans Hermann Haferkamp** als Botschafter nach Island. Die Regierung in Reykjavik hat dem Diplomaten inzwischen das Agrément erteilt. Haferkampf, Jahrgang 1926, stammt aus Duisburg. Er studierte in Bonn und Oxford Philologie und Jura. 1952 legte er die Prüfung für ein Lehramt an höheren Schulen ab, trat aber im gleichen Jahr in den Auswärtigen Dienst ein. Seine Verwendung im In- und Ausland war vielfältig. Im AA gehörte er zweimal der politischen Abteilung an, war im Protokoll und in der Kulturabteilung tätig. Zu seinen Auslandsposten gehörten Brüssel, die Botschaft in La Paz, das Konsulat in Lille und die deutsche Botschaft in Paris, wo er als Kulturreferent arbeitete, ehe er Botschafter in Port of Spain wurde und anschließend Botschafter in Lomé: Seit 1983 war Haferkamp ständiger Vertreter des deutschen Botschafters in Kopenhagen.

KIRCHE

Der Bonner Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Prälat **Heinz-Georg Binder** (55), hat zusätzlich das Amt des Evangelischen Militärbischofs für die Bundeswehr übernommen. Er ist Nachfolger von **Sigo Lehming** (58), Probst des Nordelbischen Kirchenkreises Pinneberg, der dieses Nebenamt seit 1972 ausgeübt hatte. Im Dienst der Militärseelsorge für die etwa 250 000 evangelischen Soldaten der Bundeswehr und ihre Angehörigen stehen rund 160 haupt- und nebenamtliche Pfarrer, die für die Dauer ihres Einsatzes – in der Regel höchstens zwölf Jahre – von ihren Landeskirchen freigestellt und vom Bund besoldet werden. Verwaltungsbehörde ist das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr in Bonn. Chef dieser „nachgeordneten Dienststelle" des Bundesverteidigungsministeriums ist seit elf Jahren Militärgeneraldekan **Reinhard Gramm** (56).

AUSZEICHNUNGEN

Für die Übernahme zahlreicher ehrenamtlicher Funktionen im Dienste der Allgemeinheit und wegen seines verantwortungsvollen Einsatzes für öffentliche Belange ist der Vorsitzende des Märkischen Arbeitgeberverbandes Hagen-Witten-Ennepe-Ruhr, Dr. **Hans Joachim Gottschol**, mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Dr. Gottschol (58), der auch Verhandlungsführer der nordrhein-westfälischen Arbeitgeber ist, erhielt die Auszeichnung in Ennepetal aus der Hand des Staatsministers im Bundeskanzleramt, Dr. **Friedrich Vogel**.

*

Der Berliner Senator für Wissenschaft und Forschung, Professor Dr. **Wilhelm A. Kewenig**, hat der Berliner Ärztin Dr. **Silke Bernhardt** das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Frau Dr. Bernhardt erhielt diese Auszeichnung für ihre besonderen Verdienste um die Dahlem-Konferenzen, die seit ihrer Gründung im Jahre 1974 das Ansehen Berlins als Wissenschafts-Stadt in hohem Maße gefördert hat. Unter der Leitung von Frau Dr. Bernhardt, die diesen neuen Typus wissenschaftlicher Konferenzen entscheidend geprägt und weiterentwickelt hat, konnten Kontakte zu herausragenden Wissenschaftlern aus aller Welt aufgebaut und vertieft werden. So fanden bisher mehr als 40 Dahlem-Konferenzen vor allem zu naturwissenschaftlichen Themen mit rund 2000 Wissenschaftlern aus 35 Nationen statt.

STIFTUNG

Maßnahmen, die zu einer sinnvollen Kostendämpfung im Krankenhaus führen, nehmen in gesundheits- und sozialpolitischen Diskussionen einen immer höheren Stellenwert ein. Die Mölnlycke GmbH, einer der führenden Hersteller von Einwegprodukten für Kliniken, Alten- und Pflegeheime, setzt sich seit langem dafür ein, die klinische Hygiene-Situation entscheidend zu verbessern. Mit dem Mölnlycke-Preis, der 1986 zum erstenmal vergeben wird, will die Firmenleitung hervorragende Arbeiten auf dem Gebiet der Infektionsprophylaxe in Kliniken fördern und auszeichnen. Gefordert sind wissenschaftliche Arbeiten oder Studien über eine praktische Tätigkeit, die zu einer Verbesserung der Hygiene-Situation – unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeitsaspekte – führen. Der Preis ist mit 20 000 Mark dotiert. Der Wettbewerb und die Verleihung stehen unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, **Norbert Blüm**.

VERANSTALTUNG

Die Welturaufführung von „Variationen über die brasilianische Nationalhymne" beschloß eine Festakademie in Bonn zum 25jährigen Bestehen der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft. Der Präsident der Gesellschaft, Professor Dr. **Hermann M. Görgen**, hatte das Werk im Stile Joseph Haydns („Kaiser-Quartett") bei dem brasilianischen Komponisten **Enrique David Korenchendler** in Auftrag gegeben. Nach der Premiere durch das Märkl-Quartett wurde die Partitur der brasilianischen Regierung zum Geschenk gemacht. Unter den Ehrengästen sah man den früheren Bundespräsidenten **Karl Carstens**, den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, **Bruno Heck**, zahlreiche Diplomaten und Repräsentanten der Wirtschaft und Kultur. Sie wurden vom Kuratoriumssprecher Dr. **Richard Jaeger** begrüßt. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, **Jürgen Warnke**, würdigte im Namen des Bundeskanzlers die deutsch-brasilianischen Beziehungen; Staatsminister **Jürgen Möllemann** vom Auswärtigen Amt betonte das Vertrauen zu der neuen Demokratie Brasilien.

VERNISSAGE

Wer sich fürs Bauen und Sanieren interessiert, kommt in diesen Tagen in der Bonner Berlin-Vertretung auf seine Kosten: In der Joachimstraße Nr. 6 präsentiert sich in Bildern und Tafeln Berlins Wedding „im Wandel der Zeit". Der Wedding ist heute Europas größtes Sanierungsgebiet. Eingeladen zu der Ausstellung hatte Professor Dr. **Rupert Scholz**, Berliner Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten. Die Geschichte des Wedding geht bis in das 13. Jahrhundert zurück. Nach der Eingemeindung nach Berlin 1861 kennzeichnet den Wedding die Industrialisierung. Firmen wie Schering und AEG wurden die großen Industriepioniere. Mit ihnen kamen in den Wedding die Mietskasernen, die dem Bezirk zunächst das Arbeitergesicht und „Zille-Milieu" verliehen. Auf Industrieansiedlungen legt der Wedding auch heute noch größten Wert. In die Landesvertretung kamen zahlreiche Weddinger, an der Spitze der stellvertretende Bezirksbürgermeister **Dieter Havlicek**, außerdem zahlreiche Berliner Bundestagsabgeordnete, unter ihnen CDU/MdB **Werner Dolata**.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Menso Volkerts**, Lehrstuhlinhaber für Geschichte der Naturwissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität zu München, wurde zum Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Geschichte der Medizin, Naturwissenschaften und Technik gewählt. Das Institut für Geschichte der Naturwissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität arbeitet eng mit dem Deutschen Museum zusammen und hat seine Institutsräume auch im Haus des Deutschen Museums.

VERÄNDERUNG

Die Volkwanghochschule Essen hat Professor **Boris Bloch** aus New York als Nachfolger für **Paul Badura-Skoda** gewonnen. Professor Bloch leitet seit 1. Oktober eine Hauptfachklasse Klavier. Am 31. Oktober um 20 Uhr wird Professor Bloch sich mit einem Klavierabend in der Villa Hügel vorstellen.

WAHL

Der frühere CDU-Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Professor Dr. **Paul Mikat** (60) – heute Bundestagsabgeordneter und Fraktionsjurist –, wurde von der Görres-Gesellschaft für weitere sechs Jahre im Präsidentenamt bestätigt.

Satelliten-Telegramm auf dem Ozean

Auch die Handelsschiffahrt entdeckt die Vorzüge der Kommunikations-Technologie

Von DIETER THIERBACH

Ein neuartiges Satelliten-Kommunikationssystem hat die Atlantic Container Line (ACL) auf der Nordatlantikroute als erste Linienreederei der Welt mit Erfolg eingesetzt. Diese Pionierleistung, so ein Firmensprecher, werde einen maßgeblichen Beitrag zur weiteren Verkürzung der Hafenliegezeiten leisten.

Als erstes ACL-Schiff hat der Frachter „Atlantic Companion" (Tragfähigkeit: 37 000 Tonnen) am 1. Oktober während seiner Reise von Halifax (kanadische Provinz Neu-Schottland) nach Liverpool seine Computerdaten-Information via Satellit aus der ACL-Operationszentrale im südenglischen Southampton empfangen.

Diese Entwicklung schließt eine der noch vorhandenen Lücken im Verbund einer hochentwickelten maritimen Technik, wie sie im Verlauf der letzten Jahre auch auf modernen Handelsschiffen Einzug gehalten hat; Schiffe, die für die Aufnahme von Ladung in vielfältigen Konfigurationen konstruiert worden sind, zum Beispiel Container, Autos und so unterschiedliche Güter wie Yachten, Hubschrauber, Eisenbahnen und forstwirtschaftliche Produkte.

Die neuartige Anwendung auf dem Feld der Satellitenkommunikation ermöglicht nicht nur einen effizienteren Einsatz der Besatzung, sondern auch eine erhebliche Zeitersparnis bei der Nutzung der Staupläne im Hafen.

Maßstäbe setzt das neue System auch im Hinblick auf Schnelligkeit und Wirtschaftlichkeit. Statt die gewünschten Informationen in einem relativ zeitaufwendigen Verfahren abzurufen, hat die ACL nun nahezu 50 mal schneller als bisher über eine simple Telexverbindung und den Satelliten „Inmarsat" direkten Anschluß an den Bordcomputer des Schiffes. Mußten früher Übertragungen wegen der hohen Störanfälligkeit mehrfach vorgenommen werden, ist jetzt ein Irrtum durch die Aussendung eines Korrekturcodes ausgeschlossen.

Wird der bordeigene Rechner angesprochen, setzt er sich selbsttätig via Satellit mit der ACL-Einsatzzentrale in Southampton in Verbindung und erhält von dort auf gleichem Wege die jeweils aktualisierten Stauplan-Informationen. Innerhalb von 60 Sekunden wird die Besatzung auf diese Weise umfassend über Art und Umfang der in den nächsten Häfen aufzunehmenden Ladung informiert.

Elektroniker planen, in der endgültigen Ausbaustufe das neue System so zu vervollkommnen, daß der Schiffsführung ein vollständiger Überblick über Bestimmungsort, Gewicht und Löschhafen jedes einzelnen Ladungsteils vermittelt wird. Ferner – auch das ist keine Zukunftsmusik mehr – liefert das System Angaben über die voraussichtliche Ballastwasser-Verteilung, um optimale Trimm- und Stabilitätswerte zu erreichen – ein wichtiger Faktor angesichts der unberechenbaren Wetterlage auf dem Nordatlantik. Darüber hinaus lassen sich auf Grund dieser Daten die auf den Schiffsrumpf einwirkenden Verwindungs- und Spannungskräfte minimieren.

Die ACL plant eine direkte Verbindung zwischen ihrer Nordamerika-Koordinationszentrale in New York und der Einsatzzentrale in Southampton. Auf diese Weise sind beide Stellen in der Lage, die jeweils andere Zentrale nach Auslaufen des Schiffes mit präzisen Angaben über die Art der Ladung sowie den Trimm- und Stabilitätszustand des Schiffes zu versorgen.



Auch die Zusammenstellung der Container für das jeweilige Schiff wird demnächst per Satellit übermittelt FOTO: SVEN SIMON

Ein Kopiergerät schafft künstlichen Organersatz

Mediziner stellen jetzt naturgetreue Knochenmodelle her

Von K. MÜLLER-CHRIST

Eine deutlich geringere Belastung des Patienten durch Narkose und Röntgenstrahlen versprechen sich die Ärzte von einem neuartigen Vorgehen bei Knochenoperationen. An der Unfallchirurgischen Klinik der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) wurde erstmals ein operativer Eingriff mit Hilfe eines computergefertigten Knochenmodells durchgeführt. Die Voraussetzungen für dieses neuartige Verfahren haben Gerfried Giebel und Klas Mildenstein von der Unfallchirurgischen Klinik der MHH gemeinsam mit Karsten Reumann vom Regionalen Rechenzentrum Niedersachsen in Hannover geschaffen.

Bisher war der Chirurg ausschließlich auf das Röntgenbild angewiesen, das aber nur eine unvollständige räumliche Vorstellung vermittelt. Da bei orthopädischen Operationen zudem nur ein kleiner Teil des Knochens freigelegt werden darf, gewinnt der Chirurg selbst beim Eingriff keinen vollständigen Überblick von den Gegebenheiten und ist gezwungen, sich schrittweise vorzutasten. Jetzt steht ihm für die Vorbereitung selbst komplizierter Eingriffe ein identisches Knochenmodell zur Verfügung, so daß das taktische Vorgehen im OP in allen Einzelheiten und in Ruhe geplant werden kann.

Voraussetzung für diese neuartige Vorbereitung ist das individuelle Modell aus einem Werkstoff, der sich gut mit den herkömmlichen Geräten des Chirurgen bearbeiten läßt. Doch wie gelangt man zu einem derartigen naturgetreuen Modell? Mit einem „Kopiergerät für Knochen" läßt es sich jetzt innerhalb kürzester Zeit anfertigen: Die Computertomographie, ein in der modernen Medizin eingesetztes, rechnergestütztes Röntgenverfahren, liefert Schnittbilder aus dem Körperinneren. Dabei sieht man den Knochen nicht nur von „außen", sondern blickt gewissermaßen auch in sein Inneres.

Bei der Computertomographie wird aber nicht wie beim Röntgen oft nur ein einziges Bild „geschossen". Vielmehr werden in Abständen von wenigen Millimetern bis Zentimetern die Aufnahmen wiederholt, so daß man eine ganze Serie erhält. Mit Computern verarbeitet, bekommt man schließlich eine Folge von Zahlen, mit denen sich ein Werkzeugautomat steuern läßt. Ohne weiteres menschliches Zutun läßt sich so ein naturgetreues Modell der Knochen gewinnen. Bei komplizierten Eingriffen kann der Chirurg an einem solchen Modell sein Vorgehen bis ins letzte Detail planen.

Als Anwendungsmöglichkeit des geschilderten Verfahrens ist neben der Operationssimulation vor allem die Herstellung von künstlichen Knochen zu nennen, die immer dann implantiert werden müssen, wenn der natürliche Knochen von Krebs „zerfressen" wurde. Bisher wurde dieser Ersatz nach Röntgenbildern näherungsweise hergestellt und stimmte dann mit dem Original oft nicht befriedigend überein.

Mit der neuen Methode läßt sich jetzt ein identischer Ersatz anfertigen. Auch andere Organe des menschlichen Körpers können auf der Basis von Daten, die das dreidimensionale Kopiergerät liefern kann, naturgetreu nachgebildet werden.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Zusammenarbeit

Madrid (dpa) – Wissenschaftliche Forschungsinstitute Spaniens und Israels haben gestern in Madrid eine Zusammenarbeit bei der Erforschung der Versteppung, der Entsalzung von Meerwasser und der Nutzung von Sonnenenergie vereinbart. Die Unterzeichnung eines entsprechenden Rahmenabkommens erfolgte zwischen Spaniens Oberstem Wissenschaftlichen Forschungsrat (CSIC) und dem israelischen Weizmann-Institut.

Betrieb eingestellt

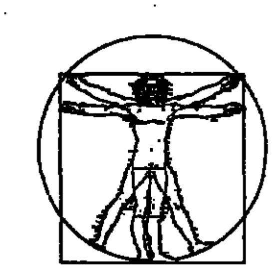
Paris (D. T.) – Der Wettersatellit Meteosat F 1, der acht Jahre lang meteorologische Daten sammelte, hat seinen Treibstoffvorrat endgültig aufgebraucht und driftet aus seiner Position auf der geosynchronen Umlaufbahn. Er hat nach Angaben der europäischen Raumfahrtorganisation ESA den Erfassungsbereich der Bodenstation in Michelstadt verlassen und kann auch vom Europäischen Weltraum-Operationszentrum (ESOC) in Darmstadt nicht mehr gesteuert werden. Seit Juni 1982 hatte bereits Meteosat F-2 die Aufnahme von Bildern der Erdoberfläche übernommen.

Rauchgas-Reinigung

Frankfurt (vwd) – Als „echten Durchbruch auf dem Gebiet der Rauchgas-Reinigung" bezeichnet der Schweizer Ciba-Geigy-Konzern sein neues Simultan-Verfahren zur Entschwefelung und Entstickung von Rauchgasen. Die neue Technologie weist nach Firmenangaben eine Reihe entscheidender Verbesserungen gegenüber den derzeit zur Verfügung stehenden Verfahren auf. Auf die Verwendung von Katalysatoren und Chemikalien wird dabei verzichtet; auf diese Art und Weise werde eine Vergrößerung des bestehenden Gipsüberschusses vermieden. Die Kosten der Rauchgasreinigung, so heißt es weiter, liegen deutlich niedriger als bei allen bisher bekannten Verfahren.

Beipackzettel

München (DW.) – Die heute übliche Form der Beipackzetel zu Medikamenten vergrößert eher das



Risiko der Behandlung, als daß sie dem Patienten zu einem besseren Verständis seiner Krankheit und der ärztlichen Maßnahmen verhilft. Das muß aus einer umfangreichen Patientenbefragung geschlossen werden, die die Zeitschrift „Medizinische Klinik" in ihrer neuesten Ausgabe veröffentlicht. Zwei Drittel der Kranken waren so wichtige Daten wie Dosierung und Nebenwirkungen nicht bekannt. Den Grund sehen die Autoren in den sprachlichen Mängeln der Beipackzettel.

Moore – Archive der Natur

Von GÜNTER GOEBEL

Die ausgezeichnete Konservierung der Moorfunde wird durch luftdichten Abschluß und minimale mikrobiologische Zersetzungsprozesse infolge eines niedrigen pH-Wertes des Hochmoortorfes sichergestellt. Wagenteile, Schmuck- und Kleidungsstücke, Hufe usw., die in Norddeutschland bei Ausgrabungen entdeckt wurden, sind daher weitgehend im Originalzustand erhalten und stellen eine besonders ergiebige Quelle für Geschichtsforscher dar. Archäologen stießen auch auf weitgehend erhaltene Bohlenwege, die einst die Verbindung historischer Handelswege durch unwegsame Moorgebiete herstellten.

Die ältesten Datierungen norddeutscher Funde reichen bis 2000 v. Chr. zurück und bringen ein lükkenloses Bild der mehrtausendjährigen Geschichte des Transportwesens ans Tageslicht.

In Zusammenarbeit mit Botanikern, die Pollenanalysen durchführen, Physikern, die eine Altersbestimmung nach der C-14-Radiokarbonmethode vornehmen, sowie mit der Jahresring-Chronologie (Dendrochronologie) der Forst- und Holzwissenschaftler ist man heute in der Lage, eine bis auf zwei Jahre genaue Altersbestimmung historischer Holzfunde vorzunehmen.



Hochmoor-Torflagerstätte mit historischem Bohlenweg FOTO: ZIT

„Wichtige Kooperationspartner bei der Geschichtsforschung in Torflagerstätten sind die Unternehmen der Torfwirtschaft", betonte der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Moor- und Torfkunde (DGMT), Prof. Gerd Lüttig, auf der diesjährigen Jahrestagung in Karlsruhe. „Sie respektieren den Vorrang oftmals zeitraubender Ausgrabungen vor dem weiteren Torfabbau an einer Fundstelle und unterstützen die Archäologen bei den Grabungsarbeiten."

Exklusiv? – Schon mehr Golfer als Amateurboxer

Vielleicht hat es Bernhard Langer getan – als sportliches Vorbild und Beweis dafür, daß auch ein Deutscher mit dem Golfsport viel Geld verdienen kann (Langer kassierte in diesem Jahr 720 000 Mark Preisgeld). Vielleicht ist es auch nur die Fitness-Welle, die in den letzten Jahren auch Deutschland erfaßt hat: Der Deutsche Golf-Verband hat mit seinen Mitgliederzahlen in diesem Jahr zwei Fachverbände olympischer Sportarten überflügelt – die Hockeyspieler und Amateurboxer. Innerhalb der 52 dem Deutschen Sport-Bund angeschlossenen Fachverbände steht der Golf-Verband mit seinen Mitgliedern bereis an 29. Stelle. Die Exklusivität läßt nach, sie könnte weiter abgebaut werden.

70 000 aktive Spieler sind zur Zeit in den rund 200 deutschen Golf-Klubs registriert. Die Zahl der am Golf Interessierten wird auf rund 300 000 geschätzt. Der größte Teil von ihnen wird allerdings in den nächsten Jahren keinen Golfschläger in die Hand nehmen können. Die Aufnahme-Kapazität der bestehenden Klubs ist zumeist erreicht, in diesem Jahr werden wahrscheinlich nur zehn neue Vereine hinzukommen. Der Deutsche Sportbund schätzt die Zahl der Golfplätze, die angelegt werden müßten, um den Nachholbedarf zu decken, auf fünfzig – niedrig angesetzt. Aber nur 15 Plätze sind im Bau, 35 befinden sich in der Phase der Planung.

Dennoch ist in den letzten zehn Jahren die Zahl der Golfer jährlich im Schnitt um etwa zehn Prozent gestiegen. Fast die Hälfte sind Frauen und mittlerweile auch fast 10 000 Jugendliche.

Die Einrichtung neuer Plätze wird häufig erschwert durch den Marsch durch die Instanzen des Genehmigungsverfahrens. Dem werden jetzt immer häufiger neue Konzeptionen entgegengesetzt, die für neue Maßstäbe sorgen sollen: Vorbei sind die Zeiten der Golfplatzplaner, die ohne solide landschaftsarchitektonische Ausbildung Plätze in die Landschaft zwängten. Als bestes Beispiel für eine natürliche Eingliederung eignet sich der gerade fertiggestellte Golfplatz in Much bei Bonn: Hier wurde kein Baum und kein Strauch geopfert.

Vor allem aber wird der Biotoperhaltung und -entwicklung besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Immer mehr Klubs verstehen ihre Anlagen als landschaftliche Pflegezone und lassen aus eigenem Antrieb nachträglich Feucht- oder Trockenbiotope auf ihrem Gelände anlegen.

Um den zahlreichen Interessenten die Möglichkeit zum Spielen zu ermöglichen, wird immer häufiger der Ruf nach öffentlichen Golfplätzen laut. Doch die Kommunen scheuen zumeist die Kosten. Um ihnen die Entscheidung für den Golfsport zumindest in kleinerem Rahmen zu erleichtern, stellte der Präsident des Deutschen Golf-Verbandes, Jan Brügelmann, in Köln den von der „Deutschen Golf Consult" entwickelten Prototyp eines „Golf Centers" vor. Konzipiert als Kurzplatz mit neun Löchern, integrierter Übungswiese, Übungsgrün und überdachten Abschlagboxen auf einer nur zehn Hektar umfassenden Gesamtfläche soll er eine ideale Möglichkeit zum „Golf für jedermann" darstellen. Spielbahnen zwischen 95 und 180 Metern Länge (par drei) sind vor allem dazu geeignet, den Anfänger an diesen Sport heranzuführen.

Angelegt in der Nähe von Autobahnkreuzen oder in städtischen Gewerbegebieten, könnte das „Golf Center" zudem bei geringen Investitionskosten und rascher Amortisation sowohl zur Erweiterung des kommunalen Sportangebots als auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen und der landschaftlichen Bereicherung dienen. Zahlreiche Anfragen sind mittlerweile hierzu beim Deutschen Golf Verband eingegangen. Ob sich die Kommunen zur Realisierung dieses Projekts entschließen, bleibt abzuwarten.

Der Engpaß in Sachen Golf treibt allerdings auch seltsame Blüten. Er ruft sogar dubiose Geschäftemacher auf den Plan, wie ein Beispiel belegt: Da wurde in einer Tageszeitung gegen eine Gebühr von 500 Mark die Bekanntgabe von drei aufnahmewilligen Klubs angeboten. Ein faules Spiel mit dem Laien. Denn die Klubs, die noch Mitglieder aufnehmen können, werden in den einschlägigen Golf-Zeitschriften, Preis durchnittlich zehn Mark, in regelmäßigen Abständen genannt.

HANNE-LORE HEILMANN

STAND ● PUNKT

FUSSBALL / „DDR" bekommt immer mehr Schwierigkeiten mit Rowdys

Fans, die „Normen des sozialistischen Zusammenlebens zutiefst verletzen"

sid, Berlin

Der Alkohol floß im Packwagen des Zuges D 931 in Strömen. Als Oberkrakeeler amtierte ein 25 Jahre alter Mann im Rollstuhl. Transportpolizisten retteten dem Angetrunkenen das Leben, als er aus seinem Krankenstuhl aus dem fahrenden Zug springen wollte. „Zum Dank dafür beschimpfte er die Genossen der Volkspolizei in übler und beleidigender Weise", wetterte die „Leipziger Volkszeitung". Ralf G. ist nur einer von vielen Fußball-Rowdys in der „DDR", denen die Gerichte saftige Ordnungs- und Haftstrafen aufbrummen.

Die Lokalblätter der „DDR" berichten zunehmend über randalierende junge Männer in Fan-Kluft, „die die Normen des sozialistischen Zusammenlebens zutiefst verletzten". Krawall-Spitzenreiter sind die Fans vom 1. FC Union Berlin, die gelegentlich auch Assistenz von den in der Bundesrepublik gefürchteten und oft gewalttätigen „Hertha-Fröschen" aus dem Westteil der Stadt bekommen. „DDT für BFC" (gemeint ist der BFC Dynamo Berlin) als Aufkleber, Rufe wie „Sachsen-Kanaken raus" sowie Stadion- und Straßenschlachten sind an der „Alten Försterei" im Stadtbezirk Köpenick, der Heimat des 1. FC Union, ein gewohntes Bild.

So gibt es in kaum einem Stadion der „DDR" mehr Arbeit für die Sicherheitsorgane. Vor allem dann, wenn Union, der zivile Klub der Arbeiter aus Köpenick, zum Ostberliner Lokalderby gegen den Verein der Volkspolizei und Staatssicherheit, den BFC Dynamo, antritt, dessen Vorsitzender der Chef des Staatssicherheitsdienstes, Erich Mielke, ist.

Aber seine Fans hat der 1. FC Union nicht nur in Ost-Berlin. Überall in der „DDR" gibt es Freunde des Klubs, der auch nach der Neugründung und Namensänderung im Jahre 1966 als Nachfolger des Traditionsvereins SC Union Oberschöneweide von 1906 gilt. Fünf Berliner Meisterschaften errang diese Mannschaft seit 1920 und stand 1923 im Finale der deutschen Meisterschaft, das sie gegen den Hamburger SV 0:3 verlor.

Nach dem Krieg beteiligte sich Union Oberschöneweide bis 1948 erfolgreich am Spielbetrieb im damals noch vereinten Berlin. Als die „DDR"-Behörden dem Klub 1950 untersagten, zu einem Vorrundenspiel der deutschen Meisterschaft nach Kiel auszureisen, setzte sich die Mannschaft geschlossen nach West-Berlin ab und gründete den Verein dort noch einmal. In Ost-Berlin wurde der Verein Union Oberschöneweide dagegen wegen intensiver Kontakte zum Westen zur Selbstauflösung gedrängt. Obwohl dem neuen zivilen 1. FC Union seit 1966 kaum Verstärkung gewährt wird und die Mannschaft des öfteren gegen den Abstieg zu kämpfen hat, bleiben die Fans treu. Und nicht immer geht es friedlich zu, der politische Hintergrund spielt dabei eine wichtige Rolle.

„Radaubrüder müssen isoliert werden", fordert Heiko Zuschke, 23 Jahre alter Elektromonteur und Leiter eines Union-Fan-Klubs. 57 Fan-Klubs gibt es zwischen Stralsund und Zwickau, die von der kommunistischen Jugendorganisation „FDJ" geleitet werden. „Auf die Fahne haben wir uns geschrieben, den Ruf ‚Eisern Union – sauber und fair' auf den Rängen durchzusetzen." Mit starker Vopo-Präsenz und massiertem Einsatz der „FDJ"-Blauhemden werden jetzt Ausschreitungen an der Berliner Wuhlheide schon im Keime erstickt.

Mit Wäschekörben voller Leserpost wurde die Gewerkschaftszeitung „Tribüne" eingedeckt, als sie die Fan-Problematik aufrollte. „Wir freuen uns, daß die meisten begriffen haben, wie ein richtiger Fan sein sollte", zeigt sich Wolfgang Nedess, Leiter der Interessengemeinschaft Fan-Klub der SG Dynamo Dresden, zufrieden. Der Dresdner Verein veranstaltet mit den „gezähmten Wilden" Video-, Skat- und Disco-Abende.

Hingegen liegt das Fan-Problem dem „DDR"-Rekord-Auswahlspieler Joachim Streich schwer auf dem Magen. Als neuer Trainer des 1. FC Magdeburg führte er sich mit einem offenen Brief an alle Betriebskollektive, Fan-Klubs sowie an die oberen Klassen der Polytechnischen Oberschulen und Berufsschulen ordnend ein. Inzwischen haben in Magdeburg nur noch registrierte Fans das Recht, Fahnen zu entrollen.

Die Minderheit der Rüpel sitzt nach Beobachtungen von Karl Zimmermann, Generalsekretär des Deutschen Fußball-Verbandes der „DDR", „nicht nur auf den Fan-Blökken, sondern auch auf mancher Tribüne." Diskussionsabende mit den Fans in Jena, Leipzig und beim Rekordmeister BFC Dynamo Berlin sind weitere Projekte, die den alkoholisierten Jugendlichen aus den Betrieben wieder Manieren beibringen sollen. Zimmermann hält aber auch einen „gut gestalteten Service von Gastronomie und Handel" für wichtig, der „zum gelungenen Besuch unserer Fußballspiele beiträgt".

In Erfurt fährt seit neun Monaten ein „Fußball-Expreß" zu den Auswärtsspielen. Über 600 Anhänger von Rot-Weiß Erfurt nehmen alle 14 Tage an der Fan-Fahrt teil. Im Rahmenprogramm wird Kultur, Heimatkunde und Sightseeing geboten. „Allerdings wird damit der Kultur auf den Rängen noch nicht automatisch zum Durchbruch verholfen", notiert die „FDJ"-Tageszeitung „Junge Welt" kritisch.

Auf dem Weg zur Besserung

sid, Nürnberg

Der 1. FC Nürnberg, Aufsteiger in die Fußball-Bundesliga, hat seine Schulden abgebaut. In der letzten Saison erwirtschaftete der Klub in der zweiten Liga ein Plus von 700 000 Mark, er hat jetzt noch Verbindlichkeiten in Höhe von 1,7 Millionen Mark. Der Gewinn resultiert aus drastischen Sparmaßnahmen und der guten Zuschauerresonanz im Jahr des Aufstiegs.

Im laufenden Geschäftsjahr können sich die Nürnberger Hoffnungen auf einen weiteren Abbau der Schulden machen. In den bisherigen Bundesligaspielen wurde der kalkulierte Zuschauerdurchschnitt von 16 500 mit rund 34 800 Besuchern um mehr als das Doppelte übertroffen.

RADSPORT

Neue Saison, die alten Klagelieder

DIETER DOSE, Berlin

Die neue Saison der Sechstagerennen hat gerade begonnen, schon werden die alten Klagelieder angestimmt: Zu wenig Klassefahrer für die Hallenpisten, vor allem keine Deutschen. „Wir brauchen einen Boris Becker auf dem Rad", wünscht sich Otto Ziege, der sportliche Leiter der Rennen in Berlin und Dortmund. Aber der ist nicht in Sicht. Derzeit gibt es kein deutsches Paar, das in der Lage ist, in die Phalanx der dominierenden Ausländer einzubrechen, die die großen Gagen kassieren.

Beim gerade zu Ende gegangenen Berliner Rennen – Sieger: Clark/Oerstedt (Australien/Dänemark) – hat sich das bestätigt. Die Deutschen fuhren hinterher, ausgenommen der Berliner Joachim Schlaphoff. An der Seite des starken Briten Anthony Doyle wurde er Dritter. Vielleicht für Berlin ein kommender Lokalmatador, aber vorläufig noch kein Fahrer, der auch in anderen Städten die Hallen füllen könnte.

Den Rennen fehlen die großen Namen. Von den Stars der Straße sind nur wenige bereit, in verqualmten Hallen in die Pedale zu treten. Zwar gehörte in Berlin der Italiener Moreno Argentin, Dritter der Straßen-WM 1985, zum Fahrerfeld, aber es war sein erstes und letztes Rennen in diesem Winter. In Dortmund (Beginn heute) startet der Tour de France-Dritte Steven Roche (Irland), aber auch er hat nicht vor, weitere Rennen zu bestreiten.

Gegenwärtig gibt es überhaupt nur etwa drei Dutzend Sechstagefahrer, von denen meist 24 bis 28 im Einsatz sind. „Es gibt für die Veranstalter praktisch nur eine Besetzung", sagt Otto Ziege. „Man darf gar nicht daran denken, daß früher die Rennen in Berlin und Dortmund zur selben Zeit stattfinden konnten, weil das Angebot an guten Fahrern groß war."

Dietrich Thurau, in seiner Glanzzeit mit 8000 Mark Gage pro Nacht einer der Spitzenverdiener im Sechstage-Zirkus, fährt in diesem Winter nur die Rennen in Paris und München. Nach enttäuschenden Leistungen in der vergangenen Saison und persönlichen Querelen mit Veranstaltern ist er nicht mehr sehr gefragt.

Gefragt sind dafür zwar Gregor Braun und Rolf Gölz, der Silbermedaillengewinner von Los Angeles, aber beide haben allen Veranstaltern einen Korb gegeben. Ihnen ist die Vorbereitung auf die nächste Straßensaison wichtiger. Rolf Gölz: „Sechstagerennen kann ich in einigen Jahren noch fahren."

Aus dem Amateurlager kommt kein Nachwuchs. Patrick Sercu, mit 88 Siegen der erfolgreichste Sechstagefahrer aller Zeiten, sagt: „Die Amateure verdienen zuviel, Profi zu werden ist kein Anreiz mehr. Heute ist man mit einer olympischen Goldmedaille um den Hals doch fast schon Millionär." Da mag der Belgier etwas übertreiben, aber ähnlich sieht es auch Otto Ziege: „Gute Amateure kassieren von Sporthilfe und Sponsoren rund 4000 Mark im Monat." Und ehe die Jung-Profis an die lukrativen Verträge kommen, vergehen oft Jahre.

Beispiel Joachim Schlaphoff: Seine Gage in Berlin betrug rund 6000 Mark brutto. Davon aber müssen Mechaniker, Masseur, Verpflegung gezahlt werden. 6000 Mark kassieren dagegen die allerdings rar gewordenen Stars fast pro Nacht.

„Die Gruppe der deutschen Fahrer ist kleiner, aber nicht besser geworden", sagt Otto Ziege. Und nicht nur er denkt dabei wehmütig an die Zeiten der Bugdahl, Altig, Renz und Junkermann zurück.

Schach / Garri Kasparow fehlen noch sechs Unentschieden zum WM-Titel

Anatoli Karpow bot sehr früh Remis an

LUDEK PACHMANN, Bonn

Im ersten, abgebrochenen, Kampf um die Schach-Weltmeisterschaft führte Anatoli Karpow nach der 18. Partie mit 4:0 Siegen gegen Garri Kasparow. Jetzt scheint es so, als könne der 22 Jahre alte Herausforderer der jüngste Weltmeister der Schach-Geschichte werden. Kasparow erreichte mit den schwarzen Figuren erneut ein Remis, er führt nach 18 des auf 24 Spiele angesetzten Wettkampfes in Moskau mit 9,5:8,5. Würde er auch die restlichen sechs Partien mit einem Unentschieden abschließen, wäre Karpow entthront. Der Titelverteidiger kämpfte in der 18. Partie kaum und bot das Remis selbst und sehr früh an.

Die Notation (Karpow Weiß, Sizilianisch): **1.e4 c5, 2.Sf3 d6,**

Zur neuen Variante der 12. und 16. Partie mit e6, 3.d4 cxd4, 4.Sxd4 Sc6, 5.Sb5 d6, 6.c4 Sf6, 7.S1c3 a6, 8.Sa3 d5!? kehrt Kasparow wohl aus taktischen Gründen vorläufig nicht zurück.

3.d4 cxd4, 4.Sxd4 Sf6, 5.Sc3 a6, 6.Le2 e6, 7.0-0 Le7, 8.f4 0-0, 9.Kh1 Dc7, 10.a4 Sc6, 11.Le3 Te8, 12.Lf3 ...

Wenig erreichte Karpow in der 10. Partie mit 12.Lg1 Tb8, 13.Dd2 e5, 14.Df2 Sxd4, 15.Lxd4 e5, 16.Le3 Le6!, 17.f5 Lc4, 18.Lb6 Dc8, 19.Tc1 d5! mit Vorteil für Schwarz.

12. ... Tb8, 13.Dd2 Ld7, 14.Sb3 ...

Das sieht jedenfalls besser aus als die Fortsetzung der zweiten Partie: 14.Df2 Sxd4, 15.Lxd4 e5, 16.Le3 Le6!, 17.f5 Lc4, 18.Lb6 Dc8, 19.Tc1 d5! mit Vorteil für Schwarz.

14. ... b6,

Hier wäre Sa5? ein Fehler wegen 15.Sxa5 Dxa5, 16.e5! und Weiß gewinnt mindestens einen Bauern.

15.Lf2 Lc8(!),

Nach den wenig aktiven Zügen 13 und 15 kann sich Schwarz diesen Zeitverlust ruhig erlauben. Sein Läufer wird auf b7 wirksamer postiert.

16.Lg3 Sd7, 17.Tae1 Lb7, 18.e5(!) ...

Das war der Sinn des Manövers Lf2 – g3 nebst Tae1, aber die schwarze Position bleibt voll elastisch.

18. ... Tbd8(!), 19.Df2 Tf8, 20.Le4 dxe5, 21.fxe5 Sc5(!), 22.Sxc5 bxc5, 23.Lf4 – Remis.

Karpow hatte das Remis angeboten. Vielleicht etwas voreilig, der weitere Verlauf der Partie hätte noch interessant sein können. Weiß besitzt einen kleinen Raumvorteil, aber mit 23. ... Td4 (besser als Sd4, 24.Te3!) erreicht Schwarz aktives Gegenspiel.

SPORT-NACHRICHTEN

Australien zur WM?

Adelaide (sid) – In einem Qualifikationsspiel der Ozeaniengruppe zur Fußball-Weltmeisterschaft 1986 besiegte Australien die Mannschaft Taiwans mit 7:0 und hat nun beste Chancen, zum zweiten Mal nach 1974 die Endrunde zu erreichen.

Beschluß gegen Südafrika

Estoril (dpa) – In Südafrika findet 1986 kein Motorrad-Grand-Prix statt. Dies beschloß die internationale Motorradsport-Vereinigung (FIM) bei ihrem Kongreß im portugiesischen Estoril. Ob statt dessen Ersatzrennen gefahren werden sollen, steht noch nicht fest.

Brandstiftung

Grenoble (sid) – Unbekannte haben in der Nacht zum Mittwoch im Sportpalast von Grenoble ein Feuer gelegt, das ein Viertel der Inneneinrichtung zerstörte. Der entstandene Sachschaden wird auf etwa 600 000 Dollar geschätzt. Das vom 30. Oktober bis 4. November in dieser Halle geplante Sechstagerennen wurde abgesagt.

Ordos wird Deckhengst

Köln (dpa) – *Das Gestüt Zoppenbroich hat seinen fünfjährigen Hengst Ordos, 1973 Sieger im deutschen Galopp-Derby, als Deckhengst an das Gestüt Harzburg verkauft.* Ordos, der es in seiner Rennlaufbahn auf eine Gewinnsumme von 776 495 Mark brachte, kostete etwa 600 000 Mark.

Deutsche Equipe Zweite

Washington (sid) – Beim Preis der Nationen in Washington belegten die deutschen Springreiter Stefan Schewe (Euskirchen) auf Wilster, Klaus Reinacher (Senden) auf Windus, Ludger Beerbaum (Mühlen) auf Salonoki und Werner Peters (Bargenstedt) auf Orchidee mit 10,25 Fehlerpunkten den zweiten Platz hinter den USA, die nur einen Abwurf verzeichneten. Dritter wurde das kanadische Team (63,25).

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Tokio, Einzel, 1. Runde: Lendl (CSSR) – Davis (USA) 6:4, 6:1, Connors (USA) – J. Carlsson (Schweden) 6:0, 7:5, Jarryd (Schweden) – Zivojinovic (Jugoslawien) 6:1, 3:6, 6:4, Gilbert (USA) – Fukui (Japan) 7:6, 6:2. Herren-Doppel, 1. Runde: Becker/Zivojinovic (Deutschland/Jugoslawien) – Kohlberg/van Hof (USA) 7:6, 6:3. – **Grand-Prix-Turnier** in Köln, 1. Runde: Slozil (CSSR) – Panatta (Italien) 4:6, 6:1, 6:4, Wilkison – de Palma (beide USA) 6:3, 7:5, Krishnan (Indien) – Ostoja (Jugoslawien) 6:3, 6:2, Dickson (USA) – K. Carlsson (Schweden) 7:5, 7:6, Gullikson (USA) – Gunnarsson (Schweden) 3:6, 7:6, 6:4, Benhabiles (Frankreich) – Meinecke (Deutschland) 6:4, 6:4, Prpic (Jugoslawien) – Vajda (CSSR) 6:3, 6:3, Lundgren (Schweden) – Fibak (Polen) 6:3, 5:7, 6:3, Bates (England) – Mecir (CSSR) 7:6, 1:6, 6:4.

FUSSBALL

Zweite Liga, Nachholspiel: Duisburg – Osnabrück 0:1 (0:0).

BASKETBALL

Bundesliga, Herren: Bayreuth – Göttingen 92:78 (44:37).

RAD

81. Berliner Sechstagerennen, Endstand: 1. Clark/Oersted (Australien/Dänemark) 309 Punkte, eine Rd. zur. 2: Tourne/de Wilde (Belgien) 312, zwei Rd. zur. 3. Schlaphoff/Doyle (Deutschland/England) 302, 4. Frank/Marcussen (Dänemark) 249, vier Rd. zur. 5. Argentin/Pijnen (Italien/Holland) 185, acht Rd. zur. 6. Giebke/Hermann (Deutschland/Liechtenstein) 170, zehn Rd. zur. 7. Rinklin/Kristen 201, zwölf Rd. zur. 8. Schröpfer/Goldschagg 42, 14 Rd. zur. 9. Betz/Neumayer (alle Deutschland) 79, 10. Bolten/Elshof (Deutschland/Holland) 73.

TENNIS / Grand-Prix-Turnier von Tokio

Becker im Doppel weiter

dpa, Tokio/München

Zweiter Sieg von Boris Becker beim Tennis-Grand-Prix-Turnier von Tokio: Zusammen mit seinem jugoslawischen Partner Slobodan Zivojinovic zog er nach seinem Einzelsieg (6:2, 6:0 gegen den Amerikaner Budd Shultz) auch im Doppel in die zweite Runde ein. Beide schalteten die Amerikaner Kohlberg/van't Hoff mit 7:6, 6:3 aus. Sie hatten lediglich im ersten Satz Mühe, als sie in den Tiebreak mußten, diesen aber klar mit 7:3 für sich entschieden. Heute trifft Becker im Einzel auf John Sadri (USA), Nummer 46 der Weltrangliste.

Inzwischen hat der Deutsche Tennis-Bund für das Finale im Daviscup gegen Schweden die Preise der Eintrittskarten und die Modalitäten ihrer Verteilung festgelegt. Für die drei Tage in München (20. bis 22. Dezember) kosten die Sitzplatzkarten 300 und 375 Mark, Stehplätze 90 Mark.

In den freien Verkauf gelangen über die Olympiapark GmbH 4000 Karten. Etwas über 2000 Karten, gestaffelt nach den Mitgliederzahlen, erhalten die Landesverbände, die über ihr Kontingent frei verfügen können. 3000 Karten verkauft Beckers Manager Ion Tiriac an Werbepartner des Verbandes, 1000 erhält der Internationale Tennis-Verband, 500 Karten gehen nach Schweden, ins Land des Endspiel-Gegners. Für die internationale Presse stehen 300 Karten zur Verfügung.

Weizsäcker mahnt ein ungeteiltes Europa an

Die EG, „ein buntes Gemisch von guten und schlechten Beispielen"

WILHELM HADLER, **Straßburg**

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat die Europäer aufgefordert, sich im Ost/West-Dialog nicht mit der Rolle eines tatenlosen Zuschauers zu begnügen. Vor dem Straßburger EG-Parlament sagte er gestern: „Wir müssen und können zeigen, daß die Bereitschaft und Fähigkeit zur Selbstverteidigung nicht zur Konfrontation, sondern zur wachsenden Interdependenz und Zusammenarbeit führen kann."

Der verständige Gebrauch von Macht bedeute im Zeitalter der Kernwaffen die „unausweichliche Einsicht in die heilsame und schützende Wirkung der Zusammenarbeit über Blockgrenzen hinweg". Entspannung träte keineswegs an die Stelle von Verteidigung, aber eine wirksame Verteidigung ohne Entspannung verfehle ihr eigenes Ziel.

Von Weizsäcker, der vom französischen Parlamentspräsidenten Pierre Pflimlin als ein Staatsmann von „großer moralischer Autorität" begrüßt wurde, erinnerte an die gewaltsame Teilung Europas. Die Menschen, die nicht in einer freiheitlichen Demokratie lebten, dürften nicht das Gefühl erhalten, die anderen gäben sich damit zufrieden, für sich allein gerettet zu haben, was ihnen an Europa lieb und teuer sei.

„Niemand kann stärker als wir Deutschen empfinden", sagte der Bundespräsident, „daß willkürlich aufgezwungene Trennungslinien ein Volk und seine Geschichte, das in vielen Jahrhunderten gewachsene und gefestigte Bewußtsein unserer Zusammengehörigkeit nicht aufheben können."

Europas Chance

Mit Nachdruck unterstützte von Weizsäcker die Forderung nach einer Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments. Zwar könnten dessen Befugnisse nicht größer sein als die Bereitschaft der Mitgliedsländer, sich zu vereinigen und wesentliche Entscheidungen auf die Gemeinschaft zu übertragen. „Im Zuge dieses Zusammenwachsens dürfen wir uns aber nicht an einen Zustand gewöhnen, in dem die parlamentarischen Befugnisse Europas hinter dem zurückbleiben, was die Mitgliedstaaten tatsächlich an europäischem Recht und Gesetz schaffen."

Der Bundespräsident bezeichnete die Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes als von „elementarer Bedeutung". Es sei merkwürdig genug, daß zwar bedeutende amerikanische und japanische Firmen ihre Geschäfte durch eine zentrale europäische Gesellschaft tätigten, daß aber die europäischen Firmen nach wie vor überwiegend national arbeiteten. Viele von ihnen scheuten noch immer vor der europäischen Zusammenarbeit zurück und suchten statt dessen nach Partnern und Produktionsstätten in Fernen Osten oder jenseits des Atlantiks.

„Fragwürdige Moral"

Für von Weizsäcker bietet die Gemeinschaft gegenwärtig ein „buntes Gemisch von guten und schlechten Beispielen". Einen guten Eindruck habe die Nahrungsmittelhilfe der EG in den Hungergebieten des Sudans hinterlassen, durch die Hunderttausenden von Menschen das Leben gerettet worden sei. Ein „schlechtes Modell von Prinzip und Praxis" demonstriere die EG dagegen in manchen lateinamerikanischen Staaten.

Einerseits helfe sie diesen Ländern mit Krediten und Investitionen, damit sie die Schwelle zur Selbsthilfe überschreiten könnten, gleichzeitig verdränge sie sie jedoch durch subventionierte Agrarexporte auf Drittlandsmärkten. „Das ist auf die Dauer nicht nur eine fragwürdige Moral, sondern auch keine gute Politik."

Nach den Worten des Bundespräsidenten reift in der EG das Bewußtsein dafür, „daß der Verstand und das Herz sich zur Gemeinschaft bekennen können, ohne dabei die nationale Identität preiszugeben". Nation und Europa würden „zu zwei Schichten unserer Identität, die sich gegenseitig brauchen und durchdringen". Europa könne mit der Autorität seiner geschichtlichen Erfahrung, seinem reichen geistigen Erbe, seinen materiellen Mitteln und nicht zuletzt mit seinem humanen Potential eine entscheidende Rolle spielen.

Sowjetunion beginnt mit Stationierung der SS-25

Moskaus Abrüstungsvorschläge ändern nichts an Bedrohung Europas

AP, **Washington**

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat in Washington mitgeteilt, die Sowjetunion habe mit der Stationierung einer neuen mobilen Interkontinentalrakete vom Typ SS-25 begonnen. Sie verletze damit die Bestimmungen des SALT-II-Abkommens über die Begrenzung der strategischen Rüstung und liefere dadurch eine neuerliche Rechtfertigung für das amerikanische Programm zur Schaffung eines Raketenabwehrsystems im Weltraum (SDI).

Weinberger sprach vor Teilnehmern einer Konferenz, die von der konservativen Washingtoner Forschungsgruppe „Zentrum für Ethik und öffentliche Politik" veranstaltet worden war. Der Verteidigungsminister griff Kritiker der US-Regierung an, die glaubten, „daß Rüstungskontrolle eine moralisch gerechtfertigtere Handlungsweise sei als der Versuch, die Abschreckung der Verteidigungswaffen zu stärken". Die Geschichte zeige, daß der Rüstungskontrolle „kaum ein umwerfender Erfolg beschieden war". Und Weinberger fuhr fort: „Heute kann ich offiziell bestätigen, daß eine ihrer neuen Interkontinentalraketen, die mobile SS-25, jetzt stationiert wird und fraglos eine Verletzung der sowjetischen Versicherungen ist, die uns unter dem SALT-II-Abkommen gegeben wurden."

Der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Wladimir Lomeiko, hat gestern am Rande des Warschauer Pakt-Treffens in Sofia die Darstellung des amerikanischen Außenministers Caspar Weinberger, die Sowjetunion habe SS-25 Raketen aufgestellt, zurückgewiesen. Sie „entspricht nicht der Wirklichkeit", sagte Lomeiko. Weinbergers Äußerungen dienten dem Ziel, die „wirkliche Position" der Sowjetunion zu beeinträchtigen. Die UdSSR habe und werde keinerlei Schritte unternehmen, die SALT-2 verletzten.

R.-M. BORNGÄSSER, **Moskau**

„Die sowjetischen fundamentalen und Forschungsarbeiten sind auf friedliche Erschließung des Weltalls gerichtet. Wir haben uns an den ABM-Vertrag gehalten", erklärte der sowjetische Generalstabschef Sergej Achromejew anläßlich einer internationalen Pressekonferenz in Moskau, an der auch Georgi Kornienko, erster Stellvertreter des Außenministers, sowie das Kreml-Sprachrohr Leonid Samjatin teilnahmen. Den Amerikanern warf Achromejew vor, ihr Ziel bestehe darin, Waffen zu schaffen und sie im Weltraum zu stationieren.

Die Moskauer Pressekonferenz war eine erneute Verbal-Offensive mit Blick auf den Genfer Gipfel und bot nur wiederum die sattsam bekannten sowjetischen Thesen an. So etwa, daß bereits „Mitte der 50er Jahre" die Vereinigten Staaten damit begonnen hätten, Antisatellitenwaffen zu entwikkeln, die sie 1959 als erste getestet hätten. Die Sowjetunion habe, so der Generalstabschef, „gezwungenermaßen erst nach den US-Maßnahmen" ihr System entwickelt und es seit 1983 nicht weiter ausgebaut. Daß die Sowjetunion ein solches besitzt, wurde nicht verleugnet. Natürlich ging es auch wieder um die magische Zahl 50 Prozent, um die der Kreml seine strategischen Atomarsenale reduzieren wolle, falls die USA endlich ihre außerplanetarischen Raketenabwehrpläne SDI aufgeben würde.

Große Schautafeln mit Zahlen zeigten die laut sowjetischer Lesart unausgeglichene Balance zwischen der UdSSR und den USA. Allerdings, was genau abgewrackt werden soll, Träger oder Sprengköpfe, wurde durch dieses Arithmetikspiel auch nicht ersichtlich. Wieder wird auch hier die These vertreten, daß zur Abrüstung nur solche Waffen kommen, die das Territorium der beiden Supermächte erreichen können. Im Klartext: Was die USA in Europa und zu dessen Schutz aufgestellt haben, gehört zur Dispositionsmasse, was die Sowjets gegen Europa richten, bleibt unangetastet, weil diese Waffen „nur" die Europäer bedrohen. Unter Berufung auf Gorbatschow wiederholten die Sprecher, daß ohne Verzicht auf SDI auf anderen Gebieten keine Fortschritte erwartet werden dürften.

Noch einmal bekräftigt der Sprecher Samjatin, daß die Sowjetunion ein amerikanisches Monopol nicht zulassen würden, „selbst im Hinblick darauf, daß dann die Gegenmaßnahmen von unserer Seite tief in unser wirtschaftliches System eingreifen würden". Auf die immer wieder gestellte Frage nach dem Verbleib von Marschall Orgakow, hieß es nur rätselhaft, „er befinde sich weiterhin auf wichtigem, militärischem Posten". – Doch wo, wurde nicht mitgeteilt.

Strauß-Appell: Wirtschaft soll verstärkt investieren

„Mit Wachstum allein Arbeitsmarkt-Probleme nicht lösbar"

PETER SCHMALZ, **München**

Der Schlüssel zu mehr Arbeit liege in den Händen der Sozialpartner, der Staat könne nur die Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung verbessern, erklärte der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß gestern im Münchner Landtag bei der Aussprache über eine Interpellation der CSU-Fraktion zum Thema „Soziales Bayern". Auch mit wirtschaftlichem Wachstum allein könnten die Arbeitsmarktprobleme nicht gelöst werden.

Strauß appellierte deshalb an die Unternehmer, Steuererleichterungen und verbesserte Gewinnsituation für Investitionen und Neueinstellungen zu nutzen, die Aus- und Fortbildung in den Betrieben zu verstärken sowie Überstunden abzubauen und wenn immer möglich – notfalls auch befristet – Arbeitslose einzustellen.

Die Gewerkschaften rief er auf, an der verantwortungsbewußten Lohnpolitik der letzten Jahre festzuhalten und die unterschiedliche Ertragskraft und Leistungsfähigkeit anzuerkennen. „Tragen Sie Ihren Teil dazu bei", sagte Strauß, „daß durch maßgeschneiderte Lohn- und Arbeitsbedingungen Arbeitsplätze erhalten und möglichst viele neue geschaffen werden können!"

Den Appell garnierte Strauß jedoch mit heftiger Kritik am DGB und an der SPD, denen er vorwarf, die soziale Wirklichkeit mit demagogischen Verzerrungen, böswilligen Unterstellungen und dem verantwortlichen Spiel mit der Angst zu entstellen. Es sei die SPD, die die größte soziale Demontage der Nachkriegsgeschichte zu verantworten habe. Seit 1974 hätten die SPD-geführten Bundesregierungen über 80 Sozialleistungen in Höhe von mindestens 94,3 Milliarden Mark gekürzt.

„Ein Hasardeur"

Doch die SPD habe nichts gelernt, meinte Strauß und bezog sich dabei auf die Ankündigung des SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau, alle Kürzungen im Falle eines Wahlsieges zurückzunehmen. „Wenn Rau", so dessen bayerischer Kollege, „das wirklich meint, ist er ein sozialpolitischer Hasardeur. Wenn Rau das nicht ernst meint, dann ist er ein politischer Taschenspieler." Mit seinem Dementi habe Rau „die dankbare Aufgabe übernommen, sich selbst zu demontieren".

Seit der nordrhein-westfälische Ministerpräsident in die Rolle des Kanzlerkandidaten seiner Partei gekommen sei, zählt er zu den Sozialdemokraten, mit deren politischer Bilanz sich CSU-Politiker besonders gern befassen. So natürlich auch Strauß. „Erlauben Sie mir", sagte er gestern, „das sozialdemokratisch geführte Nordrhein-Westfalen mit Bayern zu vergleichen."

Beispiel Bayern

Das begann bei der jüngsten Arbeitslosenquote (Bayern: 6,4 Prozent; NRW: 10,7), über die Investitionsquote im Landeshaushalt (Bayern: 22,4 Prozent; NRW: 16,9) und die Arbeitsplatzentwicklung seit 1974 (Bayern: plus 207 000; NRW: minus 400 000) bis hin zur Lehrstellensituation: „In Bayern steht in diesem Jahr jedem noch nicht untergebrachten Stellenbewerber eine offene Ausbildungsstelle gegenüber. In Nordrhein-Westfalen müssen sich sechs Jugendliche einen Ausbildungsplatz teilen."

Sein Fazit: Er hoffe, niemand wünsche sich, „daß sich das Glück von Nordrhein-Westfalen auf die ganze Bundesrepublik ausdehnen möge". Wenn die Leistungsbilanz des derzeitigen Hoffnungsträgers der SPD eine Hoffnung sein solle, dann „möchte ich nicht wissen, wie eine Verzweiflung aussieht".

Mit der Sozialpolitik der Bundesregierung zeigt sich Strauß im großen und ganzen einverstanden, lehnte aber die vom Koalitionspartner FDP ins Gespräch gebrachte staatliche Grundrente strikt ab.

Dagegen erneuerte der bayerische Ministerpräsident die Forderung, die Kostenregelung bei Schwangerschaftsabbrüchen zu ändern. Daß alle Krankenversicherten auch gegen ihr Gewissen zur Mitfinanzierung der Tötung menschlichen Lebens gezwungen sind, bezeichnete Strauß als rechtlich bedenklich und forderte die Bundesregierung auf, bei dieser Frage von grundlegender Bedeutung „endlich den politischen Willen zur Klärung der Rechtslage" aufzubringen.

„Einheit bleibt Ziel von großer Bedeutung"

Co. **Bonn**

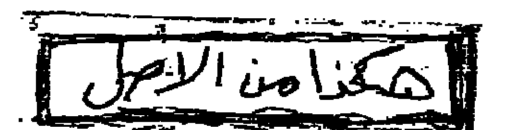
Der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Günter Diehl, hat dazu aufgefordert, den Begriff der Entspannungspolitik aufzugeben und statt dessen eine Friedenspolitik zu betreiben, die deutsche Grundforderungen aufrecht erhalte und die Probleme nicht verdecke. Dazu gehöre, daß die Willenserklärung für Einheit in Frieden und für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes wieder eine operative Bedeutung erhalte, sagte Diehl in einem Vortrag in der Bayerischen Vertretung in Bonn.

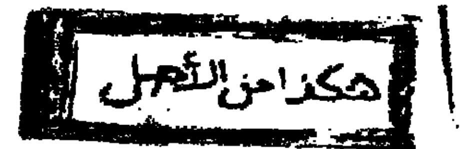
Gegenüber den Staaten der Dritten Welt, vor allem aber gegenüber der Sowjetunion müsse darauf hingewiesen werden, daß die staatliche Einheit ein Ziel von großer Bedeutung bleibe. Die Westmächte hätten im Deutschlandvertrag zugesagt, dieses Ziel zu unterstützen. Doch das sei in den Hintergrund gerückt. Bezeichnend für die eingetretene Geistesverwirrung sei es, daß die Forderung nach Selbstbestimmung heute schon als destabilisierend gelte. Nicht einmal die Forderung nach freien Wahlen werde noch erhoben, fuhr der frühere Botschafter in Neu-Delhi und Tokio und einstige Regierungssprecher der Großen Koalition fort.

In das Programm einer Friedenspolitik gehört nach den Worten Diehls auch eine Verbesserung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses. Wer stets das, was in Washington geschehe, kritisiere, die Politik Moskaus aber beklatsche, könne nicht ernst genommen werden, sagte er unter ausdrücklichem Hinweis auf die SPD. Form und Inhalt der gegenwärtigen außen- und sicherheitspolitischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition in Bonn schwächten die Stellung der Bundesrepublik im Bündnis und gegenüber den kommunistischen Staaten.

Die Vertrauensbasis sei schon angeschlagen, fügte Diehl hinzu. Die Propagandisten der Neutralität sollten sich fragen, ob die Kumpanei mit den Kommunisten den Vertrauensverlust wert sei. „Alles ist besser als das Abdriften in Zweideutigkeiten."

Der frühere Botschafter betonte, das Zudecken der eigentlichen Probleme könne nie zu Lösungen führen. Eine solche Methode sei auch im Hinblick auf einen möglichen neuen Nationalismus gefährlich.





Soziale Leistung

hg – Das ist schon fabelhaft sozial, was sich die Grünen da ausgedacht haben: Weil die steuerliche Förderung des Wohneigentums nur Bürgern mit sicherem Arbeitsplatz zugute komme, wollen sie sie abschaffen. Um mit dem Geld diejenigen Eigenheimer in spe zu subventionieren, die kein gesichertes Einkommen haben.

Da werden sie natürlich ziemlich viel Geld brauchen, denn der Wegfall der steuerlichen Förderung wird bei all denen einen sofortigen Verzicht auf Eigenheim-Pläne bewirken, die zwar einen sicheren Arbeitsplatz, aber nur ein mäßiges Einkommen haben. Dann bekommen die Bauunternehmer weniger Aufträge, und es wird wieder mehr Arbeitslose geben. Die sich dann allerdings damit trösten können, daß die beim Bau ihres Eigenheims steuerlich gefördert werden.

Trost soll indes auch jenen zuteil werden, die ohne Steuererleichterungen nicht bauen können: Der Mieterschutz soll durch ein generelles Dauerwohnrecht ausgeweitet, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verboten werden. Schön für den Mieter - aber leider werden sie unter diesen Bedingungen keinen Vermieter finden. Kein Hauseigentümer wird seine Wohnungen erhalten und mit Sicherheit wird niemand dann ein Miethaus bauen wollen.

Auch das trägt letztlich dazu bei, daß die Beschäftigung im Baugewerbe weiter sinkt. So daß am Ende die soziale Leistung der Grünen darin bestünde, die Schwachen, die sie auf Kosten der Stärkeren unterstützen wollten, sozusagen selbst produziert zu haben.

Privatisierung

J. Sch. (Paris) – In Frankreich hat sich die Debatte über die „Nationalisierung" wieder etwas abgekühlt. Nachdem ein Anwaltsbüro die Pläne der Rechtsparteien auf den Nenner zu bringen glaubte, daß nicht nur die sozialistischen Verstaatlichungen rückgängig gemacht werden müßten, sondern auch die meisten anderen Staatsunternehmen und -beteiligungen in Privatbesitz überführt werden sollten, mehren sich die Vorbehalte der Oppositionsführer. Jetzt hat auch der Unternehmerverband zurückgesteckt. Er spricht lediglich von einer „Privatisierung des mobilen und immobilen" Staatsbesitzes, die sich auf 15 Maßnahmen beziehen und bis zu 30 Milliarden Franc einbringen könnte. Das ganze wird als bloße Fortsetzung der sozialistischen Privatisierungsaktion „Töchter von Staatsunternehmen" dargestellt. Diese Vorsicht hat triftige Gründe: erstens sind die Staatsunternehmen gut zahlende Verbandsmitglieder und zweitens könnten sie den Verband auf Schadensersatz verklagen, falls sie wegen Reprivatisierungsrisiken Geschäftsschädigungen erleiden sollten.

AUSSENWIRTSCHAFT / Bundeshaushalt durch Polen-Kredite erheblich belastet

Handelsgeschäfte mit Warschau bald wieder mit Deckung durch Hermes?

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung ist nach langer Unterbrechung unter bestimmten Voraussetzungen wieder bereit, Kredite für den Export nach Polen in geringem Umfang in Hermes-Deckung zu nehmen. Das seit Jahren zahlungsunfähige Land war bei Importen daher im wesentlichen auf Barzahlung oder Kompensationsgeschäfte angewiesen. Zugleich wurde in Bonn bekannt, daß das Finanzministerium bei der anstehenden Neufassung der Hermes-Richtlinien keine weitere Gebührenerhöhung plant.

Bereits in diesen Tagen soll ein zweites deutsch-polnisches Umschuldungsabkommen (Polen II) für die Fälligkeiten aus den Jahren 1982 bis 1984 unterzeichnet werden. Dem war eine internationale Vereinbarung im Rahmen des Pariser Clubs vom 15. Juli 1985 vorausgegangen.

Das deutsche Umschuldungsvolumen beläuft sich auf rund drei Milliarden Mark, die der Bund den deutschen Gläubigern bereits – bis auf Selbstbeteiligungen von fünf bis zehn Prozent – gezahlt hat. Die Regelung sieht eine Tilgung in sechs Jahren nach fünf Freijahren vor. Die erste Zinsrate soll Ende 1985 fällig sein. Allerdings hat Polen bereits vorab angekündigt, daß es hierzu voraussichtlich nicht in der Lage ist. Die Gläubiger haben daraufhin die Bereitschaft zu einer gewissen Stundung zu erkennen gegeben.

Das erste bilaterale Abkommen (Polen I), das sich auf Fälligkeiten aus 1981 bezieht, hat ein Forderungsvolumen von etwa 650 Millionen Mark, für dessen Tilgung nach vier Freijahren (1982-1985) vier weitere Jahre vorgesehen sind. Allerdings hat Polen die Bedienung auch dieses Abkommens, also die Zahlung der Konsolidierungszinsen, Anfang 1982 ebenso eingestellt wie die Bedienung der Abkommen mit anderen Gläubigerländern.

1984 wurde im Pariser Club in den multilateralen Verhandlungen über die Umschuldung für die Jahre 1982 bis 1984 mit Polen vereinbart, daß die Zinsrückstände in mehreren Raten zu zahlen seien. Gegenüber der Bundesrepublik hat Polen durch zwei Zahlungen von 118 und 67 Millionen Mark im August und September 1985 alle Zinsrückstände aus Polen I für die Zeit bis Ende 1984 abgetragen. Die Zinsen für 1985 in Höhe von rund 50 Millionen Mark sind Ende kommenden Monats fällig.

Die Bundesregierung ist nunmehr bereit, Exportkredite eines noch zu bestimmenden Volumens durch Hermes in Deckung nehmen zu lassen, wenn die Verpflichtungen aus dem Abkommen Polen I eingehalten sowie die laufenden Umschuldungsvereinbarungen unterzeichnet und erfüllt werden.

In Bonn wird erwartet, daß Polen auch ein weiteres Abkommen (Polen III) für die Fälligkeiten aus 1985 noch in diesem Jahr unter Dach und Fach bringen möchte, um seine Kreditposition zu verbessern. Bisher ist es noch zu keiner multilateralen Vereinbarung gekommen, da bei dem geplanten Termin im September noch nicht die Rückstände gegenüber allen Gläubigerländern aus Polen I bezahlt waren. Der Unterzeichnungstermin ist auf den 18. November verschoben worden. Allein das deutsch-polnische Abkommen erreicht knapp eine Milliarde Mark. Die Bundesregierung bedient derzeit die Ansprüche der Gläubiger aus dem ersten Halbjahr.

Das polnische Obligo gegenüber dem Bund aus Krediten aller Art (Gesamthaftungen) lag Mitte 1985 mit 5,19 Milliarden Mark eine viertel Milliarde niedriger als ein Jahr zuvor. Hierin sind Zinsschulden von jeweils 2,59 Milliarden Mark nicht enthalten.

Ein Sonderthema stellt der 1975 von der damaligen Bundesregierung gewährte Finanzkredit von einer Milliarde Mark mit 25 Jahren Laufzeit (davon fünf tilgungsfrei) und 2,5 Prozent Zinsen dar. Die Differenz gegenüber dem Marktzins muß jährlich aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden. Im 86er Etat sind hierfür rund 70 Millionen angesetzt. Auch hierbei ist Polen mit der Tilgung, die 1980 hätte beginnen müssen, in Rückstand geraten. Da die Restschuld nicht in dem erwarteten Tempo zurückgeht, werden auch die Bonner Berechnungen über die Zinsausgleichszahlungen über den Haufen geworfen.

IFO-KONJUNKTURTEST

Selbst am Bau wird nun die Zukunft positiver bewertet

DANKWARD SEITZ, München

Fast einhellig beurteilen Industrie, Bauwirtschaft, Groß- und Einzelhandel ihre Geschäftsaussichten für die kommenden sechs Monate angesichts des stetigen konjunkturellen Aufschwungs in der Bundesrepublik als günstig. Zu diesem Ergebnis kommt der jüngste Konjunkturtest des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Dabei überrascht weniger, daß der Optimismus im verarbeitenden Gewerbe merklich zugenommen hat, sondern vielmehr, daß man nun auch am Bau die Zukunft wieder etwas zuversichtlicher sieht.

Zur Klimaverbesserung im Bauhauptgewerbe trug vor allem die höhere Bautätigkeit bei. Dabei beurteilte nun auch der Tiefbau, so das Ifo, seine derzeitige Geschäftslage weniger ungünstig als noch im August. Als Folge des Produktionsanstiegs waren die Gerätekapazitäten in der gesamten Branche auch gegenüber dem Vorjahr mit 55 (52) Prozent besser ausgelastet. Die Auftragsbestände wurden wenger negtiv beurteilt als bisher; ihre Reichweite nahm auf 2,2 (2,0) Monate zu. Die Besserungstendenz kommt auch darin zum Ausdruck, daß spürbar weniger Unternehmen Entlassungen planen als vor Jahresfrist. Zudem wird mit steigenden Baupreisen gerechnet, nachdem bereits im August die Preise angehoben werden konnten.

Unverändert positiv bewertet nach dem Konjunkturtest das verarbeitende Gewerbe seine Geschäftslage. Trotz der DM-Aufwertung werden die Exportchancen für die nächsten drei Monate zumindest sogar etwas günstiger eingeschätzt als noch im August. Obwohl die Produktionstätigkeit forciert wurde, haben die Auftragsbestände weiter zugenommen.

Getragen wird diese Beurteilung von allen Bereichen der Industrie, allen voran aber den Investitionsgüter-Herstellern. Weitere Produktionssteigerungen seine hier, so das Ifo, vor allem von den Unternehmen der Elektrotechnik und des Maschinenbaus geplant. In der Pkw-Branche sei die Nachfrage im September zwar nicht so ausgeprägt gewesen wie im Durchschnitt früherer Jahre, doch müsse dabei berücksichtigt werden, daß die Nachfrage hier in den letzten Monaten nach der Katalysatordiskussion überhöht war. Die Pkw-Firmen sähen kaum Möglichkeiten, ihre Produktion noch wesentlich zu steigern.

Zuversicht herrscht auch im Handel. So beurteilt der Großhandel sowohl die aktuelle Geschäftslage als auch die Aussichten für die nächste Zeit wieder günstiger. Im Einzelhandel hat sich das Klima im September dagegen wieder verschlechtert – insbesondere bei den Warenhäusern –, doch hat dies nach Feststellungen des Ifo nur geringfügige Auswirkungen auf die positiven Zukunftserwartungen gehabt. Die Umsätze im September dürften das Niveau des Vorjahresmonats nicht erreicht haben, jedoch habe der Lagerdruck spürbar abgenommen.

Verhängnisvolles Bündnis

Von HANS JOACHIM LANGMANN

Der Autor unseres Gastkommentars, Dr. Hans Joachim Langmann, ist Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.

Die Nachricht von der Bildung einer rot-grünen Koalition in Hessen hat bei den Unternehmen dieses Bundeslandes und darüber hinaus in der gesamten Wirtschaft Beunruhigung und Verunsicherung hervorgerufen. Dies darf angesichts der erklärten Ziele der grünen Bewegung niemanden erstaunen. Wie diffus und widersprüchlich die verschiedenen „programmatischen" Äußerungen dieser Partei bisher auch waren, an einem kann kein Zweifel bestehen: Ihr erklärtes Ziel ist es, unsere politische und wirtschaftliche Ordnung umzustülpen und die Industriegesellschaft in der bestehenden Form zu überwinden.

Keiner kann wohl ernsthaft von den Unternehmen erwarten, daß sie zu dem bedeutsamen Vorgang schweigen, wenn eine solche Partei plötzlich mit in die Regierungsverantwortung genommen wird. Darüber Besorgnis zu äußern, kann gewiß nicht als Regelverstoß verstanden werden.

Das Eingehen einer Koalition bedeutet immer zugleich das Eingehen von Kompromissen. Ein Bündnis mit den Grünen hat zwangsläufig Zugeständnisse an das völlig andere Staats- und Gesellschaftsverständnis dieses Partners zur Folge. Es öffnet einer völlig unrealistischen und irrationalen Wirtschaftspolitik Tür und Tor. Die hessische SPD übernimmt deshalb eine schwere Verantwortung. Wer diese Mahnungen aus der Wirtschaft mit Panikmache abtut oder sogar mit dem Vorwurf kontert, hier werde in die politischen Kompetenzen der demokratisch gewählten Mandatsträger eingegriffen, zeigt nur, daß er die andersartige Qualität dieser Partei bewußt nicht zur Kenntnis nimmt.

Was die hessischen Unternehmer besonders alarmiert, ist die Aussicht, daß den Grünen das Energie- und Umweltministerium zugesprochen werden soll. Es gehört nicht viel Phantasie dazu sich vorzustellen, von welchen Einschränkungen, Erschwernissen und Belastungen unternehmerische Tätigkeit in Hessen künftig bedroht ist. Dies gilt besonders bei der Erweiterung bestehender oder der Gründung neuer Unternehmen. Dazu bedarf es nicht einmal neuer Gesetze. Schon das bestehende Regelwerk bietet vielfältige Möglichkeiten, notwendige unternehmerische Entscheidungen hinauszuzögern oder an erschwerte Auflagen zu binden. Das politische Klima für industrielle Betätigung könnte sich unter solchen Voraussetzungen in einem Maße verschlechtern, das im günstigsten Falle zu Attentismus, im schlechtesten zu Desinvestitionen führt. Noch gehört Hessen zu den Bundesländern mit guten Wirtschaftsperspektiven: Die Wirtschaftskraft des Landes stellt sich im Bundesdurchschnitt relativ günstig dar, die Arbeitslosenquote gehört zu den niedrigsten der Bundesrepublik.

Schon angesichts dieses Tatbestandes fühle ich mich als Unternehmer auch und gerade im Interesse der Sicherung von Arbeitsplätzen verpflichtet, auf vorhandene Stimmungen und Befürchtungen hinzuweisen. Wenn sich die Unternehmer ernste Sorgen um ihre Zukunft in Hessen machen, so stehen sie damit nicht allein. Auch ein führender Gewerkschaftler hat vor wenigen Tagen erklärt, daß die weitreichenden Kompetenzen eines grünen Umweltministers zu Unsicherheit in der Wirtschaft führten und daß wichtige Investitionsentscheidungen für die Zukunft und damit neue Arbeitsplätze verhindert würden.

Natürlich würden langfristige Investitionsentscheidungen nicht sofort umdisponiert. Aber schon das Nachdenken über das Aufschieben von Entscheidungen hat seine Wirkungen. Veränderungen in der Wirtschaft vollziehen sich selten ruckartig und spektakulär, dafür aber mit Langfristwirkungen. Die technologischen und ökologischen Herausforderungen der Zukunft werden wir nur innerhalb der bestehenden Industriegesellschaft lösen können. Wer heute die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zeichen falsch setzt, verspielt leichtfertig Zukunftschancen.

Der hessische Ministerpräsident ist ein Mann mit großem Einfluß auf die SPD. Seine klare Aussage im Landtagswahlkampf war: Keine Koalition mit den Grünen. Die hessischen Unternehmer, bei denen er sich mit seiner direkten und offenen Ansprache Sympathie erworben hatte, haben ihm auch geglaubt. Sie sehen sich heute – wie alle anderen Bürger – mit einer völlig andersartigen Entwicklung konfrontiert. Hier weist die Verantwortung eines Ministerpräsidenten über die Grenzen seines Landes hinaus. Kein Grund zur Sorge wegen der Entwicklung in Hessen?

AUF EIN WORT

„Es erweist sich heute aufs neue, daß unser technisches Können offensichtlich unseren gesellschaftlichen und politischen Ideen vorauseilt. Es ist eine wesentliche Aufgabe der Politik, unter Nutzung der neuen technischen Möglichkeiten die Zukunftsentwicklung der Gesellschaft gestaltend und Ziele setzend zu beeinflussen."

Prof. Dr. Karl-Heinz Beckurts, Vorstandsmitglied der Siemens AG, München FOTO: DIE WELT

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Bonn setzt verstärkt auf Ausbau des Binnenmarktes

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Einen wichtigen Impuls zur Freisetzung neuer Wachstumskräfte für Investitionen und Innovationen erwartet der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftministerium, Rudolf Sprung, vom Ausbau des europäischen Binnenmarktes. Vor der Fraunhofer Gesellschaft in München betonte er, daß die Bundesregierung das Ziel der EG-Kommission unterstützt, den Binnenmarkt bis 1992 endgültig zu vollenden.

Vordringlich sei die Beseitigung aller Hindernisse und Kontrollen an den Binnengrenzen. Allein die Grenzabfertigung koste die Wirtschaft immer noch jährlich 30 Milliarden Mark. Hinzukommen müsse der Abbau der vielfältigen technischen Handelshemmnisse und die Harmonisierung der Normen. An die Stelle von bis zu zwölf nationalen Normen solle künftig eine einzige treten. Die Euro-Norm sei vor allem für die neuen Technologien von großer Bedeutung. Notwendig sei auch die Öffnung der Beschaffungsmärkte der öffentlichen Hand. Hier dürfe es keinen nationalen Naturschutzpark mehr geben.

Unerläßlich sei das Ende des Subventionswettlaufs. Unternehmenskooperationen über die Grenzen hinweg müssen so selbstverständlich werden wie innerhalb einzelner Mitgliedstaaten. Dies dürfe jedoch nicht zu einem Ausschluß der Zusammenarbeit mit Unternehmen aus den USA oder Japan führen.

Auch in der Forschungspolitik sei einiges in Bewegung gekommen. Wichtig sei, daß sie in marktwirtschaftliches Handeln eingebettet bleibe. Überdies müsse die EG-Forschung eine europäische Dimension aufweisen, sie dürfe keine bloße EG-Finanzierung eines nationalen Projektes sein.

Mehr Arbeitslose in den EG-Staaten

dpa/VWD, Brüssel

Die Zahl der Arbeitslosen in der Europäischen Gemeinschaft ist im September wieder leicht gestiegen. Wie das Statistische EG-Amt in Brüssel mitteilte, hat sich die Arbeitslosenzahl um 180 000 auf 12,6 Millionen Personen erhöht. Die Arbeitslosenquote stieg damit auf 11,1 Prozent nach 10,9 Prozent im August. Die EG-Statistiker wiesen jedoch darauf hin, daß sich die Steigerungsraten abschwächen. Die wenig veränderten Werte der letzten Monaten deuteten auf eine Stabilisierung des Niveaus der Arbeitslosigkeit hin. Die Zahl der arbeitslosen Männer ist danach seit Februar konstant geblieben, während die der Frauen leicht zugenommen hat.

WIRTSCHAFTSLAGE

Kieler Institut rechnet mit steigender Produktivität

Mk. Bonn

Erst für 1990 erwartet das Kieler Institut für Weltwirtschaft weniger als zwei Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt. Dies geht aus einer Untersuchung seines Konjunkturexperten Norbert Walter über die wirtschaftliche Entwicklung in den 80er Jahren hervor. Die Arbeitslosenquote, gemessen an der Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis zu den Erwerbspersonen, werde im Durchschnitt der 80er Jahre bei den gegebenen institutionellen Arbeitsmarktbedingungen und bei der erwarteten Wirtschaftspolitik, die keineswegs optimal im Hinblick auf das Arbeitslosenproblem sei, mehr als acht Prozent betragen, nach 2,5 Prozent in den 70er und weniger als ein Prozent in den 60er Jahren.

Walter geht in seiner Untersuchung von einer Zunahme des Bruttosozialprodukts in der zweiten Hälfte der 80er Jahre von durchschnittlich 2,6 Prozent aus. Für die Jahre 1981 bis 1985 rechnet er nur mit einem durchschnittlichen Zuwachs von 1,1 Prozent. Damit dürfte das Sozialprodukt im Durchschnitt der 80er Jahre um knapp zwei Prozent jährlich zulegen. In den 60er und 70er Jahren lag das Plus noch bei 3,6 und 2,7 Prozent.

Ein Pessimismus hinsichtlich der künftigen Produktivitätsentwicklung sei nicht angebracht, vielmehr dürfte das Potential nach wie vor beträchtlich sein. Aber die Bereitschaft der Gesellschaft, technologische Veränderungen und ihre Auswirkungen zu akzeptieren, scheint geringer geworden zu sein.

In der Studie wird für die 80er Jahre ein durchschnittlicher Produktivitätsanstieg je Erwerbstätigen um zwei Prozent erwartet. Die Rate dürfte in den nächsten Jahren günstiger liegen, da in der ersten Hälfte des Jahrzehnts nur ein Zuwachs von 1,8 Prozent registriert wurde.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Kapitalerhöhung bei der Deutschen Bank

Frankfurt (rtr) – Die Deutsche Bank AG stockt ihr Grundkapital über die Ausgabe von Bezugsrechten um 117 Mill. DM auf 1,591 Mrd. DM auf. Die Eigenmittel der Bank werden nach der Kapitalerhöhung auf 7,32 Mrd. DM steigen; im Konzern auf 8,76 Mrd. DM. Die Bezugsrechte sollten den Aktionären im Verhältnis von 15 zu eins angeboten werden, bei einem Preis von 450 DM je Aktie im Nennwert von 50 DM. Das Bezugsrecht hat einen rechnerischen Wert von 14,40 DM. Die jungen Aktien sind für 1985 voll dividendenberechtigt. Die Bezugsfrist läuft vom 12. bis 26. November. Die Kapitalaufstockung erfolgt im Rahmen des genehmigten Kapitals von nominal 287 Millionen DM. Zuletzt hatte die Deutsche Bank im April 1984 ihre Kapitalbasis über Bezugsrechte erweitert.

Prüfer angeklagt

Düsseldorf (AP) – Die Zahl der berufsrechtlichen Verfahren gegen Wirtschaftsprüfer ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Wie Oberstaatsanwalt Hans-Reinhard Henke von der Generalstaatsanwaltschaft in Düsseldorf mitteilte, nahm zwischen 1981 und 1984 die Zahl der eingeleiteten Verfahren wegen möglicher Berufspflichtverletzungen bundesweit um 30 Prozent zu. Im Bundesgebiet waren Ende letzten Jahres 4645 Wirtschaftsprüfer bestellt. Nach Henkes Angaben haben auch die berufsrechtlichen Ermittlungsverfahren gegen Steuerberater und Steuerbevollmächtigte zugenommen. Sie liege etwa in den ersten neun Monaten dieses Jahres im Bereich der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf um knapp ein Drittel höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Debüt am Euromarkt

Frankfurt (cd.) – Mit einer 15jährigen 6⅞prozentigen Anleihe der R. J. Reynolds Industries Inc. über 265 Mill. DM zum Kurs von 100 Prozent gibt die Morgan Guarantee GmbH, Frankfurt als erste deutsche Tochter einer US-Großbank ihr Debüt im DM-Auslandsanleihe-Emissionsgeschäft. Mitführer des Konsortiums für die größte D-Mark-Anleihe eines amerikanischen Unternehmens am deutschen Kapitalmarkt sind die Swiss Bank Corporation International und die Westdeutsche Landesbank. Der um rund zwei Prozent unter dem Emissionspreis liegende gestrige Kurs signalisiert die geringe Begeisterung über die Konditionen.

Umsatzplus im Großhandel

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Großhandelsunternehmen im Bundesgebiet haben nach vorläufigen Ergebnissen von Januar bis September dieses Jahres rund 628 Mrd. DM umgesetzt. Das bedeutet gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum 1984 eine Steigerung um drei Prozent. Infolge leicht gestiegener Preise ergab sich real, in Preisen von 1980 gerechnet, ein etwas geringerer Umsatzzuwachs (plus zwei Prozent). Das gab das Statistische Bundesamt bekannt.

Niedrige US-Inflation

Washington (dpa/VWD) – Die Verbraucherpreise in den USA sind im September, wie bereits in den vier Monaten zuvor, um 0,2 Prozent gestiegen. Auf das ganze Jahr umgerechnet ergibt sich eine Inflationsrate von 3,2 Prozent. Das ist der niedrigste Wert seit fast zwei Jahrzehnten.

Kontaktgruppe Mittelstand

Bonn (Mk.) – Die europäischen Spitzenverbände der Industrie, des Einzelhandels, des Groß- und Außenhandels und des Handwerks haben die Bildung einer EG-Kontaktgruppe „kleine und mittlere Unternehmen" vereinbart. Damit soll eine bessere Vertretung gemeinsamer mittelstandspolitischer Interessen gegenüber den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft erreicht werden.

Mangel an Fachkräften

Essen (dpa/VWD) – Einen eklatanten Mangel an Fachkräften hat in Essen der Verband Deutscher Kälte-Klima-Fachleute (VDKF) beklagt. „In jedem der rund 3000 Fachbetriebe fehlen durchschnittlich drei Leute, der Markt ist wie leergefegt", meint der VDKF-Vorsitzender Hans Walter Wilms anläßlich der 6. Internationalen Fachmesse Kälte- und Klimatechnik (IKK'85) vom 24. bis 26. Oktober in Essen. Im Beruf des Kälte-Klima-Technikers werde erst seit 1978 ausgebildet, begründete Wilms den Mangel. Die Branche rechnet für 1985 mit einer Umsatzsteigerung von fünf Prozent auf 2,3 Mrd. DM.

CHRYSLER

Tarifkonflikt beigelegt

Detroit (rtr) – Der Tarifkonflikt beim amerikanischen Automobilhersteller Chrysler ist gestern früh beigelegt worden. Nach Angaben der Vereinigten Automobilarbeitergewerkschaft (UAW) einigten sich die Parteien auf einen bis zum 14. September 1988 laufenden dreijährigen Tarifvertrag, der nach Einschätzung der Chrysler Corp über eine Milliarde Dollar kosten wird. UAW-Chef Owen Bieber rechnete damit, daß die rund 70 000 Beschäftigten bis Sonntag die Abstimmung über den neuen Vertrag abgeschlossen haben und ab Montag in allen Werken wieder voll gearbeitet wird. Bei Chrysler in Kanada war der Arbeitskampf von 10 400 Beschäftigten bereits am Montag beigelegt worden.

Platin wieder teurer

Zürich (rtr) – Die Andeutung des südafrikanischen Präsidenten P.W. Botha, sein Land könnte die Chromausfuhren sperren, hat sich auch auf den Preis für Platin ausgewirkt. Nach Händlerangaben war das Edelmetall gestern nach längerer Zeit erstmals wieder teurer als Gold. Marktspekulationen, wonach Südafrika – sollte es zu einer Ausfuhrsperre kommen – auch die Platinlieferungen unterbrechen könnte, führten dazu, daß die *Feinunze Platin um sieben Dollar* über dem Goldpreis gehandelt wurde. Am Zürcher Edelmetallmarkt begann Platin gestern bei einem Feinunzenpreis von 334,00 / 334,50 Dollar nach 327 / 329 Dollar am Vortag.

Rekord-Produktion

Tokio (dpa/VWD) – Japan hat in der ersten Hälfte des laufenden Wirtschaftsjahres (bis 31. März) soviel Autos wie nie zuvor produziert. Nach vom Herstellerverband veröffentlichten Zahlen waren es von Anfang April bis Ende September 6,09 Millionen Vierradfahrzeuge.

Neue Weltbankkredite

Peking (dpa/VWD) – Die Weltbank hat China für die nächsten fünf Jahre neue Kredite in Höhe von drei Milliarden Dollar zugesagt. Das teilte Vizefinanzminister Tian Yinong gestern bei der Eröffnung einer Ausstellung von Weltbank-Publikationen in Peking mit. Nach diesen Angaben sollen die neuen Mittel für 30 Projekte in Industrie, Landwirtschaft, Energie, Erziehung und Transportwesen eingesetzt werden. Bei 40 Prozent der zugesagten Gelder handelt es sich um nahezu zinslose Kredite der Weltbanktochter IDA. Die Weltbank eröffnet morgen eine ständige Vertretung in Peking.

Frankreichs Bauern klagen

Paris (DW.) – Die französischen Landwirte, seit Monaten von einer Dürre-Welle geplagt, haben von der Regierung in Paris gefordert, für ihr Futter-Getreide nicht mehr bezahlen zu müssen als die UdSSR, die kräftig durch die Exportsubventionen begünstigt wird. Die Bauern hingegen müssen die höheren EG-Preise bezahlen. Hintergrund der Forderung ist, daß das durchschnittliche Einkommen der Landwirte, nachdem es in den letzten beiden Jahren gestiegen war, jetzt wieder um 8,2 Prozent abrutscht auf das Niveau von 1981.

MITTELSTAND / DIE WELT sprach mit Prof. Gerhard Zeitel – Auch die Unternehmen müssen entlastet werden

Senkung der Einkommensteuer allein ist zu wenig

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Eine allgemeine Senkung des Einkommensteuertarifs kann die Probleme des industriellen Mittelstandes nicht lösen. Für ihn kommt es entscheidend darauf an, daß die Bildung von Eigenkapital gefördert wird. Dies erklärte der Bundesvorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, Professor Gerhard Zeitel, in einem Gespräch mit der WELT. Die Organisation des früheren saarländischen Wirtschafts- und Finanzministers veranstaltet heute in Bonn erstmals eine Fachkonferenz für den industriellen Mittelstand.

Im Hinblick auf die für die nächste Legislaturperiode ins Auge gefaßte weitere Steuerreform nannte Zeitel drei Eckpunkte, die aus der Sicht des Mittelstandes von ausschlaggebender Bedeutung sind:

- Die Entlastung im Bereich der Einkommen- und Unternehmenssteuern dürfe nicht durch Belastung in anderen Bereichen kompensiert werden. Eine Tarifkorrektur der Einkommensteuer sollte nicht durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert werden. Der Mittelstand sei bereits bei der letzten Anhebung des Mehrwertsteuersatzes nicht in der Lage gewesen, diese Belastung voll auf die Verbraucher weiterzuwälzen. An die Erhöhung der Mehrwertsteuer sollte *nur herangegangen werden, wenn* dadurch die Gewerbesteuer abgeschafft werden kann. Das Problem: Für den Ausfall müßten die Gemeinden eine Kompensation erhalten.
- Die Gesamtbelastung für die Unternehmen muß durch die Steuerreform reduziert werden. Durch die *Kumulation von Einkommen-, Körperschaft-* und Gewerbesteuer sei die Gesamtbelastung für die Unternehmen in der Bundesrepublik im internationalen Vergleich mit am höchsten. Sie gehe zum Teil über 70 Prozent hinaus. Nach den Worten Zeitels sollte die Höchstbelastung bei 60 Prozent plafondiert werden. Und zwar sollten, wenn dieser Satz bei einem Unternehmen übertroffen wird, Bund und Länder weniger Einnahmen erhalten, während die Beträge für die Gemeinden nicht gekürzt werden sollten.
- Entnommene und nicht entnommene Gewinne sollten steuerlich unterschiedlich behandelt werden. *Nach Ansicht Zeitels kann man* bei einer Steuerreform nicht darum herumkommen, auch diese Frage anzugehen. Er denkt dabei zum einen an die Einführung eines tax credits, den es bereits in einigen anderen Industriestaaten gibt. Dabei kann ein Teil der Investitionen von der Steuerschuld abgezogen werden. Zum anderen könnte aber auch an die Einführung einer steuerfreien Investitionsrücklage gedacht werden.

Durch solche Maßnahmen könnte die Kapitalausstattung des industriellen Mittelstandes verbessert werden. Zeitel verweist darauf, daß der Rückgang der Eigenkapitalquote von 30 auf 19 Prozent in den vergangenen Jahren verdecke, daß die Abnahme im Mittelstand noch weiter gegangen sei. Da für die kleineren und mittleren Betriebe auch der Zugang zum Kapitalmarkt schwerer als für Großunternehmen sei, müßten hier Änderungen eintreten. Dabei gibt er zu *bedenken, daß die Schaffung* eines zusätzlichen Arbeitsplatzes in Großunternehmen erheblich mehr Kapital erfordere als im Mittelstand. Auch unter diesem Aspekt sei die Förderung des Mittelstandes sinnvoll.

Die gegenwärtig konjunkturelle Gesamtentwicklung, die in erster Linie von der Chemie, der Elektrotechnik und der Automobilindustrie getragen wird, spiegelt nicht wider, daß es auch Problembranchen gebe. Neben der Landwirtschaft und der Bauwirtschaft nannte Zeitel Verkehr und Einzelhandel.

SÜDAFRIKA / Die kurzfristigen Kredite von 14 Milliarden Dollar bereiten Sorgen

Treffen mit den Gläubigern in London

K. S. Bonn

Die südafrikanische Regierung bemüht sich, die Verschuldungsprobleme wie versprochen bis Ende des Jahres zu lösen. Zu diesem Zweck hatte sie gestern die 29 größten Gläubiger nach London eingeladen. Den Vorsitz führte bei den Verhandlungen der zum Vermittler bestellte ehemalige Präsident der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Fritz Leutwiler. Für ihn kommt es zunächst darauf an, verläßliche Zahlen aus Südafrika zu bekommen. Denn die Verschuldung liegt voraussichtlich erheblich über den zunächst geschätzten 24 Mrd. Dollar.

Die Gruppe, zu der auch fünf deutsche Banken gehören, kann zwar keine Beschlüsse fassen; aber sie kann vordenken, welche Regelung für Südafrikas private und öffentliche Auslandsverbindlichkeiten die günstigste ist. Denn für die internationalen Geschäftsbanken bedeutet das Ende August verhängte Zahlungsmoratorium eine neue Bürde. Schließlich belasten die Zahlungsschwierigkeiten Lateinamerikas ohnehin schon *die Bilanzen der Kreditinstitute*; vor allem die der amerikanischen.

Zwar würde die Verschuldung Südafrikas unter normalen Umständen nicht schwer wiegen. Die Auslandsverbindlichkeiten entsprechen etwa einem Jahresexport. Probleme bereiten die kurzfristigen Kredite von etwa 14 Mrd. Dollar. Sie müßten umstrukturiert werden – bis Ende dieses Jahres.

Doch viele Kreditinstitute befürchten, daß diese Frist nicht eingehalten werden kann. Sie rechnen mit einer langwierigen Umschuldungsprozedur. Die Gespräche in London haben möglicherweise geholfen, den Weg für eine schnellere Abwicklung zu ebnen. Schließlich sind die Banken und die südafrikanische Regierung, die sich einen weiteren Vertrauensverlust im Ausland nicht leisten kann, gleichermaßen daran interessiert.

Wie verlautet, hofft die Regierung in Pretoria, daß die Banken fünf Freijahre gewähren und daß die Rückzahlungen in den darauffolgenden fünf Jahren gestreckt werden. Doch Experten glauben, daß die Gläubiger maximal zwei bis drei Freijahre hinnehmen. Das bedeutet aber, daß Südafrika sich um hohe Leistungsbilanzüberschüsse bemühen muß, um die für den Schuldendienst nötigen Devisen einzunehmen.

In den vergangenen Monaten war das Kapland zumindest in dieser Hinsicht erfolgreich: Auf Jahresbasis gerechnet verbuchte das Land im August einen Exportüberschuß von 5,4 Mrd. Rand (5,4 Mrd. DM). Allerdings hat der Wertverlust der Währung – in den letzten sechs Monaten über 50 Pfennig – die Ausfuhr gestützt. Südafrikanische Produkte haben sich dadurch für das Ausland verbilligt.

Große Mehrheit für Abendeinkauf

nl. Stuttgart

77 Prozent der Bundesbürger würden es begrüßen, wenn der Gesetzgeber die Ladenschlußzeiten so änderte, daß auch künftig die Geschäfte an *bestimmten Verkehrsknotenpunkten*, etwa dem der Stuttgarter Klett-Passage vor dem Hauptbahnhof, abends länger geöffnet bleiben könnten. Dies geht aus einer von den Tübinger Wickert-Instituten durchgeführten Repräsentativbefragung hervor, deren Ergebnisse die Mietergemeinschaft der Klett-Passage in Stuttgart vorlegte.

Frank Steinmann, der Vorsitzende der Mietergemeinschaft, unterstrich, daß dieses Umfrageergebnis auch deshalb von besonderer Bedeutung sei, weil sich in Bonn immer mehr „Störkräfte" rührten. Bekanntlich existiert eine Koalitionsvereinbarung, die auf eine Gesetzesänderung in obigem Sinne hinzielt. Auch hat das Land Baden-Württemberg einen entsprechenden Entschließungsantrag im Bundesrat eingebracht.

FRANKREICH / Unternehmer beklagen Wirtschaftslage

„Lohnnebenkosten zu hoch"

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Im Hinblick auf die Parlamentswahlen vom März 1986 hat der französische Unternehmerverband (CNPF), ohne sich parteipolitisch festzulegen, gestern verschiedene Vorschläge für eine „neue Wirtschaftspolitik" veröffentlicht. Sie gehen von der Feststellung aus, daß die Wirtschaftslage Frankreichs trotz verschiedener in den letzten zwei Jahren vor allem im Kampf gegen die Inflation erzielten positiven Ergebnisse „besorgniserregend" ist.

Als Beispiele dafür werden angeführt: Erstens der Rückstand im Wirtschaftswachstum von jährlich 2,8 Prozentpunkten 1983 und 1984 gegenüber dem Wachstum der sieben größten westlichen Industriestaaten, nachdem die französische Expansionsrate bis dahin stets überdurchschnittlich gewesen war. Zweitens der von 10,5 auf 10,1 Prozent geschrumpfte Anteil der französischen Industriegüterexporte an der entsprechenden Ausfuhr dieser Ländergruppe. Drittens der in dem Zweijahresabschnitt von 29,9 auf 32,1 Prozent gestiegene ausländische Marktanteil in Frankreich.

Zur Wiederherstellung der wirtschaftspolitischen Bewegungsfreiheit müßte nach Angaben des Patronats die französische Handelsbilanz, die in den ersten neun Monaten dieses Jahres einen Passivsaldo von 20,8 Mrd. Franc aufwies, einen Aktivsaldo von jährlich 30 bis 40 Mrd. Franc erbringen. Dies erfordere die Beseitigung der spezifischen steuerlichen und sozialen Lasten, welche nur die französischen Exporteure, nicht aber die Importeure zu tragen haben. Sie erreichen 6,5 bis 8,5 Prozent des mehrwertsteuerpflichtigen Umsatzes. Die gesamte soziale Belastung der Unternehmen beträgt 19,3 Prozent.

Außerdem fordert der CNPF zur Stimulierung der produktiven Investitionen und zur Herstellung wettbewerbsfähiger Produktionskapazitäten die Beseitigung der behördlichen Preisreglementierung, eine größere Lohnflexibilität und die Senkung der Vermögenssteuer zur Belebung der Unternehmensinitiativen.

Die Belastung des Bruttosozialprodukts durch fiskalische und steuerliche Zwangsabgaben, so meint das Patronat, müßte drei Jahre lang um je einen Punkt (zirka 45 Milliarden Franc) und die Staatsausgaben um je 50 bis 60 Milliarden Franc gesenkt werden, und zwar insbesondere durch den weiteren Abbau des Beamtenheers um jährlich 30 000 Personen, aber auch dank der Verminderung der Staatssubventionen an die Unternehmen um etwa 15 Milliarden Franc im Jahr. Dadurch könnte das Budgetdefizit auf 120 Milliarden Franc (Haushaltsplan für 1986: 145 Milliarden Franc) begrenzt werden. Den Ertrag aus der Privatisierung verschiedener Staatsunternehmen veranschlagt das Patronat auf 20 bis 30 Milliarden Franc.

SPANIEN / Subventionen für die Autoindustrie

Modernisierung im Visier

AFP, Madrid

Spanien bemüht sich gegenwärtig, Verhandlungen mit den Autoproduzenten des Landes über die Modernisierung der Autowerke vor dem Beitritt des Landes zur Europäischen Gemeinschaft am 1. Januar 1986 zu beschleunigen. Den Produzenten werden Subventionen und Kredite zu Vorzugszinssätzen angeboten, um technologische Rückstände aufzuholen, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und gegebenenfalls eine zu hohe Verschuldung abzubauen.

Der spanische Regierungsplan zur Stärkung der Autoindustrie betrifft die Produzenten Ford, General Motors, Renault und Peugeot. Der Fall des spanischen Produzenten Seat, um dessen Kontrolle sich der VW-Konzern bemüht, wird angesichts der komplexen Probleme und der großen nationalen Bedeutung gesondert behandelt. Die Gewährung öffentlicher Unterstützung wird dabei davon abhängig gemacht, daß die in Spanien produzierenden ausländischen Konzerne ihre Werke modernisieren. Diese Bemühungen erfordern nach den Angaben aus dem spanischen Industrieministerium Investitionsanstrengungen der multinationalen Unternehmen in Höhe von 180 Mrd. Peseta (*rund 3 Mrd. DM*).

Im Rahmen der Bemühungen um die Stärkung der Autoindustrie stimmte kürzlich die Regierungskommission für wirtschaftliche Angelegenheiten einem Investitionsplan für Renault-Fasa in Höhe von 48 Mrd. Peseta, davon 2 Mrd. Subventionen, und dem Abbau von 2500 der heute 21 586 Arbeitsplätze zu. Bei den Verhandlungen mit Ford wurde von der Regierung vorgeschlagen, in mehreren Jahren 84 Mrd. Peseta zu investieren und die spanischen Werke zu den größten der Gruppe in Europa auszubauen. In einem solchen Falle würden alle 9000 Arbeitsplätze erhalten. Ford verlangt in diesem Fall jedoch Subventionen in Höhe von 25 Prozent und einen offiziellen Kredit von 33 Prozent der Investitionssumme.

Im Falle von General Motors (GM), das sich 1979 in Spanien niederließ und bis 1983 100 Mrd. Peseta investierte, wird um eine Übernahme der Staatsgesellschaft Empresa Nacional de Autocamiones SA. (Enasa) durch GM verhandelt. Diese Gruppe, eine Filiale der Staatsholding INI, wurde 1946 gegründet und produziert die Nutzkraftwagen „Pegaso". Vorbedingung der INI für eine „Ehe" GM-Enasa ist die Beibehaltung der gegenwärtig 9000 Arbeitskräfte. Damit scheint GM nicht einverstanden zu sein.

Bei den spanischen Töchtern des französischen Konzerns Peugeot SA sieht der Regierungsplan nach Angaben aus unterrichteten Kreisen für Peugeot-Talbot Subventionen von 3,5 Mrd., offizielle Kredite von 13,5 Mrd. Peseta und Investitionen des Produzenten von 11 Mrd. Peseta bei einem Abbau von 2500 der 8500 Arbeitsplätze vor. Für die ebenfalls zum Peugeot-Konzern gehörende spanische Citroën-Tochter sollen ähnlich hohe Subventionen und Kredite und ein Arbeitsplatzabbau von 8702 auf rund 7400 vorgesehen sein.

Die Automobilindustrie beschäftigt gegenwärtig in Spanien über 82 000 Arbeitskräfte direkt und indirekt rund eine Million in den Zulieferbetrieben der Branche.

„DDR" / Zahlreiche Beteiligungen an Projekten in der Sowjetunion – Wirtschaftlichkeit wird teilweise bezweifelt

Tauschgeschäfte bestimmen Handel mit UdSSR

CLAUS HÖCKER, Berlin

Die Überzeugung, auf dem gesicherten Bezug von Rohstoffen aus der Sowjetunion ruhe die Überlebensfähigkeit des sozialistischen deutschen Wirtschaftssystems, gehört zum eisernen Grundbestand der politischen Philosophie in der „DDR". So wundert es nicht, daß sich seit Gründung der „DDR" die bilaterale Warenstruktur als Austausch von Maschinen gegen Rohstoffe kennzeichnen läßt. In diesen Wirtschaftsbeziehungen spielen Großkompensationsgeschäfte mit Beteiligungen an Vorhaben in der UdSSR bis heute eine wichtige Rolle. Daß sie sich nach ökonomischen Maßstäben rentierten, ist nicht in allen Fällen anzunehmen.

Die Rückkaufgeschäfte werden häufig als Investitionskredite eingestuft; es sind aber direkte Beteiligungen. Oft füllen sie die Lücke, die der im Ostblock weitgehend fehlende Kapitalmarkt im Planungsinstrumentarium hinterlassen hat. Einige Staaten erbringen mit Sach- und Finanzleistungen sowie Arbeitskräften Vorleistungen, ohne an den Projekten in der UdSSR Eigentum zu erwerben. Rückzahlung und Verzinsung erfolgen durch spätere Importe aus den Objekten.

Zum Abschluß solcher Beteiligungen in den 60er Jahren führten steigende Erschließungskosten in der UdSSR und relativ niedrige Preise für Roh- und Energiestoffe. In den 80er Jahren wiederum traten Schwerpunktprojekte hinter den neuen bis 1990 konzipierten fünf Langfristigen Zielprogrammen (LZP) im RGW zurück. Maßnahmen werden darin für die Dauer von zwei Fünf-Jahres-Plänen festgelegt und die Einzelobjekte eingeordnet.

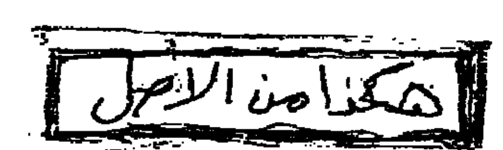
Bis 1974 hatten Moskau und Ost-Berlin fünf Beteiligungen ratifiziert. Aus dem Zellulosewerk Ust-Ilm, Teil eines gigantischen Holzindustriekomplexes im Irkutsker Gebiet, wird die „DDR" seit 1982 mit Sulfatzellstoff beliefert. Über die Einfuhren aus dem Asbestkombinat Kijembai im südlichen Ural ist nichts bekannt, da Ost-Berlin seit 1977 keine Angaben mehr über Asbestimporte macht.

Beim Metallurgiekomplex in Kursk ging es um den Ausbau der Produktion von Eisenerzkonzentraten und Pellets. Die Steigerungen der „DDR"-Bezüge an Roherz kamen später nicht in der erwarteten Höhe zustande. Ausgeweitet wurde dagegen der Import von Ferrolegierungen.

Durch die Beteiligung an der 750-Kilovolt-Hochspannungsleitung von Winniza (Ukraine) nach Albertirsa (Ungarn) sparte die „DDR" eine eigene Kraftwerksleistung von 220 Megawatt. Wegen des Zeitunterschieds zur UdSSR kann sie Stromversorgungsspitzen ausgleichen. Von der Erdgaspipeline Sojus finanzierte Ost-Berlin 515 Kilometer, baute 265 Kilometer der Leitung sowie fünf der 22 Kompressorstationen. Seit 1980 stehen dennoch jährlich nur 2,1 Mrd. Kubikmeter Erdgas anstatt der fixierten 2,8 Mrd. zu Verfügung.

Maria Haendcke-Hoppe von der Berliner Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, die diese Politik nachgezeichnet hat, beziffert das ursprünglich im Zeitraum 1976/80 auf die „DDR" entfallende Finanzvolumen an allen RGW-Projekten in der UdSSR auf 3,1 Mrd. „DDR"-Mark. Ausgewiesen wurden dann im Fünf-Jahres-Plan 1976/80 acht Mrd. „DDR"-Mark. Diese unplanmäßige Aufstockung war eine unmittelbare Folge der Preisexplosionen für Roh- und Brennstoffe zwischen 1973 und 1979.

Neue Investitionen in der sowjetischen Erdöl- und Gasindustrie sowie in verschiedenen Bergbauzweigen sind im Oktober 1984 vereinbart worden. (dpa/VWD)



VEREINS- UND WESTBANK / Kreditvolumen gesunken

Ergebnis wieder gesteigert

JB. Hamburg

Die Vereins- und Westbank AG, Hamburg, Norddeutschlands größte Regionalbank, erwartet für das Geschäftsjahr 1985 ein gutes Gesamtergebnis. Wie aus einem Überblick über die ersten neun Monate hervorgeht, hat sich das Teilbetriebsergebnis um 10,3 Prozent auf 76,4 Mill. DM verbessert. Der Ertrag aus dem Geschäftsvolumen blieb dabei unverändert. Der Zinsüberschuß erreichte bei gleichgebliebener Zinsmarge von 2,6 Prozent mit 266 Mill. DM das Niveau des Vorjahres. Demgegenüber erhöhte sich der Provisionsüberschuß um 21,5 Prozent auf 110 Mill. DM.

Zum guten Ergebnis im Dienstleistungsbereich haben vor allem das Effektenkommisionsgeschäft in Aktien und Renten, aber auch der Zahlungsverkehr, das Auslandsgeschäft und der Devisenhandel beigetragen. Das Wachstum der Bank war in den ersten neun Monaten verhalten. Die Bilanzsumme weitete sich um 5,2 Prozent auf 12,6 Mrd. DM aus, das Geschäftsvolumen um 4,5 Prozent auf 14,1 Mrd. DM.

Leicht zurückgegangen ist das Kreditvolumen. Rückläufig waren vor allem Kredite an Banken. Demgegenüber erhöhten sich die Forderungen an Kunden um 5,3 Prozent auf 6,8 Mrd. DM. Das Plus stammt ausschließlich aus dem langfristigen Bereich. Kurz- und mittelfristige Kredite wurden wenig nachgefragt.

Im Passivgeschäft nahmen die Verbindlichkeiten gegenüber Banken um 15,6 Prozent auf 3,1 Mrd. DM zu, die gegenüber Nichtbanken um 0,6 Prozent auf 7,4 Mrd. DM. Dabei gingen die langfristigen Kundeneinlagen um fast zwölf Prozent zurück. Hier macht sich die einsetzende Fälligkeit von Sparbriefen bemerkbar, die in der Hochzinsphase verkauft wurden. Die Neuanlage erfolgt kurzfristiger.

HERTIE / Drei Filialen im Ruhrgebiet werden Anfang nächsten Jahres geschlossen

Konsequenz der schweren Verluste

INGE ADHAM, Frankfurt

Hertie, der seit acht Jahren rote Zahlen schreibende Warenhauskonzern, macht ernst mit der Aufholjagd bei den Kosten und dem Abschneiden unrentabler Verkaufsflächen: Im ersten Halbjahr nächsten Jahres sollen die drei Hertie-Filialen Dortmund, Castrop-Rauxel und Herne 2 geschlossen werden. Hertie Lünen soll verkleinert und in ein Selektiv-Kaufhaus verwandelt werden. Dahinter steckt der Gedanke, sich mit verkleinertem Sortiment auf ertragbringende Waren zu konzentrieren. Hertie Oldenburg soll in ein Selbstbedienungswarenhaus umgewandelt werden, so der Hertie-Vorstand nach der Unterrichtung der Betriebsräte.

Hertie-Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter haben gestern ihren Protest gegen die Schließung auf einer Aufsichtsratssitzung in Frankfurt vorgetragen. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) will die Verhandlungen um den Sozialplan solange wie möglich hinauszögern und die für das 1. Halbjahr 1986 vorgesehene Schließung nach Möglichkeit über diesen Termin hinausschieben. Von der Kompromißbereitschaft des Unternehmens hänge es ab, ob die Mitarbeiter das Weihnachtsgeschäft „empfindlich" stören würden, hieß es bei der HBV.

Der Hertie-Gesamtbetriebsrat hatte Mitte Mai dieses Jahres nach langen Verhandlungen Betriebsvereinbarungen und Sozialpläne für die notwendigen Strukturmaßnahmen gebilligt, von denen etwa ein Drittel der damaligen Verkaufsfläche betroffen sein wird. Insgesamt fielen bei Hertie in den letzten acht Jahren 517 Mill. DM Betriebsverlust an; im vergangenen Jahr schloß die Bilanz der Hertie-Gruppe bei gut 5,7 Mrd. DM Umsatz mit 146 Mill. DM Verlust.

Den in den drei jetzt zur Schließung anstehenden Häusern in den letzten sechs Jahren aufgelaufenen Verlust beziffert das Unternehmen mit knapp 49 Mill. DM. Alle Versuche, in den drei Filialen durch Veränderungen bessere Zahlen zu erreichen, seien aufgrund des sich ständig verschlechternden Umfeldes gescheitert, schreibt der Vorstand in einer Presseerklärung. Von den Schließungen betroffen sind 863 Mitarbeiter, davon allein 407 in Dortmund. „Mit den vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen müssen wir schmerzhafte Schritte vollziehen, um letztlich nicht das ganze Unternehmen mit mehr als 40 000 Arbeitsplätzen zu gefährden", kommentiert der Vorstand.

Über das für dieses Jahr zu erwartende finanzielle Ergebnis werden noch keine Aussagen gemacht. Für den Konzern wird jedoch noch kein Betriebsgewinn erwartet. Bei den Umsätzen lag Hertie nach dem ersten Halbjahr mit einem Plus von 3,2 Prozent besser als die Konkurrenz.

INTERSPORT / Einkaufsverband ist schnell gewachsen

Freizeitkleidung gefragt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Ein beschleunigtes Wachstumstempo legt die Intersport Deutschland eG, Heilbronn, einer der führenden genossenschaftlichen Einkaufsverbände für den Sportartikel-Fachhandel, vor. Der Umsatz des Unternehmens stieg im abgelaufenen Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) um nicht weniger als 24 Prozent auf 405 Mill. DM. Auch das Betriebsergebnis habe sich entsprechend entwickelt. Vorstandsmitglied Hartmut Fröhlich führt die kräftige Umsatzzunahme auf die Ausweitung des Lagergeschäftes zurück, das gegenüber dem Vorjahr um 41 Prozent anwuchs. Bei diesem Eigengeschäft habe sich die ständige Verbesserung des Angebots ausgewirkt. Im Textilbereich sei man schneller als andere auf einen viermaligen Orderrhythmus pro Jahr umgestiegen.

Textilien, darunter vor allem hochqualitative Jogging- und Freizeitkleidung, seien besonders gefragt. Auf den Sektor der Sporttextilien entfällt inzwischen jede zweite Umsatz-Mark. Demgegenüber gebe es gewisse Stagnationstendenzen in den Sparten Trecking und Wandern. „Noch immer viel Freude" mache der Sportschuh-Bereich. Aus dem „chaotischen Markt" des Surfens habe man die Finger etwas herausgehalten.

Weiter zugenommen hat auch die Einkaufsloyalität auf nunmehr 85 Prozent. Weiter im Aufwind liegt auch die Tochter-Organisation Sportring, die in 1984/85 ihren Umsatz um 26,8 Prozent auf 115 Mill. DM steigerte. Bei der vor zwei Jahren zur Gruppe gestoßenen Zentrasport vergrößerte sich der Umsatz in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 24,1 Prozent. Hier steuert man im Kalenderjahr 1985 auf einen Umsatz von 150 Mill. DM zu. Die Intersport-Gruppe zählt etwa 650 Mitglieder mit insgesamt rund 800 Fachgeschäften.

KRAFTWIRTSCHAFT / Jubiläums-Kongreß in Essen

Die Turbine hat Geburtstag

HANS BAUMANN, Essen

Vom 22. bis 26. Oktober sind Experten der Kraftwirtschaft aus aller Welt in Essen beim Kongreß „Kraftwerk '85" versammelt, der gleichzeitig drei Jubiläen auf einmal feiert: 200 Jahre Dampfturbine (nach James Watt), 100 Jahre Kraftwerkstechnik (1885 wurde in Berlin die erste deutsche öffentliche Stromversorgung aufgenommen) und 65 Jahre VGB Technische Vereinigung der Großkraftwerksbetreiber, Essen, die inzwischen Kraftwerker aus 26 Nationen aller fünf Kontinente in sich zusammenschließt; jüngste Mitglieder sind China und Südkorea.

Auf dem Kongreß werden vor 2500 Teilnehmern mehr als 100 Vorträge gehalten und anschließend diskutiert. Begleitet wird die Veranstaltung von einer Leistungsschau für Fachleute der Kraftwerksbranche, die von mehr als300 Firmen beschickt worden ist und von einer Informationsschau für die Öffentlichkeit.

Der Essener Oberbürgermeister, Peter Reuschenbach beklagte in seiner Begrüßungsrede, daß die Bundesregierung neue Kohletechnologie nicht stärker stütze, da doch die heimische Kohle ein Pfeiler der Versorgungssicherheit sei. Auch der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Jochimsen, hielt die ausschließliche Förderung der Forschung für unzureichend, „wir hätten ein nationales Stützungsprogramm für die Kohle gebraucht".

Im Namen der Bundesregierung widersetzte sich Forschungsminister Heinz Riesenhuber diesen Forderungen mit dem Hinweis, daß Umweltschutz mit neuen Kohletechnologien nur mit dem Geld der Bürger bezahlt werden könnte, „anderes Geld gibt es nicht". Und: „Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, neue Steuern zu erfinden."

Nach Riesenhuber müssen die Steuern vielmehr gesenkt werden, um die Unternehmer zu beflügeln. Nur so ließen sich neue Arbeitsplätze schaffen. Geld gehöre dahin, wo die Verantwortung liege, beim Bürger und beim Unternehmer. Er habe festgestellt, daß neu entwickelte Technik immer dann besonders gut sei, wenn sich der Staat bei der Förderung zurückhalte.

NAMEN

Wolfgang K. Lange (45), seit 1979 Geschäftsführer der Messe- und Ausstellungs-Gesellschaft mbH, Köln, scheidet aus Gesundheitsgründen aus dem Unternehmen aus.

Dr. **Gunther Braun** ist zum Mitglied der Geschäftsführung der Flohr Otis GmbH, Berlin, berufen worden. Er ist Nachfogler von **Klaus-Dieter Pietsch**, der zu Carrier International, Syracuse/New York, geht.

Klaus Bernhard, Leiter des Ressorts Technologie der Readymix AG für Beteiligungen, Ratingen, ist zum Generalbevollmächtigten ernannt worden.

Dr. **Kurt Garbsch**, Vorstandsmitglied der Kölnischen Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Köln, wurde 65 Jahre alt.

Gerhard Leppelmann, bisher Direktor der Berliner Bank AG, ist als weiteres Mitglied in den Vorstand der National-Bank AG, Essen, berufen worden. Zu Jahresbeginn werden **Gunther Lange** zum Vorstandsmitglied und Dr. **Dieter Marzin** zum Generalbevollmächtigten ernannt. Vorstandsmitglied Dr. **Holger von Pancker** ist ausgeschieden.

Horst Schwabe (60), Inhaber der Telefonbau Louis Schwabe, Düsseldorf, ist als Nachfolger von **Heinrich Kloten** (65) zum neuen Präsidenten des Genossenschaftsverbandes Rheinland e. V. gewählt worden.

Udo Laerssen wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1985 zum Direktor des Maritim Hotel Nürnberg bestellt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Babcock/Linde-Dementi

Düsseldorf (J. G.) – Ein Kauf von Aktien der Deutsche Babcock AG, Oberhausen, durch die Linde AG, Wiesbaden, sei „weder erfolgt noch geplant". Mit dieser gemeinsamen Erklärung antworten die Vorstände der beiden Unternehmen auf Börsengerüchte, die ein Linde-Engagement bei dem Oberhausener Anlagen/Maschinenbaukonzern mutmaßen. Hinzugefügt wird dem Dementi eine Erklärung der iranischen Regierung (25prozentiger Babcock-Großaktionär), daß sie zur Zeit keine Änderung ihres Beteiligungsverhältnisses plane.

MAN-Roland zufrieden

Frankfurt (adh) – Einen „wesentlich verbesserten" Gewinn wird die MAN-Roland Druckmaschinen AG, Offenbach, für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) an ihre Mutter MAN abführen. Dafür sorgt die kräftige Umsatzsteigerung um 27 Prozent auf 1061 (832) Mill. DM, die für Vollauslastung der Kapazitäten in den beiden Produktbereichen Bogenmaschinen und Rollenmaschinen sorgten. Der Exportanteil erreicht 77 (67) Prozent, wobei die USA, Großbritannien und Italien „herausragende" Märkte waren, teilt das Unternehmen mit.

Besseres Ergebnis

Hannover (dos) – Die Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank AG, Hannover, rechnet für das Gesamtjahr 1985 mit einem „guten Abschluß". In einem Zwischenbericht nach den ersten neun Monaten spricht der Vorstand von einer im Jahresvergleich weiteren Verbesserung von Zinsüberschuß und Einmalergebnis. Im Berichtszeitraum erreichten die zugesagten Hypothekendarlehen mit 481 (483) Mill. DM das Vorjahresniveau, während die Kommunaldarlehen kräftig auf 1,08 (0,74) Mrd. DM zunahmen. Der Bestand an langfristigen Ausleihungen stieg um gut 1 Mrd. DM bei Auszahlungen von 1,51 Mrd. DM und Tilgungen von 0,56 Mrd. DM.

Helm AG arrondiert

Hamburg (JB.) – Das Hamburger Handelshaus Karl O. Helm hat ihren Anteil von 75 Prozent an der S.A. des Minerais, Luxemburg, abgegeben. 37,5 Prozent übernimmt die Metallgesellschaft AG, Frankfurt, die andere Hälfte die Altgesellschafter. Offenbar ist geplant, weitere Partner aufzunehmen. Minerais ist ein bedeutendes Handelshaus für Mineralien und NE-Metalle und setzte im vergangenen Geschäftsjahr rund 200 Mill DM um. Die Helm AG, die mit einem Gruppenumsatz von mehr als 5 Mrd. DM zu den führenden Chemiehandelshäusern zählt, hatte die Beteiligung 1981 von der International Minerals + Chemical Corp, USA, erworben, um die eigenen Aktivitäten zu erweitern. Von dem Aufbau neuer Sparten ist Helm inzwischen wieder abgerückt.

Keine Aids-Versicherung

New York (dpa/VWD) – Die US-Versicherungsgesellschaft Aid Insurance Company, Des Moines (Iowa), will ihren Namen ändern, um nicht mit der tödlichen Immunschwächekrankheit AIDS in Verbindung gebracht zu werden. Die Gesellschaft hat unter den Mitarbeitern 5 000 Dollar Belohnung für den besten Namen ausgeschrieben.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Düren: Jansen GmbH, Niederzier; **Emden:** Christiane Depping, Berkum; **Essen:** Strakah, Straßen-, Kanal- u. Hochbau GmbH; Dalfilux Warenvertriebsges. f. Bauwesen mbH; Hans-Joachim Hamann; **Fulda:** „Leichtfuß" Schuhhandelsges. Bott Co. mbH; **Gütersloh:** Elisabeth van Bevern, Kauffrau, Rheda-Wiedenbrück; **Kaufbeuren:** Peter Kindler; **Köln:** Wolfgang Kramer GmbH; **Lüdenscheid:** Ingrid Nölke geb. Schulte, kaufm. Angestellte, Neuenrade; **München:** Kmoch's Holzladen GmbH; Erich März, Manager-Werbeberater; Nachl. d. Michael Konrad Knaier; Nachl. d. Hermann August Otto Schulz, Lochham; **Nordenham:** Hergen Tyarks, Stadland-Rodenkirchen; **Traunstein:** Nachl. d. Karl Möbwald, Ruhpolding; **Wolfratshausen:** Harald Gunst, Zahnarzt, Miesbach, Praxis in Lambrecht (Pfalz); Brigitte Gunst geb. Nett, Miesbach; **Wuppertal:** Windsurfing Wupper GmbH & Co.; Windsurfing Wupper Geschäftsführungs GmbH.

Anschlußkonkurs eröffnet: München: Design Atelier GmbH, Pullirsch, Weber & Co. GmbH.

Mietfinanz: Lage weiter verbessert

HANS BAUMANN, Essen

Die Umsatzerwartungen der deutschen Industrie – sieht man von der Bauindustrie ab – haben sich in den letzten Monaten „durchgreifend" verbessert. Im Juli noch rechneten die Befragten mit 3,9 Prozent Wachstum in 1985 gegenüber 1984. Jetzt sind es schon 4,3 Prozent. In den meisten Industriezweigen sind damit auch die Investitionsneigung und die Investitionstätigkeit erneut gewachsen. Zu diesem Ergebnis kommt die vierteljährliche Konjunkturumfrage der Mietfinanz GmbH, Mülheim, bei ihren Kunden in 13 Industriebranchen.

Nach Mietfinanz hat sich inzwischen erwiesen, daß die Gelassenheit, mit der die exportintensiven Unternehmen und Branchen die Wirkung der Dollar-Abschwächung beurteilt haben, gerechtfertigt war. Auch die jüngste Abwärtsbewegung der US-Währung bedeutet nach Meinung der meisten befragten Unternehmen keine ernstliche Gefährdung der Exportchancen. Angesichts der erstarkten internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter von Investitionsgütern hält man allgemein auch ein weiteres Abbröckeln des Dollar-Kurses für ungefährlich für den Export insgesamt.

Auffallend ist bei der jüngsten Umfrage, daß die Unternehmen zunehmend über Mangel an qualifizierten Mitarbeitern klagen. Das gilt nicht für den technischen Bereich allein, sondern jetzt auch für die Verwaltung. Die Unternehmer schlagen der Arbeitsverwaltung vor, durch zusätzliche Fortbildung diesen Engpaß zu beseitigen, ehe er zur bedrohlichen Wachstumsbremse wird. Diese Fortbildung sollte nicht nur Arbeitslosen, sondern auch Beschäftigten zukommen.

NORDDEUTSCHE VERSICHERUNG / „Bescheidener" Gewinn im direkten Geschäft

Erste Früchte der Sanierung

HARALD POSNY, Hamburg

Die Norddeutsche Versicherungs-AG (ND) Hamburg, kommt auf dem Weg zur geographischen Verbreiterung des Marktengagements ihrem Ziel näher. Das gilt nicht nur für die außerdeutschen Aktivitäten des Spezialversicherers, sondern auch für das Binnenland, wo dem Makler innerhalb der Beistandsfunktion des Versicherers immer größere Bedeutung zukommt. „Hier", so ND-Vorstandssenior Hans-Georg Stühff im Gespräch mit der WELT, „hat der kleine Spezialversicherer mit seinem Know-how gegenüber dem großen Altspartenversicherer eine Überlebenschance, hier kann sie dank ihrer Beratungsfunktion und maßgeschneiderter Angebote unter Umständen selbst ein wenig teurer als die anderen sein."

Die Norddeutsche, 1857 gegründet, ist mit eigenen Büros in Düsseldorf, Frankfurt, München und Stuttgart vertreten so wie seit Anfang 1984 in Italien und seit Anfang dieses Jahres in Frankreich zum direkten Betrieb der Transportversicherung zugelassen. Dort wie in Belgien und in den Niederlanden, wo die Gesellschaft seit Generationen tätig ist, entwickelt sich das Geschäft „planmäßig".

„Planmäßig" bedeutet für Stühff nach Bestandsbereinigung und zwei Jahren Prämienrückgang so wie einem Plus von 2,7 Prozent auf 48 Mill. DM bei den Bruttoprämieneinnahmen und von 5,9 Prozent auf 33 Mill. DM für eigene Rechnung 1984 auch im laufenden Jahr ein Prämienplus. Die ersten neun Monate brachten im direkten Inlandsgeschäft einen Zuwachs von sechs Prozent, im Gesamtgeschäft von acht Prozent.

Die Schadenbelastung im selbst abgeschlossenen Geschäft hat sich bislang auf der Linie des Jahres 1984 gehalten. Die Bruttoschadenquote dürfte auf 63 (65) Prozent zurückgegangen sein. Für das Gesamtjahr erwartet Stühff im gesamten direkten Geschäft einen „bescheidenen" technischen Gewinn, nicht jedoch im Rückversicherungsgeschäft.

Der 84er Verlust im Rückversicherungsgeschäft (3,2 Mill. DM) war bedingt durch zusätzliche Risikoreservestellungen für die Abwicklung auslaufender Verträge. Das selbst abgeschlossene Geschäft ergab vor Schwankungsrückstellung einen Überschuß von 0,8 Mill. DM. Insgesamt wurde für 1984 nach Dotierung der Schwankungsrückstellung (5,6 nach 2 Mill. DM) ein technischer Verlust von 7,9 (5) Mill. DM ausgewiesen.

Das gute Finanzergebnis (4,5 nach 3 Mill. DM) glich dies allerdings kaum aus. Der Jahresfehlbetrag von 3,4 (2) Mill. DM wird aus den freien Rücklagen getilgt, so daß der Verlustvortrag von 2,5 Mill. DM stehen bleibt. Großaktionäre der ND sind die Württembergische Feuer (60,2 Prozent) und die Münchner Rück (27,4 Prozent).

Ein besonderes Augenmerk wird die Gesellschaft auch künftig auf die Kostenentwicklung (30,8 nach 31,1 Prozent verdiente Nettoprämie) haben. Die Eigenkapitalquote einschließlich Schwankungsrückstellungen beträgt 55,2 (51,6) Prozent, liegt also erheblich über dem EG-Solvabilitäts-Soll. Die Schadenrückstellungen machen 111,5 (118,2) Prozent der verdienten Nettoprämie aus.

Für die gesamte Transportversicherungssparte erwartet Stühff, stärker gestützt auf die Exportkonjunktur als auf den Kaskobereich, ein Prämienplus von unter zehn Prozent für 1985.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Renten wieder unter Druck.

Die vorbörslich gehegten Hoffnungen, Spekulationen über eine angeblich in den USA bevorstehende Zinssenkung würden den deutschen Rentenmarkt stabilisieren, haben sich als verfrüht erwiesen. Öffentliche Anleihen wurden um weitere 0,30 bis 0,40 Prozentpunkte zurückgenommen. Auf der Verkäuferseite lagen sowohl inländische Banken als auch Ausländer. Unter diesen Umständen muß die bei den DM-Auslandsanleihen hereingebrochene Emissionswelle geradezu verheerende Wirkungen haben.

F	3½ dgl. o. O.	77,25	77,5
F	3¾ Mitsubishi 84 m. O.	172,5	170G
F	3¾ dgl. 84 o. O.	91,5	91,5
F	3½ Nippon Flour 84 m.O	122G	122G
F	3¾ dgl. 84 o. O.	91,5	91,6
F	3¾ Nipp. Shin. 85 m.O.	134,5G	134,5
F	3¾ Nipp. Shin. 85 o.O.	89,6	90
F	5¾ Rhythm Watch83 m.O	127G	127G
F	5¾ dgl. 83 o. O.	98,75T	99T
F	4¾ dgl. 84 m. O.	107G	107
F	4¾ dgl. 84 o. O.	94,75T	94,75T
F	3¼ SBC Fin. 84 m.O.	148	145T
F	3½ dgl. o. O. 84	79,5	80
F	5¾ Teamora Jun.84 m.O	125G	124
F	8 dgl. 84 o. O.	105,5	106
F	3¾ Fuji 84 m. O.	115,25	117
F	3¾ dgl. 84 o. O.	89,5	89,5bG
F	3½ Hanwa 84 m. O.	115G	116G
F	3½ dgl. 84 o. O.	90,5	91,2G
F	7½ Jap. Synth. 82 m.O.	195G	195G
F	7½ dgl. 82 o. O.	102,5T	102G
F	5¾ Jusco 83 m. O.	187G	187G
F	5¾ dgl. 83 o. O.	99,25	99,3
F	3½ Kansai Paint84 m.O.	128G	128G
F	3½ dgl. 84 o. O.	91,25	91,25G
F	3¼ Kaufhof 84 m. O.	133	135G
F	3¼ Kaufhof 84 o. O.	78,75	78,5
F	3¾ Unde Int. m. O.	164,5	164,5

7¼ Audi Fin. 84/94	102,25G	102,4
7½ Aamar 73/88	102,75T	102,25T
7 Australien 72/87	101,25T	101,75G
5¾ dgl. 77/89	99,75	99,75
6 dgl. 78/88	100,25	100,1
8½ dgl. 80/90	105bG	105,75G
9¾ dgl. 81/91	112,25T	112,25G
9¾ dgl. 82/91	110,75G	111G
7¾ dgl. 82/92	105,9	106,25
6¾ dgl. 83/93	102,5	102,65
7½ dgl. 84/96	102,5	102,7
6¾ Austral IDC 72/87	100,45G	100,5G
8 Autop. C.E. 71/86	102,5T	102,5T
6¾ dgl. 72/87	101bG	101G
7¼ dgl. 79/89	101	101,5G
10 dgl. 80/90	106G	106
8¾ dgl. 80/90	106G	106G
10 dgl. 81/91	108	108,4T
10¾ dgl. 81/89	112,5	112,5T
9¾ dgl. 82/92	109G	109T
9¾ dgl. 82/92 II	110,5G	110,5
8¾ dgl. 82/92	106	105,75G
7¾ dgl. 83/91	103,25	104bB
8½ dgl. 83/93	107,75	108
7¾ dgl. 84/94	104	104,5T
8 dgl. 84/94	106	106,1G
7¾ dgl. 85/97	105G	105,5G

6½ dgl. 78/88	99,25	100G
6¾ dgl. 78/88 II	100	100
6¾ dgl. 78/88 III	100G	100G
7¾ dgl. 79/89	101,9T	102
7½ dgl. 79/89	102	102
9¾ dgl. 80/90	105,25G	105,5
10 dgl. 81/91	107,85G	107,5G
10¾ dgl. 81/91	109,5	109,5
10 dgl. 82/92	110G	110G
8¾ dgl. 82/92	105,5T	105,7T
8½ dgl. 82/92	104G	104G
7¾ dgl. 83/93	104G	104
6½ dgl. 83/88	103,75G	103,75G
8½ dgl. 83/93	104,25	104,75G

7 dgl. 77/87	100,35G	100,5G
6¾ dgl. 78/88	100,15	100,2
7¾ dgl. 79/86	101,25G	101,25G
8 dgl. 80/88	101,5	101,5
10 dgl. 81/91	111,25bG	111,5T
10¾ dgl. 81/91	113	113,5G
9 dgl. 82/92	108,25G	108,25
9¾ dgl. 82/89	109G	109G
8¾ dgl. 83/93	106,6	105,6G
7¾ dgl. 83/93	105,25	105,5
8¾ dgl. 83/93 II	105,75	106
8¾ dgl. 83/93 III	106G	106,25G

5¾ Nippon T.&T.79/87	99,75	99,75
6¾ Nordisk Bk.79/86	99,9	99,9
8 Norpipe 76/88	101,25	101,5
4 dgl. 77/89	99,25	99,4G
7¾ Norsea Gas 76/88	100,35bG	100,5
7 dgl. 77/89	104,6	104T
6¾ Norsk Hydro 77/89	100,85	100,5
8¾ dgl. 82/92	106,25	105,75G
9 dgl. 82/92	106,85G	106,75
9¾ Nuclebras 80/88	103,75	103,5
8¾ Österreich 75/87	105T	105G

7¾ dgl. 85/95	99,75	99,9
7 dgl. 85/95	95,75	96,5G
6¾ Unilever.Fin.78/88	100,1	100G
7¾ Un.Technol.84/91	103,6	103,6
7¾ dgl. 82/92	104	104,15
6 Venezuela 78/88	98G	98
6¾ dgl. 78/90	96	96
9¾ dgl. 80/90	104,17	103,95
11¾ dgl. 82/91	111,25T	111T
8¾ VOEST ALPIN 73/88	102,25	102,6
6¾ dgl. 77/89	101G	101G
7¾ VW Int.Fin. 83/93	103	103,15

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

9¾ Svenst. Ex. 82/87	106,2	106T
5¾ Tauernaut. 78/93	97,1G	97,3
9¾ dgl. 82/94	115,25G	115,25G
6 TVO-Kraftw. 78/88	99,5G	99,5G

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief; KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

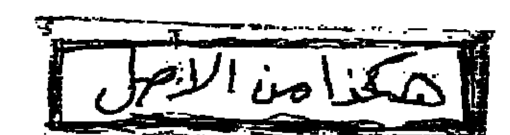
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



Warenpreise – Termine

Gut behauptet schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Mit überwiegend geringen Aufschlägen gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	22.10.	21.10.
Dez.	316,00	314,25
März	325,75	320,75
Mai	312,00	309,75

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

22.10.	21.10.
39,00	39,00

Devisenmärkte

Während der Vormittagsstunden hielten sich die Handelsaktivitäten am 23. 10. in engen Grenzen mit einem Kurspendel von 2,6350 bis 2,6320 für den US-Dollar. Die mit Spannung erwarteten amerikanischen Wirtschaftsdaten (Auftragseingang für langlebige Wirtschaftsgüter minus 1,1 Prozent; Konsumentenpreisindex plus 0,2 Prozent) lagen am unteren Ende der Markterwartung, und der Kurs sackte als Reaktion bis 2,6280 ab. Diese Bewegung stellte sich jedoch als kurzfristiger Ausrutscher dar, denn wenig später kam es zu einem stetigen Wiederanstieg bis knapp unter 2,64. Der amtliche Mittelkurs stellte sich auf 2,6372, wozu die Bundesbank 11,4 Mill. Dollar als Kursausgleich abgab. Der Schweizer Franken festigte sich um 23,5 Pfennig auf 122,035. Die höchste Tageseinbuße verzeichnet der Portugiesische Escudo mit 8,9 Promille auf 1,6140. US-Dollar in Amsterdam 2,9736, Brüssel 53,31; Paris 8,0525, Mailand 1778,80, Wien 18,524; Zürich 2,161, Ir. Pfund/DM 3,282, Pfund/Dollar 1,4341; Pfund/DM 3,787

Devisen und Sorten

23.10.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,6532	2,6412	2,6109	2,59	2,48
London[2]	3,775	3,789	3,713	3,70	3,85
Dublin[2]	3,095	3,107	3,059	3,03	3,18
Montreal[1]	1,9295	1,9575	1,913	1,80	1,90
Amsterd.	88,505	88,725	88,325	87,75	89,50
Zürich	121,95	122,13	122,02	120,25	123,00
Brüssel	4,927	4,947	4,885	4,80	5,00
Paris	32,725	32,885	32,395	31,75	33,50
Kopenh.	27,525	27,645	27,29	26,50	28,25
Oslo	33,26	33,38	32,69	32,25	34,00
Stockh.**	33,13	33,29	32,375	32,25	34,00
Mailand[3]**	1,4775	1,4875	1,4495	1,43	1,53
Wien	14,211	14,251	14,194	14,13	14,35
Madrid**	1,631	1,641	1,597	1,57	1,69
Lissabon**	1,604	1,624	1,532	1,20	2,00
Tokio	1,720	1,725	–	1,18	1,25
Helsinki	46,40	46,60	45,62	45,25	47,25
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen* **	1,683	1,797	–	1,20	2,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*	1,8315	1,8505	–	1,80	1,90
Johannbg.*	1,015	1,047	–	0,80	1,20

Alles in Hundert. [1] 1 Dollar, [2] 1 Pfund, [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 22.10. In D-Mark 2,21241 (Parität 2,24184), in Dollar 0,83819 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 23.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00, Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei sehr ruhigem Geschäft wurden die Terminkurse am 23. Oktober unverändert gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,84-0,74	2,35-2,25	4,48-4,28
Pfund/Dollar	0,44-0,42	1,22-1,19	2,14-2,05
Pfund/DM	3,00-1,60	7,20-5,80	12,6-11,2
FF/DM	21-5	49-33	96-80

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 23.10.85, Redaktionsschluß 14.30 Uhr

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7⅞-8⅛	4⅝-4⅞	3⅞-4⅛
3 Monate	8-8⅛	4⅝-4⅞	4⅜-4⅝
6 Monate	8⅛-8⅜	4⅝-4⅞	4½-4¾
12 Monate	8¼-8½	4¾-5	4½-4¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 23.10. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1255,00	1601,70
5 US-Dollar (Indiana)**	805,00	962,35
5 US-Dollar (Liberty)	485,00	666,90
1 £ Sovereign alt	205,75	257,56
1 £ Sovereign Elizabeth II.	199,75	250,52
20 belgische Franken	157,00	207,48
10 Rubel Tscherwonez	205,25	260,21
2 südafrikanische Rand	191,75	240,26
Krüger Rand, neu	842,00	1022,58
Maple Leaf	872,25	1054,27
Platin Noble Man	905,50	1069,89
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	213,75	272,18
20 schweiz. Franken „Vreneli"	176,00	229,14
20 franz. Franken „Napoléon"	167,75	219,74
100 österr. Kronen (Neuprägung)	805,00	981,51
20 österr. Kronen (Neuprägung)	158,50	203,49
10 österr. Kronen (Neuprägung)	82,25	110,87
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	372,50	458,85
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	86,25	121,13

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 23.10.: Tagesgeld 4,50–4,60 Prozent; Monatsgeld 4,65–4,75 Prozent; Dreimonatsgeld 4,75–4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.
Privatdiskontsätze am 23.10.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,408 Prozent, und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,408 Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 16.10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer). Ausgabe 1985/11 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 (4,97) – 6,25 (5,26) – 6,50 (5,48) – 8,00 (5,84). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 (5,55) – 8,00 (5,95) – 8,00 (6,24). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,79. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 99,60, Rendite 6,35

Junge Aktien

Berlin: Hermes 530,00 T, Kötitzer 850,00 G, VAB 2400,00 T
Düsseldorf: BASF 260,00, IWK –, Linde –, Metallges. –, Nixdorf 557,00, Schering 595,00, Schamag –, P & S 170,00 T, VEW 139,50 bG
Frankfurt: Allweiler St. 265,00 G, Allweiler Vz. 210,00 bG, BASF 261,00, Frankona 330,00 bG, IWK 301,00, Linde 600,00, Magdeburger Feuer 460,00 G, Magdeburger Feuer Namen 925,00 G, Metallges. 336,00, Moto Meter 211,00, Nixdorf 558,00, Schering 600,00, VEW 140,20, Wibau 7,50
Hamburg: Schering 610,00
München: BASF 259,00, Bremer Wolle 176,00, Isar Amper 348,00, IWK 309,50, Linde 590,00, Metallges. 330,00 G, Nixdorf 554,00, Schering 590,00 bG, Stumpf 108,10 G, VAB 2600,00, VEW 139,50 G, Wanderer 370,00 B
Bezugsrecht: Contigas – Verhältnis: 7:1 100 DM – Altaktie: 570 DM – Bezugsrecht: 36 DM
Commerzbank Rentenindex: 110,063 (110,224)
Performance-Index: 228,991 (229,173)

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 152,63 (147,47); Elektrowerte 300,07 (291,91), Autowerte 535,55 (524,73), Maschinenbau 171,63 (169,03); Versorgungsaktien 155,87 (155,36); Banken 328,16 (324,74), Warenhäuser 119,73 (115,47); Bauwirtschaft 396,89 (397,57); Konsumgüterindustrie 129,19 (127,31); Versicherung 1243,78 (1233,09), Stahlpapiere, 163,42 (161,69)

Kursgewinner:

Rieb. Mont.	345,00	+25,00	+7,8%
Mannh. Vers.	748,00	+53,00	+7,6%
Schering	611,00	+33,00	+5,7%
Gerling NA. Vz.	380,00	+20,00	+5,5%
Colonia	595,00	+29,00	+5,1%
Br. Vulkan	99,00	+4,40	+4,6%
Alte Leipz. NA.	700,00	+30,00	+4,4%
Bal. Berg	240,50	+10,00	+4,3%
Bay. Vereinsbk.	445,00	+18,00	+4,2%
Kr. Rheinl.	276,00	+11,00	+4,1%

Kursverlierer:

Kaz Werke	120,10	-9,50	-7,3%
Buckau-W.	131,00	-9,00	-6,4%
Schalden.	190,00	-10,00	-5,0%
Dt. Steinz.	280,50	-14,30	-4,8%
Cobl. Reste	16,05	-0,80	-4,7%
Ast	56,20	-2,70	-4,5%
Brau AG	287,00	-13,50	-4,4%
MAB	325,00	-15,00	-4,4%
Aach. M. Vers.	1290,00	-59,00	-4,3%
Grünzw. H.	113,20	-4,80	-4,0%

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Euro-Yen

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

RE 9 DM 2,65627

RE 9 DM 2,62969

ECU

ECU-Tageswerte

Kartoffeln

Bauholz



Massive Auslandskäufe

Standardaktien erreichten neue Höchstkurse

DW. – Nach einer kurzen Konsolidierungsphase, führten massive Auslandskäufe am Aktienmarkt zu sprunghaft steigenden Notierungen. Zahlreiche Standardaktien erreichten neue historische Höchstkurse. An den Käufen sollen vermehrt japanische Brokerhäuser beteiligt gewesen sein. Die anhaltende Schwäche am Rentenmarkt bremste lediglich den Anstieg der Bankaktien. Angeregt durch die wieder erwachte Anlageneigung der Ausländer war auch die Börsenkulisse wieder aktiv, vor allem in den marktgängigen Werten.

Die Titel der Großchemie lagen bei lebhaften Umsätzen um sieben bis acht DM fester. Schering wurden sogar deutlich über 40 DM heraufgesetzt. Dagegen litt der Henkel-Kurs noch unter den Abgaben der Erstzeichner. Im Mittelpunkt des Elektromarktes standen Siemens-Aktien mit einem Tagesplus von knapp 20 DM. Begründet wurde das Interesse mit der bevorstehenden Bekanntgabe erster Zahlen über das am 30.9. abgeschlossene Geschäftsjahr, die angeblich imponierend sein sollen. Ausländer nahmen sich auch der deutschen Autoaktien an, von denen VW bei steigenden Notierungen größere Umsätze erzielten. Inlandskäufe haben die Maschinenbaupapiere weiter vorangetrieben. Im Mittelpunkt stand hier die Deutsche Babcock AG, weil angeblich Iran bereit ist, seine Beteiligung abzugeben. Von den Versicherungsaktien zogen diesmal Allianz unter Hinweis auf das durch die jüngsten Kurssteigerungen noch wertvoller gewordene Beteiligungsportefeuille kräftig an.

Frankfurt: Altana, Bilfinger sowie Hartmann + Braun St. erzielten jeweils einen Gewinn von 10 DM. ADT sanken um 2,70 DM, Heidelzement und Wella verminderten sich um 9 DM.

Düsseldorf: Aigner befestigten sich um 2,30 DM, Bilfinger + Berger um 5 DM und Audi NSU um 5 DM. Gerresheimer Glas erhöhten sich um 4,50 DM und Heinrich um 15 DM.

Hamburg: Beiersdorf erhöhten sich um 13 DM. Wenig verändert waren HEW mit minus 0,10 DM. Reichelt gaben um 1 DM nach. NWK Vz. schwächten sich um 3 DM ab. Triton stiegen um 15 DM.

Berlin: Schering erzielten einen Gewinn von 37 DM. Berliner Bank, Kempinski und Orenstein verbesserten sich je um 2 DM. DUB-Schultheiss legten 1 DM zu. Herlitz St. sanken um 3 DM.

München: Agrob St. zogen um 4,50 DM an, Binding erhöhten sich um 2 DM und Hochtief befestigten sich um 37 DM. Ackermann gaben um 2 DM nach, Audi fielen um 5 DM und Erlus büßten 10 DM ein.

Stuttgart: Daimler zogen um 22 DM, Mercedes um 15 DM und Porsche um 20 DM an. Zeag Zement wurden um 19 DM höher taxiert. Aesculap stockten um 5 DM auf. Spinnerei Pfersee wurden bei plus 25 DM zugeteilt und WMF erhöhten sich um 10 DM.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 241,90 (237,71)
WELT-Umsatzindex: 8205 (5651)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf / Frankfurt / Hamburg / München

[illegible]

Aktien-Umsätze

[illegible]

Inland

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelter Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

Ausland

Amsterdam

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

London

[illegible]

Luxemburg

[illegible]

Madrid

[illegible]

Mailand

[illegible]

New York

[illegible]

Paris

[illegible]

Johannesburg

[illegible]

Toronto

[illegible]

Stockholm

[illegible]

Singapur

[illegible]

Tokio

[illegible]

Sydney

[illegible]

Oslo

[illegible]

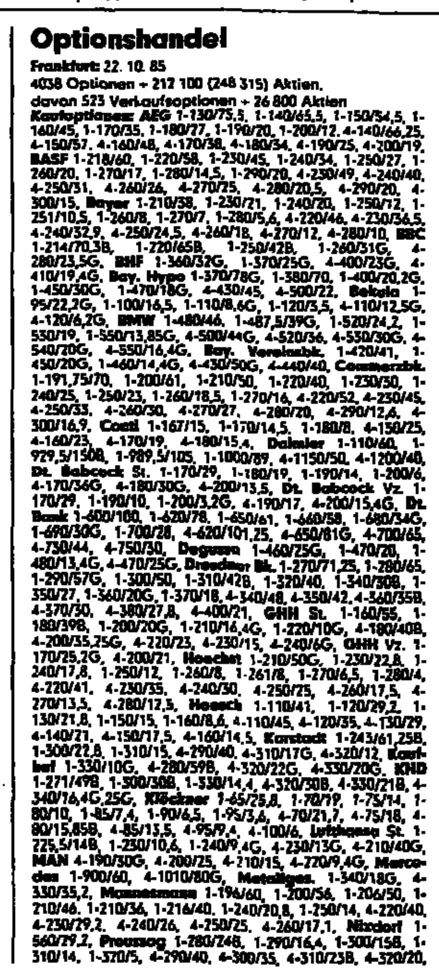
Wien

[illegible]

Zürich

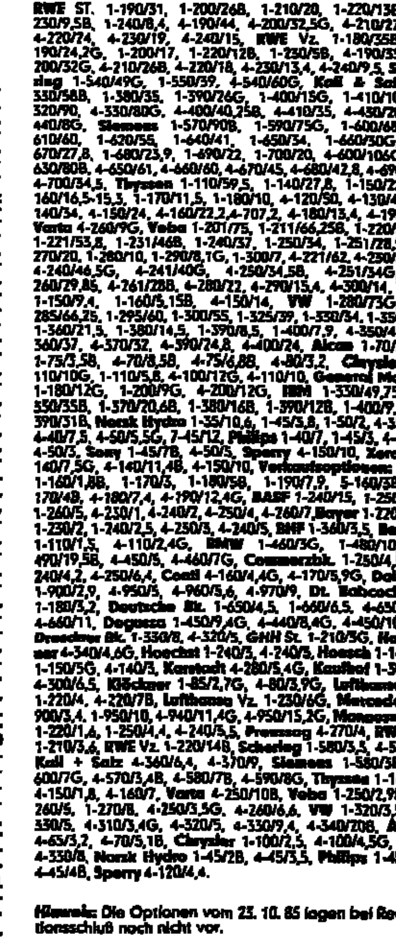
[illegible]

Inlandszertifikate

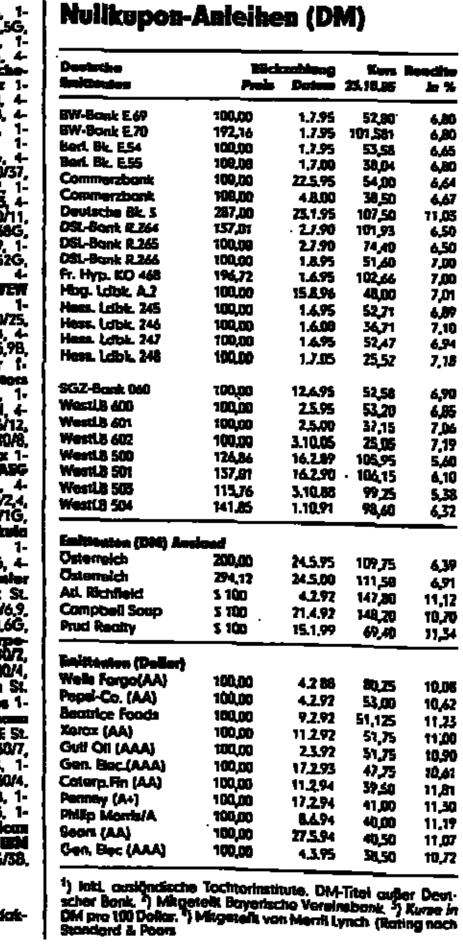


Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen



Optionshandel



[illegible]

Nullkupon-Anleihen (DM)

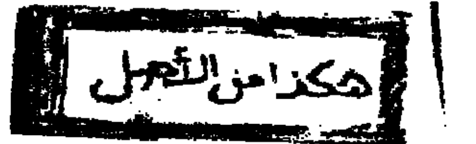
[illegible]

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

[illegible]

New Yorker Finanzmärkte

[illegible]



Neues Leben

Py. – „Neues Leben" für die Lebensversicherung? Man könnte daraus leicht den Schluß ziehen, die Lebensversicherung hätte es nötig, mit einer Art „Mund-zu-Mund-Beatmung" zum Leben wiedererweckt zu werden. Aber so ist es ja nicht. Das Neugeschäft läuft wie eh und je, in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheiten sogar noch ein wenig besser, weil man in solchen Zeiten auch stärker an die Zukunft denkt. Und die sieht, was die gesetzliche Rentenversicherung angeht, bestimmt nicht rosig aus.

Dennoch: Es bedurfte eines zarten Dornröschen-Kusses, etwas im Wettbewerb der Unternehmen untereinander oder der Gesamtbranche gegenüber anderen Spar- und Vorsorgeformen in Bewegung zu bringen. Dabei erscheint es kleinlich herumzumäkeln, daß die Versicherer nicht allein auf den Gedanken gekommen sind, etwas für den Kunden zu tun, das Produkt Lebensversicherung, das heute bereits in einem großen Fächer von Sicherungsvarianten auf dem Markt ist, zu verbessern oder die Varianten dem Verbraucher transparenter zu machen.

Daß es auf der einen Seite einige ausländische Versicherer sind, die mit daheim längst anerkannten und angenommenen Produktvarianten – unter anderem Risiko-Lebensversicherung und Sofortüberschuß-Beteiligung – „Dampf machen", und auf der anderen Seite die Kreditinstitute mit neuen Sparplänen, ist doch nur ein Zeichen funktionierenden Wettbewerbs. Also: Mehr Kundenfreundlichkeit durch Wettbewerb. Dieser Wettbewerb wird künftig dafür sorgen, daß einige Gesellschaften weniger gut dastehen als andere.

Das Bundesaufsichtsamt ist mit dem Wettbewerb denn auch zufrieden, die Wettbewerbshüter des Bundeskartellamts freilich immer noch nicht. Einige unernste Verbraucherschützer bombardieren lieber die Gerichte mit abstrusen Ansinnen, anstatt sachlich mit den Versicherern ins Gespräch zu kommen.

Gemeint ist hier der sogenannte Rückkaufswert von Versicherungsverträgen, die bei einer vorzeitigen Auflösung nach nur wenigen Jahren Laufzeit wenig bis nichts für den Versicherer übriglassen, weil die Kosten für Abschluß und Verwaltung von den Beiträgen der ersten Jahre einbehalten werden. Auf diese Weise ist wohl das Risiko Tod versichert, nicht jedoch eine Kapitalansammlung für den Erlebensfall.

Das wirft Probleme auf, nicht nur die Frage nach der Behandlung von vertragstreuen Kunden, sondern auch nach der Behandlung des Versicherungs-Außendienstes. Aber das Problem ist erkannt, an einer Lösung wird gearbeitet.

WELT-GESPRÄCH / Gothaer-Leben-Chef Harry Bartsch:

„Die Kunden kennen Unterschiede von Spar- und Vorsorgekonzepten"

Die deutschen Lebensversicherer brauchen die als „Sparpläne mit Versicherungsschutz" herangestellten Produkte der Kreditwirtschaft nicht zu überschätzen. Erste Erfahrungen stützen diese Beurteilung. In einem Gespräch mit der WELT gibt sich der Vorstandsvorsitzende der Gothaer Lebensversicherung aG, Göttingen, Harry Bartsch, zuversichtlich:

„Der Verbraucher weiß sehr wohl zu unterscheiden zwischen Sparangeboten der Kreditwirtschaft und Vorsorgekonzepten der Versicherungswirtschaft. Wir können das daran ablesen, daß rund 40 Prozent der Sparverträge mit Risikoversicherungen verbunden sind und ein großer Teil der Verträge kürzer als zwölf Jahre läuft. Bei der augenblicklichen Zinssituation bleibt abzuwarten, wann die garantierte Verzinsung von sechs Prozent über die ganze Breite des auf dem Markt befindlichen Sparplanangebots abgesenkt wird. Sparpläne mögen im kurz- oder mittelfristigen Zwecksparen ihre Rolle haben, bei der langfristigen Altersversorgung ist die Lebensversicherung ohne Konkurrenz."

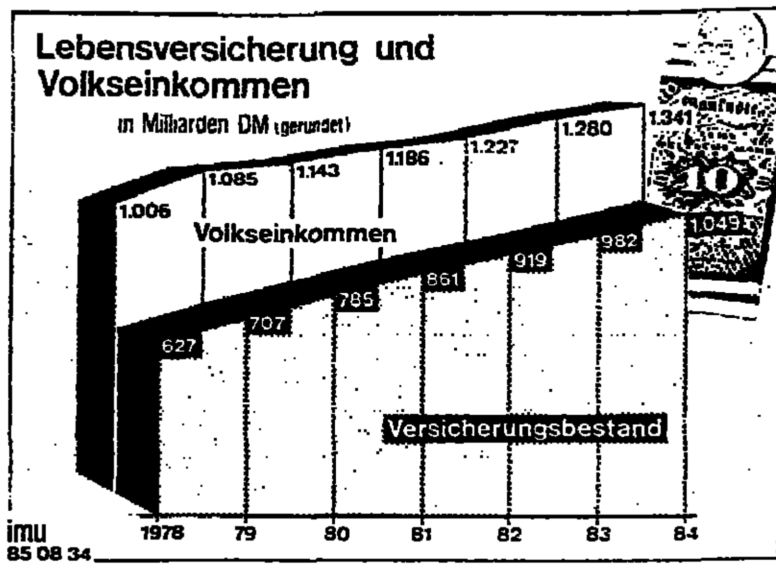
Die von Kranken- und Lebensversicherern auf den Markt gebrachten Pflege-Kranken- beziehungsweise Pflege-Renten-Versicherungen sieht der Vorstandsvorsitzende der Gothaer Lebensversicherung nicht nur als Beispiel für die Innovationsfreudigkeit der Branche, sondern auch als Eingehen auf die akuten Sicherungsbedürfnisse in diesem Bereich. Dies könne aber nicht bedeuten, daß die Versicherungswirtschaft der alleinige Risikoträger ist. „Im Pflegefall entfallen natürlich auch Aufgaben auf die Familien oder auf den Staat", meint Bartsch. Der Beitrag der Versicherer könne nur als eine wichtige Komponente im Gesamtsystem der Altersvorsorge gesehen werden.

Wie eng der Zusammenhang zwischen beiden Produkten ist, ersehe man – so Bartsch – schon daraus, daß künftig sicherlich häufig fällige Lebensversicherungen ganz oder zum Teil genutzt werden, um eine Pflegeversicherung gegen einen Einmalbeitrag abzuschließen.

Den von Verbraucherschützern ins Gespräch gebrachten Rückkaufswerten von Lebensversicherungen im Falle einer Vertragskündigung vor Vertragsablauf hält Harry Bartsch entgegen, daß im Bewußtsein der großen Mehrheit der Versicherten durchaus verankert ist, daß eine Vertragsauflösung in den ersten Jahren nicht ohne Verlust möglich ist. Niemand schließt einen maßgeschneiderten Vertrag ab, um ihn später vorzeitig aufzulösen. Der Chef der Gothaer: „Es darf doch nicht vergessen werden, daß ein Vertragsabschluß, meist nach individueller und intensiver, oft auch mehrfacher Beratung, erhebliche Kosten verursacht hat und vom Versicherer von Anfang an das volle Todesfallrisiko getragen werden mußte." Das heiße nicht, daß man nicht darüber nachdenkt, wie man die Neuregelung der Rückkaufwerte bei ausgewogener Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten, des Kunden, der Versicherung und seines Außendienstes vernünftig gelöst werden kann.

Der oft einer Vertrags-Kündigung zugrunde liegenden finanziellen Notlage begegnen die Gothaer wie auch die meisten anderen Gesellschaften „schon beim ersten Anzeichen eines drohenden Storno in eingehenden Gesprächen mit den Kunden. Es gibt eine Fülle von Möglichkeiten, die bestehenden Verträge einer geänderten Finanzsituation anzupassen. Gegenüber einer Reduzierung der Versicherungssumme oder der Aufrechterhaltung allein des Risikoschutzes bei Aussetzung des Sparvorgangs von Kapitallebensversicherungen ist eine Kündigung die schlechteste Lösung." Bartsch weiß auch: „Unsere Maßnahmen zur Vertragserhaltung werden angenommen." ELLEN BOQUEL

NACHRICHTEN



Unabhängig von wirtschaftlichen Entwicklungen wächst das Bedürfnis des Bundesbürgers nach privater Altersvorsorge. Das unterstreicht der Vergleich der Entwicklung des Volkseinkommens mit dem Bestand an Lebensversicherungen. Diese haben seit Jahren beachtliche Steigerungsraten. Seit 1978 haben sie sich um mehr als 50 Prozent erhöht. Und immer dann, wenn die Wirtschaft verhaltener wuchs, waren die Zuwächse in der Lebensversicherung um so größer. Auch die Sorge um die Zukunft der gesetzlichen Altersversorgung hatte darauf sicher Einfluß. GRAFIK: IMU

Sofort-Überschuß

Düsseldorf (WR) – Als einer der ersten Krankenversicherer hat die Continentale Lebensversicherung aG, Dortmund, die sofortige Überschußbeteiligung bei allen Kapital- und Rentenversicherungen eingeführt. Auf das Wörtchen „sofortige" kommt es an, die normale Überschußbeteiligung haben alle Versicherer. Sie ist sogar vorgeschrieben (siehe WELT-Report Versicherung vom 1. Oktober 1985).

Ratgeber „Leben"

Düsseldorf (WR) – Informationen und Ratschläge zur Altersvorsorge und Vermögensbildung durch Lebensversicherungen bietet eine Schrift des Verbandes der Lebensversicherungs-Unternehmen (Eduard-Pflüger-Straße 55, 5300 Bonn 1) mit dem Titel „Leben braucht Sicherheit". Die kostenlos erhältliche, 48 Seiten starke Broschüre versucht Probleme bewußt und die Angebotsvielfalt der Sparte transparent zu machen. Das geschieht sowohl zielgruppenorientiert als auch von der Angebotsseite her.

Belohnte Vertragstreue

Düsseldorf (Py.) – Um ihren Versicherten mit Verträgen aus den noch nicht so ertragsstarken fünfziger und sechziger Jahren eine dem heutigen Niveau entsprechende Überschußbeteiligung zu bieten, hat die Kölnische Lebensversicherung aG, Köln, 19 Millionen Mark lockergemacht. Sie wird eine Sondergutschrift vornehmen, durch die jeder Versicherte im nächsten Jahr das Doppelte oder noch mehr einer normalen Überschußgutschrift bekommt. Ermöglicht wird das durch die aktive Kapitalanlagepolitik der Gesellschaft.

Hausratsversicherung zahlt

Bonn (WR) – Geld und Schmuck, Hand- und Brieftaschen, die im Urlaub geraubt wurden, sind oft ein Fall für die Hausratsversicherung, wenn keine Reisegepäckversicherung abgeschlossen war. Wenn die Entschädigungsleistung auch begrenzt ist, sollte man es nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Versicherungskaufleute nicht bei einer polizeilichen Anzeige bewenden lassen.

Cigna in Deutschland

Frankfurt (Py.) – Mit der Cigna Insurance Company of Europe S. A.–N. V., Direktion für Deutschland, Frankfurt, ist jetzt auch der Name einer der größten Versicherungsgesellschaften der Welt in der Bundesrepublik Deutschland vertreten. Die Cigna Corporation, Hauptverwaltung in Philadelphia/USA, ist in 160 Ländern der Erde vertreten, beschäftigt 47 500 Menschen. Die US-Gesellschaft hatte im vergangenen Jahr die American Foreign Insurance Association (AFIA) übernommen. Auch die bisher in Köln residierende Afia Insurance Company wurde in Cigna umbenannt. Cigna Deutschland hatte 1984 ein Prämienaufkommen von 55 Millionen Mark. Die Cigna-Schwester INA Insurance Company of North America buchte 61 Millionen Mark.

Beitragssenkung

München (WR) – Die ADAC-Rechtsschutz-Versicherungs-AG, München, hat aufgrund der günstigen Schadenentwicklung die wichtigsten Beiträge um zehn Prozent gesenkt. Jetzt kostet der Verkehrsrechtsschutz statt bisher 79 nur noch 71,10 Mark. Das Zusatzpaket „Personen-Verkehrsrechtsschutz", das Risiken für den Versicherten und seine Angehörigen auch dann deckt, wenn sie nicht im Auto unterwegs sind, gibt es statt für zwölf für 10,80 Mark.

Berufsbildungs-Programm

Düsseldorf (WR) – Das Bildungsprogramm 1985/86 des Berufsbildungswerks der Versicherungswirtschaft (BWV; Bruderstraße 9, 8000 München 22) ist neu erschienen. Neben zentralen Themen und Tagungen des BWV führen seine 61 Verbindungsstellen Maßnahmen in der beruflichen Weiterbildung durch. Das detaillierte Programm kann kostenlos angefordert werden.

Brandstiftung

Düsseldorf (WR) – Die Fälle vorsätzlicher Brandstiftung haben sich von 1953 bis 1983 in der Bundesrepublik versiebenfacht. Ihre Zahl nahm von 1400 auf 10 000 Fälle zu. Heute müssen die deutschen Versicherer mit rund einer Milliarde Mark pro Jahr für bezahlte Brandstiftungsschäden rechnen, das ist ein Drittel (1973: 15 Prozent) aller Feuerschäden.

Riad gründet Versicherung

Düsseldorf (WR) – Bis 1987 will die Regierung in Saudi-Arabien die erste eigene Versicherungsgesellschaft gründen, die Nation Company for Cooperative Insurance (NCCI). Damit sollen die Prämieneinnahmen eines Marktes von ein bis zwei Milliarden Dollar im Lande gehalten und die ausländische Vorherrschaft im Versicherungswesen gebrochen werden.

ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN / Beiträge und Leistungen

Eigenergänzende Vorsorge gewinnt stark an Bedeutung

Die gesetzliche Rentenversicherung wird auf lange Sicht nicht mehr ein solches Sicherungsniveau – immer im Verhältnis zu den Aktiveneinkommen gesehen – gewährleisten können, wie dies heute noch der Fall ist. Jeder Angehörige eines berufsständischen Versorgungswerkes weiß: Was ursprünglich als Leistung versprochen wurde, kann in ein, zwei oder drei Jahrzehnten nicht mehr voll erbracht werden.

Je mehr die Zwangsläufigkeit eingesehen wird, um so mehr wird die ergänzende Altersvorsorge an Bedeutung gewinnen, sei es in einem institutionalisierten Rahmen wie dem der betrieblichen Zusatzversorgung, sei es in der Regie jedes einzelnen – das zeigt zum Beispiel die wachsende Ersparnisbildung bei Lebensversicherungen. 1984 beliefen sich die privaten Geldanlagen bei Versicherungen auf rund 35 Milliarden Mark oder fast 30 Prozent des gesamten neu gebildeten Geldvermögens privater Haushalte. Das Lebensversicherungssparen war hieran zu etwa 70 Prozent beteiligt.

Wenn sich in der gesetzlichen Rentenversicherung das Verhältnis zwischen Beiträgen und Rentenleistungen für den Versicherten verschlechtert, wird die Frage immer aktueller, ob der einzelne Versicherte für seine finanzielle Absicherung im Alter nicht durch eigene Kapitalbildung, etwa durch Abschluß entsprechender Lebensversicherungsverträge, günstiger vorsorgen kann, als dies im Rahmen des gesetzlichen Alterssicherungssystems für ihn geschieht.

Wir haben in unserem Hause einige Modellrechnungen angestellt, deren Ergebnis entscheidend von der Wahl der relevanten gesamtwirtschaftlichen Annahmen, das heißt dem Zinssatz, der Lohnsteigerungsrate und dem Steuersatz für Zinseinkommen, abhängt. Setzt man Lohnsteigerungen und Nettozins gleich hoch an, zum Beispiel fünf Prozent pro Jahr, so beträgt der Eigenfinanzierungsanteil (Beitragsbarwert bezogen auf Rentenbarwert unter Berücksichtigung einer Hinterbliebenenrente) bei einem Beitragssatz von 19,2 Prozent im Falle des Renteneintritts mit 63 Jahren rund 90 Prozent.

Mit anderen Worten: Die Zugehörigkeit zur gesetzlichen Rentenversicherung ist gerade noch konkurrenzfähig gegenüber einer kapitalmäßigen Altersversorgung. Wenn der Beitragssatz um weitere zwei Prozent-Punkte angehoben würde, wären die Rentenleistungen bereits voll durch eigene Beiträge finanziert. Der Beitragssatz müßte sich aber in den kommenden Jahrzehnten verdoppeln, um das heutige Rentenniveau zu halten, das heißt, daß dann nur die Hälfte der eigenen Beiträge als Rente zurückfließt.

Bei stärkeren Beitragssatzanhebungen erhielte man bei diesen Annahmen – fünf Prozent Lohnsteigerung, fünf Prozent Nettozins – aus den Rentenkassen nicht mehr ein volles Äquivalent für die gezahlten Beiträge. Bleibt aber die Lohnsteigerung unter dem Nettozins (zum Beispiel vier Prozent Lohnzuwachs gegen sechs Prozent oder sieben Prozent Netto-Zins; letzterer gilt über Jahrzehnte bei der Lebensversicherung), dann ist schon heute die Rentenversicherung rechnerisch nicht mehr konkurrenzfähig, und mit jeder weiteren Beitragssatzerhöhung oder der Leistungsverschlechterung würde sie das immer weniger sein.

HELMUT SCHLESINGER

Auszug aus einem Vortrag des Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank zum Thema „Die Finanzierung der sozialen Sicherung unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen".

Weniger Räder „verschwunden"

AV. Hannover

Nach dem Rekordjahr 1983 mit insgesamt 459 000 als gestohlen gemeldeten Fahrrädern in der Bundesrepublik ging die Zahl der verschwundenen Stahlrösser im vergangenem Jahr um mehr als 80 000 auf 377 000 zurück. Daß die Langfinger zurückhaltender geworden sind, mögen Versicherer und Polizeiexperten allerdings nicht glauben. Sie vermuten vielmehr, daß die neuen Hausrat-Versicherungsbestimmungen die Kriminalstatistik bereinigt haben.

Fahrräder sind seit dem letzten Jahr nicht mehr beim Hausrat versichert, sondern müssen mit einer Extraprämie abgedeckt werden. Daher sei das Motiv für Versicherungsbetrug entfallen.

Abgrenzung bei Haftpflichtfällen

Py. Düsseldorf

Wenn ein junger Mann mit der Farbsprühdose beispielsweise sein Mofa bearbeitet und dabei aus Versehen auch die Kleidung eines Passanten verschmutzt, zahlt nicht die Privat-Haftpflicht-Versicherung, sondern die Kfz-Haftpflichtversicherung. Der Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) dazu: „Viele Bürger zahlen in solchen Fällen des Hantierens mit und am eigenen Fahrzeug den Schaden aus eigener Tasche, anstatt sich an die Kraftfahrzeug-Versicherung zu wenden." Die Autoversicherung ist sogar dann zuständig, wenn der Fahrer „zu Fuß" den Schaden nicht schuldhaft verursacht hat. Die Gefährdungshaftung genügt.

Südafrika: Furcht vor Sanktionen

WR. Düsseldorf

Sollten Handelspartner gegen Südafrika in seiner gegenwärtigen politischen Krise Sanktionen beschließen, so könnte das nach Ansicht der Zeitschrift „World Insurance Report" verheerende Auswirkungen auf die Versicherungswirtschaft des Landes haben. Südafrikanische Versicherungsgesellschaften haben sich – bestärkt durch die hohen Anlageerträge der letzten Jahre – dem weltweiten Preiskampf gestellt. Das Resultat: Die Forderungen aus nur einer Katastrophe könnten alle freien Reserven der südafrikanischen Versicherer aufzehren. Außerdem belastet, wie die Zeitschrift weiter meldet, der schlechte Ruf des Landes die gesamten wertvollen Auslandsbeziehungen.

VERSICHERUNGSWERBUNG / Wachsendes Volumen – Zeitungen gewinnen Anteile

Bei Kundenjagd liegen Printmedien vorn

Ein auch künftig wachsendes Beitragsaufkommen von über 100 Milliarden Mark jährlich ist auf dem Versicherungsmarkt der Bundesrepublik Deutschland längst nicht ein für allemal bei bestimmten Versicherungsgesellschaften betoniert.

Von Sparte zu Sparte freilich unterschiedlich wechselt ein gewisser Prozentsatz unter den Gesellschaften – aus welchen Gründen auch immer. Außerdem ist gerade der Markt jüngerer Leute mit Versicherungsbedarf auch künftig noch längst nicht ausgeschöpft. Die Werbewirtschaft vermutet hier noch ein nicht unerhebliches Potential. Ein Umstand, den sich auch die Werbung immer stärker zunutze macht.

Die Marketing-Spezialisten der Axel Springer Verlag AG (Kaiser-Wilhelm-Straße 6, 2000 Hamburg 36) haben für ihre Schriftenreihe „Märkte", Informationen für die Werbeplanung, den Vorrang der schon in den Vorjahren stetig gestiegenen Werbeaufwendungen der Versicherungswirtschaft für die gedruckten Medien analysiert:

„Vom Werbekuchen, der 1984 knapp 138 Millionen Mark groß war, gingen die Printmedien mit einem Anteil von mittlerweile 57 (56) Prozent eindeutig als Sieger hervor. Für die elektronischen Medien sieht die Werbelandschaft etwas betrüblicher aus: Hörfunk und Fernsehen haben mit zusammen 40 (42) Prozent Anteilsverluste hinnehmen müssen."

Die Publikumszeitschriften holen sich konstant seit Jahren 42 Prozent, doppelt soviel wie das Werbefernsehen auf dem zweiten Rang. Die Zeitungen haben als einziger Werbeträger der von Schmidt & Pohlmann beobachteten Mediengruppen von 14 auf 15 Prozent leicht zugelegt. Kein Wunder eigentlich, wenn man die kontinuierliche Berichterstattung über Versicherungsfragen in den Blättern betrachtet.

Interessant: Nahezu die Hälfte des gesamten Werbeaufwands wird von zehn Gesellschaften, und hier nicht unbedingt den größten, bestritten. Auch hier führen die Zeitschriften vor TV, Hörfunk und Zeitungen, wenn auch einer der Größten 1984 ausschließlich im Fernsehen disponierte. Ohne ihn käme die dominierende Rolle der Printmedien noch stärker zum Ausdruck. Allein die Publikumszeitschriften hätten danach fast die Hälfte der Werbeaufwendungen auf sich gezogen.

Die Betrachtung der Einzeletathöhe ergibt, daß mittlerweile 38 Unternehmen einen Etat von über einer Million Mark zur Verfügung haben, 1976 waren es erst 20. Die ersten zehn unter den Werberiesen haben heute Etats von durchschnittlich 6,6 Millionen Mark. HARALD POSNY

NEUE TARIFE

Selbstbehalt im Hospital

Wuppertal (Py.) – Allen gesetzlich Krankenversicherten, die eine bessere Unterbringung im Ein- oder Zweibett-Zimmer sowie Chefarztbehandlung wünschen, bietet die Barmenia Krankenversicherungs aG., Wuppertal, eine preiswerte Alternative zum bisher üblichen Angebot an. Vor allem für jüngere Versicherte, die bereit sind, bei einem Krankenhausaufenthalt eine Eigenbeteiligung von 30 beziehungsweise 50 Mark pro Tag zu tragen, ist der Beitrag um bis zu 20 Prozent niedriger als vergleichbarer Versicherungsschutz ohne Selbstbeteiligung. Damit der Selbstbehalt überschaubar bleibt, ist er auf 25 Tage im Kalenderjahr begrenzt.

Lücke geschlossen

Aachen (Py.) – Die Aachener und Münchner Versicherung AG, München, bietet allen Autofahrern einen verbesserten Vollkasko-Versicherungsschutz an. Gegen einen Beitragszuschlag kann der Ausschluß jeglicher Selbstbeteiligung für mitversicherte Teilkaskoschäden vereinbart werden. Damit besteht die volle Wahlfreiheit des Kunden zwischen eingeschlossener Teilkasko mit 300 Mark Selbstbeteiligung und ohne Selbstbeteiligung.

Schutz für Ärzte

Dortmund (Py.) – Die Continentale Kranken-Versicherung aG, Dortmund, bietet allen Ärzten einen speziellen umfassenden Krankenversicherungsschutz an. Danach sind zum Beispiel für Humanmediziner Kosten für ambulante Heilbehandlungen und zahnärztliche Leistungen komplett in einem Tarif versicherbar, entweder zu 100 Prozent oder mit einer festen Selbstbeteiligung. Bei Zahnbehandlung und -ersatz gibt es verschiedene prozentuale Erstattungssätze. Stationäre Leistungen werden zu 100 Prozent ersetzt. Zahnärzte erhalten die gleichen Leistungen – ambulant wie stationär – wie die Humanmediziner. *Die Ersattung zahnärztlicher Leistungen* ist auf Material- und Laborkosten begrenzt.

Rekordschäden durch Erdbeben

Py. **Düsseldorf**

Die Erdbeben-Katastrophe von Mexico City hat nach vorläufigen Schätzungen einen Schaden von drei bis vier Milliarden US-Dollar verursacht. Wegen der geringen Versicherungsdichte in Mexiko schlagen nur etwa drei bis vier Prozent des Schadens auf die Versicherer durch, umgerechnet etwa 300 bis 400 Millionen Mark. Die drei größten deutschen Rückversicherer – Münchner Rück, Kölnische Rück, Gerling-Konzern Speziale Rück – dürften mit etwa 60 Millionen Mark direkt betroffen sein. Die Münchner Rück hilft den Mexikanern bei der Schadenfeststellung und der Schadenregulierung.

VERSORGUNGSLEISTUNGEN / Die gesetzliche Altersvorsorge reicht in den meisten Fällen nicht aus

Nur eine private Rente kann Frauen im Alter vor einem sozialen Abstieg sichern

Die meisten Frauen stehen nur vermeintlich „auf eigenen Füßen". Sie haben die wirtschaftliche Gleichstellung mit den Männern noch längst nicht erreicht – nämlich in der Altersversorgung. Mag sein, daß Frauen noch weniger gern ans Alter denken als Männer. Mag auch sein, daß herkömmliches Rollenverhalten („... dafür sorgt mein Mann") oder Vertrauen auf „den Staat" die meisten Frauen von einer eigenen Vorsorge abhält. Auch die im Durchschnitt niedrigeren Verdienste der Frauen hindern sie an ausreichender Vorsorge für Alter und Invalidität. Das alles ist einsehbar. Aber es bliebt das Faktum, daß trotz aller guten Absichten und mancher richtiger Maßnahmen die Frauen – auch die berufstätigen – schlechter versorgt sind als die Männer.

Im Grunde ist doch bekannt, daß die gesetzliche Altersversorgung allenfalls für das Nötigste reicht. Aber wer möchte sich jahrzehntelang mit dem Nötigsten bescheiden. Deshalb ist neben der gesetzlichen Rentenversicherung und selbst neben einer betrieblichen Altersversorgung die private Lebensversicherung als Vorsorge für Frauen unentbehrlich.

Die Gleichstellung ist noch nicht erreicht

Gewiß – gegenwärtig wird bereits jede dritte Lebensversicherung von einer Frau abgeschlossen. Aber die Männer sind besser – also höher – versichert, und zwar im Durchschnitt um fast 10 000 Mark. In einzelnen Berufsgruppen ist diese Differenz erheblich größer: Beispielsweise beträgt bei Ärzten und Zahnärzten die durchschnittliche Lebensversicherungssumme bei Männern 116 000 *Mark, bei Frauen dagegen nur 76 000* Mark, also genau 40 000 Mark weniger.

In Dienstleistungsberufen, in denen viele Frauen zu finden sind, wie etwa im Handel oder in der Gastronomie, liegen die durchschnittlichen Versicherungssummen bei Männern zwischen 55 000 Mark und 70 000 Mark, bei Frauen dagegen nur bei 33 000 Mark, also bis zu 50 Prozent niedriger.

Um es zu wiederholen: Die großen Unterschiede in den Versicherungssummen zwischen Männern und Frauen mögen vor allem daran liegen, daß die Gleichstellung von Mann und Frau in den erzielten Einkommen noch nicht erreicht ist: Die Verdienste der Frauen sind im Durchschnitt 30 Prozent niedriger als die ihrer männlichen Kollegen. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die zu erwartenden Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Auch haben die Frauen – bedingt durch Kindererziehungszeiten – im Durchschnitt zehn Jahre weniger Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung entrichtet.

Die niedrigeren Einkommen und die geringeren Beitragszeiten bedingen niedrigere Rentenanwartschaften. Lücken in der Versorgung der Frauen sind somit vorprogrammiert. Die Aachener und Münchener Lebensversicherung AG hat in einem Computer-Programm auf der Basis von rund 18 000 Versorgungsbilanzen ermittelt, wie hoch die eigenen Rentenanwartschaften der Frauen im Alter heute sind : Die Rente beträgt durchschnittlich nur 760 Mark im Monat.

Die andauernde Rentendiskussion hat zur allgemeinen Verwirrung beigetragen. Viele machen sich falsche Vorstellungen von ihrer eigenen Versorgungssituation. Das gilt vor allem für Frauen. Wie Untersuchungen im Auftrage der Bundesregierung ergeben haben, können nur etwa 30 bis 40 Prozent aller älteren Frauen auf mehrere Renten zurückgreifen. Auch bedeutet das Zusammentreffen von eigenen Renten und Witwenrenten keine Überversorgung.

Im Alter sind daher viele Frauen bei plötzlichem Tod ihres Ehemannes allein auf die Hinterbliebenenrente angewiesen. Zwar soll ab 1986 das „Baby-Jahr" die Versorgungssituation der Frauen verbessern, indem sie durch die Anrechnung von Kindererziehungszeiten Anwartschaften auf Altersruhegeld erhalten. Aber auch das „Baby-Jahr" ändert ihre Situation nicht grundlegend.

Wie eine Berufstätige bekommt die Hausfrau für jedes Kind ein Beitragsjahr in der gesetzlichen Rentenversicherung angerechnet. Das bringt nach heutigem Stand einen monatlichen Rentenanspruch von etwa 75 Mark. Eine Rente bekommt sie aber erst ab fünf Beitragsjahren. Pro Jahr muß sie dafür nach derzeitigem Stand 1008 Mark zahlen.

Die Rente aus drei „Baby-Jahren" und zwei Jahresbeiträgen beträgt nach heutigem Stand rund 85 Mark *monatlich. Dafür sind nur rund 2000* Mark aufzuwenden. Der Erwerb einer solchen Minirente lohnt also. Aber wie hoch ist die Witwenrente wirklich?

Die Aachener und Münchener Lebensversicherung hat auch kürzlich ermittelt, wie hoch die Anwartschaften auf Witwenrenten im Alter heute sind:

Die Witwenrente beträgt durchschnittlich nur 867 Mark im Monat (siehe Grafik). Selbst wenn man nun – wie im obigen Beispiel – eine Minirente aus dem „Baby-Jahr" von 85 Mark hinzurechnet, reicht die Rente für das Alter gewiß nicht.

Schon junge Familien brauchen

- eine ausreichende Absicherung der Erwerbsunfähigkeit, auch für die Invalidität der Hausfrau,
- eine Hinterbliebenenversorgung für beide Eltern und
- eine Altersversorgung, die beide Ehepartner im Alter ohne Sorgen leben läßt.

Diese Erfordernisse sind allgemein bekannt. Aber oft wird vergessen, daß die nach der Statistik länger lebenden Ehefrauen nur mit 60 Prozent der Altersrente ihres Mannes rechnen können. Dies erklärt auch, warum viele Frauen im Rentenalter auf Sozialhilfe angewiesen sind. Von den Sozialhilfeempfängern über 60 Jahre sind 80 Prozent Frauen. Man muß befürchten, daß die Dunkelziffer der Sozialhilfeberechtigten hoch ist.

Zur Verbesserung der doch recht bescheidenen Witwenrente empfiehlt sich zusätzlich eine Versicherung auf das Leben des Mannes, die ausschließlich im Todesfall fällig wird. Die Beiträge sind günstig, und sie müssen auf Wunsch nur bis zum Erreichen der Altersgrenze gezahlt werden.

Höhere Lebenserwartung führt zu höheren Beiträgen

Als eigenständige Versorgung ist der berufstätigen ledigen, aber auch der verheirateten Frau eine private Rentenversicherung zu empfehlen. Der Beginn der Rentenzahlung kann flexibel vereinbart werden, so zum Beispiel ab dem 60. Lebensjahr lebenslang. Eine private Rentenversicherung ist gerade für Frauen, die nach der Statistik eine höhere Lebenserwartung haben, optimal. Die höhere Lebenserwartung führt zwar auch zu höheren Beiträgen im Vergleich zu den Männern, jedoch wiegt die gebotene Sicherheit einer lebenslangen, jährlich steigenden Rente dies auf. Von Vorteil ist der Abschluß einer Rentenversicherung auch deshalb, weil beim Abschluß keine Gesundheitsfragen beantwortet werden müssen.

Die jüngsten Meinungsumfragen belegen, daß sich jetzt mehr Frauen als Männer für Versicherungen interessieren, vielleicht auch deshalb, weil sie bisher eher die Leidtragenden sind. Der qualifizierte „Versorgungsspezialist" einer Lebensversicherungsgesellschaft, der beim Gespräch mit der Familie zu Hause auch an die Versorgung der Frau denkt, war also noch nie so wertvoll wie heute. Und es zeigt sich, daß die – *meist männlichen* – Außendienstmitarbeiter der Versicherer es vor allem mit den Frauen zu tun bekommen.

HANS JOACHIM GARBE

Der Autor gehört bei der Aachener und Münchener Lebensversicherung AG der Abteilung Vertrieb-Marketing an.

So sinkt das Einkommen

2060 DM – Letztes Nettoeinkommen
1445 DM – Altersrente
867 DM – Hinterbliebenen-/Witwenrente

DIE WELT

Eindrucksvoll und zugleich beklemmend: Die Anwartschaft auf Witwenrenten im Alter. Vom letzten Nettoeinkommen des Ehemannes in Höhe von 2060 Mark bleiben einem Ehepaar mit dem Zeitpunkt der Pensionierung noch 1445 Mark. Für die Witwe sind dann nur noch 867 Mark übrig, ein Betrag, mit dem sich ein gewohnter Lebensstandard nicht halten läßt. Eine private Renteversicherung ist für Frauen optimal.

TRANSPORTVERSICHERUNG / Ignoranz wird teuer

Dreiviertel aller Schäden lassen sich vermeiden

„Die können ja nicht mal richtig verpacken", lautet der empörte Spruch beim Auspacken beschädigter oder völlig zerstörter Ware. Es gibt Ärger und Streit – das Ende vom Lied: Der Versender kann einen wertvollen Kunden verlieren.

Wie Claas Kleyboldt, Vorsitzender des deutschen Transport-Versicherungs-Verbandes, in einem Gespräch mit dem „Artikeldienst Versicherung" (AV) *hierzu sagte, lassen sich* solche Pannen aber in vielen Fällen nicht vermeiden. Allerdings: „Es gibt kein Patentrezept für den 100prozentigen sicheren Transport."

Nach den Untersuchungen des deutschen Transport-Versicherungs-Verbandes freilich sind 70 Prozent aller Transportschäden vermeidbar. Hierbei handelt es sich um Schäden, die auf Unkenntnis der Gefahren bei den einzelnen Transportwegen – Bahn-, Luft- oder Seetransport – zurückzuführen sind.

Die Versicherung zahlt nicht in jedem Fall. So werden beispielsweise Verluste und Beschädigungen, die sich aus den normalen Beanspruchungen auf der Reise ergeben, die *also vorhersehbar und vermeidbar* sind, nicht ersetzt.

Dazu gehören Schäden, die durch normale Luftfeuchtigkeit, gewöhnliche Temperaturschwankungen und Fehlen oder Mängel der handelsüblichen Verpackung entstanden sind. Darüber hinaus werden auch Produktionsausfall beim Kunden, Vertragsstrafen oder Kunden- und Marktverluste nicht erstattet. Kleyboldt: „Da kann sich einiges summieren und gerade Mittel- und Kleinbetriebe an den Rand finanzieller Belastbarkeit bringen."

Als Beispiel verwies Kleyboldt auf die Notwendigkeit der Wahl einer den klimatischen Empfindlichkeiten der Ware angemessenen Verpackung: „Welche klimatischen Verhältnisse im Laderaum eines Schiffes vorherrschen, läßt sich grob abschätzen. Aber wie es innerhalb der Verpakkung aussieht, kann man nur erahnen. Schwankende Temperaturen führen beispielsweise dazu, daß sich die Luftfeuchtigkeit auf den Gütern niederschlägt. Das wiederum bleibt nicht ohne Auswirkung auf Ware und Verpackung, denn es können chemische oder biologische Prozesse in Gang gesetzt werden: Rost, Schimmel, Verrottung und so weiter."

Am Anfang der Überlegung steht daher die Empfindlichkeit des Produkts. Organische Materialien sind völlig anders zu verpacken als korrosionsgefährdete Waren. Die einen müssen während des Transports „atmen" können, andere sind mit einer wirkungsvollen Korrosionsschutzverpackung zu versehen.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Wichtigkeit zutreffender Informationen über die Beschaffenheit von Transportmittel, Infrastruktur und ortsüblichen Verladeeinrichtungen.

„Die mechanischen Belastungen beim Lkw-Transport unterscheiden *sich von denen* bei der Bahn, ganz zu schweigen vom Binnenschiff- oder Seetransport. Zu beachten sind hier vertikale und horziontale Beschleunigungen, wie auch der Stau- oder Stapeldruck. Werden die Waren mit Gabelstaplern, Kränen oder mit menschlicher Kraft verladen? – das sind alles Fragen, die man berücksichtigen muß."

Auch über laufende Veränderungen einzelner Arten der Verpackung, der Transportmittel und -wege sowie der Verhältnisse am Zielort im Bestimmungsland sollte der Unternehmer, der seine Ware zu einem Kunden versendet, sich auf jeden Fall vorher genau bei Fachleuten erkundigen.

(WR)

NEUE BÜCHER

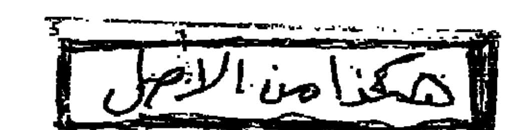
„Klaus Luserkes neuer Rentenratgeber / Die richtige Altersversorgung nach den neuesten Rentengesetzen." Originalausgabe Wilhelm Heyne Verlag, München 1981; 6,80 Mark.

Klaus Luserke, Bestsellerautor in Sachen Rentenversicherung, befaßt sich seit gut 25 Jahren als Wirtschaftsjournalist mit diesem Fachbereich. Nachdem Rentenanpassungs- sowie Haushaltssicherungsgesetz von 1984 ebenso einschneidende wie verwirrende Neuerungen brachten, will Luserke mit seiner Neuerscheinung dem interessierten und dem betroffenen Bürger helfen, sich in Gesetzen und Verordnungen zurechtzufinden.

Dabei werden Fragen nach einer optimalen Altersversorgung beantwortet; so erfährt man, welche Unterlagen für einen Rentenantrag benötigt werden, auf welche Einzelheiten – beispielsweise Ausfallzeiten – es bei der Beurteilung des Versicherungsverlaufs ankommt. Darüber hinaus informiert der Autor über Krankenversicherung, das vorzeitige Altersruhegeld und wie man Versorgungslükken ausfüllen kann.

„Je mehr die Rentenversicherung ins Schleudern kommt", schreibt Luserke, desto günstigere Tarife würden heute von den privaten Lebensversicherern angeboten. Dies gelte unter anderem für den Ausbau der privaten Berufsunfähigkeitsversicherung sowie für die Einführung eines auf zehn Tage befristeten Antragswiderrufsrechts. Schließlich hätten die Lebensversicherer auch das Kleingedruckte in ihren Verträgen transparent gemacht.

KHS



DER MARKT / Jetzt Schweizer-Franken-Darlehen

Bankbürgschaften unnötig

Die Zürich-Versicherungen Deutschland haben die Voraussetzungen zur unmittelbaren Aufnahme von Schweizer-Franken-Darlehen geschaffen. Dabei ist die bisher notwendige kostspielige Verbürgung durch ein deutsches Kreditinstitut nicht erforderlich. Diese Darlehen sind durch erstrangige Briefgrundschulden für das geldgebende Schweizer Geldinstitut an deutschen Wohngrundstücken abzusichern. Diese Darlehen lauten auf Schweizer Franken (sfr); die Grundschuldsicherung auf D-Mark, und zwar auf Basis des Wechselkurses zum Zeitpunkt der Kreditbewilligung.

Der Zahlungsverkehr zwischen Bank und Darlehensnehmer vollzieht sich direkt in Schweizer Franken. Die Festschreibung für das Darlehen beträgt derzeit fünf Jahre, der Zinssatz 4,75 Prozent pro Jahr bei einem Auszahlungskurs von 93 Prozent und jährlicher nachträglicher Zinszahlungsweise (anfänglicher effektiver Jahreszins: 6,43 Prozent). Eine laufende Darlehenstilgung wird nicht vereinbart. Statt dessen wird bei der Zürich-Versicherung eine auf D-Mark lautende Lebensversicherung abgeschlossen mit dem Ziel, das Schweizer-Franken-Darlehen aus fälligen Versicherungsleistungen zurückzuzahlen.

Da die Darlehen auf Schweizer Franken lauten, sind die Zahlungsverpflichtungen wegen möglicher Wechselkursschwankungen nicht exakt kalkulierbar. Es bleibt dem Darlehensnehmer überlassen, ob er bei der derzeitigen Kursrelation ein Währungsrisiko oder eine Währungs-Chance sieht.

Entscheidend ist der Vergleich zwischen DM-Erlös zum Zeitpunkt der Darlehensaufnahme und dem DM-Aufwand zum Zeitpunkt der Darlehensrückzahlung. Lediglich die Höhe des Darlehenszinses ist in ihrem DM-Aufwand ständig verschieden, weil Wechselkursschwankungen hier bereits im Halbjahresturnus wirksam werden.

Durch dieses Finanzierungsmodell der Zürich-Versicherungen Deutschland profitiert der Kunde sowohl von den traditionell niedrigen sfr-Darlehenszinsen als auch von den höheren deutschen Kapitalmarktrenditen in Form der Überschußbeteiligung der DM-Lebensversicherung. (WR)

Versicherung als Haustürgeschäft?

Py, Köln

Nach dem vom Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf soll das für Haustürgeschäfte vorgesehene Widerrufsrecht der Verbraucher von einer Woche auch beim Abschluß privater Krankenversicherungsverträge gelten. Der Verband der privaten Krankenversicherer (PKV) sieht darin eine Überdehnung des Begriffes „Haustürgeschäfte".

Verwundert ist der Verband aber vor allem darüber, daß dieser zusätzliche Verbraucherschutz nicht auch für den freiwilligen Beitritt zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gelten soll. Das müsse zu Wettbewerbsnachteilen der privaten Krankenversicherer führen. Gerade die Ersatzkassen, bei denen allein fast drei Millionen GKV-Mitglieder freiwillig versichert sind, betreiben bereits heute bei Übertritten zur privaten Krankenversicherung eine intensive Rückwerbung durch ihre Außendienstmitarbeiter.

Deckung von Exportrisiken

WR, München

Unter dem Titel „Versicherung von Exportrisiken" hat die Fachzeitschrift für Risikotechnologie, „Der Maschinenschaden", einen Sonderdruck herausgebracht, in dem Allianz-Vorstandsmitglied Heinz Braun die vielfältigen Aspekte der Exportwirtschaft in einer zunehmend risikobehafteten Gesamtsituation aus der Sicht des erfahrenen Versicherers behandelt.

Ein Themenschwerpunkt: Die technischen Besonderheiten bei der Abwicklung von Exportaufträgen in Ländern mit stark abweichenden Rechts- und Geschäftsformen. Sie werden unter dem Aspekt optimaler Betreuung durch Versicherungsingenieure oder Agenten „vor Ort" herausgestellt und mit Beispielen aus der Praxis erläutert. Der Sonderdruck kann bestellt werden bei: Allianz Versicherung, Vertriebs-Redaktion/TI, Postfach 44 01 24, 8000 München 44.

BETRIEBLICHE ALTERSVERSORGUNG / Stützen kleiner und mittlerer Betriebe können bessergestellt werden

Pläne gegen wachsende Einkommenslücken

Das Thema Versorgungslücke, also die Differenz zwischen aktivem Einkommen und Ruhestandsbezügen, ist bekannt. Immer wieder wurde auf das Bestehen einer solchen Lücke hingewiesen und auf deren Tendenz, größer zu werden – jedenfalls bei den in der freien Wirtschaft Tätigen.

In der täglichen Beratungspraxis von Versicherungsmaklern finden wir nicht nur bestätigt, daß mit steigendem Einkommen auch eine größere Versorgungslücke verbunden ist, sondern vielmehr auch die Tatsache, daß trotz dieser Erkenntnis in vielen Fällen bisher nicht die erforderlichen Gegenmaßnahmen getroffen wurden.

Dies gilt nicht so sehr für leitende Mitarbeiter in Großunternehmen – dort bestehen vielfach sehr umfangreiche Versorgungspläne –, sondern in erster Linie für die personellen Stützen kleinerer und mittlerer Betriebe bis hin zum Unternehmer selbst.

Wer jünger ist, schiebt die Auseinandersetzung mit diesem Problem gern hinaus, wer dem Pensionierungsalter schon nähergerückt ist, hält die Lösung des Problemes häufig für zu teuer und packt es daher gar nicht erst an. Beides erinnert an den Vogel Strauß, und ein böses Erwachen, für das es in der Bundesrepublik Deutschland genug Beispiele gibt, kann die Folge sein.

In vielen anderen Fällen werden Aufwendungen für die Altersversorgung im Privatbereich nur insoweit betrieben, als sie steuerlich berücksichtigt werden können, gerade so, als ob die spätere Versorgungslücke und die heutigen steuerbegünstigten Aufwendungen deckungsgleich wären. Umgekehrt wird ein Paar Schuhe daraus. Zunächst muß der Bedarf festgestellt und dann nach Wegen gesucht werden, den Fiskus an der Finanzierung zu beteiligen. Eine entsprechende Analyse bieten große Maklerfirmen an.

Unterstellen wir einmal, daß die Analyse stattgefunden hat und nun die Suche nach geeigneten Durchführungswegen beginnt. Man wird dann sehr schnell feststellen, daß im privaten Bereich kaum noch steuerbegünstigte Möglichkeiten existieren.

Im Zusammenhang mit steuerlichen Maßnahmen bleibt daher nur der Weg über den Betrieb mit den weitgehend bekannten Möglichkeiten:

1. Direktversicherung;

2. Pensionszusage mit Rückdeckungsversicherung.

Beide Leistungen können vom Betrieb zusätzlich erbracht, aber auch von den Betroffenen unter Verzicht auf Gehaltsteile finanziert werden. In beiden Fällen werden Versorgungssituation verbessert und Steuervorteile realisiert.

Nicht nur, aber gerade durch den „Fall AEG" ist die Pensionszusage etwas in Verruf geraten. Bei genauer Betrachtung allerdings zu Unrecht. Die Versorgung war nur zu voluminös. Es müssen die Form, der ausgewählte Personenkreis und der Umfang so definiert werden, daß die Kontrolle erhalten bleibt. Ein vernünftiges Versorgungskonzept hilft dem Mitarbeiter, dem Unternehmen und in Abhängigkeit von der Rechtsform auch den im Unternehmen tätigen Gesellschaftern. Durch die Möglichkeit der Verpfändung der Rückdeckungsversicherung ist auch für den letztgenannten Personenkreis das Problem des Insolvenzschutzes gelöst.

Auch die Beteiligung des Fiskus an der Finanzierung der Versorgungslücke kann allerdings den Abfluß von Liquidität nicht verhindern. Es wird aber das Preis-Leistung-Verhältnis zugunsten des Versorgten verbessert. Es sollte einmal herausgestellt werden, daß nicht der steuerbegünstigte Aufwand Maßstab für Versorgungsaufwendungen sein sollte, sondern ausschließlich die Versorgungslücke selbst, zu deren Schließung auch andere Wege begehbar sind.

Ein Gespräch über diese Dinge verschafft zumindest ein klares Bild von der Situation und eröffnet den Beteiligten Zukunftsperspektiven, denen sich verantwortungsbewußte Kaufleute nicht verschließen dürfen. Die Beratung und die Umsetzung von Problemlösungen ist Teil der Maklerfunktion.

ERNST-GEORG HENNIG

Der Autor ist Leiter der Abteilung Lebensversicherung bei der Versicherungsmaklerfirma L. Funk & Söhne GmbH, Berlin/Frankfurt.

Der Spielraum für die private Vorsorge schrumpft

Bei einem Jahreseinkommen von 45 000 DM verbleiben einem Arbeitnehmer an abzugsfähigen Vorsorge-Aufwendungen*

	1983	1984	1985
verheiratet, ohne Kinder	3525	3391	3209
verheiratet, ein Kind	4725	4591	4409

*nach Abzug der Pflichtbeiträge zur Renten- u. Krankenversicherung — CONDOR

Vorsorgeaufwendungen – das sind Beiträge zur Renten-, Arbeitslosen-, Krankenversicherung; Bausparverträge, Lebens-, Unfall-, Haftpflichtversicherungen – sind steuerlich begünstigt. Bei Arbeitnehmern werden von den Höchstbeträgen jedoch die gesetzlichen Abgaben und die Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung abgezogen. Da die gesetzlichen Sozialabgaben aber stiegen, ohne daß die abzugsfähigen Höchstbeträge erhöht wurden, ist der Spielraum für eine private Vorsorge erheblich geschrumpft. GRAFIK: CONDOR

LEBENSVERSICHERUNGS-HYPOTHEK / Zinsen auf dem niedrigsten Stand – Preise für Häuser stagnieren

Wer bauen will, sollte jetzt zugreifen

Noch nie war im Verlauf der letzten sieben Jahre der Zeitpunkt für Erwerb, Neubau oder Modernisierung eines Eigenheims so günstig wie heute:

- Banken, Sparkassen und Bausparkassen in der Bundesrepublik Deutschland fordern heute Hypothekenzinsen, die auf dem niedrigsten Stand seit sieben Jahren liegen.
- Die Grundstückspreise für Ein- und Zweifamilienhäuser sind in diesem Jahr – erstmals seit 25 Jahren – nicht mehr gestiegen.
- Die Hauspreise haben nach einer Mitteilung des Bundeswohnungsbauministeriums in Bonn „eine absolute Stagnation" erreicht.
- Die Bauwirtschaft in der Bundesrepublik, derzeit in ihrer schwierigsten Anpassungskrise der Nachkriegszeit, klagt über unzureichende Kapazitätsauslastungen. Dies ermöglicht dem Bauherrn, Aufträge zu Preisen zu erteilen, die nahe der Selbstkostengrenze der anbietenden Unternehmen liegen.
- Und die Bundesregierung ist, wie ihr neues Konzept zur steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohnungseigentums verdeutlicht, dabei, die Rahmenbedingungen am Bau zu verbessern.

Wer eine kapitalbildende Lebensversicherung besitzt und beabsichtigt zu bauen, sollte mit seiner Versicherung bald über die Finanzierung sprechen: Denn Lebensversicherer bieten günstigere Konditionen als Kreditinstitute.

Die Zinssätze für Lebensversicherungs-Hypotheken liegen heute um durchschnittlich 0,5 bis ein Prozent niedriger als für entsprechende Hypotheken der Banken und Sparkassen. Bei einer Bankhypothek dienen die neben den Zinsen zu zahlenden Tilgungsraten ausnahmslos dem Ziel, die Tilgung der Hypothek innerhalb einer bestimmten Laufzeit herbeizuführen. Bei der Versicherungshypothek hat die abgeschlossene Lebensversicherung selbstverständlich auch die Aufgabe, die Tilgung der Hypothek sicherzustellen. Gleichzeitig hat die Lebensversicherung aber auch eine kapitalbildende Wirkung, die auf die persönliche Altersvorsorge des Versicherten zugeschnitten ist.

Im übrigen sind die Angebote der Versicherer schon lange nicht mehr auf 40 bis 50 Prozent des Finanzierungsbedarfs beschränkt. Durch Einschaltung von Bausparverträgen und Bankbürgschaften ist vielmehr eine Baufinanzierung bis zu 80 Prozent auch über die Lebensversicherung möglich geworden. Normalerweise sollte zumindest 20 Prozent Eigenkapital vorhanden sein.

Die Versicherungsunternehmen stimmen – abweichend vom sogenannten Grundmodell, bei dem eine Lebensversicherung auf den Todes- und Erlebensfall mit einer Laufzeit von 30 Jahren und einer Versicherungssumme in Höhe des Hypothekendarlehens abgeschlossen wird – die Baufinanzierung weitgehend auf den persönlichen Bedarf ihrer Kunden ab.

So bieten Versicherer zum Beispiel Modelle an, bei denen die abgeschlossene Versicherungssumme nur 60 Prozent der eigentlichen Darlehenssumme ausmacht, doch wird mit Hilfe der Gewinnanteile erreicht, daß nach einer Laufzeit von insgesamt 30 Jahren das Darlehen getilgt und darüber hinaus ein ansehnlicher Betrag für die Altersversorgung angesammelt wird.

Diese Modell-Version kommt den Bedürfnissen von Bauwilligen entgegen, die ihre jährliche finanzielle Belastung vor allem in der Bau-Anfangsphase möglichst niedrig halten wollen.

KARL-HEINZ STEFAN

URTEILE

Überversicherung

Wer mehrere Unfallversicherungen gleichzeitig abschließt, muß dies seinen Versicherern mitteilen. Wird das jedoch im Vertragsantrag unterlassen, so verliert der Versicherte nicht nur seinen Leistungsanspruch, er macht sich auch des Betrugs schuldig. Dieser Fall lag vor: Ein Mann hatte acht Unfallversicherungen abgeschlossen und dafür fast die Hälfte seines Monatseinkommens aufgebracht. Der überversicherte Versicherungsnehmer litt unter Kniebeschwerden und rechnete mit einem Sportunfall, der dann auch tatsächlich beim Jogging eintrat. So entschied der Bundesgerichtshof (BGH): Wenn der Mann bei jedem Abschluß seine übrigen Versicherungen angegeben hätte, so wären die Verträge entweder gar nicht geschlossen worden, oder er hätte höhere Prämien zahlen müssen (Aktenzeichen 1 StR 691/84). (AV)

Zum 18. Mal: „Mainzer Tage der Fernseh-Kritik"

Das Buhlen um den Beifall

Die treffsicherste Pointe setzte, wiewohl unabsichtlich, Alexander Kluge, der Mann vom Film. Als er bei den diesjährigen „Mainzer Tagen der Fernseh-Kritik" seinen neuen Film „Der Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit" vorstellte, prägte er den Satz: „Wenn man diese Veranstaltung hier über die vielen Jahre verfolgt hat, könnte man auf die Idee kommen, es könne ewig so weitergehen. Aber in Wirklichkeit endet unser Jahrhundert schon in fünfzehn Jahren."

Kluge denkt an Zeitenwende. Der bescheidenere Betrachter wäre schon froh, würden einige der Abonnementsteilnehmer dieser seit 18 Jahren vom ZDF immer wieder tapfer und geduldig in Szene gesetzten Diskussionsveranstaltung zwischen den Machern und den Mäklern wenigstens die kleinen, konkreten Veränderungen wahrnehmen, die sich zwischen dem Medium Fernsehen, seinen Programmen und seinen Zuschauern in den letzten Jahren vollzogen haben.

Aber das geht weiterhin immer noch nach den alten Denk- und Argu-

Aspekte extra – ZDF, 23.35 Uhr

mentiermustern. Die Kritiker attackieren die Macher. Das Programm sei zu trivial, in den Hauptsendezeiten buhle es ausschließlich um Einschaltquoten und den Beifall der Massen. Unterstützt werden sie von denen, die sich in den Anstalten unterbewertet fühlen: Wenn man sie nur ließe, würden sie diese besseren, anspruchsvolleren Sendungen jederzeit machen.

Und dann wehren sich die Programmverantwortlichen. Erstens stimme das so gar nicht. Zweitens sei man auch der großen Zuschauermehrheit verpflichtet. Und drittens gelte es doch, die dräuende Konkurrenz der mächtigen Privaten abzuwehren.

Den Part des Angreifers spielte in diesem Jahr am überzeugendsten die Münchner Kritikerin Cornelia Bolesch von der „Süddeutschen Zeitung". In beinahe rührender Direktheit prägte sie – ihren Widerpart, ZDF-Programmdirektor Alois Schardt, dabei listig aus dessen Reden und Interviews zitierend – die Formel, ein öffentlich-rechtliches Fernsehen müsse auch in den Hauptsendezeiten stets den Versuch machen, „die Mehrheit mit den vielen Minderheiten zusammenzubringen, mit ihnen bekannt zu machen, Integration zu stiften". Wörtlich: „Dafür kriegen Sie ja auch die Gebühren."

Schardt wehrte sich, wie es vor ihm seit 18 Jahren die Kollegen tun: „Integration kann nicht heißen, daß alle Sendungen für die Mehrheit und für die Minderheiten zugleich attraktiv sein müssen. Das ist gar nicht möglich." Irgendwie sei auch öffentlich-rechtliches Fernsehen ein Gemischtwarenladen.

So wogte es wieder hin und her, wobei Frau Bolesch (der man zugute halten muß, daß sie schon aus Gründen ihres Alters vor 18 Jahren noch nicht dabeigewesen sein kann) sich zum Teil eindrucksvoll und schlüssig, wenn auch sicherlich ungewollt, als Interessenvertreterin des Privatfernsehens betätigte, dessen Überlebenschancen in der Tat stark dadurch bedroht sind, daß die Öffentlich-Rechtlichen inzwischen selbst fast alles machen, was sie vorher den Privaten an Trivialität und Massengeschmack vorgeworfen haben.

Fast ungehört verhallte da, was Bernward Frank, der bewährte Leiter der ZDF-Zuschauerforschung, beizutragen versuchte. Was einfühlsame Beobachter seit langem vermuten, belegte er jetzt durch Zahlen. Die berühmte scharfe Trennung zwischen Zuschauermehrheit und -minderheiten gibt es so gar nicht. Auch die Mehrheit besteht aus Minderheiten. Ob „Schwarzwaldklinik" oder „Kleines Fernsehspiel", ob 50 Prozent oder 0,5 Prozent Einschaltquote – etwa die Hälfte der Zuschauer besteht immer aus den sogenannten Viel- oder Allessehern, von denen niemand so genau weiß, warum sie die eine Sendung einschalten und die andere nicht. Diskutiert wurde über dieses interessante Phänomen leider fast gar nicht.

Immerhin, wenigstens ZDF-Intendant Professor Dieter Stolte trat aus der Macherdefensive heraus und entwarf ein wenig Zukunft. Ewig werde der augenblickliche Einschaltquoten-Ringkampf zwischen ARD und ZDF nicht dauern können: „Das wäre der Tod beider Systeme, es gäbe keinen Grund für Gebühren mehr." In den neunziger Jahren, wenn sich Serien wie „Dornenvögel" und Filme wie „Nobody ist der Größte", die am Sonntag gegeneinander standen, nur noch „im Besitz der Privaten" befinden, werden ARD und ZDF sich ein neues eigenes Profil suchen müssen.

JOACHIM NEANDER

KRITIK

Fröhliche Lemuren

Es ist eine alte Sehnsucht des dramatischen Gewerbes, den Ort zu finden, an dem sich alle Wege kreuzen und alle Figuren begegnen. Besonders scharf auf solche Treff-Punkte ist die triviale Absaat dieses Gewerbes, wie sie sich im Fernsehen breitmacht. Ein Traumschiff zum Beispiel braucht man nur immer wieder mal durchzuschütteln, und schon gibt es neue Konstellationen. Es ist wie ein Fußballspiel: immer der gleiche Rasen, die gleichen Figuren, die gleichen Verfahrensregeln.

Ein solches Traumschiff hat viele Erscheinungsformen. Das jüngste ist eine Klinik, in der sich Junge und Alte, Gesunde und Kranke, Gute und Böse trefflich durcheinandermischen lassen. Und billig ist es dazu: eine Dekoration für 20 bis 50 Folgen, nur ein Ensemble für ein halbes Jahr Sendung, da gewöhnt sich der Zuschauer so daran, daß es nach wenigen Folgen eigentlich schon keiner Handlung mehr bedarf.

Denn das Ensemble ist in die Familie integriert, kritiklos, distanzlos, wie Lembkes Schweinderl oder Schlappis Hütchen. Das Stück ist Resultat der abgefeimten Wirkungsforschung, und was da lieb vom Schirm lächelt, ist wie eine digitale Kalkulation: **Die Schwarzwaldklinik** (ZDF).

Die erste Folge dauert rund 95 Minuten, aber sie nutzt diese schöne, weite Zeitstrecke nicht etwa, um eine Geschichte zu erzählen, sondern füllt den Schirm mit allerlei Episoden, Häppchen gewissermaßen – ein Schnellimbiß, bei dem der Krebstod einer jungen Frau neben den Streichen des schäkerlustigen Assistenzarztes in der gleichen Menü-Spalte steht.

Manchmal nur scheint so etwas wie Ernsthaftigkeit auf in diesen Dekorationen eines ernsthaften Spielortes, aber bald ist alles abgehakt. Und man merkt, die Probleme sind keine Probleme, wie auch das Leben dieser fröhlichen Lemuren ein Pseudoleben ist: sie sind allesamt nicht aus Fleisch und Blut, sondern aus dem billigen Papier der Groschenhefte, die ja schon lange vor dem Fernsehen das Ärztemilieu ihrer Scheinwelt einverleibt hatten.

Wir werden mit diesem neuen Traumschiff leben können, nur: Hoffentlich wird keiner von uns krank.

VALENTIN POLCUCH

Ein Porträt zweier Leben

Wenn Ralf Schmidt aus Prenzlau am frühen Abend den Kofferraumdeckel seines Trabant zuklappt, dann hat er nicht nur eine Musikanlage im Wert von 15 000 Ost-Mark im Gepäck, sondern auch gleich ein ganzes Unterhaltungsprogramm. Sein Ziel: irgendein Gemeindesaal in der Umgebung der neu-brandenburgischen Kleinstadt. Ralph Schmidt ist einer von 6000 in der „DDR" lebenden „Schallplattenunterhaltern".

Etwa zur gleichen Zeit macht sich auch Reiner Rathemacher, genannt Charly, aus Soltau in der Lüneburger Heide mit seinem alten Mercedes auf den Weg in eine Hambosteler Discothek. Dort erwartet ihn eine vollelektronische Musikmaschinerie, die gleich das Zehnfache dessen gekostet hat, womit sich sein Kollege Schmidt aus Prenzlau begnügen muß.

Für die Reihe **Deutscher Alltag** (WEST III) hat Heike Mundzeck die beiden musikalischen Muntermacher porträtiert und mit dem Beitrag „Ick mach am liebsten uff Distanz" ein Stück deutsches Leben in Ost und West nahezu exemplarisch vorgeführt. Es gibt Gemeinsamkeiten. Die Wünsche der Jugendlichen unterscheiden sich kaum. Die Musik muß „in" sein. Möglichst das Neueste. Was die Erfüllung dieser Wünsche angeht, was das Berufsverständnis der Diskjockeys anbelangt, da allerdings trennen sich die Wege.

Ralf Schmidt, gelernter Fernmeldeingenieur, hat sich nicht einfach so auf die Bühne stellen können. Auch für sein Gewerbe haben die alles reglementierenden Behörden einen Karriereplan ersonnen. In Lehrgängen hat er gelernt, was er den Discobesuchern zumuten darf. 40 Prozent Westmusik, da nimmt man's ganz genau. Sein Fernziel: Er möchte Conférencier werden, „wenn die Einstufungskommission zustimmt". Charly hegt ganz andere Pläne. Hinter der Maske des modischen Anmachers verbirgt sich der nüchterne Geschäftsmann. Er strebt die Teilhaberschaft an seinem Diskobetrieb an.

Porträt zweier Leben. Ein Filmbeitrag, der sich wohltuend jeder ideologischen Betrachtung enthielt. Mit dem Gespür für Menschen in den Zwängen und Möglichkeiten ihrer gesellschaftlichen Lebenssituation gelang es der Autorin, Szenen zu zeichnen von dokumentarischem Wert.

WOLFGANG WISCHMEYER

ARD 

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info Arbeit und Beruf
10.00 heute
10.05 Fußball-Europapokal
10.40 Die Schwarzwaldklinik
11.25 Kulturweltspiegel
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Ein Nest voller Spaßvögel
Höhepunkte aus „Solo für Spaßvögel"
Regie: Arno Imhoff
16.55 Für Kinder
Vom Pfadfinderlager
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Forsch und fit, faul und fett
Das neue Gesundheitsbewußtsein
Film von Klaus Rentzsch und Conrad Schurbohm
21.00 Die Unbekannten im eigenen Haus
Fernsehfilm nach einem Roman von Georges Simenon
Mit Walter Buschhoff, Anja Jaenicke, Martin Blau u. a.
Buch: Herbert Asmodi
Regie: Bernd Fischerauer
Der eigenbrötlerische Rechtsanwalt Hector Loursat wird recht unsanft aus seiner Eremitei gerissen. Er findet einen Toten in den eigenen Räumen. Plötzlich sieht sich der Witwer gezwungen, sich mit seiner Tochter zu beschäftigen.
22.30 Tagesthemen
23.00 Überflug
Momentaufnahmen aus unserem Alltag
Film von Benton Claus Lombard
Mit Phantompilot Major Jochen Mißfeldt
Kamera: Reiner Schaeffer
0.05 Tagesschau
0.10 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Bild(n)er der Chemie
Wiederholung von fünf Folgen
1. Folge: Justus von Liebig
Vom fruchtbaren Boden der Wissenschaft
anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tips für Aktive
Mit Tieren leben: Hunde (2)
Wenn's passiert ist ... (7)
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Nervensäge
Der Sensationsreporter
Mit Didi Hallervorden u. a.
19.00 heute
19.30 Melodien für Millionen
Aus Bremen präsentiert Dieter Thomas Heck die Liederwünsche der Zuschauer.
21.00 Kinder Kinder
Vaters Los, arbeitslos
Bericht von Reinold Schnatmann
21.45 heute-journal
22.05 Ist die Unesco noch zu retten?
Eine Weltorganisation zwischen Kultur und Politik
Bericht von Gunter Päus
22.50 Apropos Film
Von Helmuth Dimko und Peter Hajek
23.35 Aspekte extra
Das unsichtbare Programm
Macher – Mittler – Merker
Bericht von den Mainzer Tagen der Fernseh-Kritik
0.05 heute

SAT 1

13.30 Kum Kum
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
15.00 Quiz
15.30 Musicbox
16.30 Die Bären sind los
17.00 Kobra, übernehmen Sie
18.00 Abenteuer Wildnis
18.30 APF blick
18.45 Die Trapp-Familie
Deutscher Spielfilm (1956)
20.30 Holiday Island
21.20 Der Frauenarzt von Bischofsbrück
21.30 APF blick
22.15 Meteor
Amerikanischer Spielfilm (1949)
23.25 APF blick

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.30 Derrick
Lissas Vater
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild
21.35 Kulturjournal
21.45 Der Friede von Locarno
Eine szenische Reportage
22.30 Aspekte extra
0.05 Nachrichten

RTL-plus

19.30 Delvecchio
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Die Pistoleros
21.55 RTL-Spiel
22.05 Stellenmarkt
22.35 Wetter
22.36 Horoskop
22.41 Betthupferl

III.

WEST
17.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Unter Verdacht
Amerikanischer Spielfilm (1944)
Mit Charles Laughton u. a.
Regie: Robert Siodmak
21.35 Filmtip
„Im Jahr des Drachen"
21.45 Landesspiegel
Mülldeponie Mechernich
22.15 lyrics
Aufzeichnung einer Veranstaltung im Spielzeugzelt „Het Danspaleis"
23.30 Tips für Leser
Julien Green „Paris"
23.40 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Formel Eins
19.15 Mit allen Wassern gewaschen: das Bläßhuhn
19.45 Herbst in Finnland
20.00 Tagesschau
20.15 Bildnis einer Unbekannten
Deutscher Spielfilm (1954)
Mit Ruth Leuwerik u. a.
Regie: Helmut Käutner
21.45 Bücherjournal
22.35 Die stolze Mette
Dänische Fernseh-Oper
23.35 Nachrichten

HESSEN
18.30 WDR – Computerzentrale
19.05 Autoreport
19.20 Die mißbrauchten Liebesbriefe
Schweizer Spielfilm (1940)
Mit Alfred Rasser, Anne-Marie Blanc, Paul Hubschmid u. a.
20.50 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Notizen vom Nachbarn
22.30 Delle und Beulen

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Der fröhliche Weinberg
Volksstück von Carl Zuckmayer
Mit Erwin Linder, Joachim Teege u. a.
Regie: Erwin Pfeiffer
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Ich war dabei
Zuflucht in Istanbul
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Vierländereck
22.30 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.45 Spaziergang durch Nancy

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Martin Luther
3. Die Geheimnisse des Antichrist
20.40 Z. E. N.
20.45 Feldkreuz, Marterl und Kapelle
21.30 Rundschau
21.45 Spiegelbilder
22.00 Die letzte Metro
Französischer Spielfilm (1980)
Mit Catherine Deneuve u. a.
0.10 Rundschau
0.15 Actualités



Weg mit der Pickelhaube

gur. – Mit naßforscher Art ist dem Kreisheimatpfleger von München, Alexander Freiherr von Branca, einem der streitbarsten und renommiertesten Architekten der Bundesrepublik, nicht beizukommen. Das mußte selbst Edmund Stoiber, der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, jetzt in einer Fernsehdiskussion des III. Bayerischen Programms erleben. Als von Branca, der mit Engelszungen für einen Kompromiß im Streit um den Neubau der Staatskanzlei eingetreten war, von Stoiber abgefertigt wurde, da sei nun nichts mehr zu machen, richtete sich der 67jährige auf und sagte mit leiser, scharfer Stimme: „Dann kann ich als Heimatpfleger das Projekt nicht mehr akzeptieren."

In der vorangegangenen Diskussion waren noch einmal einige völlig unvereinbare Argumente gegen den Neubau am Rande des Hofgartens vorgetragen worden. Ernst Maria Lang, Präsident der bayerischen Architektenkammer, forderte: Weg mit der „preußischen Pickelhaube", dem im Krieg verschonten Kuppelbau des alten Armeemuseums, der mit dem Neubau „unmöglich verschmolzen werden" könne; Professor Mettinger, der Architekturhistoriker, wollte Kuppel und Neubau aus dem Hofgarten ausgrenzen und ein weiteres Gebäude dazwischenschieben – Vorschläge, die in der Tat bedeuten würden, daß die Diskussion von vorne anfängt und München noch einmal Jahrzehnte auf die Vollendung des Hofgartens warten müßte.

Aber warum wurde mit Fleiß überhört, daß von Branca, dem München unendlich viel verdankt, einen salomonischen Vorschlag zur Güte gemacht hatte? Nicht der geplante Baukörper als solcher, nur die dem jungen Architektenteam mißglückte Detailgestaltung solle noch einmal sorgfältig überarbeitet werden. Es sollte nicht zu spät sein, diesen Rat zu beherzigen. Stoiber braucht sich dabei nur selber treu zu bleiben, wenn er sagt: „Das Bessere ist der Feind des Guten".

Zwei Ausstellungen über den Maler Johann Roos

Auch er war in Arkadien

Als Goethe im September 1786 zum erstenmal nach Italien kam, erschienen ihm Land und Leute wie von Johann Heinrich Roos gemalt. Der Name, hundert Jahre nach des Malers Tod, war offenkundig ein aussagestarker, gemeinverständlicher Begriff damals. Heute muß man ihn, oftmals vergeblich, erst nachschlagen und erhält unterschiedliche Auskunft. Hier könnte eine Ausstellung – genaugenommen sind es zwei Ausstellungen – in Kaiserslautern womöglich Abhilfe schaffen.

Warum in Kaiserslautern? Johann Heinrich Roos wurde ganz in der Nähe, im pfälzischen Reipoltskirchen, 1631 geboren. Der Vater war Maler und Anstreicher; auch seine Brüder, Söhne, Neffen, Enkel und Urenkel wurden Maler, bis in die fünfte Generation. Die Wirren des Dreißigjährigen Krieges verschlugen die Familie nach Amsterdam. Dort genoß Johann Heinrich, noch im Knabenalter, die holländische Schule des goldenen Jahrhunderts der niederländischen Malerei direkt an der Quelle. Er ging bei dem Historienmaler Guilliam Dujardin, dem Landschafter Cornelis de Bie und dem Porträtisten Barend Graat in die Lehre.

Derart vielseitig ausgebildet und infiziert mit einer lebenslangen „Sehnsucht nach dem Süden", kehrte Roos nach den westfälischen Friedensschlüssen nach Deutschland zurück. Er bekam Aufträge von Kirchen und Klöstern, arbeitete für den Landgrafen von Hessen und für den pfälzischen Kurfürsten als Hofmaler in Heidelberg. Vergeblich strebte er diese Stellung bei dem kunstsinnigen Mainzer Kurfürsten Johann Philipp von Schönborn an, der sich als katholischer Erzbischof aber einen Hofmaler reformierten Glaubens wohl nicht leisten konnte.

Weil er den falschen Glauben hatte, blieben Roos auch in Frankfurt die Bürger- und Zunftrechte versagt. Dennoch konnte er fast zwanzig Jahre lang erfolgreich dort arbeiten. Seine Bilder wurden gehandelt wie die besten Niederländer. Auch Goethe gehörte zu seinen Sammlern. Auf der Höhe seines Ruhms kam Johann Heinrich Roos bei einem Großbrand auf der Frankfurter Zeil am 2. Oktober 1685 ums Leben, drei Tage nach seinem 54. Geburtstag.

Die 300. Wiederkehr des Todestages war Anlaß für die Kaiserslauterner Ausstellungen. Die Pfalzgalerie zeigt 63 Ölbilder, das Theodor-Zink-Museum rund 50 Zeichnungen und 30 Radierungen. Hier wimmelt es nur so von Schafen, Ziegen, Ochsen und Kühen, und man begreift, warum Roos mit Klischeetiteln wie „König der Tiermaler" (A. Bartsch) und „Raffael aller Viehmaler" (H. S. Hüsgen) geschmückt wurde. Freilich ist es ein allzu häufig begangener Irrtum, das Talent dieses Malers auf die Tierdarstellung einzuschränken.

Die Ausstellungen zeigen in hundert Bildern und Zeichnungen bukolische, arkadische Landschaften, bunt und lebhaft bevölkert von Menschen und Tieren, schwer zu lokalisieren. Roos malte das Heidelberger Schloß ungeniert mitten in die römische Campagna. Man darf dieses „Capriccio" als beispielhaft für seine Kunst betrachten, die Landschaftselemente des Südens wie des Nordens, Mensch und Tier, Mythos und Idylle in reich bewegten Kompositionen von leuchtender Farbigkeit zu eigenen Bildern zusammenfügte.

Doch vergessen wir daneben nicht den vorzüglichen Porträtisten Roos, der sich in Kaiserslautern mit eindrucksvollen Selbstdarstellungen, seriösen Bürgerbildnissen, eleganten höfischen Figurenbildern und Porträts überzeugend in Erinnerung bringt. (Bis 24. 11. 85; Katalog 28 Mark)

EO PLUNIEN



„Italienische Landschaft mit Bauern, Vieh und Ruinen", 1685 von Johann Heinrich Roos gemalt FOTO: KATALOG

Essen: Bizets „Carmen" unter Petrika Ionesco

Hier ist der Teufel los

In Paris, bei Meyerbeers „Robert le Diable", ließ Petrika Ionesco vor ein paar Monaten das Phantom der Oper rund ums Palais Garnier fliegen. Solchen totalen Regiespuk mußte er sich am kleinen Theater von Essen natürlich verkneifen, als er dort jetzt Bizets „Carmen" inszenierte. Aber auch hier ist zuweilen der Teufel los auf der Bühne.

Eine merkwürdige Veranstaltung: Mal stehen und sitzen die Sänger herum, als seien sie von aller Regie im Stich gelassen, dann jedoch setzt plötzlich ein Treiben auf der Bühne ein, daß man nicht mehr weiß, wohin man zuerst schauen soll. Mit der guten Nase eines alten Theaterhasen wählt Ionesco diese turbulenten Szenen alles andere als zufällig. Er hilft genau jenen Szenen auf die Sprünge, die sonst in der „Carmen" gern durchhängen.

Die Essener „Carmen" gehört zu den spannendsten Aufführungen dieses Werks, die es seit geraumer Zeit zu sehen gibt. Sie kommt der Ponnelles durchaus gleich, sticht die Münchner und Salzburger Versuche glatt aus. Da spielt auch der Dirigent Heinz Wallberg mit, der Bizets Musik vielleicht nicht gerade delikat, aber zündend und schmissig vortragen läßt.

Ein Glücksfall ist die Besetzung der Carmen mit Nadine Denize. Sie bringt nicht nur das angeborene französische Sprachtimbre für die Rolle mit, sondern auch einen üppigen, dabei leicht ansprechenden, tändelnden Mezzosopran. Wenn jemals eine Carmen ihre Stimme tanzen ließ, dann ist es Nadine Denize, die in ihrem heimatlichen französischen Repertoire doch stärker zu beeindrucken vermag als mit ihren Wagner-Rollen.

Neben ihr der kraftvolle Giorgio Aristo als Don José, Suzanne Sonnenschein als ganz und gar nicht zimperliche Micaëla und Armand Arapian als Escamillo mit einem guten Schuß spanischer Unheimlichkeit – das ist ein Ensemble, das die Begeisterung, die ihm entgegenschlug, verdiente. Mit solchen Leistungen braucht sich die Essener Oper nicht zu fürchten vor dem riesigen Aalto-Neubau, der ja bald gefüllt werden will.

REINHARD BEUTH

Wider den Kitsch der Muralisten – Ein Interview mit dem mexikanischen Zeichner José Luis Cuevas

Zurück zum Ernst der Präkolumbianer

Das verheerende Erdbeben in Mexiko-Stadt hat auch viele der dortigen Mauermalereien an öffentlichen Gebäuden beschädigt oder gar zerstört. Wie groß der Schaden wirklich ist, läßt sich noch nicht abschätzen. Die Meinungen über den Wert dieser im Ausland meist vielbewunderten Malereien waren in Mexiko stets geteilt. Die WELT sprach darüber in Mexiko-Stadt mit José Luis Cuevas, der schon immer zu den Skeptikern zählte. Cuevas (51) ist einer der angesehensten und anregendsten bildenden Künstler Mexikos; mit dem Graphik-Zyklus „Die Welten von Kafka und Cuevas" errang er Weltruhm.

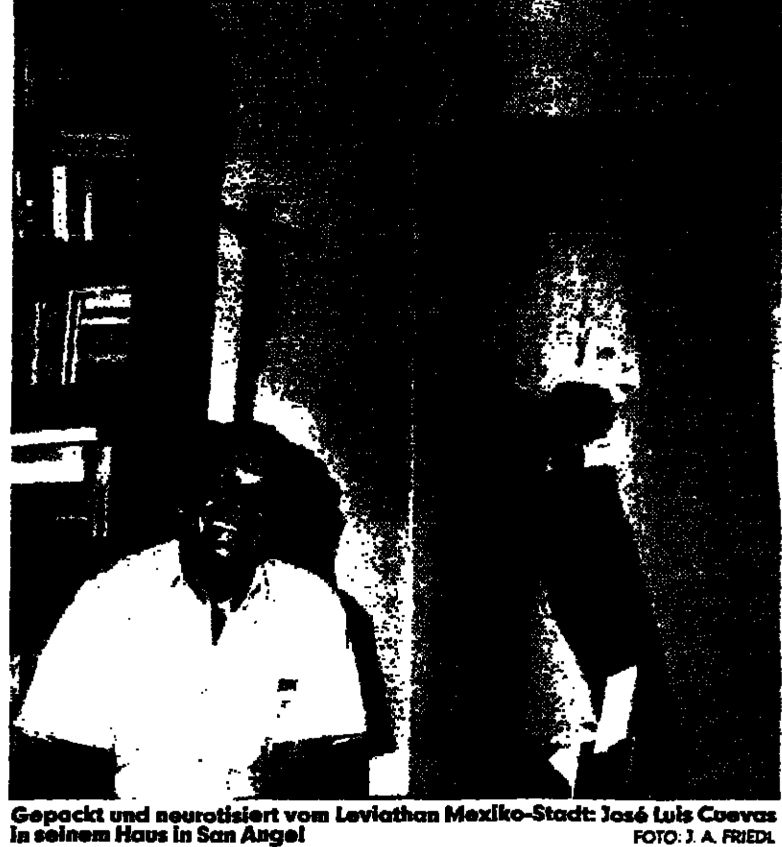
WELT: Herr Cuevas, spiegeln Ihre Werke die apokalyptische Stimmung wider, die auch schon vor dem Beben in der überfüllten, chaotischen Metropole Mexiko-Stadt geherrscht hat?

Cuevas: Ja, ich fühle mich als ein Maler, der ganz eng mit der ungeheuerlichen Entwicklung dieser Stadt verbunden ist. Schon als ganz junger Mann stellte ich mich gegen die damals so verbreitete ländliche Malerei Mexikos, d. h. gegen eine Malerei, die ihre Themen weit weg von der Hauptstadt suchte. Ihre wichtigsten Vertreter waren Diego Rivera und die Nachfolger der sogenannten „mexikanischen Schule", die sich vor allem in ihren Wandmalereien mit Agrarproblemen auseinandersetzten.

WELT: Aber kann denn ein Künstler in, mit und für diesen Leviathan Mexiko-Stadt überhaupt leben? Läuft er nicht stets Gefahr, von ihm verschlungen zu werden?

Cuevas: Das Leben hier in Mexiko-Stadt ist für einen Künstler in der Tat außerordentlich schwierig. Es fördert keineswegs seine künstlerische Entwicklung und gibt ihm auch nicht die notwendige Ruhe. Deshalb flüchte ich mich immer wieder nach New York oder Paris, zum Beispiel, wo ich ein Atelier habe. Trotzdem kann ich nie lange von hier fortbleiben. Ich habe sozusagen eine Neurose namens Mexiko-Stadt und muß immer wieder nach hier zurückzukehren, um abermals diese Luft einzuatmen, die man nicht einatmen sollte.

Ich möchte auch immer wieder bestimmte Wahrheiten über die Politik und die Gesellschaft der Mexikaner loswerden, wie ich sie nur *vor Ort* äußern kann. Doch stets mit *Worten*, nie durch meine Malerei. Ich glaube nämlich, daß ein Künstler nicht in den Fehler verfallen darf, Kunst und Politik miteinander zu vermischen. Mexiko ist heute für mich so etwas wie ein verwesender Leichnam, aus dem viele meiner Landsleute immer noch versuchen, Profit zu schlagen. Dazu gehören viele Intellektuelle, die geradezu einen Zwang verspüren, öffentlichen Subventionen, Staatsämtern und staatlichen Gunstbezeugungen nachzulaufen.



Gepackt und neurotisiert vom Leviathan Mexiko-Stadt: José Luis Cuevas in seinem Haus in San Angel FOTO: J. A. FRIEDL

WELT: Sie erwähnten vorhin den Muralismus, diese weltbekannte Wandmalerei. Versuchten die Muralisten nicht, so etwas wie eine kritische Haltung einzunehmen?

Cuevas: Ganz und gar nicht. Zur Zeit Diego Riveras und Siqueiros' gab es niemals so etwas wie eine kritische Malerei. Ich bin sogar der Meinung, daß man von einer Verschwörung zwischen der Regierung und den Muralisten sprechen kann. Der Muralismus war keine kämpferische Malerei. Die Muralisten waren Leute, die Regierungsaufträge erfüllten. Auch David Alfaro Siqueiros machte da keine Ausnahme, auch wenn er Stalinist war und Trotzki umbringen wollte.

WELT: Ist der Muralismus Ihrer Meinung nach heute tot?

Cuevas: Der Muralismus, so wie wir ihn kannten, ist tot. Dieser demagogische Muralismus, der kaum ästhetische Werte aufwies, dafür aber um so mehr mit politischer Aussage überlastet war, dieser laute, schreiende, pamphletartige Muralismus hat aufgehört zu existieren. Ich bin nicht traurig darüber. Ich war der erste, der gegen die Muralisten protestierte, als ganz junger Mann schon in den fünfziger Jahren. Heute erhebt Rufino Tamayo den Anspruch, der erste gewesen zu sein. Das stimmt aber nicht. Rufino hat nie öffentlich gegen Rivera und Siqueiros gesprochen, als sie noch lebten. Auch seine Malerei war im Grunde keine Kampfansage an den Muralismus, da er eigentlich nur die europäische, oder genauer: die französische Schule fortsetzte, die in Mexiko keinen Anklang fand.

WELT: Aber auch Ihr eigenes großes Vorbild heißt ja Pablo Picasso.

Cuevas: Ja, Pablo Picasso ist der Künstler unseres Jahrhunderts, für den ich am meisten Bewunderung empfinde. Und zwar vor allem deshalb, weil er für mich der größte *Zeichner* unserer Tage ist. Ich selbst bin ein Zeichner, war es schon immer, von meiner ersten Ausstellung, die ich mit 14 Jahren in Mexiko-Stadt hatte, bis hin zu der Ausstellung „Intolerancia", die gerade jetzt nach dem Erdbeben hier gezeigt wird.

Ich bin immer ein Verfechter dieser Kunstgattung in Lateinamerika gewesen, weil ich der Meinung bin, daß die Zeichnung die Kunstform ist, die in Lateinamerika wirklich verwurzelt ist. Mit ihr können wir uns identifizieren, und sie hilft uns auch, uns gegen importierte Modeerscheinungen aus Europa oder New York zu wehren. Sie ist eine „arte povera", wie sie die Italiener nennen würden, und insofern für unseren Kontinent besonders gut geeignet. Man braucht nur ein Stück Papier, einen Bleistift und Tinte und ist nicht auf kostspielige Materialien angewiesen.

WELT: Stimmt es, daß Sie, wie man in der Szene erzählt, Picassos Tod vorausgeahnt haben?

Cuevas: 1973 war ich sehr krank, und eines Nachts – es war mit der Zeitverschiebung zwischen Mexiko und Europa genau der Zeitpunkt, da Picasso auf dem Sterbebett lag – hatte ich einen seltsamen Traum. Ich träumte, ich läge in einem Armenkrankenhaus, neben einem alten Mann, der mit dem Tod rang. Er schrie voller Angst, wand sich verzweifelt hin und her, tat alles, um das Unabwendbare abzuwenden. Unterdessen aber fühlte ich, wie es mir zunehmend besser ging. Dem Alten blieb das nicht verborgen. Er wurde wütend, weil er sah, daß ich am Leben bleiben würde. Plötzlich packte er einen Stock und schlug auf meine linke Körperhälfte ein. Der heftige Schmerz riß mich aus meinem Traum.

Am nächsten Morgen rief mich ein Journalist vom „Excelsior" an. Er teilte mir mit, daß Picasso gestorben war, und bat mich um eine Stellungnahme. Das Seltsame aber ist, daß es mir von diesem Zeitpunkt an ständig besser ging. Auch von meinem Herzleiden bin ich seitdem anscheinend völlig geheilt.

WELT: Mit der gegenwärtigen Ausstellung „Intolerancia" wollen Sie sich als Zeichner verabschieden, wollen künftig nur noch als Bildhauer arbeiten. Warum?

Cuevas: Meine wirkliche *Neigung* galt von jeher der Bildhauerei. Schon auf meine ersten Zeichnungen, die ich mit elf oder zwölf Jahren anfertigte, schrieb ich „Entwurf für eine Skulptur". Das heißt, ich hatte schon immer den Wunsch, Skulpturen zu entwerfen. Und diesen Wunsch will ich jetzt endlich in die Tat umsetzen. Die mexikanische Bildhauerei ist im Grunde eine Fortsetzung der präkolumbianischen Kunst, und die präkolumbianische Kunst ist eine Kunst der Formen, der Skulpturen und nicht der Farben. Mexiko ist seiner Tradition nach ein Land der großen Zeichner, die ihre Werke in herrliche Keramiken, in großartige Skulpturen umgesetzt haben.

Andererseits habe ich Mexiko immer in Schwarzweiß erlebt und empfunden. Ich glaube, daß die Farbenpracht eines Diego Rivera zum Beispiel eine einzige Lüge ist, daß er und andere Muralisten damit ein verkitschtes Bild von Mexiko gezeichnet haben, das dem Klischee der Ausländer entsprach, mit der Wirklichkeit aber nichts zu tun hatte. Mexiko ist ein melancholisches Land, ein Land in schwarz-weißen Tönen – und eben ein Land, das auf eine lange Tradition in der Bildhauerkunst zurückblicken kann. Wenn ich mich jetzt, so spät in meiner künstlerischen Laufbahn, für den Schritt zur Skulptur entscheide, dann will ich zu der alten Bildhauertradition der Mexikaner zurückkehre. Gegen den bunten Kitsch der Muralisten die ernsten Skulpturen der Präkolumbianer – so lautet mein Programm.

JOSE A. FRIEDL ZAPATA

Begegnung der dritten Art: Der Film „Cocoon"

Noch mal zwanzig sein!

Für ein paar alte Leutchen, Insassen eines Seniorenwohnheims an der Südküste Floridas, geht ein Menschheitstraum in Erfüllung. Ihre Gebrechen, ihre Unbeholfenheit, ihre Müdigkeit, kurz: all das, was das Dasein im Alter so beschwerlich macht, fällt plötzlich von ihnen ab.

Sie strotzen wieder vor Lebenslust, sind so knackig und jugendfrisch wie einst im Wonnemonat Mai, begehen wohl auch noch einmal die alten Torheiten neu. Sie hechten morgens in den Swimmingpool und legen abends im Ballsaal eine kesse Sohle aufs Parkett. Und auch in Sachen Sex läuft einiges wie früher.

In Ron Howards Film „Cocoon" werden wir Zeugen dieser unglaublichen Verwandlung. Howard, dreißig Jahre alt und mit seiner Komödie „Splash – Jungfrau am Haken" unlängst zu einigem Ruhm gekommen, hat für seinen zweiten Spielfilm eine ganze Reihe altgedienter Recken aus Hollywoods Traumfabrik vor die Kamera geholt und sie noch einmal zu Höchstleistungen angespornt.

Selten sah man einen Film, der so turbulent, so witzig und einfallsreich, so ohne jede Rührseligkeit von alten Menschen erzählt, der die Alten nicht vorführt wie Tiere im Zoo, sondern ihnen ihre Würde und Selbstständigkeit läßt. „Cocoon" ist aber nicht nur eine tiefsinnig-amüsante Komödie über das Alter. Es ist auch ein modernes Märchen im Gefolge von Spielbergs „E. T." und der „Star Wars"-Saga. Schließlich stammt Howard aus dem Umkreis von Georges Lucas' Hexenküche „Industrial Light and Magic" und will seine Herkunft auch gar nicht verleugnen.

So kommt es in seinem Film fast zwangsläufig zu einer mit Tricks und technischen Raffinessen reich gewürzten „Begegnung der dritten Art" zwischen den Altenheimbewohnern und ein paar Wesen von einem anderen Stern, die in Menschengestalt auf die Erde gekommen sind. Sie wollen Artgenossen holen, die sie – aus welchem Grund auch immer – vor zehntausend Jahren auf der Erde zurückgelassen haben. Die liegen seit jenen alten Tagen, in riesige Kokons eingebettet, in einer Art Tiefschlaf auf dem Grunde des Golfs von Mexiko.

Die vier Außerirdischen – drei Männer und eine Frau – deponieren die Kokons zunächst im Swimmingpool jenes einsamen, unbewohnten Landhauses, in dem sich tagtäglich die wackeren Alten tummeln und der durch die seltsame Einlagerung der muschelbewachsenen Rieseneier, die offenbar magische Ausstrahlungen haben, zum Jungbrunnen geworden ist.

Die Bergung der Kokons übrigens ist mit einigen filmischen Höhepunkten verbunden; Howards Unterwasseraufnahmen in grünlich-blauen Tönen sind ungemein faszinierend. Besonders die Delphine, die die extraterrestrischen Taucher umwirbeln und mit ihnen Zwiesprache halten, sind ihr Geld wert.

Wie endet eine solche Geschichte, die eine so ungewöhnliche Begegnung zwischen Irdischen und Außerirdischen erzählt? Sie endet, zumindest im Fall von Ron Howards Film, nicht ganz so überzeugend, so spannend und lustvoll, wie sie begann. Es gibt ein eher peinliches Tête-à-tête zwischen dem irdischen Steuermann, der sein Boot für die Bergung der Kokons zur Verfügung stellt, und der Schönen aus dem All, bei dem Blitze und Funken wie Kometen durch den Raum schießen.

Und es gibt ein Finale, das vor Rührseligkeit trieft: Die Außerirdischen nehmen knapp drei Dutzend alter Leute mit sich in ihre Welt, wo es „keine Krankheit, kein Alter, kein Sterben" gibt. Das Trüppchen wird mitsamt seinem Boot von einem riesigen Raumschiff aufgesogen und fährt geradewegs in den Himmel hinein.

Die jungen Leute im Kino finden das geschmacklos und pfeifen, nachdem sie vorher den Späßen der kauzigen Alten applaudiert haben. Und in der Tat ist dieses Ende ja auch befremdlich. Aber wer weiß – vielleicht ist der Aufstieg gen Himmel nichts anderes als eine moderne, den Weltraum-Märchen adäquate Metapher des Sterbens. Vielleicht ist er – wir haben Ron Howard nicht befragt – ein gnädiges, tröstliches Symbol für einen zwar unausweichlichen, aber doch glücklichen Tod.

DORIS BLUM

Dario Fos Stück „Zufällig eine Frau" in München

Elisabeths Luftsprünge

Wenn man sich das Programmheft des bayerischen Staatsschauspiels zur Dienstag-Premiere des Münchner Residenztheaters anschaut, hat man das beruhigende Gefühl: In der Dramaturgie sind sie doch recht besorgt, ob sich unser Staat auch richtig verhält. Da wird warnend an die große narzißtische Gleichschaltung erinnert, an die neuere „Verwandlung aller Bürger in Polizisten", und einer entdeckt wieder einmal in der staatlichen Gewalt „Terrorismus in seiner gesamten lebenszerstörenden Qualität".

Noch lieber wär's einem, die Dramaturgie könnte einen Sinn entwickeln für die Proportionen einer Aufführung. Und dafür, ob der dichte ideologische Dampf, den der Polit-Clown Dario Fo ja grundsätzlich zu seinen Stücken abläßt, sich dermaßen stumpfsinnig niederschlagen muß, wenn bloß eine so mäßig bewältigte Farce vorliegt wie „zufällig eine Frau: Elisabeth".

Dem vor Spiellaune strotzenden Jahrmarkt-Stil des von Fo für Fo gedachten Originals ist weder der Staatstheater-Ehrgeiz des Regisseurs Ulrich Heising bekommen noch der von Franz Koppendorfer unbeholfen montierte Schauplatz. In einer grauen, zu hoch gebauten Tiefgarage von Seilen gehalten ein rot glänzendes Zelt. Daneben ein Denkmal-Pferd (damit die Queen notfalls eines zur Hand hat, im Gegensatz zu Richard III., als der von ihrem Großvater besiegt wurde?). In der Mitte als Thronsessel ein verhüllter Zahnarztstuhl (Christo was here?). An den Seiten das Kostüm der Maria Stuart (Queen's Trauma). Und eine Schreibmaschine (an der auch mit Gänsekiel geschrieben wird). Auf dem Boden verstreut Reclam-Ausgaben von Shakespeare-Dramen, in denen die Queen entdeckt hat: Mit „Hamlet" ist sie gemeint, „ein hinterfotziger Anschlag auf mich und meine Politik!"

Für die zwei Tage im Leben von Elisabeth I. (7. und 8. Februar 1601, der Aufstand unter Essex) hält sich Fo überraschend genau an überlieferte Fakten, bis in die Eigenheiten der 67jährigen. Aber er zeigt davon nur eine plebejische bis ordinäre Version. Kabarettreif pointiert. Ohne Rücksicht darauf, daß so ein turbulenter Gesamtquatsch aus real & irre nicht zweieinhalb Stunden lang zündet. Abgesehen davon: Die schrille Wegwerf-Ästhetik des Stücks killt auch die Seriosität etwa eingespielter Polit-Hintergedanken.

Christa Berndl – die Queen zum Anfassen auf Thron und Bett! Mit Nachthemd und Krone, den Stock mit dem Schnappdolch schwenkend, stapft dieses verschrumpelte Schloßgespenst durch seine von Shakespeare und Schiller so nobel zugerichtete Geschichte. Elisabeth spuckt, flucht, schmeißt Stühle, macht Luftsprünge, winselt nach Robby (dem Essex) – Fo hat's genau nachgelesen, es stimmt auch das. (Lücken im Gebiß und schwarze Zähne hat er ihr erlassen). Sie übersteht diverse Überfälle – wohl auch deswegen, weil die Regie sie so dilettantisch arrangiert. Mit Filzstift redigiert sie im „Hamlet" Anstößiges, wie den „Übermut der Ämter". Sie linst durchs soeben erfundene Fernrohr nach Robby („Der Staat als Voyeur!"). Und in einer Schreckensparodie auf ihre Schönheitskuren werden ihr Super-Egel angesetzt.

Doch räsoniert sie zwischendurch staatsmännisch, und am Ende wird aus der königlich-kabarettistischen Knalltype eine entrückte Geschichtsphilosophin auf dem Zeltdach. Nach dem unvermeidlichen Appell an die „Würde dieses unseres Landes" bringt sie den Sieg über die Armada, die rollenden Köpfe von Maria und Essex durcheinander bis zu dem (offenbar systemkritischen) Entsetzensschrei einer Herrschenden: „Das ist mein Kopf!" Die Berndl steht auch das heroisch durch, sie läßt fast vergessen, daß Fo seiner Farce zuviel zumutet. Und daß kitschig endet, was komisch begann.

Komödiantischen Halt findet das Spiel bei Nikolaus Paryla. Wie er als eine Art Hof-Hexe den „Hamlet" pantomimisch und im Laut-Stenogramm als Schnellreferat vorbringt, wie er anglo-balkanensisch den Brief an Essex durch den Sprachwolf dreht, endend mit „urbi et craxi et arafat amen" – das macht gewaltig Spaß. Und zeigt nebenbei deutlich, wo auch Fos Stärke zu suchen ist.

ARMIN EICHHOLZ

JOURNAL

Hermann Lenz hält Poetik-Vorlesungen

dpa, Frankfurt

Der Münchner Schriftsteller Hermann Lenz wird die nächsten Poetik-Vorlesungen in Frankfurt halten. Im Sommer 1986 übernimmt er, nach dem Schweizer Autor Hermann Burger, die Gastdozentur für Poetik an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität. Diese Dozentur erfreut sich sechs Jahre nach ihrer Wiederbelebung großer Resonanz. Mindestens 1000 Personen haben seit 1979 durchschnittlich an jeder Vorlesung teilgenommen; etwa jeder dritte Interessierte kam nicht aus dem Hochschulbereich.

Berühmte Dirigenten für das Concertgebouw

dpa, Amsterdam

Das Concertgebouw-Orchester hat mit einer Reihe von weltbekannten Dirigenten Gastverträge abgeschlossen, um die Lücke, die durch das vorzeitige Ausscheiden des Chefdirigenten Bernard Haitink entsteht, zu überbrücken. Zu den verpflichteten Dirigenten gehören Leonard Bernstein, Eugen Jochum, Nikolaus Harnoncourt, Antal Dorati, Colin Davis. Am 1. September 1988 tritt Riccardo Chailly die Nachfolge Haitinks an. Haitink verläßt das Orchester nach der Spielzeit 1985/86, um die musikalische Leitung der Covent Garden Opera in London zu übernehmen.

Madrid zeigt Eberhard Schlotter

dpa, Madrid

Radierungen von Eberhard Schlotter, darunter Illustrationen zum „Don Quijote" von Cervantes, sind in der Madrider Nationalbibliothek zu sehen. Die Blätter sind eine Auswahl von 800 Radierungen, die der seit 30 Jahren in Altea an der spanischen Mittelmeerküste ansässige Künstler der Nationalbibliothek geschenkt hat. Der 1921 in Hildesheim geborene Schlotter war 1967/68 Professor der Hamburger Kunstakademie. Seit 1980 ist er Professor der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

Eine schwäbische Villa Massimo

dpa, Stuttgart

Nach dem Vorbild der römischen Villa Massimo soll in Stuttgart eine Künstler-Akademie zur Förderung des künstlerischen Nachwuchses geschaffen werden. Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth gab jetzt in Stuttgart einen Kabinettsbeschluß bekannt für die „bundesweit beispiellose Einrichtung", die vorraussichtlich 1990 ihre Tore öffnet. Außerdem soll eine Stiftung „Kulturgut Baden-Württemberg" gegründet werden. Ihr Ziel ist es, wertvolles Kulturgut im Südwesten zu halten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Zur Finanzierung der neuen Vorhaben will die Landesregierung zunächst 57 Millionen Mark zur Verfügung stellen.

Millionenspende an Covent Garden

dpa, London

Das königliche Opernhaus Covent Garden in London hat mit der Spende von 3,8 Millionen Mark die bisher höchste Schenkung einer Privatperson erhalten. Sie stammt von der 60jährigen Opern- und Ballettliebhaberin Jean Sainsbury aus London, die 1980 überraschend ein Vermögen geerbt hatte und es noch zu ihren Lebzeiten einem guten Zweck zukommen lassen will. Das Geld soll in einer Stiftung angelegt werden, die jährlich etwa dreihunderttausend Mark ausschüttet. Davon sollen abwechselnd alle zwei Jahre eine Opern- und eine Ballettinszenierung finanziert und Reparaturarbeiten ausgeführt werden.

Liselotte Strauss auf Schloß Wolbeck

N. M. Münster/W.

115 Gemälde, Monotypien und Zeichnungen von Liselotte Strauss, der diesjährigen Trägerin des Kulturpreises der Landsmannschaft Westpreußen, zeigt das Westpreußische Landesmuseum im Schloß Wolbeck in Münster. Ausgestellt sind Arbeiten mit Motiven westpreußischer Landschaften und Städte sowie neuere Arbeiten der heute in München lebenden Künstlerin, die nach Thüringen, Bayern, Schweden und in den Mittelmeerraum führen (bis 5. Januar, Katalog 2,50 Mark).

Privatfonds für Ostkirchen in Polen

JGG. Warschau

Polens Kirchenamtsministerium hat eine Privatstiftung zugelassen, die sich zur Aufgabe gesetzt hat, kunsthistorisch wertvolle Gotteshäuser und Friedhöfe der alten Ostkirche in Polen vor dem Verfall zu retten und zu restaurieren. Es handelt sich um die Stiftung der französischen Familie Pimonow, deren Präsident der Akustikprofessor Leonid Pimonow, im Vorkriegspolen ein Pionier auf dem Gebiet des Tonfilms, ist.

Ist der Tote von Brindisi der gesuchte „Parkplatz"-Mörder?

FLORIAN NEHM, Großbottwar

Der Selbstmord des gestern bei *Brindisi (Italien)* aufgefundenen Polizisten Norbert Pöhlke bringt Bewegung in einen Fall, der monatelang in Deutschland für Schlagzeilen gesorgt hatte, ehe es nach einer Fehlleistung der Polizei still um ihn wurde: Die Suche nach dem „Parkplatz-Mörder" und „Hammer-Räuber", dem in Baden-Württemberg drei Menschen zum Opfer fielen, scheint aufgeklärt zu sein. Der 34jährige Polizist, der seine ganze Familie ausgerottet hatte, ehe er sich in Italien durch einen Schuß in den Mund selbst richtete, gilt jetzt auch als der sogenannte „Parkplatz-Mörder", nach dem bislang eine 70köpfige Sonderkommission vergeblich gefahndet hatte. Als Indiz nannte die Polizei gestern das Faktum, daß die Todeskugeln des berüchtigten „Wald-Killers" aus der gleichen Walter P 5 Polizeipistole vom Kaliber 7,65 stammten, mit der Norbert Pöhlke seine Familie und sich umgebracht hat.

Zweifel bestehen insofern noch, als weder Pöhlkes Aussehen noch seine Fingerabdrücke mit jenen des „Hammer-Räubers" übereinstimmen. Dadurch enthält eine alte Theorie wieder Auftrieb, wonach der „Parkplatz-Mörder" und „Hammer-Räuber" nicht identisch sind.

Pöhlke, ein 34jähriger Hundeführer bei der Stuttgarter Diensthundestaffel, erschoß vermutlich schon vor einer Woche seine 34jährige Frau Ingeborg und seinen siebenjährigen Sohn Adrian. Sie wurden am Montag in ihrem Haus im Backnanger Ortsteil Strümpfelbach (Rems-Murr-Kreis) tot aufgefunden.

In Italien, wohin Norbert Pöhlke *geflohen war, entdeckten gestern* Spaziergäger am Strand von Torre Canne bei *Brindisi* die *Leiche* des Polizisten. Er saß, die Waffe noch in der Hand, mit *durchschossenem* Mund auf dem Beifahrersitz seines weißen *Mercedes. Auf dem Rücksitz* lag, seinen Teddybär noch im Arm, sein vierjähriger Sohn Gabriel – durch Kopfschuß getötet.

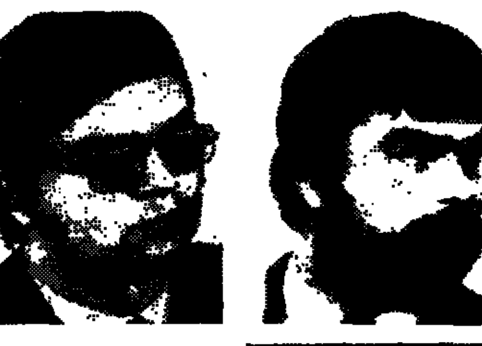
„Tal des Todes" nennen bitter gewordene Einwohner von Großbottbar ihren Landstich. Die Kette der Morde, die dem „Parkplatz-Killer" zur Last gelegt werden, hatte am 3. Mai 1984 auf einem Waldparkplatz bei Marbach am Neckar mit der Erschießung des 47jährigen Handlungsreisenden Siegfried Pfitzer begonnen. Am 21. Dezember 1984 fiel der 37jährige Engländer Eugene Richard Wethey wahrscheinlich demselben Täter zum Opfer. Als nächster starb Ende Juli der 26jährige Elektriker Wilfried Schneider aus Beilstein im Kreis Heilbronn.

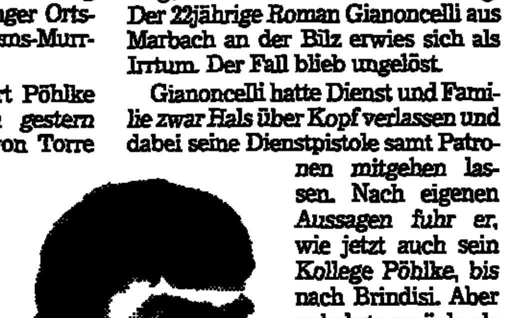
Immer waren es, wie auch jetzt bei der ermordeten Familie Pöhlke, Kopfschüsse. Und in allen Fällen fuhr der oder einer der Täter unmittelbar nach dem Mord mit dem Auto der Ermordeten bei kleinen Banken in entlegenen Ortschaften vor, wo er, mit einem Hammer – daher „Hammer-Täter" – auf die Schalterscheibe einschlagend, 84 000 Mark erbeutete.

In Großbottwar, dem „geographischen Mittelpunkt der Verbrechen", belegte das Stuttgarter Landeskriminalamt mit seiner Sonderkommission zuerst das Rathaus, dann die Schule.

Die Festnahme eines Polizisten im August erwies sich als Fehlschlag: Der 22jährige Roman Gianoncelli aus Marbach an der Bilz erwies sich als Irrtum. Der Fall blieb ungelöst.

Gianoncelli hatte Dienst und Familie zwar Hals über Kopf verlassen und dabei seine Dienstpistole samt Patronen mitgehen lassen. Nach eigenen Aussagen fuhr er, wie jetzt auch sein Kollege Pöhlke, bis nach Brindisi. Aber er kehrte zurück, als ihn ein Anruf seiner *Mutter* erreichte. Sie überredete ihn, sich zu stellen. Nach zweiwöchiger Untersuchungshaft stand fest: Die Schüsse stammten nicht aus seiner Dienstwaffe und auch sein Blut war nicht mit der des Täters identisch. Gianoncelli soll allerdings „schon aus charakterlichen Gründen" nicht mehr als Polizist beschäftigt werden.





Norbert Pöhlke – die Fotos zeigen den Polizisten 1971 (links oben) und 1980 – erschoß sich, *nachdem er zuvor* seine ganze Familie *ermordet hatte; zuletzt* den vierjährigen Gabriel (Foto rechts).

FOTOS: AP

Eine Burg verliert ihre Insellage. Nicht lange mehr, und die Rheinpfalz bei Kaub läßt sich zu Fuß erreichen. FOTO: AP

Der Rhein läuft sich selbst davon

Ein Strom zieht sich zurück, gibt sozusagen Boden frei: Der Rhein, Deutschlands meistbefahrene Wasserstraße, wird zum *Rinnsal*, mehr noch zum Wanderpfad für Schaulustige. Schuld daran ist das durch die trockene Wetterlage verursachte Niedrigwasser. Es hält nun seit fast drei Wochen an und soll vorerst so bleiben. Bei Kaub ist der Rhein um *mehr als 40 Meter geschrumpft*, der Pegelstand zeigte gestern man gerade noch *62 Zentimeter Wassertiefe an.* Die Rheinpfalz, im 14. Jahrhundert als Zollburg mitten im Fluß errichtet, präsentiert sich als trutzige Festung auf dem Trockenen; nur ein bandbreites Rinnsal trennt die Burg von der Promenade. „In den nächsten Tagen herrscht bei uns Hochbetrieb", erzählt Bürgermeister Gerd Winschermann der WELT und reibt sich die Hände. „Sehleute" en masse *dürften mit* Kind und Kegel antanzen, um das herbstliche Naturwunder zu bestaunen. Wie in Kaub sorgt der „Wassernotstand" auch in anderen Rheinufergemeinden für eine *gutbesuchte* Nachsaison: In Rüdesheim kraxeln die Schaulustigen sogar auf den trokkengefallenen Buhnen bis unmittelbar an die schmale Fahrrinne. Das Niedrigwasser legte Kiesbänke frei, Felsen und „Historisches", alte Bahngleise, verlorene Uhren und Gebisse. Doch was Ausflügler bewundern, be*reitet den Rheinschiffern* Probleme: Höchstens ein Drittel der Fracht kann noch geladen werden; Grundberührungen auf dem Mittelrhein sind an der Tagesordnung. In den *Niederlanden* erörtert man schon ein Nachtfahrverbot.

HEINZ KLUGE-LÜBKE

„Titanic"-Kapitän ist wieder „in"

SIEGFRIED HELM, London

Bei der Jagd um das Blaue Band mit der unsinkbaren „Titanic" war Kapitän Edward John Smith schon beim Start ein Nationalheld. Als er dann aber den Stolz Britanniens am 14. April 1912 nach einer Eisberg-Kollision auf Grund gefahren hatte, war er ein doppelt toter Mann: er hatte Leben und Reputation verloren.

Nun ist er plötzlich wieder gefragt. Zwar will ihn niemand rehabilitieren, *doch zwei Städte reißen sich um die* Ehre, sein Standbild zu besitzen. Was *den Buhmann Nummer eins von* Englands Handelsmarine postum zu *Ehren bringt, ist* sein soeben entdeckter Wert als Touristenattraktion.

Kaum ist das Wrack des Liners unweit Neufundlands geortet, kaum kündigten mehr oder weniger ernst zu nehmende Bergungsunternehmer an, man könne die „Titanic" wenn nicht heben, so doch ihre Schätze ausschlachten und vermarkten, da besinnt sich des glücklosen Kapitäns Geburtsstadt Stoke-on-Trent auf ihren lang verfehmten Sohn.

Angesichts der zu erwartenden Pilgerfahrten zur Werft der „Titanic", zu ihrem Abfahrthafen, zu den Museen mit gehobenen Schätzen des Schiffes will nun auch Stoke-on-Trent mithalten und Touristen anlocken.

Da es bereits ein *Denkmal* gibt, scheut die Geburtsstadt den finanziellen Aufwand für ein funkelnagelneues Denkmal. So ist es jetzt zu dem Tauziehen zwischen Stoke und Lichfield gekommen. Dort steht seit 71 Jahren Kapitän Smith in Bronze und blickt auf die Kathedrale. Man brauchte ihn nur vom Sockel zu heben und heimzuholen, meint der Stadtrat von Stoke. In Lichfield sieht man das anders. Denn aus den Archiven geht hervor, daß dieser bronzene Smith seinerzeit der Geburtsstadt Stoke zugedacht war, diese ihn jedoch verschmähte. Lichfield, ebenfalls in der Grafschaft Tafordshire gelegen, „erbarmte" sich damals. Entscheiden muß jetzt das Londoner Umweltministerium. (SAD)

LEUTE HEUTE

Pilz-Gerücht

Nach 14 Jahren wieder gemeinsam auf der Bühne: die beiden Ex-Beatles **George Harrison** und **Ringo Starr**. In den Londoner Studios des privaten britischen TV-Senders „Channel Four" wirkten die beiden Pilzköpfe bei der Aufzeichnung einer Sendung mit, die den amerikanischen *Rock-Veteranen und Mentor der Beatles,* **Carl Perkins**, würdigt. Die Ausstrah*lung der eine Million Mark* teuren Huldigung ist in Großbritannien für *Neujahr vorgesehen.*

Gesinnungswechsel

Rockstar **Sting**, der vor nicht allzu langer Zeit noch sozialistisch angehauchte Thesen vertrat und seine Pop-Kollegen ob ihres luxuriösen Lebensstils zu schulmeistern pflegte, weiß inzwischen die Vorzüge einer sicheren Geldanlage zu schätzen: Er kaufte nicht nur eine Strandvilla in Malibu, ein Apartment in New York und ein Landhaus in Irland, sondern *für nicht weniger als acht Millionen* Mark auch das im noblen Londoner Ortsteil Highgate gelegene Ziegelhaus Nr. 2. Der Vorbesitzer fühlt sich eher der Klassik verbunden: Violinvirtuose **Yehudi Menuhin**.

Wort- und geräuschlos

Bob und **Patricia Emerson** waren nicht nur verheiratet – sie lebten sogar zusammen, sprachen aber kein Wort miteinander. Sie aßen zu verschiedenen Zeiten und schliefen in getrennten Räumen. Das „lief" zwölf Jahre so. Dann übergab Patricia ihrem Mann einen Zettel mit der Aufschrift: „Ich will die Scheidung." Sein schriftlicher Kommentar: „O. k., Baby geh zum Anwalt."

Ziel- und fassunglos

Deutschlands neuer Lottokönig N. N. (Name der Redaktion bekannt), *der am Wochenende die Rekordsumme* von 6,982 Millionen Mark gewann, wurde von *Weinkrämpfen geschüttelt*, als er telefonisch die Höhe des Gewinns erfuhr. Dann schwang sich der 37jährige Schlosser auf sein Fahrrad und strampelte kreuz und quer durch Ludwigshafen, um den freudigen Schrecken zu verarbeiten. Zu seinen Zukunftsplänen wollte sich der Junggeselle nicht äußern. Den Gewinn hatte er mit einem Einsatz von 77 Mark erzielt.

Mondfinsternis: Farbenprächtiges Spektakel

AP, Bochum

Ein farbenprächtiges Himmelsschauspiel ist während der totalen Mondfinsternis am kommenden Montag in ganz Europa zu beobachten. Nach Angaben der Sternwarte Bochum tritt der Mond um 18.56 Uhr MEZ in den Kernschatten der Erde ein. In der Bundesrepublik Deutschland geht der Mond erst wenige Minuten danach *auf. Die totale Verfinsterung* beginnt um 18.20 Uhr und endet um 19.05 Uhr. Aus dem Kernschatten tritt der Mond wieder um 20.30 Uhr. Da der Vollmond durch die äußersten Partien des Kernschattens der Erde wandert, reichen die Farben bei dem Himmelsschauspiel vom tiefen Kupferrot bis Hellgelb-Orange.

Tod nach Rettung

AFP, Mexiko-Stadt

Eines der mexikanischen Babies, die noch Tage nach dem schweren Erdbeben vom 19. September aus den Trümmern geborgen wurden, ist gestern gestorben. Die Kleine war zwölf Tage vor dem Beben geboren und neun Tage nach der Katastrophe aus den Trümmern eines Krankenhauses geborgen worden. Drei weitere Neugeborene, die ebenfalls erst Tage nach dem Beben geborgen worden waren, sind dagegen wohlauf.

Kritischer Zustand

AFP, Harrisburg

Anthony Mandia (44), der erste Empfänger des neuen Kunstherzens „Penn State" befand sich gestern, fünf Tage nach dem Eingriff, in kritischem Zustand. Das Spenderherz, das ihm noch am selben Tag eingepflanzt werden sollte, hatte plötzlich aufgehört zu schlagen. Wie ein Sprecher des „Hershey"-Krankenhauses bekanntgab, ist eine allgemeine Depression der Gehirnfunktionen mit schwankenden Bewußtseinszuständen des Patienten eingetreten.

Urteil zur Einbürgerung

AP, Kassel

In einem Prozeß gegen das Land Hessen hat der hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel im Berufungsverfahren bestätigt, daß Ausländer, die sich etwas zuschulden kommen lassen, nicht die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Der VGH wies in zweiter Instanz die Klage eines Ausländers ab, der in Deutschland von Sozialhilfe lebt und die hiesige Staatsangehörigkeit erwerben wollte. Gegen den Mann haben bereits mehrere Verfahren geschwebt, die jedoch wegen seiner Verhandlungsunfähigkeit eingestellt wurden (Az.: VGH 7 UE 1094/84).

Fünf Patienten verbrannt

dpa, Angouleme

Fünf ältere Patienten sind in der Nacht zu gestern bei einem Brand im Krankenhaus von Barbezieux in der Nähe der südwestfranzösischen Stadt Angouleme ums Leben gekommen. Das Feuer brach gegen 01.30 Uhr vermutlich in einem Laborraum im Keller des Krankenhauses aus.

670 Taifun-Opfer

AP, Tokio

Den schweren Wirbelstürmen, die in der vergangenen Woche über Teile Asiens hinwegfegten, sind nach Berichten aus Hanoi 670 Menschen zum Opfer gefallen. 300 Menschen werden vermißt. Damit erhöht sich die Zahl der Opfer der Serie von Wirbelstürmen in Südostasien auf über 2000.

Quer durch die USA

AFP, New York

Eine Menschenkette von mindestens sechs Millionen Teilnehmern vom Atlantik zum Pazifik plant die amerikanische Hilfsorganisation „USA for Africa" im kommenden Frühjahr. Mit dieser Kundgebung will die Organisation die Aufmerksamkeit der Amerikaner auf die Armut in Afrika lenken. Woher die Organisatoren die vielen Teilnehmer nehmen wollen, ist nicht bekannt.

ZU GUTER LETZT

„Das Triviale sehe ich durchaus als Transmissionsriemen für die Hervorhebung positiver Grundmuster einer Gesellschaft. Trivialität im Fernsehen bedeutet von der Breite der Rezeption her gesehen die Reduktion der menschlichen Komplexität auf eine allgemeine Verständnis- und (Nach-)Empfindungsebene." So sah *ZDF-Programmdirektor* Alois Schardt *über das Triviale in der neuen Serie „Die Schwarzwaldklinik".*

WETTER: Meist sonnig

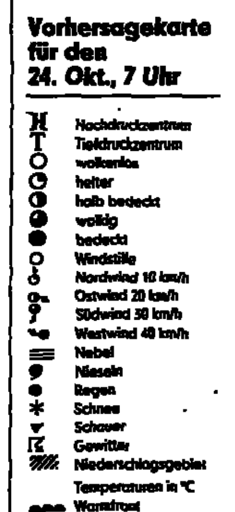
Lage: Das kräftige Hochdruckgebiet über der Ostsee und Polen bleibt auch für die nächsten Tage wetterbestimmend und lenkt weiterhin sehr trockene Festlandluft nach Deutschland.

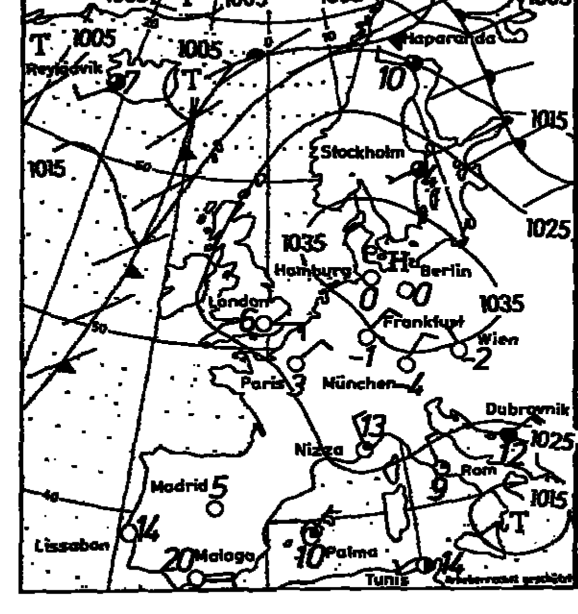
Vorhersage für Donnerstag: In Norddeutschland und in Bayern gebietsweise Frühnebel. Sonst sonnig und trocken. Die Tageshöchsttemperaturen liegen zwischen 9 und 13 Grad. Tiefsttemperaturen nachts 3 bis 0 Grad, am Erdboden vielfach auch leichter Frost. Mäßiger, im Bergland frischer Wind aus Ost bis Südost.

Weitere Aussichten: Noch keine durchgreifende Änderung.

Sonnenaufgang* am Freitag: 7.03 Uhr, Untergang: 17.09 Uhr; **Mondaufgang:** 16.25 Uhr, Untergang: 3.08 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 24. Okt., 7 Uhr





Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	8	he
Bielefeld	11	wl
Braunlage	9	he
Bremen	10	he
Dortmund	9	wl
Dresden	7	he
Düsseldorf	12	wl
Erfurt	4	he
Essen	10	wl
Feldberg/S.	2	he
Flensburg	8	he
Frankfurt/M.	12	he
Freiburg	5	bd
Garmisch	6	bd
Greifswald	6	Ne
Hamburg	7	he
Hannover	8	he
Kahler Asten	7	he
Kassel	10	he
Kiel	9	he
Koblenz	11	wl
Köln-Bonn	13	wl
Konstanz	10	bw
Leipzig	5	bd
List/Sylt	8	Ne
Lübeck	5	Ne
Mannheim	9	wl
München	9	he
Münster	11	wl
Norderney	6	bw
Nürnberg	11	he
Oberstdorf	5	bd
Passau	7	he
Saarbrücken	11	wl
Stuttgart	11	he
Trier	13	wl
Zugspitze	-1	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	19	he
Amsterdam	10	wl
Athen	18	bw
Barcelona	22	he
Belgrad	7	R
Bordeaux	16	he
Bozen	9	wl
Brüssel	9	wl
Budapest	12	bw
Bukarest	9	bd
Casablanca	23	he
Dublin	13	bw
Dubrovnik	16	bw
Edinburgh	11	wl
Faro	13	he
Florenz	18	bw
Genf	9	bd
Helsinki	10	bw
Hongkong	27	he
Innsbruck	7	bd
Istanbul	15	bw
Kairo	28	he
Klagenfurt	12	he
Konstanza	10	bw
Kopenhagen	7	he
Korfu	19	R
Las Palmas	25	wl
Leningrad	7	bd
Lissabon	19	wl
Locarno	12	he
London	12	he
Los Angeles	17	he
Luxemburg	11	he
Madrid	18	wl
Mailand	15	wl
Malaga	19	wl
Mallorca	22	he
Moskau	4	bw
Neapel	19	he
New York	16	he
Nizza	22	he
Oslo	4	he
Ostende	9	wl
Palermo	19	bw
Paris	11	wl
Peking	23	wl
Prag	9	he
Rhodos	22	bw
Rom	15	bw
Salzburg	11	he
Singapur	30	bw
Split	9	bd
Stockholm	8	bw
Straßburg	12	wl
Tel Aviv	28	wl
Tokio	21	bw
Tunis	23	he
Valencia	20	bw
Varna	9	bw
Venedig	16	wl
Warschau	8	he
Wien	10	bw
Zürich	9	bd

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gw = Gewitter; he = heiter; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schnee; Sp = Sprühregen; wl = wolkenlos

Weinkellerei widerlegt amtlichen Glykol-Test

Erste Klage gegen den Bund vor Kölner Verwaltungsgericht

Nea. Zell

Zum ersten Mal gelang jetzt – nach *mehr als dreimonatigen Bemühungen* – der Nachweis, daß eine *deutsche Weinkellerei im Juli dieses* Jahres aufgrund einer fehlerhaften *Analyse auf die schwarze Glykol-Liste* des Bundesgesundheitsministe*riums gekommen ist. Jetzt schwebt* ein Verfahren vor dem Verwaltungs*gericht Köln.*

Die Weinkellerei Zimmermann-Graeff in Zell an der Mosel war damals mit einer Ruster Spätlese des Jahrgangs *1983* aufgefallen. Die vom Amt für öffentliche Ordnung der Stadt Bochum angeordnete Analyse dieses österreichischen Weins bei einem Chemischen Untersuchungsamt ergab einen Glykolgehalt von 47 Milligramm pro *Liter.*

Der Wein wurde aus dem Verkehr gezogen und schon auf die erste Glykol-Liste des Ministeriums gesetzt. Eine Liste, die von zahlreichen Medien vollständig veröffentlicht wurde.

Obwohl dies der einzige beanstandete Wein dieser Kellerei blieb, erlitt sie bei ihren Stammkunden erhebliche Verkaufseinbußen. Das ließ dem Familienunternehmen keine Ruhe. Um auch ihren bewährten österreichischen Lieferanten zu rehabilitieren, gab sie eine erneute Analyse des Weins bei zwei angesehenen Instituten in Auftrag. Dabei ergab sich, daß die erste Analyse nach der Methode der Gas-Chromatographie (inzwischen gilt nur noch die Massenspektrographie für derart kleine Mengen als exakt genug) falsch gewesen sein muß.

In einem Schreiben hat nun auch die Bochumer Behörde den Fehler *eingeräumt und den Wein als „nicht* zu beanstanden" erklärt.

Zimmermann-Graeff hat beim Verwaltungsgericht Köln zunächst eine Einstweilige Anordnung gegen die Bundesrepublik Deutschland beantragt, den Namen der Firma und des Weins von der Schwarzen Liste zu streichen. Über etwaige Regreßforderungen will das Unternehmen noch *keine Erklärungen abgeben.*

In einem Gerichtsverfahren dürfte es in der Tat schwer werden, in einem exakten Nachweis zwischen allgemeinen Umsatzeinbußen der ganzen Branche infolge des Glykol-Skandals und dem besonderen Schaden durch das Aufführen auf der Schwarzen Liste *zu unterscheiden.*

Wie in der Branche zu hören ist, bemühen sich zur Zeit auch andere Weinkellereien um den Nachweis, daß die öffentliche Beanstandung ihrer Weine aufgrund unzureichender Analysen *zustandegekommen* sei.

Ob sich aus dieser Behörden-Panne eine Lawine von Klagen entwickeln wird, ist noch nicht abzusehen.

